

11-C-268

Deutschlands Schicksalsjahre

Diplomatische Vorgeschichte
Von Otto Hammann

DEUTSCHLANDS SCHICKSALSJAHRE

in 7 Bänden

Diplomatische Vorgeschichte
Von Otto Hammann



Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

11-C-268

Diplomatische Vorgeschichte

Von

Otto Hammann

langjähriger Pressechef des Auswärtigen Amtes

Mit 20 Bildtafeln



"OUT IN THE COLD!"

I AM LIKE A TRAVELLER LOST IN THE SNOW, WHO BEGINS TO GET STIFF WHILE THE SNOWFLAKES COVER HIM.
Speech of Prince Von Bismarck at Friedrichsruhe.

Der verstoßene Bismarck.
(Aus „Punch“ vom 6. Februar 1892.)

SEMINÁŘ
Hist.-právn.

FAKULTA MASARYKŮVY UNIVERZITY
KRAJČOVNA
oddělení



Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

Koupi od	<i>per</i>
Darem od	<i>per</i>
v za Kčs	
Inv. čis: <i>36.821</i>	
Sign	

**ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA
PRÁVNICKÉ FAKULTY U
STARÝ FOND** *0668*
Č. inv.:

I n h a l t.

I. Einleitung.

Bismarcks Werk 3

Historischer Rückblick auf die Kriege und Allianzen früherer Jahrhunderte in Europa. — Der Dualismus im alten Deutschen Reich. — Gesandter am Bundestag in Frankfurt a. M. — Die ersten diplomatischen Taten. — Nikolsburger Frieden. — Rücken- deckung bei Rußland. — Die Abrechnung mit Frankreich. — Der Berliner Kongreß. — Der cauchemar des coalitions. — Ringen mit dem Schicksal des Landes der Mitte. — Am Ende Hinneigung zu England. — Das Bündnisangebot an Salisbury. — Das Wort von Blut und Eisen.

II. Der neue Kurs.

1. Fürst Bismarck im Ruhestande 16

Emporschnellen der Kaiserlichen Selbstherrlichkeit. — Die Bismarckfronde. — Helgoland. — Gründung des Alldeutschen Verbandes. — Bismarcks Kampfansage in der „Neuen Freien Presse“ gegen Caprivi. — Der Uriasbrief. — Die Haltung Caprivi's. — Das Kraftgefühl der Arbeitermassen. — Gewaltmaßregeln da- gegen? — Reichstagsdebatte gegen das persönliche Regiment. — Der dritte Kanzler und Graf Waldersee.

2. Der Draht nach Rußland und der Zweibund 26

Die Enthüllungartikel der „Hamburger Nachrichten“. — Der Berg von Literatur über den Rückversicherungsvertrag. — Der Vertrag von 1881. — Petersburg und Berlin setzen 1887 das Vertragsverhältnis ohne Österreich-Ungarn in veränderter Ge- stalt fort. — Das Spiel mit den fünf Kugeln. — Holstein die treibende Kraft bei der Nichterneuerung 1890. — Der Wunsch des Ministers v. Giers, daß etwas „Schriftliches“ vorhanden sei. — Botschafter v. Schweinitz rät, weiter zu verhandeln. — Caprivi will sich keinesfalls auf geheime Abmachungen einlassen. —

Der Widerwille Alexanders III. gegen die französische Republik. — Die Marseillaise in Kronstadt. — Die demonstrativen Artigkeiten. — Bismarcks Vermächtnis.	Seite 36
3. Der Übergang zur Weltpolitik	36
<p>Ursprung und Wesen einer deutschen Weltpolitik. — Der Einspruch gegen den Frieden von Schimonoseki. — Die „gelbe Gefahr“. — Das deutsche Mißgeschick bei der Intervention in Tokio. — Holsteins europäische Gedanken. — Die Erwerbung von Kiautschou. — Russische Widerstände. — Russisches Zukunftsprogramm. — Salisburys Gedanke einer Aufteilung der Türkei. — Risse im Block der Mitte. — Die südafrikanischen Wirren. — Die Entstehung der Krüger-Depesche. — Die volle Aufklärung über die Urheberschaft durch Dr. Thimmes Nachforschungen. — Die aufgefundenen Aufzeichnungen Marschalls und Sendens. — Bismarck zügelt den Flotteneifer. — Vermahnung Hohenlohes an den Kaiser. — Das Ende des Orientdreibundes. — Der Griechisch-Türkische Krieg. — Rückblick auf die Zeit des neuen Kurses.</p>	
<p>III. Am weltpolitischen Wendepunkt.</p>	
1. Die deutsch-englischen Annäherungsversuche 1898—1900	39
<p>Händel und Kämpfe im britischen Kolonialreich. — Arthur Balfour und Joseph Chamberlain. — Das Ende der Isolierungspolitik. — Salisbury zögert. — Birminghamer Rede Chamberlains. — Verhandlungen über die portugiesischen Besitzungen in Afrika. — Windsorvertrag. — Samoainseln. — Hatzfeldts belehrender Bericht. — Cecil Rhodes' Plan einer Kap-Kairo-Bahn. — Der Burenkrieg. — Bülow und die Alldeutschen. — Beschlagnahme deutscher Postdampfer. — Russische Einmischungsversuche. — Politik und Moral. — Erste Haager Friedenskonferenz. — Fremdenhetze in China. — Waldersee Oberbefehlshaber. — Der Jangtsevertrag. — Versuche zu einem deutsch-englischen Abkommen über Marokko. — Verpaßte Gelegenheiten.</p>	
2. Das englische Bündnisangebot 1901	84
<p>Gespräch auf dem Lande mit Chamberlain. — Die Tientsinfrage. — Nachspiel zum Jangtsevertrag. — Aufnahme des Bündnisangebots in Berlin. — Hatzfeldt sagt den Übergang Englands zum Zweibund voraus. — Englische Bedenken gegen einen Anschluß an den Dreibund. — Die Atmosphäre des Argwohns. — Die unüberspringbare Hürde. — Bülows Granitrede. — Holsteins Thesenpolitik.</p>	
3. Das System der Gegengewichte	98
<p>Die russische und die englische Richtung in Tokio. — Die Fünfergruppe. — Lansdowne teilt den englisch-japanischen</p>	

Bündnisvertrag in Berlin mit. — Ein Beispiel von Holsteins Mißtrauen. — Die Aufnahme in Petersburg. — Bülows Rede vom 8. Januar 1902. — Die Politik der freien Hand. — Salisburys Rücktritt. — Erneuerung des Dreibunds. — Französische Verführungskünste in Rom. — Änderungsversuche am Text des Dreibunds. — Italiens militärische Verpflichtungen. — Die Extratouren mit Frankreich. — Barrères contrepartie. — Das System der Gegengewichte nur scheinbar noch in gutem Gang.

IV. Die Einkreisung Deutschlands.

1. Entente cordiale. Tangerfahrt	118
<p>Vorgehen gegen den Präsidenten Castro in Venezuela. — Rußland denkt an Erneuerung des ostasiatischen Dreibunds von 1895. — Kaiserbesuch in London 1902. — Der Vertrag vom 8. April 1904. — Klagereden im Reichstag. — Begegnung des Kaisers mit dem Präsidenten Loubet in den italienischen Gewässern? — Freundliche Reden im englischen Parlament. — König Eduard in Kiel. — Französisch-spanische Verhandlungen. — Die „Erklärung“ vom 5. Oktober 1904. — Die geheimen Klauseln. — Beginn der „Tunification“ Marokkos. — Der Kaiser in Tanger. — Jaurès gegen Krieg. — Rede Delcassés. — Absonderlichkeiten der deutschen Haltung. — Der versöhnliche Rouvier. — Verhandlungen über die Konferenz. — Delcassés Sturz. — Seine Enthüllungen. — Englische Waffenhilfe. — Die rauhen Methoden. — Die Geiseltheorie.</p>	
2. Björkö. Das Flottengespenst. Algeciras	136
<p>Der Russisch-Japanische Krieg. — Das Auslaufen des baltischen Geschwaders. — Die deutschen Kohlenlieferungen. — Englands Einspruch dagegen. — Das Bündnisprojekt des Kaisers und des Zaren. — Explosion deutschfeindlicher Gefühle in England. — Drohungen englischer Admirale gegen Deutschland. — Der Ausbau der deutschen Flotte. — Der Björkövertrag. — Bülows Rücktrittsgesuch. — Das Ende der dynastischen Verbrüderung. — Auf dem Wege nach Algeciras. — Deutschland fast isoliert. — Rußlands Anschluß an England. — Der Revanchekrieg auf dem Marsch. — Holsteins Verabschiedung.</p>	
3. Das Ententenetz. Zweite Haager Friedenskonferenz . .	150
<p>Kabinettswechsel in London. — Der diplomatische Nachlaß des Kabinetts Balfour. — Die Ausdehnung des Ententenetzes. — Die verschiedenen Drähte. — Das Schlußstück London-Petersburg. — Bülow warnt vergeblich. — Die Ringbildung vollendet. — Witte in Rominten. — Lord Haldane in Berlin. — Lord Loreburn gegen Greys militärische Abreden. — Die Arglosigkeit der deutschen Staatsmänner. — Bülow über die Haager Friedenskonferenz. — Abrüstungsfrage und Seebeuterecht.</p>	

	Seite
V. Die Krisenjahre 1908–1912.	
1. Reval. Friedrichshof	167
Iswolskis Programm. — Umschwung in der russischen Politik. — König Eduard in Reval. — Der Erlaß Iswolskis an den Grafen Benckendorff. — Verlauf äußerst günstig. — Hardinges Prophezeiung. — Cassel und Ballin. — Das Flottengespräch in Friedrichshof. — „You must stop.“ — Lloyd George, Grey und Churchill sekundieren mit deutschfreundlichen Reden. — Der alte Seher im Sachsenwalde. — König Eduards Verführungsversuch in Ischl.	
2. Die bosnische Krisis	178
Der Aufstand der Jungtürken. — Das Manifest Aehrenthals über Einverleibung Bosniens und der Herzegowina. — Aehrenthal und Iswolski in Buchlau. — Die Frage einer Konferenz. — Vergebliche Versuche Iswolskis in Paris und London. — Die großserbische Agitation. — Die Gefährlichkeit der Lage. — Der deutsche Rat an Iswolski. — Die englische Unterstützung Rußlands während der Krisis. — Die Zukunftsgefahr.	
3. Kanzlerwechsel. Agadir, Tripolis	190
Die Highcliffer Gespräche im Daily Telegraph. — Empörung gegen den Kaiser. — Der Sturm im Reichstag. — Die zurückgebliebene Verstimmung des Kaisers gegen Bülow. — Bülows Abgang. — Sein diplomatischer Nachlaß. — Der Casablancavertrag. — Kiderlens Agadirplan. — Lloyd Georges Tischrede. — Die Alldeutschen verlangen das Susgebiet. — Die geheimgehaltene „äußerst lebhafteste“ Verwahrung gegen die Tischrede. — Der Novembersturm im Reichstag gegen das Marokkoabkommen 1911. — Italiens Vorgehen gegen Tripolis. — Sperrung der Dardanellen, russischer Einspruch dagegen. — General Conrad will mit Italien abrechnen. — Der Zarenbesuch in Potsdam.	
4. Deutschland und England am Scheidewege	201
Bülows Bemühungen um ein Flottenabkommen. — Tirpitz scharf dagegen. — Die Beratung vom 3. Juni 1909. — Metternich gegen Tirpitz. — Der neue Kanzler setzt die Bemühungen um Beseitigung des Flottenstreits fort. — Politik und Marine arbeiten gegeneinander. — Der Kampf um eine neue Flottennovelle. — Kiderlen nennt die Entscheidung ernst und schicksalsschwer. — Die Mission Haldane. — Kiderlen wird ferngehalten. — Scheinbar günstige Eindrücke der Mission im englischen Kabinett, dann wachsende Bedenken. — Greys ungenügende Neutralitätsformel. — Der kaiserliche Befehl an Bethmann Hollweg. — Kanzlerkrisis. — Die Bagdadbahn.	

	Seite
VI. Schlußbetrachtung.	
Der Hauptfehler der kaiserlichen Weltpolitik	218
Bismarcks politische Psychologie. — Fortsetzung seiner Politik gegenüber England unter Caprivi. — Die kaiserliche Idee eines Kontinentalbundes gegen England. — Umwerbung Frankreichs und Rußlands. — Frankreichs überlieferte Ziele. — Wo durch die Möglichkeit, England nicht zu verlieren, zerstört wurde. — Die antienglische Anlage des Schlachtschiffbaus und der Flottenpropaganda. — Der Parallelismus zwischen den deutschen Flottenvorlagen und der Zunahme der Intimität mit dem Zweibund. — Warum sich die Masse der Deutschen das persönliche Regiment so lange gefallen ließ. — Ein Ausspruch Babels.	
Nachtrag: Politische Dokumente von A. v. Tirpitz: „Der Aufbau der deutschen Weltmacht“	229
Register	233

Verzeichnis der Bildtafeln.

1. Der verstoßene Bismarck („Punch“)	Titelbild
2. Eine weise Warnung („Punch“)	8
3. Bismarck als Gärtner („Kladderadatsch“)	16
4. Wilhelm der Schweiger und Wilhelm der Redselige. Von J. Braakensiek („Weekblad voor Nederland“)	24
5. Konzentrationslager (Französische Karikatur)	72
6. Graf Waldersee im Feuer. Von Th. Th. Heine („Simplizissimus“)	80
7. Kaiser Wilhelm und Graf Waldersee. Von J. Braakensiek („Weekblad voor Nederland“)	88
8. König Eduards Rückkehr von Paris. Von Jeannot („Le Rire“)	113
9. Englisches und deutsches Flottenbauprogramm. Von G. Brandt („Kladderadatsch“)	136
10. Panik in England. Von E. Thöny („Simplizissimus“)	136
11. Die Marokkokonferenz. Von Bruno Paul („Simplizissimus“)	144
12. Das Erdball-Spiel. Von G. Brandt („Kladderadatsch“)	152
13. Die eingekreiste Germania. Von Th. Th. Heine („Simplizissimus“)	160
14. Hip, hip, hurra! Von G. Brandt („Kladderadatsch“)	168
15. Der perfekte Billardspieler im Hotel de l'Europe. Von L. Stutz („Kladderadatsch“)	176
16. Der Gang um die Garantien. Von E. Thöny („Simplizissimus“)	192
17. Bedeutsames vom englischen Besuch. Von G. Brandt („Kladderadatsch“)	200
18. Politisches Tabakskollegium 1911. Von L. Stutz („Kladderadatsch“)	208
19. La donna è mobile. Von G. Brandt („Kladderadatsch“)	216
20. Beatus ille, qui procul — —. Von O. Gulbransson („Simplizissimus“)	232

Vorwort.

Zu meinen in den Jahren 1918—1921 erschienenen Erinnerungsschriften habe ich Beiträge zur deutschen Weltpolitik der letzten dreißig Jahre gegeben. Dabei war neben gelegentlichen Aufzeichnungen aus der Zeit meiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt mein Gedächtnis das Archiv, aus dem ich schöpfte. An eine zusammenfassende Darstellung der wechselnden weltpolitischen Konstellationen konnte erst nach vollständiger Öffnung der Archive gedacht werden, zu der sich die Reichsregierung, um die grobe Unwahrheit des Versailler Vertrags von Deutschlands Alleinschuld am Weltkriege zu widerlegen, inzwischen entschlossen hat. Bis jetzt sind drei Serien der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes erschienen, 18 dicke Bände, die bereits eine erdrückende Fülle historischen Materials enthalten und denen möglichst bald weitere folgen sollen.

Bei Übernahme des Versuchs, meinem Verlag eine möglichst objektive und einheitliche Darstellung dessen zu liefern, was Deutschland in der Vorkriegszeit wirklich getan oder nicht getan hat, um den Weltkrieg zu entfesseln, war ich mir der außerordentlichen Schwere der Aufgabe wohl bewußt. Zwar konnte ich bei der Bearbeitung einiger Teile der Aufgabe, z. B. bei dem englischen Bündnisangebot 1901 und bei der Marokkokrise 1905—1906, auf meine Erinnerungsschriften zurückgreifen, in denen diese Wendepunkte schon nach Aktenauszügen richtig geschildert sind, aber Lücken mußten ausgefüllt, der ganze Stoff anders gruppiert und manche Aktion in ein helleres Licht gerückt werden. Ziemlich unverändert blieben nur die Einleitung und die Schlußbetrachtungen aus meiner Schrift: „Der mißverstandne Bismarck.“

Bei dem Studium der Akten und bei der Ausarbeitung des Textes war ich bemüht, die großen Linien in der Politik der Mächte festzuhalten und neben den Akten auch charakteristische Parlamentsreden und Zeitungsartikel sowie historisch-politische Werke zu berücksichtigen, ohne mich hier wie dort in nebensächliche Einzelheiten zu verlieren. Wer sich über alle Fragen und Episoden ausführlicher unterrichten und an sicherer Hand durch das Labyrinth von vielen Tausenden von amtlichen Erlassen, Berichten, Aufzeichnungen nebst den vortrefflichen Fußnoten des Mitherausgebers Dr. Friedrich Thimme geführt sein will, der wende sich an das auf Grund frühzeitiger Einsicht in die Akten verfaßte Werk: „Von Bismarck bis zum Weltkrieg“ von Professor Erich Brandenburg (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924).

Die Einfügung von Hinweisen auf Band und Seitenzahl der Aktenbände konnte nicht bis zu Ende durchgeführt werden, da die bis jetzt erschienenen Bände nur die Zeit bis ungefähr zu der Marokkokrise umfassen. Soweit mir nicht die Fahnen für die spätern Bände zur Verfügung standen, habe ich bei der Darstellung der folgenden Jahre das Tatsachenmaterial des erwähnten Werkes von Erich Brandenburg benutzt und nach dem mir bekannten Arbeitsplan der Herausgeber die dem Text entsprechenden Kapitel der großen Aktensammlung angegeben.

Der große Wert der Karikatur für den Geschichtsschreiber, als Ausdruck der jeweiligen politischen Stimmungen und Tendenzen der Völker untereinander, hat den Verfasser in Gemeinschaft mit dem Verlag veranlaßt, eine Anzahl ausgewählter charakteristischer Bilder aus der Zeit dem Texte einzufügen.

Berlin, November 1924.

O. HAMMANN.

I. Einleitung.

Bismarcks Werk.

Was den großen Meister vor allem auszeichnete, war das klare Erkennen der geschichtlichen Gründe für das Mächteverhältnis in Europa, das feinste Empfinden für die nationalen Schwächen und Kräfte des deutschen Volkes und der hellseherische Blick, vereint mit Kühnheit im Erfassen der Zukunft. In einfachen, großen Linien mögen wir uns die Grundgedanken, die sein Werk erfüllten, etwa so vorstellen:

In den vorangegangenen Jahrhunderten hatten die beiden Flügelländer Europas, Rußland im Osten, England im Westen, ihre Macht allmählich immer weiter ausgebreitet, während sich die Grenzen im Zentrum, unter beständigen Kriegen ohne große Eroberungen, bald so bald so, in geringem Umfang verschoben. Wie die Allianzen unter den Herrschern und Kabinetten wechselten, so wechselten auch die Siege und die Niederlagen. Unter den blutigen Opfern der Völker und der Verwüstung der von den Kriegen heimgesuchten Gegenden blieben der Länderbesitz und die Mächteverhältnisse so ziemlich die alten. Als stärkste Macht unter den Rivalen in den innereuropäischen Kämpfen erwies sich Frankreich, weil es in sich national geschlossen war und einheitlich regiert wurde. Was es aber etwa an Landstreifen gewann, wurde reichlich aufgewogen durch die Stellungen, die es in andern Erdteilen, Amerika und Asien, zugunsten Englands verlor. Ähnlich erging es der österreichischen Hausmacht. Nach den Erfolgen ihres Widerstandes gegen das Vordringen der Türken trat das im Zeitalter Peters des Großen und der Zarin Katharina erstarkte Rußland als Erbe des „kranken Mannes“ in Konstantinopel für den Südosten Europas auf. Nach Westen vergrößerte es seinen Besitz durch Zertrümmerung des allmählich

durch Mißwirtschaft und innern Streit zerrütteten Wahlkönigreichs Polen. Dabei fielen kleinere Teile an Österreich und an das während des Verfalles des alten Deutschen Reichs aus eigener Kraft unter dem Großen Kurfürsten, dem Soldatenkönig und seinem großen Sohn emporgekommene Preußen.

Aber Rußland blieb, abgeschlossen von den Hauptstraßen des Weltmeeres, immer noch Großmacht nur zu Lande. England dagegen hatte sich, inzwischen Beherrscherin der Meere geworden, an den Küsten aller Erdteile Stützpunkte geschaffen und große Kolonien erworben und trat so in allen Erdteilen als Weltmacht auf. Als solche konnte sich England erst recht frei nach innen und außen festigen und entwickeln, nachdem sein grimmigster Gegner, Napoleon, mit Hilfe der Zentralmächte und Rußlands niedergerungen und von einem englischen Schiff als Gefangener nach St. Helena verbracht worden war.

Auf dem Wiener Kongreß wurde mit Errichtung des deutschen Bundestags als Zentrale der Glieder des ehemaligen Reichs die deutsche Frage, die Frage der Bildung eines Nationalstaats unter Beteiligung des Volks am Gestalten seiner eignen Geschieke, in die Zukunft verschoben, nicht gelöst. Gelöst werden konnte sie nicht vom großdeutschen Standpunkte aus, der den Nationalitätenstaat an der Donau gespalten hätte, sondern unter Führung der deutschen Macht, die innerlich am festesten gefügt und militärisch am stärksten war.

Als Herr von Bismarck-Schönhausen als preußischer Gesandter nach Frankfurt ging, empfand er noch österreichisch im Sinne der dualistischen Auffassung Österreich-Preußen für die deutsche Frage. Dort sah er bald ein, daß die gegenseitige Anlehnung von Preußen und Österreich ein „Jugendtraum“ war, und daß der gordische Knoten der deutschen Zustände mit der passiven Planlosigkeit der preußischen Politik nicht in Liebe dualistisch gelöst, sondern nur militärisch durchhauen werden konnte, am leichtesten in Fühlung mit Rußland. Bei seinem Pariser Aufenthalte gewann er mit dem Scharfblick des Menschenkenners in der Unterredung mit Napoleon III. den Eindruck, daß dieser nicht das Génie du mal, als welches er in der Welt

galt, sondern ein von Prestigewahn ergriffener Schwächling war, der mit dem Gedanken, wenn nicht der Einverleibung des ganzen linksrheinischen Gebiets, so doch einer petite rectification des frontières und eines von Frankreich ganz abhängigen Italien mit französischen Küstenpunkten spielte*). Auf den „Zwischenzustand“, der bis zu dem in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses gesprochenen Wort von Blut und Eisen (30. September 1862) dauerte, folgte alsbald die erste vorbereitende Tat, die vielgescholtne, aber für die notwendige Rückendeckung an Rußland glücklich fortwirkende Hilfe in dem Kampfe gegen die polnische Revolution.

Eine zweite auf die Zukunft berechnete diplomatische Tat war die dem König Wilhelm I. abgerungne Mäßigung im Nikolsburger Frieden. Der Donaumonarchie wurde ohne Demütigung und Gebietsverkleinerung der Rang einer bündnisfähigen Großmacht erhalten, die berufen war, den Weg nach Konstantinopel für Mitteleuropa offen zu halten und die Teilung des Besitzes der Türkei zwischen Rußland und England zu verhindern**).

*) Gedanken und Erinnerungen, Kapitel 9.

**) Fürst Bismarck hat sich über Fragen des Nahen Orients je nach dem diplomatischen Zweck, der sich aus der jeweiligen Konstellation ergab, verschieden geäußert. Daß er wirklich nicht nur Österreich-Ungarn im Stich, sondern die Russen nach Bulgarien und Konstantinopel lassen wollte, steht trotz dem Rückversicherungsvertrag von 1887 nicht fest. Dem Russen sagte Fürst Bismarck: Mach was du willst, wir haben dort keine direkten Interessen. Dem Bundesgenossen an der Donau riet er, erst zu deployieren, wenn der Russe schon in Bulgarien stehe, weil man ihn dort in der Schere habe (Ende 1886). Als ihm von verschiedenen Blättern das Programm zugeschrieben wurde, das Vordringen Rußlands auf Konstantinopel zu unterstützen, erklärten die „Hamburger Nachrichten“ (17. Dezember 1892) in seinem Auftrage: „Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomaten sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würde.“ In einem Schreiben an den deutschen Kronprinzen (15. Juli 1880) rechtfertigte er die Entsendung von Offizieren und Beamten nach der Türkei mit den Worten: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung

Für das Werk der nationalen Einigung, unter Ausschluß von Österreich, war mit der Begründung des Norddeutschen Bundes die größte Hälfte getan. Seine Vollendung wurde noch dadurch erleichtert, daß sich der Franzosenkaiser in seiner Rolle als festländischer Schiedsrichter dazu treiben ließ, als Kompensation für Sadowa die bayrische Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz zu verlangen. Die Folge davon war der beschleunigte Abschluß von Verhandlungen über Verträge, durch die sich die deutschen Südstaaten verpflichteten, ihre Heeresmacht im Kriegsfall unter preußischen Oberbefehl zu stellen. Die beiden Flankenmächte Europas ließen es zu, England leichter und williger als das Rußland Gortschakows, daß von nun an die innern Zustände Deutschlands nicht mehr zum Vorwand für fremde Einmischungen und Machtgier dienen konnten.

Nach der blutigen Abrechnung mit dem unruhigen Nachbar im Westen, der nach seinen Traditionen ein einiges Deutschland nicht aufkommen lassen wollte*), ward endlich das Schlußstück und Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig. Gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber können unter Umständen ihre Feinde auch unsre werden.“ (Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 302.) — „Bismarck hat die immer näher kommende Gefahr mit dem klaren Zukunftsblick, der ihm eigen war, erkannt; er hat den russischen Eroberungsplänen offen und insgeheim Hindernisse bereitet und dort, wo er sie scheinbar ermutigte, wie in Konstantinopel und am Balkan, dies doch nur getan, um die Politik des Zaren mit der stärksten Gegnerschaft andrer Mächte zu belasten.“ (Johannes Haller, Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow: „Süddeutsche Monatshefte“ 1917, Januar, S. 423.)

*) „Louis Napoleon sah in einiger Vergrößerung Preußens in Norddeutschland nicht nur keine Gefahr für Frankreich, sondern ein Mittel gegen die Einigung und nationale Entwicklung Deutschlands; er glaubte, daß dessen außerpreußische Glieder sich dann des französischen Schutzes um so bedürftiger fühlen würden. Er hatte Rheinbundreminiszenzen und wollte die Entwicklung in der Richtung eines Gesamtdeutschlands hindern!“ (Gedanken und Erinnerungen, Kap. 21.) — In einem Briefe vom 13. September 1865 schrieb Lord Palmerston an Lord John Russell: „Für die Zukunft ist es wünschenswert, daß Deutschland als Ganzes stark werde, daß es imstande sei, die beiden ehrgeizigen und streitsüchtigen Mächte, Frankreich und Rußland, die vom Westen und vom Osten auf Deutschland drücken, im Zaume zu halten. Von Frankreich wissen wir wohl, wie unruhig und händelsüchtig es ist und immer bereit, für Belgien, für den Rhein, für irgend etwas leicht zu Erwerbendes loszubrechen.“

des deutschen Einigungswerks im Saale von Versailles vollendet. Die französischen Rheingelüste aus dem Zeitalter der Ludwige hatten die große Revolution und des großen Napoleon Aufstieg und Sturz überlebt, sie traten während des zweiten Kaiserreichs wieder offen zutage und verschwanden auch nach 1870 nur wohlbehütet unter die Oberfläche, um zu gegebener Zeit von neuem emporzuschießen. Manche deutsche Historiker glauben, daß der starke Sinn der Franzosen für Prestige durch Sedan viel empfindlicher gereizt worden sei als durch Waterloo oder Sadowa, weshalb die vom Westen drohende Gefahr für das neue Reich vielleicht auch ohne den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens, der deutschen Thermopylen, fortgedauert hätte, zu dem sich Bismarck weniger aus sentimental historischen Gründen als wegen der notwendigen Sperrung der Einfallstore nach Süddeutschland verstand*). Jedenfalls konnte die Gefahr erst ausbrechen, wenn es Frankreich gelänge, Bundesgenossen zu einem neuen Krieg gegen Deutschland zu finden. Das zu verhindern, war die Hauptaufgabe der vorausschauenden Politik des Fürsten Bismarck in den beiden Jahrzehnten nach der Reichsgründung bis zu seinem Rücktritt.

Die Kultur wies das junge Reich nach Westen, die Geschichte nach Osten. Vom Westen kam die Gefahr am Rhein, die unter den freundlichen höfischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg die Fortdauer der Rückendeckung an Rußland empfahl. Aber Rußland war und blieb ein Erobererstaat mit abstoßenden asiatisch-barbarischen Regierungsmethoden. Zur Erhaltung und zum innern Ausbau brauchte das von Bismarck geschaffne Werk den Frieden, Rußland dagegen den Krieg, weil ohne ihn die zarische Willkürherrschaft über eine Vielheit unterjochter Völker nicht von Bestand sein konnte. Das Drei-

*) Aus der Reichstagsrede vom 3. März 1874: „Wir haben uns nicht geschmeichelt, daß es uns rasch gelingen würde, die Elsässer glücklich zu machen, und wir haben auch darum nicht die Annexion betrieben; wir haben ein Bollwerk gebaut gegen die Irruptionen, die seit zweihundert Jahren diese leidenschaftliche, kriegerische Völkerschaft, deren alleiniger, direkt ausgesetzter Nachbar in Europa zu sein Deutschland das Unglück hat, unternimmt.“

Kaiser-Bündnis von 1872 half fürs erste über die Sorge hinweg, die Richtung der aggressiven Tendenzen des russischen Nachbarn von der Mitte Europas abzulenken und einen Bund zwischen ihm und dem alten Feind im Westen wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens hinauszuschieben. Aber schon 1876 wurde Fürst Bismarck von dem russischen Kanzler Fürsten Gortschakow, der sich im Jahre vorher als Friedensretter Europas aufzuspielen versucht hatte, vor die Frage gestellt, ob Deutschland im Falle eines Krieges mit Österreich-Ungarn wegen der orientalischen Fragen neutral bleiben würde. Die Antwort lautete, daß sich bei Gefährdung der Integrität Österreich-Ungarns für Deutschland die Zwangslage ergäbe, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könnte. Die Gegenfrage Bismarcks, ob Gortschakow gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für den deutschen Besitzstand eingehen wollte, wurde rundweg abgelehnt*).

Liebesdienste konnten Rußland nicht auf die Dauer an Deutschland fesseln. Bismarck war sich stets klar darüber, daß den russischen Despoten und ihrem panslawistischen Anhang der Wert der deutschen Freundschaft durch ein möglichst freundliches Verhältnis zu England fühlbar gemacht werden mußte. Umgekehrt lag freilich der Fall ganz ähnlich: ein offnes Zerwürfnis mit Rußland hätte Deutschland abhängig von England gemacht. Deshalb widerstand er jeder offenen oder versteckten englischen Versuchung, die russische Freundschaft der englischen zu opfern, und suchte eine vorzeitige Option für die eine oder die andre Seite zu vermeiden. Wie er voraussah, stieß der russische Koloß bei seinem Vorrücken im türkischen Kriege über den Balkan bis vor den „Eckstein der Erde“ auf den Einspruch der Weltmacht England.

Der Berliner Kongreß sah den Fürsten Bismarck auf der Höhe seiner diplomatischen Kunst. Aber trotz aller ehrlichen Maklerschaft verließ Fürst Gortschakow den Kongreß mit un-

*) Vgl. L. Raschdau: „Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag“ in den „Grenzboten“ vom 12. April 1918, S. 27.



A WISE WARNING.

(Founded on the first part of an old Fable, the Sequel of which Mr. Punch trusts may never apply.)

DEDAÏOS DESPARE (Political Parent of WILHELM IONES).
 "MY SON, OBSERVE THE MIDDLE PATH TO FLY,
 AND FEAR TO SINK TOO LOW, OR RISE TOO HIGH.
 HERE THE SUN MELTS, THERE VAPOURS DAMP YOUR FORCE,
 BETWEEN THE TWO EXTREMES DIRECT YOUR COURSE.

"NOR ON THE BEAR, NOR ON BOOTES GAZE,
 NOR ON SWORD-ARM'D ORION'S DANGEROUS RAYS,
 BUT FOLLOW ME, THY GUIDE, WITH WATCHFUL SIGHT,
 AND AS I STEER, DIRECT THY CAUTIOUS FLIGHT."
 OVID, "Metamorphoses," Book VIII., Fable III.

Eine weise Warnung.

(Aus „Punch“ vom 6. Oktober 1888.)

gestilltem Ehrgeiz. Bald darauf erscholl zum erstenmal aus der panslawistischen Presse der Ruf: „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden“, der später in wenig veränderter Fassung aus dem Munde Skobelevs zum geflügelten Worte wurde. Fürst Bismarck hatte gesagt, im Reichstag am 5. Dezember 1876: „Niemand als die kaiserlich russische Regierung selbst wäre imstande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen ihr und der preußischen Regierung einen Riß zu machen“, und zu Gortschakow in Berlin 1878 während des Kongresses: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu wählen.“ Der Inhalt der Warnung wurde schon 1879 zur Tatsache.

Die Umstände, unter denen sich Bismarck zum schleunigen Abschlusse des Bündnisses mit Österreich-Ungarn gedrängt sah, sind seit Veröffentlichung der diplomatischen Akten des Berliner Auswärtigen Amtes in den Einzelheiten aufgeklärt. In einem Bericht an Wilhelm I. aus Gastein vom 15. September 1879 bekennt der Kanzler seine Abwendung von der langjährigen Vorliebe für eine russische Allianz und das Mißtrauen, das ihm die russische Politik seit dem Berliner Kongreß eingeffloßt habe. Ein drohende Wendungen enthaltender Brief des Zaren Alexander II. an seinen Oheim, den Deutschen Kaiser, vom 15. August 1879 wird nur als Stimmungssymptom eingeschätzt (Bd. III S. 81 ff.). Die Entschuldigung dieses Briefes durch Versicherungen des Zaren und seiner Umgebung bei der deutsch-russischen Monarchenbegegnung in Alexandrowo am 4. September 1879 wurde für Bismarck als bloße Worte entkräftet durch Tatsachen wie die russischen Rüstungen, die Truppenaufstellung an der deutschen Grenze, Aufhetzung des russischen Volkes gegen Deutschland durch die Presse, Vorbereitung großer Anleihen, Bündnisondierungen in Paris nach Zeugnis des französischen Ministers Waddington. Gegen die drohende Gefahr einer Isolierung Deutschlands sah Bismarck das wirksamste Abwehrmittel in einer „Defensivassekuranz“ mit Österreich-Ungarn, die für die Weiterführung einer friedlichen Politik zwischen den drei Kaisermächten förderlich sein werde. Österreich-Ungarn war

damals zu einem solchen Defensivvertrag bereit. Sein vor dem Rücktritt stehender Außenminister Graf Andrassy, der Bismarcks Vertrauen hatte, verschob sein Ausscheiden aus dem Amt, um das Übereinkommen zu unterzeichnen. Bismarck, im Einvernehmen mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem Feldmarschall Moltke und dem preußischen Staatsministerium, drängte zum Abschluß, aus Besorgnis, eine vielleicht vorübergehende günstige Gelegenheit für Deutschlands Sicherung zu versäumen, unter Rücktrittsdrohungen gegen den von Wilhelm I. geleisteten Widerstand, der am 5. Oktober 1879 aufgegeben wurde.

Viel schwieriger gestaltete sich im zweiten Jahrzehnt nach der Reichsgründung die Aufgabe, die nunmehr verbündeten Mächte der Mitte vor einer Allianz der Gallier im Westen mit den eroberungssüchtigen Slawen im Osten zu bewahren. Der Cauchemar des coalitions wurde bis zum Ende der Amtszeit des Fürsten Bismarck immer drückender. Zunächst gelang es noch einmal mit Hilfe der guten dynastischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg, Rußland zur Mitte herüberzuziehen. Im Frühjahr 1880 erhielt der Botschafter Saburow vom Zaren Alexander II., der mit seinem Drohbrief nach eigenem Geständnis eine Dummheit begangen hatte, den Auftrag, in Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler über Fragen des Nahen Orients einzutreten. Fürst Bismarck verlangte den Beitritt Österreich-Ungarns und brachte nach langem Widerstreben des Wiener Kabinetts jenes geheime dreiseitige Neutralitätsabkommen, zunächst auf drei Jahre, zustande, das er selbst fünfzehn Jahre später, nachdem es längst abgelaufen war, vor der Mitwelt enthielt, und das heute noch im Meinungsstreit von Politikern und Gelehrten fortlebt.

Wirksamer als dieses Mittel zum Schutze gegen einen Krieg mit zwei Fronten erwies sich die Aufnahme Italiens in das mitteleuropäische Bündnis. Der Flankenschutz, den die mit Frankreich nach der Besetzung Ägyptens überworfenen Weltmacht England wegen ihrer Mittelmeerinteressen dem Dreibunde gewährte, erleichterte es Bismarck, für die überschüssige Kraft des Reiches vorsichtig und behutsam koloniale Erwerbungen in der Südsee

und in Afrika zu machen. Aber immer noch saß ihm das russische Hemd näher als der englische Rock. Als für Rußland nach seinem Vorstoß gegen Merw ein ernster Konflikt drohte, leistete er ihm den Dienst durch Druck auf die Pforte, daß die Dardanellen gegen Kriegsschiffe verschlossen blieben*).

Erst in den letzten Jahren der Amtszeit des Fürsten Bismarck, als das Drängen der Franzosen zu einem Bündnis mit Rußland immer offener zutage trat und die Saat der panslawistischen Feindschaft in den russischen Oberschichten üppiger aufging, mehren sich die Anzeichen für eine Hinneigung zu engerer Freundschaft mit England. Es war die Zeit des Boulangismus in Frankreich, des Beginns der riesigen französischen Geldopfer für Rußland, der ersten russischen Waffenbestellungen in Frankreich. Man vergleiche die beiden Reden des Fürsten zur Begründung der Vorlage vom Herbst 1886 wegen Erhöhung der Friedenspräsenz des Heeres. Die erste, in der Reichstagskommission am 11. Januar 1887 gehalten, lehnt noch die Annahme ab, daß Rußland nach Bündnissen suchte und Deutschland einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüberzutreten hätte, nennt die Freundschaft mit Rußland noch heute über jeden Zweifel erhaben und sieht die größte Gefahr darin, daß der seit drei Jahrhunderten zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Prozeß noch nicht beendet sei und daß unter dem Druck energischer Minoritäten, die in schweren Momenten immer die Entschlüsse bewirkt hätten und heute von dem feu sacré der Revanche ergriffen wären, ein neuer, diesmal ein letzter, weil mit einem saigner à blanc endigender, Waffengang drohe. Italien und England werden nur der Vollständigkeit halber erwähnt, weil kein Grund vorliege, daß „wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten“. Die zweite, die von allen Bismarckreden berühmteste, vom 6. Februar 1888, ist auf einen andern Ton gestimmt. Da kommt die Klage über die geographische Lage, daß Gott den Deutschen die kriegigerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt und auf der andern, der russischen,

*) L. Raschdau, a. a. O.

kriegerische Neigungen hat groß werden lassen. Da wird zum erstenmal von dem mit Furor teutonicus geführten Volkskriege gegen zwei Fronten gesprochen, und da sprudeln nach historischen Erinnerungen die markigen Worte hervor: „Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis [zu Rußland] wiederzugewinnen, aber wir laufen niemand nach!“ Italien und England kommen nur noch in ein paar historischen Betrachtungen vor.

Zwischen der ersten und der zweiten Rede liegt die Verlängerung des Vertrags mit Italien, zu dem nach dem Besuche Crispis in Friedrichsruh noch eine Militärkonvention hinzukam, liegt auch der Privatbrief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887. In ihm wurde die Vermutung einer prinzipiellen antienglischen Politik des künftigen deutschen Thronerben widerlegt, in großen Zügen auf die panslawistischen Umtriebe und innern Zustände des russischen Reichs als bedrohlich für den Frieden Europas hingewiesen und England aufgefordert, mit den beiden Bundesgenossen des Deutschen Reichs einen Bund zur Aufrechterhaltung des Status quo im Nahen Orient zu bilden. Lord Salisbury ließ in seiner Antwort die aus etwaigen antienglischen Neigungen des Prinzen Wilhelm geschöpften Bedenken gegen den Beitritt Englands zu dem Orientbund fallen*), wick aber der verschleierte Einladung Bismarcks zu weiterem Gedankenaustausch über die russische Gefahr aus. Ebenso wie sich Bismarck solange als möglich die freie Hand bewahren wollte, scheute Salisbury vor einer formellen Bindung zurück. Was er leisten wollte, war allenfalls moralischer Beistand für den Dreibund, den Bismarck mit der Abwehr wiederholter russisch-französischer Versuche, der englischen Okkupation in Ägypten Schwierigkeiten machen zu helfen, vergalt und zugleich befestigte.

Trotz der von Salisbury 1887 bewiesenen Zurückhaltung hielt Bismarck noch in der letzten Zeit seiner Kanzlerschaft an

*) Die Entente à trois kam 1887/88 zustande, und zwar nicht in Gestalt eines Vertrages, der dem Parlament hätte vorgelegt werden müssen, sondern auf Salisburys Wunsch in einem Austausch geheimer Noten.

dem Gedanken eines förmlichen deutsch-englischen Bündnisses fest. Wie sich aus den veröffentlichten Geheimakten des Auswärtigen Amtes ergibt, ersuchte er Anfang 1889 den als Gast nach Friedrichsruh gerufenen deutschen Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt, bei nächster Gelegenheit vertraulicher Besprechung mit Lord Salisbury dem britischen Premierminister in seinem Namen einen zeitlich begrenzten deutsch-englischen Vertrag zur gemeinschaftlichen Abwehr eines französischen Angriffs vorzuschlagen. Am 12. Januar erging ein von Bismarck selbst gezeichneter Erlaß an den auf seinen Posten zurückgekehrten Botschafter mit dem Auftrag, Lord Salisbury ohne Drängen zu unbefangener, vertraulicher Prüfung der Durchführbarkeit eines solchen Bündnisgedankens nach den englischen Verhältnissen anzuregen. Der Lord nahm einen entsprechenden Schritt Hatzfeldts mit vollem Verständnis für die Bedeutung des Bismarckschen Vorschlages und mit der Zusage näherer Überlegung auf. Dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck erklärte er bei dessen Londoner Besuch im März 1889 mit Dank für die Anregung des Kanzlers, er hoffe noch Zeitumstände zu erleben, die ihm gestatten würden, darauf praktisch einzugehen (Bd. IV S. 405). Er fügte ein wiederholtes Bedauern über seine damals hinderliche Abhängigkeit von Parlament und Demokratie hinzu. Dieser deutsch-englische Anknüpfungsversuch ergab keinen Mißklang, im Gegenteil die Bereitwilligkeit Salisburys, vorläufig möglichst demonstrativ mit Deutschland Hand in Hand zu gehen, bis auf Gelegenheit zu näherer Zusammenarbeit. Für Bismarck stellen die Aktenstücke fest, daß er in ernsten Überlegungen zur Sicherung Deutschlands schon dahin gelangt war, eine zeitweilige Bindung an die westliche Flügelmacht fest ins Auge zu fassen und diese Absicht der englischen Regierung vertraulich mit aller Offenheit in Form eines regelrechten Bündnisvorschlages zu enthüllen.

Bezeichnend für die Haltung Bismarcks gegenüber England am Ende seiner amtlichen Laufbahn ist schließlich auch eine Mitteilung des preußischen Ministers Frh. Lucius von Ballhausen in seinen „Bismarckerinnerungen“, Stuttgart und Berlin 1920:

In einer Sitzung des preußischen Ministeriums vom 17. August 1889 sagte Bismarck über die allgemeine politische Lage, das ganze Ziel und Objekt der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen. Das sei nur möglich, wenn Deutschland immer wieder seine Indifferenz gegen die orientalische Frage betone. Geschähe das nicht, brouilliere sich Deutschland deshalb mit Rußland, so werde England behaglich stillsitzen und sich nur die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. Ferner beklagte er sich über den deutschen Kolonialschwundel, der die deutsch-englischen Kreise tölpelhaft störe.

Das ist in groben Umrissen das Bild, das die Taten des großen Realisten uns liefern. Wir sehen ihn groß in der Konzeption seiner Ziele, ebenso groß im Wechsel der geeigneten Mittel und Wege. In der ersten Hälfte seines politischen Lebens tritt mehr die Kühnheit der Gedanken und Entschlüsse, in der zweiten mehr das kluge Maßhalten und die stets wache Umsicht hervor. So hat Bismarck anfangs mit der Zerrissenheit der eignen Nation und den Stammesfehlern im deutschen Vaterland, später aber, nach vollendetem Neubau des Reichs, mit dem Verhängnis gerungen, das der Historiker Hintze in die Worte faßt: Unsre geographische Lage ist unser historisch-politisches Schicksal. Deshalb blieb seine Politik bis zum Schluß immer nur europäisch orientiert, und trotz der rücksichtslosen Anwendung von Blut und Eisen war sie niemals Prestigepolitik, sondern immer nur sah er die Größe Deutschlands in innerer Stärke*).

*) In seinem politischen Nachlaß befinden sich folgende Leitsätze: „Wir müssen den Krieg nach Möglichkeit hindern oder einschränken, uns in dem europäischen Kartenspiele die Hinterhand wahren und uns durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provokation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen lassen; wenn nicht, plectuntur Achivi . . . Mein ideales Ziel, nachdem wir unsre Einheit zustande gebracht hatten, ist stets gewesen, das Vertrauen nicht nur der minder mächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation, gut gemacht hat, friedliebend und gerecht sein will.“ Gedanken und Erinnerungen, 30. Kapitel.

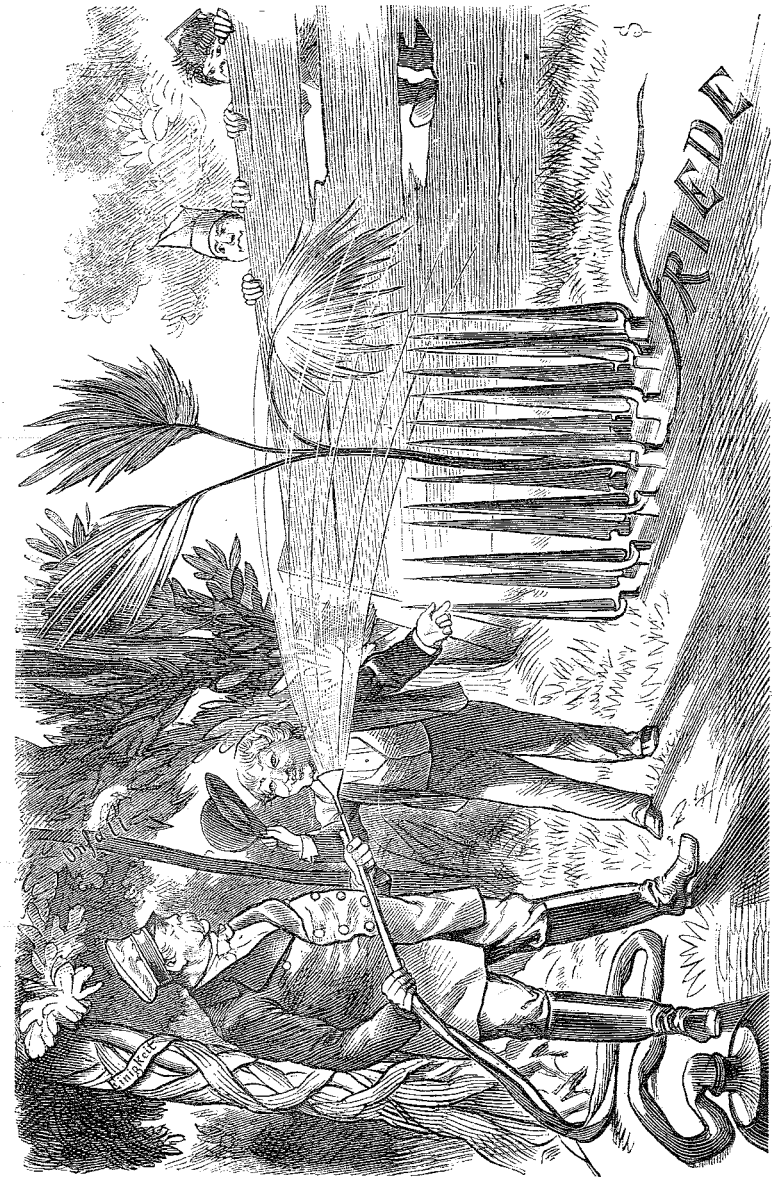
Ausländischen Beurteilern hat jenes Wort von Blut und Eisen häufig Veranlassung zu dem Fehlschluß gegeben, daß das Wesen der Bismarckschen Politik und ihrer Erfolge in der Anwendung von Gewaltmitteln bestanden hätte. Im Zusammenhang damit ist das Mißverständnis entstanden, ihn zu den Imperialisten zu rechnen. Er war Royalist, nicht Imperialist. Trotz der von Bismarck im letzten Jahrzehnt seiner amtlichen Tätigkeit zögernd und vorsichtig unternommenen Schritte zur Erwerbung von außereuropäischen Besitzungen blieb Deutschland ein europäisches Binnenreich, stark durch seine militärische und geistige Tüchtigkeit, aber ohne imperialistischen Ehrgeiz, sich mit den ältern Weltmächten, etwa gar mit dem die Straßen und Küsten des Weltmeers beherrschenden Großbritannien, in Rüstungen zur See zu messen. Wie man bei der Bewertung von Aussprüchen Bismarcks die jeweiligen Zwecke und Ziele seiner Politik nicht übersehen darf, so können auch seine Taten nur aus der Zeit und aus der Aufgabe, die ihm von der Geschichte gesetzt war, richtig gewürdigt werden. Das drinnen und draußen ohnmächtige Deutschland brauchte einen starken Tatmenschen, um ein geschlossenes Reich mit nationaler Volksvertretung zu werden. Wer Blut und Eisen verdammen will, soll den berühmten Brief Carlyles an die „Times“ von 1870 nachlesen, wo dargelegt ist, daß die Ziele Bismarcks weit über der napoleonischen Sphäre von Ländergier und Ehrgeiz lagen. Ungefähr zur gleichen Zeit schrieb Ranke, der Meister objektiver Geschichtsschreibung, an Thiers, Deutschland führe gegen Ludwig XIV. Krieg. Bismarck hat für eine Idee gekämpft, die ähnlich wie die der Abschaffung der Sklaverei eine Menschheitsidee war, die Idee nämlich, eine Nation nach mehrhundertjähriger Zerrissenheit und Zerfleischung zur Einheit zu führen. Andre Nationen in ähnlicher Lage, z. B. Italiener, Serben, Polen, sind auch nicht ohne Blut und Eisen zum Ziele gekommen.

II. Der neue Kurs.

1. Fürst Bismarck im Ruhestande.

Mit Bismarcks unfreiwilligem Abgang trat Deutschland in die Zeit ein, die in der Geschichtsschreibung den Namen „Der neue Kurs“ behalten wird. Sie umfaßt ungefähr die acht Jahre 1890 bis 1897 von der Entlassung des ersten Reichskanzlers bis zum Rücktritt des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall, auf den bald Bismarcks Tod folgte. Die Entwicklung der politischen Strömungen innerhalb des deutschen Volkes stand während dieser Zeit fast unausgesetzt unter Einflüssen, die von Bismarcks Sturz ausgingen, oder von seinem Verhalten im Ruhestande, der in Wahrheit ein Kampfzustand gegen den Kaiser und die neuen Männer der Regierung war. Für Bismarck war die Trennung von dem Werk, das er fortzuführen noch die Kraft in sich fühlte, wider seinen Willen und unvorhergesehen erfolgt, in Formen, die ihn verwundeten. Die teutonische Reckennatur setzte sich mit aller Wucht zur Wehr, schonungslos, wie er alle seine politischen Kämpfe geführt hatte.

Unter den politischen Parteien überwog anfangs in der Sozialdemokratie, in der bürgerlichen Linken, im Zentrum die Freude, den gewaltigen Widersacher in seiner amtlichen Machtfülle los zu sein. Aber auch in diesen Lagern gesellte sich für die politisch Nachdenklichen zu dem Gefühl der Befreiung doch ein Mißbehagen über den Hergang, wie dem deutschen Volke sein größter Staatsmann, den selbst innerpolitische Gegner für die auswärtige Leitung des Reiches noch schwer entbehrlich hielten, durch den Willensakt eines einzelnen genommen worden war. Formell wurde bei der Verabschiedung Bismarcks keine Vorschrift der von ihm selbst geschaffnen Reichsverfassung



Bismarck als Gärtner.

Die Jungen des Nachbarn steigen immer über den Zaun und ruinieren dabei mancherlei; wenn sie mir aber von der Pflanze nur ein Blatt abreißen, ja, ich wüßte wirklich nicht, was ich täte!?' (Aus dem „Kladderadatsch“ v. 30. Sept. 1883).

verletzt. Aber ein so schroffes Übergreifen der Kaisermacht gegen den Schöpfer des Reichs war etwas Unerhörtes. Ausländer, denen man darlegte, daß nach der damaligen Reichsverfassung der Deutsche Kaiser das Recht hatte, ohne Mitwirkung des Bundesrats und des Reichstags den leitenden Staatsmann fortzuschicken, zogen daraus den Schluß, daß eine derartige Verfassung für absolutistische Handlungen weiten Raum ließ.

In der Tat hat der Mangel an verfassungsmäßigen Hemmungen für den Entschluß der Krone bei Bismarcks Entlassung auf den weitem Gang der innern und äußern Geschehnisse Deutschlands verhängnisvoll mitgewirkt. Die kaiserliche Selbstherrlichkeit schnellte ungesund empor; die Stellung der folgenden Kanzler blieb eingeknickt gegenüber dem Monarchen, der mit einem Bismarck so herrisch umgesprungen war. Für die Einschätzung der deutschen Zustände im Auslande verschwanden bald Reichskanzler, Bundesrat, Reichstag hinter dem Kaiser, dem der verstoßne Bismarck das Wort aufprägte: er will Kaiser und Kanzler zugleich sein, und der im Augenblick der Trennung von Wilhelms I. überragendem Berater an den Großherzog von Weimar telegraphierte: „Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte. Volldampf voraus!“

In Auflehnung gegen diesen Ausspruch entstand das Schlagwort vom „neuen Kurs“. Ihn bekämpfte mit zunehmender Schärfe die gegen das persönliche Auftreten des Kaisers und gegen seine Politik sich entwickelnde Bismarck-Fronde. Im allgemeinen vollzog sich der Kampf nach dem Willen des grollenden Einsiedlers von Friedrichsruh, in wesentlichen Einzelheiten nach seinen eignen Angaben. Dies konnte weder, noch sollte es verborgen bleiben. Weil aber hinter fast alltäglichen Preßgefechten wieder und wieder die große Gestalt des alten Fürsten selbst erschien, gewann die Fronde starken Zuzug aus den Scharen treugebliebner Anhänger, denen die Bismarckverehrung eine achtungswerte Form der Opposition gegen das neukaiserliche Wesen bedeutete. Die Professoren und Studierenden der Hochschulen, die Lehrerschaft der Gymnasien und selbst der Volks-

schulen standen bei solchen Kundgebungen im Vordergrund. Zur politischen Kerntruppe der Bismarckfronde aber wurden die unter dem Sammelnamen Agrarier vereinigten Wortführer landwirtschaftlicher Interessen. Sie organisierten ihre Gefolgschaft in dem am 14. Februar 1893 gegründeten Bund der Landwirte zum Schutz und Trutz gegen die von Bismarcks Nachfolger Caprivi eingeleitete Handelsvertragspolitik.

Der General Leo v. Caprivi, im deutsch-französischen Krieg Generalstabsoffizier, später Chef der Admiralität und Korpskommandeur, hatte, als er die Nachfolge Bismarcks antrat, die klare Erkenntnis, daß er immer nur im Schatten seines großen Vorgängers im Kanzleramt stehen werde. In der ersten Zeit seines Ruhestandes äußerte sich Bismarck in Unterredungen mit ausländischen Journalisten recht günstig über die Person des neuen Kanzlers. Das dauerte aber nur kurze Zeit, sehr bald setzte in Friedrichruher Gesprächen und in Artikeln der „Hamburger Nachrichten“ mehr oder weniger scharfe Kritik über die Handlungen Caprivis ein. Beim ersten nach Bismarcks Abgang geschlossenen Vertrag mit England, der dem Deutschen Reiche gegen die Anerkennung der englischen Besitzrechte auf Sansibar die vor den deutschen Nordseehäfen gelegene kleine Insel Helgoland verschaffte, war die Friedrichruher Kritik noch ziemlich glimpflich. Die „Hamburger Nachrichten“ billigten zwar die gute Absicht, die Beziehungen zu England zu pflegen, versicherten aber auch, daß Bismarck den Vertrag, so wie geschehen, nicht abgeschlossen hätte.

Bei den Verhandlungen über das Kolonialabkommen mit England konnte der Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, seine ungewöhnlichen diplomatischen Fähigkeiten beweisen. Dabei kam ihm besonders zustatten, daß er die Eigenheiten und Gewohnheiten des englischen Premiers Lord Salisbury genau kannte. Die Aufgabe war nicht leicht. Sie wurde besonders dadurch erschwert, daß die öffentliche Meinung in England von dem Gedanken beherrscht war, daß Sansibar eine englische Schöpfung sei, die von einer schwächlichen Regierung nicht genug geschützt

werde, und daß durch die deutsche Mitwirkung dort der englische Handel schwer leide. Überall stoße der englische Kaufmann auf die deutschen Interessen, und jede Verständigung zwischen den beiden Regierungen werde nur zu neuen Beschränkungen der englischen Expansion führen. Lord Salisbury dachte daran, die rivalisierenden Landansprüche der beiderseitigen Gesellschaften schiedsgerichtlich zu erledigen. Der Abgrenzung in Interessensphären stand der koloniale Chauvinismus hüben und drüben entgegen. Die weiteren Bemühungen Salisburys, ein Abkommen zustande zu bringen, wurden namentlich durch aufreizende Reden Stanleys erschwert. Um zu einem guten Ende zu kommen, schlug Hatzfeldt vor, daß er und Salisbury ihre offizielle Eigenschaft einmal ganz beiseite setzen und lediglich als private Gentlemen persönlich und sans aucun préjudice sich aussprechen sollten. Salisbury ging sofort darauf ein, und das Ergebnis der ganz vertraulichen Aussprache ging in den Hauptpunkten dahin: England übernimmt das Protektorat über Sansibar, Deutschland verzichtet zugunsten Englands auf Witu, Deutschland erhält gewisse Gebietsvorteile am Nyassa- und Victoria-Nyanza-See, ferner den Besitz der bisher vom Sultan von Sansibar nur zur Verwaltung überlassenen festländischen Küste, endlich durch Parlamentsbeschluß die Insel Helgoland. Die letzten Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Vertrags traten in dem Ministerrat in London auf, der über die Abtretung der Insel Helgoland zu beschließen hatte. Nach einem Bericht Hatzfeldts vom 11. Juni 1890 leisteten einige Minister dem Premier hartnäckigen Widerstand, teils aus Besorgnis vor den möglichen Rückwirkungen auf die Stellung des Kabinetts, „teils weil sie, so seltsam es klingen mag, auf den Besitz von Helgoland einen wirklichen Wert glaubten legen zu müssen“ (Bd. VIII S. 25).

Bismarck schätzte den Besitz von Helgoland nicht hoch ein. Sogar noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ sah er die Erwerbung Helgolands wie eine dem Deutschen Reiche aufgebürdete Last an. Er wollte — merkwürdig genug — Helgoland lieber durch die englische Neutralität gedeckt, als zum leichten

Angriffsziel eines französischen Geschwaders gemacht wissen. Nur an eine französische Blockade dachte er, die Möglichkeit einer englischen Blockade kam ihm nicht in den Sinn. Dabei ist zu bemerken, daß auch schon unter Bismarck der Übergang der Insel in deutsche Hand erwogen worden war*). In Wirklichkeit hatte Helgoland für Deutschland größern Wert, als der Erwerb von Sansibar hätte haben können, denn die Insel füllte eine Lücke in Deutschlands Verteidigung aus. Schon im Jahre 1883 hatte Caprivi in einer Denkschrift dargelegt, daß der Nordseekanal erst durch ein deutsches Helgoland seinen vollen Wert für den Kriegsfall erlangen könnte. Wie wenig aber Bismarck seine Deutschen in auswärtigen Dingen erzogen hatte, zeigte sich darin, daß gerade der Sansibar-Helgoland-Vertrag Anstoß gab zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Verbandes, der sich aus Gegnern der wie eine Abtretung deutschen Gebietes behandelten Überlassung Sansibars an England bildete. Dieser Verband war der Vorläufer der spätern Organisation der Alldeutschen. Zum Ersten Vorsitzenden wurde Karl Peters erwählt, er ging jedoch bald als Reichskommissar nach Ostafrika zurück. Im Jahre 1883 hatte er, von einem längern Aufenthalt in England nach Berlin zurückgekehrt, einen Artikel in der „Gegenwart“ veröffentlicht, der mit starkem Pathos die Germanen zum Eintritt in den Wettstreit mit den Angelsachsen um überseeischen Besitz aufforderte. Die bewußte Kampfstellung gegen die Angelsachsen ist als Merkmal an den Bestrebungen der Alldeutschen haften geblieben. Diese Anglophoben wollten unbekümmert darum, daß für das mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln ungenügend versorgte Deutsche Reich die Freundschaft mit England wie mit den Vereinigten Staaten unentbehrlich war, eine

*) Der Gedanke, Helgoland gegen koloniale Vorteile abzutreten, ist zuerst von Chamberlain in einer Unterredung mit dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck ausgesprochen worden, als dieser im März 1889 nach London gesandt war, um mit Salisbury über das Bündnisangebot zu verhandeln. (S. oben S. 13.) Chamberlain war damals nicht Mitglied der Regierung, übte aber im Parlament und in der Öffentlichkeit großen Einfluß aus. Seine Anregung ging dahin, Helgoland gegen Angra Pequena nebst Hinterland auszutauschen (Bd. IV S. 408f.).

deutsche Weltpolitik machen, nicht bloß ohne, sondern gleich gegen England.

Immerhin blieben nach der Veröffentlichung des deutsch-englischen Kolonialabkommens vom 1. Juni 1890 die Plänkeleien zwischen Friedrichsruh und Berlin, dem alten und dem neuen Kanzler, noch ziemlich rücksichtsvoll. Da kam die Reise nach Wien. Was der Herausgeber der „Neuen Freien Presse“ als Äußerungen aus dem Munde des zur Hochzeit seines Sohnes Herbert nach Wien gereisten Fürsten Bismarck am 23. Juni 1892 veröffentlichen konnte, war eine leidenschaftliche Kampfansage an seinen Nachfolger. „Ich bin nicht in den Reichstag gegangen“, (Bismarck war nach seinem Rücktritt von einem Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden), „weil ich die Regierung en visière ouverte angreifen mußte, gewissermaßen als Chef der Opposition. Allerdings habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen mehr gegen die jetzigen Persönlichkeiten. Die Brücken sind abgebrochen.“ Zuletzt kam die Klage, das persönliche Vertrauen des Zaren sei geschwunden, der Draht, der Deutschland und Rußland verbunden habe, sei abgebrochen.

Zunächst blieb es unklar, was diesen gereizten, schrillen Ton erzeugt hatte und wie man sich erklären sollte, warum Fürst Bismarck die heimische Regierung vor aller Welt so bloßstellte. Aber die Ausbrüche eines tiefen, bis zu persönlicher Feindseligkeit gesteigerten Grolls wurden begreiflich und sogar entschuldbar, als ein Erlaß Caprivis vom 9. Juni 1892 an den Wiener Botschafter Prinzen Reuß im „Reichsanzeiger“ erschien.

Caprivi war von allen guten Geistern verlassen, als er seinen Namen unter den telegraphischen Erlaß an den Prinzen Reuß vom 9. Juni 1892 setzte. Der Inhalt war anstößig und für den Fürsten Bismarck schwer verletzend. Der Zweck war, eine Audienz des Fürsten bei dem Kaiser Franz Joseph zu vereiteln. Außerdem wurde der Botschafter angewiesen, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck keine Folge zu leisten, auch sollte Prinz Reuß den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, davon in Kenntnis

setzen, daß der Deutsche Kaiser von der Hochzeit keine Notiz nehmen werde.

Nach der Veröffentlichung dieses sogenannten Uriasbriefes brach ein Sturm der Begeisterung für den gekränkten Altreichskanzler los, seine Heimreise von Wien gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge für den Fürsten und zu einem schaurigen Unwetter für seinen Nachfolger.

Caprivi war mit Leib und Seele Soldat. Gleich bei Beginn seiner Amtstätigkeit hatte er für das Verhältnis zu seinem Vorgänger einen strategischen Plan entworfen, dessen Grundlinien waren: der Kaiser hat von einem unbestreitbaren Rechte Gebrauch gemacht, als er den Fürsten Bismarck entließ. Von einem Streit zwischen dem Kaiser und dem gewesenen Kanzler kann daher keine Rede sein. Erhebt der Fürst trotzdem gegen jenen die Streitaxt, so ist er im Unrecht. Die meisten Generale werden, wenn sie von ihrem eignen Bezirk auf das politische Gebiet geraten, leicht versucht sein, der strengen Abgrenzung der Zuständigkeiten, dem Einordnen aller Aufgaben in Fächer und Kästen, mehr Wert beizulegen als der Kunst der Menschenbehandlung. Die Psychologie, die zur Führung der politischen Geschäfte gehört, war dem General v. Caprivi ein fremdes Gebiet, in dem er sich mit seiner soldatischen Steifheit nur schwer bewegen konnte. Dadurch erklärt sich der grobe Fehlgriff des Uriasbriefes, der nicht mit Caprivis vornehmer Gesinnung harmonierte und ihm selbst zum größten Nachteile gereichte.

Während Anhänger des alten Bismarck in allen bürgerlichen Lagern zu finden waren und der Kampf um Bismarck ihre politische Wirksamkeit lähmte, setzte die Sozialdemokratie alle Kräfte daran, sich innerlich, in Lehre und Organisation, so stark als möglich zu machen.

Die sozialdemokratische Bewegung schwoll zu mächtigem Umfang an. In ihr herrschte, Richtung und Ziel bestimmend, der kommunistische und internationale Gedanke. Auf dem Erfurter Parteitag (1891) war ein neues Programm aufgestellt worden, das dem alten Streit zwischen den beiden durch die Namen Lassalle und Marx gekennzeichneten Hauptrichtungen

ein Ende machte. Der Hallesche Parteitag (1890) hatte beschlossen, daß die „Wissenschaft“ im Programm zu vollen Ehren gebracht werden sollte. Die Wissenschaft — das war hauptsächlich das kurz vor der Februarrevolution 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels gemeinschaftlich verfaßte Kommunistische Manifest, das Fr. Engels, nachdem es in viele Sprachen, zuerst ins Englische, dann ins Französische, Polnische, Russische, Dänische übersetzt worden war, in der fünften deutschen Ausgabe (1890) als das internationalste Erzeugnis der gesamten sozialistischen Literatur, als das gemeinsame Programm vieler Millionen von Arbeitern aller Länder, von Sibirien bis Kalifornien, bezeichnen durfte. In ihm war die materialistische Geschichtstheorie, die nur von wirtschaftlichen Trieben das Leben der Völker beherrscht sein läßt, zum erstenmal in ein System gebracht, nachdem schon vor Marx deutsche und französische Sozialisten gelegentlich die Abhängigkeit der Politik von der Ökonomie, die wirtschaftlichen Klassengegensätze als das herrschende Prinzip der Geschichte und das Verhältnis zwischen Armen und Reichen als das einzige revolutionäre Element in der Welt bezeichnet hatten.

Nach einem Spruch Goethes sind allgemeine Begriffe und großer Dünkel immer auf dem Wege, entsetzliches Unglück anzurichten. Das Kraftgefühl der Arbeitermassen ist zu keiner Zeit vor dem Ende des Weltkrieges unbändiger gewesen als in der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Um so gefährlicher für den Frieden im Innern des Reichs mußten neue Versuche sein, die Bewegung mit Gewaltmaßregeln zu unterdrücken.

Fürst Bismarck ließ nach wie vor 1890 keinen Zweifel darüber, daß er vor einer gewaltsamen Lösung nicht zurückscheute. Kurz nach seiner Entlassung sprach er das Wort von dem „blutigen Kataklysmus“, der die sozialistischen Wirren unterdrücken werde, und zwar in naher Zukunft. Nach einer gut verbürgten Äußerung noch aus seinem Todesjahr wollte er der Sozialdemokratie die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen, was ohne Staatsstreich nicht möglich war. In seiner

Jenaer Rede vom 30. Juli 1892 hatte Fürst Bismarck gesagt, er möchte dazu beitragen, daß sich das Parlament wieder zu einer konstanten Majorität und Autorität erhebe; er selbst habe unbewußt dazu beigetragen, daß der Reichstag in seinem Einfluß heruntergekommen sei. In derselben Rede nannte er es ein gefährliches Experiment, wenn man im Zentrum Europas absolutistischen Ideen und Velleitäten zustrebe. Er wollte also ein Parlament mit eignem politischen Willen haben, der sich gegen absolutistische Neigungen richte. Und gleichzeitig sollte die demokratische Partei mit absolutistischen Mitteln unterdrückt werden? Kampf nach oben gegen Kaiser, Hof und Heer und nach unten gegen eine von der Idee der Völkerverbrüderung beherrschte Masse von Proletariern, Kleinbürgern und Literaten — das ging über die Kraft eines Parlaments, in dem das Bürger- und Junkertum, zersplittert in ein Dutzend von Fraktionen, Gruppen und Grüppchen, der geeinigten Sozialdemokratie gegenüberstand.

Auch unter dem dritten Kanzler, dem aus Straßburg nach Berlin berufenen greisen Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst, dauerte die Hinterhältigkeit von Bestrebungen fort, die unter der Maske des Kampfes gegen den Umsturz von unten tatsächlich einen Umsturz von oben herbeiführen sollten. Zu den blinden Anhängern des Fürsten Bismarck und den ostelbischen Herrenmenschen, die den Königsberger Kaiserruf „zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes“ bejubelt hatten, gesellten sich Höflinge und ehrgeizige Würdenträger mit Einflüsterungen und Ratschlägen, Gewaltmaßregeln gegen die demokratischen Allüren des Reichstags zu ergreifen. Unter diesen Unverantwortlichen übte den stärksten Einfluß auf den Kaiser der frühere Chef des Generalstabs, Generaladjutant Graf Waldersee aus. In einem dienstlichen Bericht, den Waldersee als Kommandeur eines Armeekorps ebenso wie die andern Korpskommandeure über das Eindringen sozialistischer Ideen in das stehende Heer zu erstatten hatte, stellte er ein politisches Programm mit folgenden Punkten auf: Gesetzentwurf gegen die Umsturzbestrebungen mit



GUILLAUME LE TACITURNE ET GUILLAUME LE BAVARD
Guillaume le Bavard. — C'est tout de même drôle qu'en se taisant on puisse devenir un grand homme!

Wilhelm der Schweiger und Wilhelm der Redselige.
 Von J. Braakensiek. (Aus „Weekblad voor Nederland“.)

der Befugnis der Verweisung außer Landes; wenn der Reichstag ablehnt, Auflösung, einmal, zweimal; sollten die verbündeten Regierungen dem Staatsstreich nicht zustimmen, Austritt Preußens aus dem Bunde und Gründung eines neuen. Sogar die Idee fehlte nicht, auswärtige Verwicklungen nicht zu scheuen, um im Innern zum Ziel zu kommen. Mochte sich der Geist des Vorschlags auch mit kaiserlichen Phantasien berühren, so war doch Wilhelm II. klug genug, die Gefährlichkeit eines solchen Wagnisses zu erkennen. Der dritte Kanzler tat sein übriges, um den Kaiser zur Mäßigung anzuhalten. Aus einer Stelle seines Tagebuches, wo er von dem Konfliktseifer hoher Streber spricht*), geht hervor, daß er sich den Staatsstreichplänen ebenso wie sein Vorgänger Graf Caprivi widersetzte.

So groß die Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Liberalismus wegen der in jener herrschenden extremen Theorie damals noch waren, so hatte es doch der Kaiser selbst mit seinen vielen öffentlichen Reden allmählich dahin gebracht, daß Eugen Richter, der alte Führer der Fortschrittspartei und Verfasser einer in Massen verbreiteten Flugschrift: „Die Irrlehren der Sozialdemokratie“, als Redner im Reichstage mit August Bebel, dem Verkünder des nahenden „großen Kladdera-datsches“, in der schärfsten Verurteilung des persönlichen Regiments wetteiferte. Andre bürgerliche Redner unterschieden sich bei der Beurteilung des absolutistischen Gebarens des Kaisers nur im Tone von den scharfen Anklagen Bebels und Richters, und sogar ein Vertreter der Rechten, der alte Führer der (freikonservativen) Reichspartei v. Kardorff mußte bekennen, daß der monarchische Fonds im Sinken begriffen sei**).

Aber das Kapital an königstreuer Gesinnung, besonders in Preußen, war damals immer noch so groß, daß jeder Versuch einer revolutionären Erhebung von vornherein zu blutigem

*) Fürst Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II S. 523.

***) Über das persönliche Regiment und seine Begleiterscheinungen s. Johannes Haller: „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld“ (Berlin 1924) wo aus dem Nachlaß dieses Freundes Wilhelms II. über Regierungskrisen, Adjutantenpolitik, höllische Intrigen, neues historisches Material mitgeteilt ist.

Scheitern verurteilt gewesen wäre. Die tiefe Erbitterung, die gewisse Kaiserworte, wie das von „einer Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, im Arbeitervolke erregten, wurde durch das Vertrauen in die geheimnisvolle Kraft der Entwicklung oder richtiger von der Einsicht im Zaume gehalten, daß die Hauptaufgabe der revolutionären Sozialdemokratie zunächst in der Organisation der Arbeitermassen bestand. Auch trat schon gegen Ende des Jahrhunderts in einzelnen gebildeten Köpfen die Erkenntnis und in engern Kreisen tüchtiger Arbeiter das Gefühl hervor, daß in der vom Erfurter Programm übernommenen Marxschen Lehre doch noch nicht der Weisheit letzter Schluß enthalten sei. Namentlich waren es die Marxsche Theorie von der Scheidung in zwei Klassen: Ausbeuter und Ausgebeutete, und seine Degradierung der Arbeit zur Ware, was allmählich unter innern Kämpfen zu einer Revision des Parteidogmas führen mußte.

2. Der Draht nach Rußland und der Zweibund.

Solange Graf Caprivi noch im Kanzleramte war, blieb es der Öffentlichkeit verborgen, was der Wiener Anklage Bismarcks (S. 21) gegen seinen Nachfolger, das Abreißen des Drahts nach Rußland verschuldet zu haben, eigentlich zugrunde lag. Zwar hatten die „Hamburger Nachrichten“ schon am 3. Juni 1891 gerügt, daß von den beiden Strängen, die Deutschland früher auf seinem Bogen hatte, der russische kurzweg durchgeschnitten worden sei, und weiter am 24. Januar 1892 eine noch deutlichere Anspielung auf „bestimmte, jetzt nicht mehr vorhandne Abmachungen“ gemacht. Aber die in- und ausländische Presse hatte noch viel zuviel mit dem persönlichen Gegensatz zwischen dem jungen Kaiser und dem alten gestürzten Kanzler zu tun und beachtete den Hinweis auf eine von dem neuen Kanzler vorgenommene Änderung in dem Verhältnis zu Rußland nicht. Bei Beratung der Militärvorlage (23. November 1892) antwortete

Caprivi auf den Vorwurf, daß die Regierung den Draht zerrissen hätte, nur mit der kurzen Bemerkung: „Wir haben alle Sorgfalt darauf verwendet, diesen Draht zu erhalten; wir wünschen nur nicht, daß er uns den Strom aus denjenigen Leitungen nehme, die uns mit Österreich-Ungarn und Italien verbinden.“ Die wenigen Striche, die Caprivi dem von Bismarck gebrauchten Bilde hinzufügte, genügten nicht, um den wirklichen Hintergrund erkennbar zu machen. Erst durch einen Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 24. Oktober 1896 kam mehr Licht in das Dunkel. Danach hätten sich beide Reiche, Rußland und Deutschland, gegenseitig zu wohlwollender Neutralität für den Fall verpflichtet, daß eins von ihnen von dritter Seite angegriffen würde. Wenn also z. B. Frankreich einen Angriffskrieg gegen Deutschland unternähme, so wäre die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen gewesen und umgekehrt die Deutschlands, wenn Rußland einen unprovokierten Angriff abzuwehren hätte. Der Artikel schloß mit dem Satz: „So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der Französischen Republik, unsrer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt.“

Auf eine Zentrumsinterpellation erklärte Fürst Hohenlohe im Reichstage, er könne nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. Marschall stellte vorsichtige Betrachtungen darüber an, ob die Rückversicherung die Versicherung stärke und ob die Reichsleitung bei einem Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland nicht in die schwierige Lage kommen könnte, entscheiden zu müssen, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei. Woher kam dieses Winden und Drehen, wenn sich die Abmachungen auf die einfache Neutralitätsformel beschränkten? Ein hoher Berg von politischer und historischer Literatur hat sich in Jahrzehnten seit der Enthüllung der „Hamburger Nachrichten“ aufgehäuft, in der weitaus die Ansicht überwiegt, daß der Verzicht auf den Vertrag ein unbegreiflicher Fehler gewesen sei, weil ohne ihn die ver-

hängnisvolle, schließlich den Weltkrieg herbeiführende Trennung des Kontinents in zwei starke Mächtegruppen vielleicht nicht zustande gekommen wäre. Man ging dabei meist von der Annahme der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben der „Hamburger Nachrichten“ über den Inhalt des Geheimvertrages aus, obgleich schon die Haltung Hohenlohes und Marschalls das Gegenteil vermuten ließen. Der größte Teil dieser Literatur mit ihrer meist maßlosen Überschätzung des Vertrags von 1887 ist entwertet worden, seit dieser im Wortlaut veröffentlicht worden ist*).

Durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn hatte sich das Deutsche Reich in die Gefahr begeben, in einen Krieg mit Rußland verwickelt zu werden, lediglich zum Schutze österreichisch-ungarischer Interessen an dem untern Lauf der Donau. Um dieser Gefahr vorzubeugen, brachte Bismarck 1881 ein geheimes Abkommen unter den drei Kaiserhöfen zustande, dessen Schwerpunkt nicht sowohl in der Neutralitätsklausel des Hauptvertrages (für den Fall eines Krieges mit einer vierten Großmacht), als vielmehr in einer protokollarischen Verständigung über streitige Balkaninteressen lag.

Danach sollte es Österreich-Ungarn vorbehalten bleiben, „zu geeigneter Zeit“ sich Bosnien und die Herzegowina förmlich einzuverleiben, auch sollten die Vorschriften des Berliner Vertrages über den Sandschak Nowibazar in Kraft bleiben; die Türkei sollte Ostrumelien und die Balkanländer nicht besetzen dürfen, vorausgesetzt, daß Bulgarien und Ostrumelien jede Herausforderung der Türkei vermieden; Bulgarien sollte die Vereinigung mit Rumelien vollziehen dürfen, dagegen von jedem Angriff auf die Nachbarländer, namentlich Mazedonien, abgehalten werden.

Der Vertrag war auf drei Jahre geschlossen und wurde 1884 um weitere drei Jahre verlängert. Beim Ablauf hatte weder Petersburg noch Wien Neigung, den Vertrag nochmals zu verlängern, weil man beiderseits wegen des bulgarisch-serbischen

*) Dokumente aus den russischen Geheimarchiven bis zum 1. Juli 1918. Auswärtiges Amt. Berlin.

Krieges und des Thronwechsels in Sofia Grund zur Verstimmung zu haben glaubte. Dagegen setzten auf russischen Wunsch die „Höfe“ von Petersburg und Berlin das Vertragsverhältnis fort. Der neue Hauptvertrag erkannte die geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf der Balkanhalbinsel und besonders die Rechtmäßigkeit seines vorwiegenden und entscheidenden Einflusses „influence prépondérante et décisive“ in Bulgarien und Rumelien an, ebenso den bindenden Charakter des Grundsatzes der Schließung der Meerengen mit dem Zusatz, daß beide Teile bei Verletzung des Grundsatzes durch die Türkei die im Berliner Vertrag enthaltene Bürgschaft für ihren territorialen Besitzstand als verwirkt ansehen würden. Noch viel weiter wich das neue Zusatzprotokoll von dem von 1881 ab. Die frühere Abgrenzung der russischen und der österreichisch-ungarischen Balkaninteressen fiel ganz fort, und in der Meerengenfrage versprach der kaiserlich deutsche Hof wohlwollende Neutralität und moralische und diplomatische Unterstützung auch für den Fall, daß der Zar zur Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer Maßregeln für notwendig halten sollte, „um den Schlüssel seines Reichs in der Hand zu behalten“.

Außerdem gab es neben der Rückversicherung bei Rußland noch eine andre, die sich mit der deutsch-russischen nicht deckte, sondern sie unter Umständen durchkreuzte. Sie ist angedeutet in einem Bilde, das Graf Caprivi in einer Unterredung mit seinem Vorgänger auf dessen Rat, den russischen Geheimvertrag zu verlängern, gebraucht hat: Das Bismarcksche System der Versicherungen gleiche einem Spiel mit fünf Kugeln, das nur unter den Händen und Augen eines außerordentlich geübten Künstlers zu gelingen pflege*). Die fünfte Kugel war Rumänien. Zwischen diesem Staate und Österreich-Ungarn war 1883 auf Bismarcks Rat ein Bündnis geschlossen worden, das gegenseitige

*) Nach Julius von Eckardt: „Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi“, Leipzig 1920, lautete Caprivis Antwort: „Ein Mann wie Sie kann mit fünf Bällen gleichzeitig spielen, während andre Leute gut tun, sich auf einen oder zwei Bälle zu beschränken. Übrigens muß ich die Angelegenheit noch prüfen.“

Waffenhilfe für den Fall eines unprovokierten Angriffs von dritter Seite vorsah, also auch eine Rückendeckung gegen Rußland enthielt. König Karol legte Wert darauf, daß mit Deutschland ein gleiches Bündnis zustande komme, weil dadurch in seinem Volke der Widerstand der Russenfreunde und Förderer einer rumänischen Irredenta in Siebenbürgen abgeschwächt würde. Deutschland trat daher dem Vertrage zwischen Rumänien und dem Donaureiche bei, ebenso auch Italien. Die Verträge wurden 1892, dann 1902, endlich 1913 erneuert*).

Aus den jetzt veröffentlichten Aktenstücken des Auswärtigen Amtes, die sich auf die Zeit vom 20. März 1890 bis 9. Juni 1890 erstrecken geht klar hervor, daß die treibende Kraft bei der Nichterneuerung des Vertrages mit Rußland Herr v. Holstein, der älteste Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, war. Er bearbeitete sowohl den neuen Kanzler Caprivi als auch den neuen Staatssekretär Frhn. v. Marschall in dem Sinne, daß der Inhalt des Vertrages mit der Bundestreue gegenüber Österreich-Ungarn und Rumänien nicht zu vereinbaren wäre. Marschall nahm hauptsächlich daran Anstoß, daß der Vertrag den Russen ziemlich unverblümt die Meerengen und Konstantinopel als Gegenleistung für die russische Neutralität in gewissen Kriegsfällen zusagte. Holstein gelang es endlich auch, den Botschafter in Petersburg, v. Schweinitz, der bisher für die Erneuerung eingetreten war, bei seiner Anwesenheit in Berlin umzustimmen. Dabei gab für Schweinitz der Vertrag mit Rumänien von 1883 den Ausschlag, da er ihm mit dem deutsch-russischen Vertrag in Widerspruch zu stehen schien.

Nach seiner Rückkehr nach Petersburg berichtete der Botschafter am 3. April 1890, daß der Minister des Auswärtigen v. Giers, als er die ablehnende Antwort Deutschlands erfuhr, doch „etwas konsterniert“ gewesen sei, aber an der Hoffnung festhalte, daß noch, vielleicht durch Veränderung des Wortlauts, ein Vertragsschluß erzielt werden könne.

*) Der Wortlaut des Vertrags vom 5. Februar 1913 mit Beitrittsklärung Deutschlands vom 26. Februar 1913 ist im Anhang III des Bandes IV der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch veröffentlicht worden.

Darauf folgten noch zwei Unterredungen im Mai, von denen die zweite vom 15. Mai die weitaus wichtigste in der ganzen Angelegenheit (Bd. VII S. 17f.) war. In ungewöhnlicher Form und in großer Beflissenheit setzte Herr v. Giers dem Botschafter auseinander: ihn bedrücke der Gedanke, daß vom 18. Juni ab kein schriftliches Abkommen zwischen Rußland und Deutschland mehr bestehen solle; er lege gar keinen Wert auf die weitgehenden Abmachungen in dem Zusatzprotokoll und auf die scharfen Adjektiva: préponderante et décisive (in bezug auf Bulgarien) im Hauptvertrag, ihm komme es einzig und allein darauf an, daß etwas Schriftliches vorhanden sei.

Holstein erkannte sogleich die schwache Stelle des Giersschen Vorschlags, daß nämlich die bedenklichste Verpflichtung, in Konstantinopel auf dauernden Schluß der Meerengen hinzuwirken, nicht in den Verzicht eingeschlossen war, also fortbestehen sollte. Der Eindruck, den der Botschafter v. Schweinitz von den Eröffnungen des russischen Ministers erhalten hatte, sprach sich in folgenden Worten aus: „Nach meinem Dafürhalten ist der Augenblick günstig, um uns die Neutralität Rußlands im Falle eines französischen Angriffs zu sichern, ohne Verbindlichkeiten zu erneuern, welche mit unsern vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen andre Mächte unvereinbar sind.“ In der Tat war der neue russische Vorschlag mit seinen erheblichen Abschwächungen des alten Vertrags geeignet, die aus der Bündnistreue gegenüber Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien hergeleiteten Bedenken zu vermindern und den großen Vorteil der russischen Neutralität in einem deutsch-französischen Kriege mit seiner ganzen Schwere ins Gewicht fallen zu lassen.

Bestehen blieb aber die Sorge vor russischen Indiskretionen. Holstein erklärte in einer Aufzeichnung vom 20. Mai: „Wenn wir die Meerengenklausel jetzt verlängern, so muten wir den Russen zu, eine Tatsache geheimzuhalten, die, wenn den Engländern vertraulich mitgeteilt, den Keil des Mißtrauens zwischen England und Deutschland schieben würde.“ Außerdem berief er

sich darauf, daß Italien nach dem Wortlaut des deutsch-italienischen Vertrags das Recht habe, unterrichtet zu werden „sur nos propres dispositions, ainsi que celles d'autres puissances“. Der Kanzler v. Caprivi schloß sich der Ansicht Holsteins mit den Worten an: „Die Andeutungen des Herrn v. Giers laufen alle auf geheime Abmachungen, sei es in Form eines Vertrages, Notenaustausches oder Briefwechsels der Monarchen hinaus. Solches Geheimnis legt eine Mine unter den jetzigen Dreibund, die Rußland alle Tage zünden kann.“ Der neue Kanzler konnte sich auch darauf berufen, daß Herr v. Giers die Erneuerung des Vertrags mit Österreich-Ungarn 1887 abgelehnt hatte, weil die Verantwortung vor dem russischen Volke und vor der Geschichte zu schwer wäre, „si jamais la chose s'ébruitait“.

Den Ausschlag bei der Frage, ob neuer Vertrag oder Verzicht auf den russischen Vorschlag, hat also die Besorgnis gegeben, daß ein Eingehen auf die Meerengenklausel im Fall einer Indiskretion noch genug Zündstoff enthalte, um England zu verprellen und den Dreibund zu sprengen.

Bei unvoreingenommener Prüfung wird man zugeben müssen, daß Caprivi, der Neuling im diplomatischen Geschäft, nicht kopflos und eigensinnig die Erneuerung abgelehnt hat. Wenn auch Marschall in der Interpellationsdebatte des Reichstags am 16. November 1896 bestritten hat, daß jemals von deutscher Seite etwas verabredet worden sei, was sich nicht mit bestehenden Verträgen vereinbaren ließe, so war das nur ein notgedrungener Sophismus, um die in Österreich-Ungarn und Italien nach dem Enthüllungsartikel der „Hamburger Nachrichten“ entstandene Aufregung zu dämpfen. Unzweifelhaft waren die geheimen Klauseln des alten Vertrags mit ihrer einseitigen Begünstigung russischer Ansprüche vom Standpunkte der Loyalität aus nicht bedenkenfrei. Bismarck selbst hat in einem Immediatbericht an Kaiser Wilhelm II. vom 19. August 1888 zugegeben, daß durch das russische Abkommen ein unter gewissen Umständen schwieriges Verhältnis geschaffen wurde (Bd. VI S. 342). Das konnte

ihn nicht schrecken, da der nie um Mittel und Wege Verlegene sich wohl bewußt war, immer noch letzten Endes bei einer Verschärfung der Gegensätze eine Schädigung der Lebensinteressen der mit Deutschland verbündeten Mächte verhindern zu können. Er, mit den Erfahrungen einer langen diplomatischen Laufbahn und mit dem Ansehen des größten Staatsmanns eines ganzen Jahrhunderts, er hatte unvergleichlich reichere Wirkungsmöglichkeiten, als irgendein Nachfolger haben konnte. Caprivi war darum kein eitler Tropf, weil er sich nicht gleicher Meisterschaft und gleicher Wirkungsmöglichkeiten vermaß! Tatsächlich lagen die Dinge so, wie sie der damalige Unterstaatssekretär Graf Berchem in einem Gutachten vom 25. März 1890 darstellte: „Eine so komplizierte Politik (wie die Bismarcks), deren Gelingen ohnedies jederzeit fraglich gewesen ist, vermögen wir nicht weiterzuführen nach dem Ausscheiden eines Staatsmanns, der bei seiner Tätigkeit auf dreißigjährige Erfolge und einen gradezu magischen Einfluß im Ausland sich stützen konnte (Bd. VII S. 4ff.).“

So gesehen, kommt man zu dem scheinbar paradoxen Schluß: der Verzicht war ein Fehler, wenn Bismarck blieb, er war eine notwendige Vorsicht, wenn er ging. —

Hat denn nun wirklich nach der von den „Hamburger Nachrichten“ verkündeten Ansicht Bismarcks zwischen der Nichterneuerung der Rückversicherung und dem Abschluß der französisch-russischen Allianz ein ursächlicher Zusammenhang bestanden? Aus den Akten ergibt sich, daß nicht sowohl der deutsche Verzicht auf die Rückversicherung als vielmehr die Erneuerung des Dreibunds (1891) die russische Regierung in deutschfeindlichem Sinne beeinflußt hat. Sicherlich bildete der deutsch-russische Geheimvertrag eine Schranke gegen die Verbrüderung der revanchedürstigen Republikaner in Frankreich mit den panslawistischen und nihilistischen Elementen in Rußland. Jedoch war die Schranke in den Jahren 1886—90 mit den großen Fortschritten der russisch-französischen Annäherung brüchig geworden. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß Frankreich 1887 den Russen 500 000 Lebelgewehre gegen das Ver-

sprechen, sie nicht gegen Frankreich zu gebrauchen, lieferte und Milliarden über Milliarden für Rüstungszwecke Rußland zur Verfügung zu stellen begann. Ob nicht bei Fortdauer des deutsch-russischen Vertrags doch der Zweibund zustande gekommen wäre, das läßt sich weder unbedingt behaupten noch bündig widerlegen.

Auf die Stimmungen des russischen Volkes konnte der deutsch-russische Geheimvertrag keinen Einfluß ausüben. Für die Begründung des Zweibunds hing alles davon ab, ob Alexander III. dahin gebracht werden könnte, seinen Abscheu vor der republikanischen Regierungsform Frankreichs aufzugeben, oder nicht. Wie schwer das Stück war, den Zaren von seinem Widerwillen gegen eine Allianz mit dem republikanischen Frankreich abzubringen, geht aus folgendem hervor:

Am 27. Mai 1891 meldete Schweinitz aus Petersburg von seinem italienischen Kollegen Baron Marochetti erfahren zu haben, daß der französische Versuch, vom Zaren die Zusicherung einer Kooperation im Kriegsfall zu erlangen, mißlungen sei. Nach einer Aufzeichnung des Kanzlers von Caprivi erzählte ihm der Minister des Auswärtigen von Giers bei einem Besuche am 25. November 1891, daß bei dem Galamahl zu Ehren des französischen Geschwaders in Kronstadt (25. Juli 1891) nur die Melodie der Marseillaise gespielt und der Text nicht gesungen worden sei, und daß der Zar nach den ersten Takten gerufen habe: „assez“ (Bd. VII S. 207 und 227).

Aus manchen Stellen der amtlichen deutschen Berichte gewinnt man den Eindruck, daß die deutsche Diplomatie geneigt war, auf den Widerwillen des Zaren gegen ein Bündnis mit Frankreich zu fest zu bauen. Eine Ausnahme macht der Botschafter von Schweinitz, der nach dem Austausch demonstrativer Artigkeiten, namentlich der Verleihung des höchsten russischen Ordens an den Präsidenten Carnot, eine Veränderung der Lage (Bd. VII S. 204) konstatierte.

Aber der grollende Kämpfer im Ruhestande war ein anderer als der von Mißtrauen gegen die innern Zustände Rußlands

erfüllte Bismarck in der Fülle seiner Macht, der sich zutrauen durfte, das Kunststück mit den fünf Kugeln auszuführen, ohne daß die eine mit der andern karambolierte und zu Boden fiel. Seine Erinnerungen und Ermahnungen hafteten viel mehr an den Erlebnissen der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als an denen der letzten zehn Jahre seiner Amtszeit. Das alte freundliche Verhältnis aus der Zeit des Zaren Alexander II. lebte wieder auf und die schlimmen Erfahrungen mit Rußland aus der Zeit nach dem Berliner Kongreß sowie die Lehren des „vierzigjährigen Tableaus“ in der Rede vom 6. Februar 1888 traten fast ganz zurück. Zu den einseitigen autoritativen Aussprüchen des Altreichskanzlers über die Notwendigkeit der Anlehnung an Rußland fehlte das Gegengewicht. Was ihm gegen Ende seiner amtlichen Laufbahn noch Ziel und Objekt der deutschen Politik war, die Gewinnung Englands (s. oben S. 13), schien entwertet oder vergessen zu sein.

So blieb bei Bismarcks Tode in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck zurück, daß sein teuerstes Vermächtnis an die Nation die Zarenfreundschaft sei, die seine Nachfolger vernachlässigt hätten, obgleich sie schon mit mäßigem diplomatischen Geschick zu erhalten gewesen wäre. Dieses von der Masse der Anhänger des Altreichskanzlers treu gehütete Dogma bildete das schwerste Hindernis für jeden Versuch, einen vertrauensvollen Ausgleich der Gegensätze der stärksten Festlandsmacht und der Weltmacht England herzustellen.

Die Augen des Sehers im Sachsenwalde waren unter dem bitteren Erleben der acht Jahre nach der Entfernung aus seinen Ämtern getrübt und müde geworden und schlossen sich am 30. Juli 1898 für immer. Aus seinem politischen Nachlaß lebten zunächst im Gedächtnis der deutschen Mitwelt die Äußerungen aus seinen letzten Passionsjahren viel stärker fort als die Grundlehren aus seiner langen und unvergleichlich reichen Schöpferzeit, und seine glühendsten Anhänger wollten nicht begreifen, daß in der heraufziehenden neuen Welt das alte System der höfischen Geheimdiplomatie mit seinen machiavellistischen Kunststücken überhaupt nicht mehr brauchbar war.

3. Der Übergang zur Weltpolitik.

Schon gegen den Ausgang der Amtszeit des ersten Reichskanzlers waren die Züge eines andern Deutschland erkennbar, als es Bismarck gewollt hatte. Das Anschwellen des Industrialismus die davon unzertrennliche Vermehrung der Fabrikarbeiterschaft, der Zwang zum Absatz deutscher Erzeugnisse über See, das Schwergewicht, das die Interessen von Handel und Schiffahrt im Haushalt des deutschen Volkes für sich beanspruchten, — damit ist der Übergang zu einer Entwicklung bezeichnet, die der erfolgreichste Vertreter von Deutschlands europäischer Festlandspolitik innerlich nicht wünschen und doch auch nicht hindern konnte. Auf dem Wege dieser Entwicklung lag ein schärferer Wettbewerb der Deutschen mit den Seefahrt treibenden Staaten, zunächst mit England. Das Verhältnis zu England, das noch für Bismarck den deutschen Beziehungen zu festländischen Nachbarn, besonders zu Frankreich und zu Rußland, im allgemeinen nachgeordnet bleiben konnte, nahm eine selbständige Bedeutung an, die allmählich alles andre überschatten sollte. Weder Bismarck noch einer der nach ihm gekommenen Zivilstaatsmänner haben einen deutschen Gegensatz zu England gesucht; er ergab sich aus einer zunächst unpolitischen Nebenbuhlerschaft, aus der Tüchtigkeit der deutschen Industriellen, Ingenieure, Techniker, Kaufleute, Seeleute in Leistungen, in denen England vordem führend oder allein herrschend war. Nicht aus dem Ehrgeiz oder der Vergrößerungssucht von Fürsten und Ministern, aus seinen eignen innern Kräften drängte das Leben des deutschen Volkes über seinen festländischen Schwerpunkt und damit über das Maß der Sicherungen hinaus, die eine bloß europäische Politik gewähren konnte.

Wenn nun auch ein Überschreiten der räumlichen Grenzen der Bismarckschen Politik geboten erschien, so mußte doch eine **deutsche Weltpolitik nach ihrem Ursprung und Wesen** von Grund aus verschieden sein von dem Imperialismus, der andre, ältere Großmächte zur Gründung großer Kolonialreiche getrieben hatte und noch trieb. Der russische Imperialismus suchte

seine ungeheure Landmasse durch die politische Beherrschung europäischer und asiatischer Völker in der Richtung auf die großen Meeresstraßen zu erweitern. Der von Bismarck begünstigte Ausdehnungstrieb Frankreichs beruhte nicht auf einem Überschuß an Bevölkerung, im Gegenteil, bei den Erwerbungen in Nord- und Westafrika wenigstens wirkte die Absicht mit, das heimische Heer durch brauchbare farbige Truppen zu vergrößern. Für die Methode der Erwerbung und Verwaltung von Kolonien war auch nicht sowohl das Bedürfnis, Waren auszuführen, als vielmehr der Überschuß von Kapital für gewinnbringende Unternehmungen maßgebend. Während die alte spanische Kolonialmacht allmählich in Verfall geriet, hatte sich England ein Weltreich mit klimatisch günstigem Siedlungsland, mit Rohstoffe und Kolonialwaren produzierenden, für Industrieerzeugnisse kaufkräftige Absatzmärkte bietenden Kolonien mit Stützpunkten und Kohlenstationen an allen Meeresstraßen fest auf dem Grunde seiner Seeherrschaft aufgebaut. Politische Macht und wirtschaftliche Interessen waren eng miteinander verflochten. Für Deutschland dagegen kamen weder politische noch militärische Interessen entscheidend in Betracht, sondern es überwog weitaus die Sorge um eine stetig zunehmende Bevölkerung, für die eignes Siedlungsland in der Übersee nur wenig noch vorhanden war. Das deutsche Volk konnte nur gedeihen durch Steigerung seiner industriellen Arbeit daheim und ihres Absatzes im Ausland. Der Handel suchte Stützpunkte an fremden Gestaden, ferner Schutzgebiete für den Bezug von Kolonialwaren und Rohstoffen, endlich in allen selbständigen Staaten so viel offene Türen als möglich. In dieser Hinsicht vereinigte sich das deutsche wirtschaftliche Interesse mit dem englischen. Wer die deutsche Weltpolitik nur nach den Posaunenstößen des Kaisers beurteilen wollte, täte ihr Unrecht: in Wirklichkeit ist sie ihrem innersten Wesen nach nicht von politischem Machteifer eingegeben worden und viel weniger imperialistisch gewesen als die der andern Großmächte*).

*) Vgl. O. Hintze: Deutschland und das Weltstaatensystem in „Deutschland und der Weltkrieg“, Leipzig 1915.

auch die englische Politik anfangs die pomphaften Ankündigungen des Deutschen Kaisers als das nahm, was sie waren, Träume eines ungestümen Weltbeglückers, und sich erst dann zur Wehr setzte, als diese durch den Bau einer großen Schlachtflotte eine reale Unterlage erhielten.

Der erste weltpolitische Schritt, den das Reich unter dem dritten Kanzler unternahm, stellte sich als eine Politik der freien Hand für die außereuropäische Welt dar, die mit der Bündnispolitik für Europa in Widerspruch zu stehen schien. Mit den Gegnern des Dreibundes, Rußland und Frankreich, schloß sich das Deutsche Reich zusammen zum **Einspruch gegen den Frieden von Schimonoseki**, den das siegreiche Japan am 17. April 1895 China auferlegt hatte. Der Einspruch richtete sich dagegen, daß Japan nach dem Vertrag nicht nur die Insel Formosa, sondern auch den südlichen Teil der Halbinsel Liautung mit dem Kriegshafen Port Arthur erhalten sollt. Man wollte nicht, daß Japan zwei „Schildwachen“ vor den Zufuhrstraßen Chinas errichtete und damit ein wirtschaftliches und politisches Übergewicht über das Reich der Mitte erhielt. Da die drei Mächte auch nach der Ratifikation des Friedensvertrags (8. Mai 1895) bei ihrem Einspruch verharreten, gab Japan dem Drucke nach und verzichtete auf die Halbinsel Liautung.

Von allen drei Mächten hatte Rußland die stärksten politischen Gründe, um sich gegen den Übergang der Halbinsel Liautung in japanischen Besitz zu wehren. Rußland durfte bei seinem Bestreben, Japan an dem Erwerb von Liautung zu verhindern, mit Sicherheit auf die Unterstützung seines neuen Bundesgenossen in Europa, Frankreich, rechnen. War es doch auch für Frankreich als Besitzer von Indochina politisch nicht gleichgültig, daß China dem beherrschenden Einfluß Japans unterworfen werden sollte. Was aber Deutschland veranlassen konnte, im ostasiatischen Bunde der Dritte zu sein, das blieb zunächst dunkel und streitig. Wohl war die Stellung, die sich der deutsche Handel in China erworben hatte, schon stärker als die des russischen und des französischen Handels. Unter den

Fremden in China nahmen die Deutschen der Kopfzahl nach die zweite Stelle ein. Viele der ersten Handelshäuser in den chinesischen Vertragshäfen waren deutsche Firmen. Seit sieben Jahren bestand die Deutsch-Asiatische Bank, seit neun verkehrten Reichspostdampfer. Aber in ähnlicher Weise politisch interessiert, wie die andern beiden Einspruchsgenossen, war das Deutsche Reich nicht, im Gegenteil stand von vornherein als politischer Verlust die Abkehr Japans von seiner bisherigen dankbaren Freundschaft für Deutschland in Aussicht.

Im Lichte der jetzt veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes stellt sich die Vorgeschichte und der Verlauf des ostasiatischen Dreibunds wie folgt dar:

Über die staatsrechtliche Stellung Koreas waren im 18. Jahrhundert wiederholt heftige Streitigkeiten zwischen Japan und China entstanden. China beanspruchte eine Oberherrschaft und behandelte Korea als Tributärstaat. Nach einem Vertrag von 1885 sollte sowohl China wie auch Japan das Recht haben, bei neuen Unruhen in Korea Truppen dahin zu entsenden, jedoch nur nach gegenseitiger Verständigung. Als dann im Jahre 1894 China Truppen nach Korea schickte, erklärte Japan mit der Behauptung, daß Korea ein selbständiger Staat sei, China den Krieg. Die außerordentliche militärische Überlegenheit Japans stand von vornherein außer allem Zweifel. Die große Frage war nun, wie sich die in Ostasien interessierten Großmächte bei dem Siegeszug der Japaner verhalten und welche Friedensbedingungen Japan stellen würde. Allgemein befürchtete man, daß sich Japan in seinem raschen Vordringen nicht aufhalten lassen und festländische chinesische Gebiete erobern werde. Die erste Großmacht, die einen Gedankenaustausch anregte, war England. Der englische Botschafter Sir Edward Malet übergab in Berlin eine Note vom 7. Oktober 1894, in der die Frage gestellt wurde, ob Deutschland bereit sei, vereint mit England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten, auf der Basis zu intervenieren, daß Japan eine Kriegskostenentschädigung erhalte und daß Korea unter Garantie der Mächte als unabhängig erklärt werde. Die Anregung wurde in Berlin als verfrüht behandelt und dann auch

von dem britischen Premierminister Lord Rosebery fallen gelassen. Der japanische Gesandte Vicomte Aoki erkannte die loyale deutsche Haltung lebhaft an. Japan hatte zu dieser Zeit seine Friedensbedingungen noch nicht bekanntgegeben. Daß die von der japanischen Militärpartei geforderte Abtretung von Port Arthur nebst Hinterland in ihren Folgen einem Protektorat über China gleichkommen würde, war die übereinstimmende Ansicht des deutschen Staatssekretärs Frhn. v. Marschall, des englischen Staatssekretärs Lord Kimberley und des russischen Ministers Fürsten Lobanow. Deutschland stellte das Programm der Erhaltung des festländischen Status quo auf, weil sonst der Fortbestand Chinas gefährdet würde und Gebietserwerbungen europäischer Mächte zu gewärtigen wären, woraus nicht nur eine Machtverschiebung in Ostasien, sondern auch eine Kriegsgefahr in Europa hervorgehen könne. Deshalb schloß sich Deutschland dem nun von Rußland vorgeschlagenen Protest gegen eine dauernde Besitzergreifung von festländischen Gebieten in China an. Der Kaiser hatte anfänglich von seiner Bewunderung der soldatischen Leistungen der Japaner kein Hehl gemacht; noch am 2. April 1895 fand er die japanischen Ansprüche nicht übertrieben. Gleich darauf schlug die Stimmung um, das Schreckgespenst der „gelben Gefahr“ tauchte auf und verwirrte den Geist Wilhelms II. Er sah in den ostasiatischen Kämpfen das Vorspiel eines neuen Mongolensturmes unter dem Zeichen Buddahs gegen das christliche Europa. Aber weniger das Schlagwort selbst als der besondere Eifer, mit dem der Kaiser aus der Gegnerschaft gegen die gelbe Rasse eine deutsche Sache zu machen schien, hat Deutschland bei den asiatischen Völkern geschadet. Ein allzu bekanntes Bild, das den milden, lichten Buddha als einen über Blut und Feuer thronenden scheußlichen Götzen brandmarkte, forderte mit den eignen Worten Wilhelms II. „Völker Europas, waret eure heiligsten Güter!“ einen Kampf um das Kreuz. Dieses schiefe Programm ließ sich mit Leichtigkeit den Asiaten als unverdiente Herausforderung durch einen Herrscher darstellen, der selbst sein christliches Kreuz Seite an Seite mit dem türkischen Halbmond brachte.

Am 6. März 1895 erging an den deutschen Gesandten in Tokio die Weisung, der japanischen Regierung Beschleunigung des Friedens und Mäßigung in den Bedingungen zu empfehlen, da europäische Großmächte von China zur Intervention aufgefordert worden seien. „Je mehr die Mächte von China als Preis für ihre Bemühungen beanspruchen, desto weniger bleibt für Japan übrig.“ Hinzugefügt war, daß japanische Forderungen auf dem Festland besonders geeignet wären, eine Intervention herbeizuführen. Dieser gute freundschaftliche Rat ist jedoch durch ein Versehen in Tokio nicht rechtzeitig zur Kenntnis des Ministerpräsidenten Marquis Ito gekommen.

Inzwischen waren die militärischen Operationen Japans weitergegangen. Anfang April gab Japan seine Friedensbedingungen bekannt. Das Hauptstück blieb neben Formosa und Pescadores Port Arthur mit Hinterland zur Sicherung der Unabhängigkeit Koreas. Die englische Regierung, die sich seit ihrer verfrühten Anregung einer gemeinsamen Intervention fortwährend passiv verhalten hatte, beschloß am 8. April in einem Ministerrat, daß die Interessen Englands durch die japanischen Friedensbedingungen nicht hinlänglich verletzt würden, um eine Intervention zu rechtfertigen. Mit diesem klugen Beschluß sicherte sich England im voraus den Dank der Japaner und hielt es sich die Tür zu dem im Jahre 1902 geschlossenen Bündnis mit Japan offen.

Endlich ließ sich China am 17. April 1895 in seiner völligen Ohnmacht und in Sorge um das Schicksal der Hauptstadt Peking zur Unterzeichnung des Friedens von Schimonoseki trotz der harten japanischen Bedingungen herbei. Am 23. April folgte nun in Tokio der zwischen den drei Interventionsmächten verabredete Einspruch gegen den Friedensvertrag. Dabei ereignete sich noch das besondere Mißgeschick, daß die Erklärung des deutschen Einspruchs nachdrücklicher und schroffer ausfiel als der französische und der russische Protest.

Der deutsche Gesandte in Tokio, der kein Freund der Japaner war, überschritt nämlich seine Weisungen, indem er Bemerkungen, die ihm ausdrücklich nur zur Regelung seiner Sprache kurz ge-

kabelt worden waren, wie eine deutsche Note fast wortgetreu schriftlich überreichte, was von der höflichen Sprache der beiden andern Intervenienten merklich abstach und bei der japanischen Regierung eine tiefe Verstimmung erregte, deren Nachklingen noch im Jahre 1907 der damalige deutsche Botschafter Frhr. Mumm von Schwarzenstein festzustellen hatte.

Nach den Akten scheint es, als ob Herr v. Holstein bei der amtlichen Behandlung der Interventionsfrage nur wenig beteiligt gewesen wäre; erst nach dem erwähnten Mißgeschick tritt er stärker hervor. Gerade die ersten Jahre der Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe war die Zeit, in der dieser hochbegabte, vielwissende, aber bis zur Schrullenhaftigkeit mißtrauische, menschenscheue Sonderling seinen Einfluß am leichtesten ausüben konnte. Aus fast täglichen Gesprächen mit mir in jener Zeit weiß ich, daß sich Holstein bei Begründung des ostasiatischen Dreibunds von europäischen Gedanken leiten ließ. Zunächst kam es ihm darauf an, zu verhüten, daß es zu einer Bluttaufe der französisch-russischen Allianz komme. Mit dem Beitritt Deutschlands zu der ostasiatischen Einmischung war, wie er glaubte, die Gefahr der Bluttaufe gebannt. Ein andres Leitmotiv war, Rußland in seinen ostasiatischen Plänen zu bestärken, was eine Erschwerung der panslawistischen Ausdehnungsgelüste in Europa bedeutete. Hiergegen ließ sich einwenden, daß mit wohlwollender Neutralität nach dem Beispiel Englands die gleiche Wirkung ohne das Risiko des Verlustes der japanischen Sympathien zu erreichen gewesen wäre. Immerhin blieb Holstein mit der Grundanschauung, daß europäische Politik die Hauptsache war, nicht Weltpolitik, im Rahmen der Bismarckschen Traditionen. In der Tat hatte Bismarck über die Beteiligung Deutschlands an dem neuen Dreibund seine Meinung in den „Hamburger Nachrichten“ dahin kundgegeben, er fürchte, daß bei dem „Sprung ins Dunkle“ „ein Arbeiten auf Prestige“ mitspiele. Der billigenswerte Zweck, zu beweisen, daß sich Deutschland in den russisch-englischen Gegensatz nicht zugunsten Englands einmischen wollte, hätte schon durch die Bekundung wohlwollender Neutralität erreicht werden können. Die auffällige antienglische Schwenkung der

deutschen Politik in Ostasien schien ihm ein Symptom für den fortdauernden Mangel der wichtigen Fähigkeit des ruhigen Abwartens zu sein.

Nachdem der unmittelbare Zweck, ein japanisches Gibraltar am Eingang des Golfes von Petschili mit seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen zu verhindern, erfüllt war, fiel der ostasiatische Gelegenheitsbund zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland sofort auseinander.

Der Rußland geleistete Dienst hatte Deutschland eine natürliche Anwartschaft darauf verliehen, bei der chinesischen Anleihe, die zur Deckung der Kriegsschuld in Höhe von ungefähr einer Milliarde Mark an Japan notwendig war, in gleicher Weise wie die andern Partner beteiligt zu werden. Statt dessen wurden die Verhandlungen unter den Finanzgruppen der drei Interventionsmächte, denen auch die englische Rothschildgruppe beigetreten war, durch eine Teilanleihe von 310 Millionen Mark unter der Ägide des russischen Finanzministers Witte durchkreuzt; Pariser Banken gaben, unter russischer Bürgschaft für pünktliche Zinszahlung, das Geld. Damit spielten die beiden Partner zunächst allein, ohne deutsche Beteiligung, die Rolle des Wohltäters für China und verstärkte sich der Eindruck, daß Deutschland mit dem Einspruch gegen die japanischen Friedensbedingungen nur Rußland Vorteile verschafft, selbst aber ganz leer ausgegangen wäre. Nachdem Frankreich von China eine Berichtigung seiner indochinesischen Grenze erlangt hatte, traten deutsche Blätter mit steigendem Eifer dafür ein, daß Deutschland für seine Mitwirkung beim Schutze Chinas eine Entschädigung verlangen sollte, möglichst in Gestalt eines Stützpunktes für seine Flotte und seinen Handel. Die wirtschaftlichen Interessen waren schon so bedeutend, daß der Erwerb eines Stützpunktes als eine dankbare Aufgabe der deutschen Diplomatie erscheinen konnte. Die günstige Gelegenheit, sie zu erfüllen, kam nach der Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare in Süd-Schantung im Herbst 1897.

Die Erwerbung von Kiautschou als Stützpunkt für Deutschlands Flotte und Handel vollzog sich nicht so glatt und

gewissermaßen abseits von der großen Politik, wie es damals den Zeitgenossen erscheinen konnte. Wir wollen deshalb ausführlicher darauf eingehen, was die amtlichen Erlasse und Berichte aus jener Zeit enthalten.

In einem Briefe des Kaisers vom 26. April 1895 an den Zaren Nikolaus II. bot Wilhelm II. nicht nur seinen Beistand für die große Aufgabe an, Europa gegen die Eingriffe der gelben Rasse zu verteidigen, sondern sprach auch seinen Wunsch nach einer Gegenleistung für die Rückendeckung Rußlands in Europa in den Worten aus: „Du wirst gütigst darauf sehen, daß Deutschland ebenfalls irgendwo, wo es Dich nicht geniert, einen Hafen zu erwerben vermag.“ Die Antwort des russischen Kaisers auf diesen Brief befindet sich nicht in den Akten. Aus den „Denkwürdigkeiten“ des Fürsten Hohenlohe (II S. 521) wissen wir aber, daß der Zar bei dem Besuche des Fürsten in Peterhof am 11. September 1895 auf den Brief Wilhelms II. vom 26. April zu sprechen kam und bemerkte, seine Antwort habe damals ganz zustimmend gelautet. In einem Telegramm vom 1. September 1895 aus Werki, der russischen Besetzung Hohenlohes, teilte dieser dem Staatssekretär Frhn. v. Marschall eine ihm zugegangne Kaiserdepesche mit, in der gesagt war, der Moment sei gekommen, um Weihaiwei zu besetzen. Dabei erinnerte der Kaiser daran, daß er sich schon im Frühjahr der schriftlichen Zustimmung des Zaren zur Besetzung eines chinesischen Platzes versichert habe. Dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall gelang es, dem Kaiser die „unabsehbare Tragweite“ einer solchen Aktion klarzumachen. Weihaiwei befand sich damals als Pfand für die Kriegsentschädigung Chinas im Besitze Japans. Der Eifer des Kaisers für Erwerbung eines Stützpunktes an der chinesischen Küste wurde noch durch Pressemeldungen angefeuert, wonach England wegen Ermordung englischer Missionare (August 1895) ein Vorgehen in den chinesischen Gewässern plane. Das Jahr 1896 ging hin unter Besprechungen und Untersuchungen der amtlichen Stellen in Berlin sowie an Ort und Stelle in Ostasien über die Wahl eines für Flotten- und Handelszwecke geeigneten Platzes. Die ursprüng-

lich von der Marine geforderte Kohlenstation verwandelte sich allmählich in einen Flottenstützpunkt, der zugleich zur Begründung eines deutschen Kolonialgebiets dienen könnte. Die Wahl des Orts der Landung fiel auf die Kiautschoubucht (August 1897).

Beschleunigt wurde die Ausführung des Entschlusses nach dem Einlaufen der Nachricht, daß am 4. November 1897 zwei unter deutschem Protektorat stehende katholische Missionare in Schantung überfallen und ermordet worden waren. „Jetzt oder nie“ telegraphierte der Kaiser an das Auswärtige Amt (6. November 1897). Der Geschwaderchef v. Diedrichsen erhielt den Befehl, augenblicklich mit dem ganzen Geschwader nach der Kiautschoubucht zu dampfen und vollkommene Sühne zu erzwingen. Noch bevor das Geschwader die Kiautschoubucht erreicht hatte, ging der Kaiser nochmals den Zaren telegraphisch um sein Einverständnis an und erhielt die Antwort, daß er, der Zar, die deutsche Aktion weder billigen noch verhindern könne, da Kiautschou nur vorübergehend in den Jahren 1895 und 1896 in russischem Besitz gewesen sei. Man durfte also nach der Antwort des Zaren annehmen, daß sich Rußland nicht mehr an der Kiautschoubai interessiere. Jedoch hatte der Minister des Auswärtigen Graf Murawiew bei der Kaiserbegegnung in Peterhof (August 1897) ein russisches *droit du premier mouillage* zur Sprache gebracht und schriftlich niedergelegt und ließ nun am 10. November 1897 in Berlin eine Note überreichen, in der die Priorität eines russischen Rechts auf Benutzung des Hafens von Kiautschou geltend gemacht und zugleich die Entsendung russischer Schiffe nach Kiautschou angekündigt wurde. Wahrscheinlich hatte der Minister keine Kenntnis von der Antwort des Zaren auf die Anzeige des Kaisers vom 7. November 1897 über die Entsendung des deutschen Geschwaders nach Kiautschou. Die Unstimmigkeit zwischen dem Zaren und seinem Minister, die leicht eine ernste Spannung zwischen Berlin und Petersburg im Gefolge haben konnte, veranlaßte den Kanzler Fürsten Hohenlohe, durch den Botschafter in London Fühlung mit Lord Salisbury zu nehmen. Graf Hatzfeldt bekam von seinen

Unterhaltungen mit dem englischen Premier den Eindruck, daß dieser keine Schwierigkeiten wegen Kiautschou bereiten werde, ja, daß ihm sogar die deutsche Besetzung der Bucht nicht unerwünscht sei. Die deutsch-russische Spannung löst sich mit einem Schlage, als am 4. Dezember 1897 der Botschafter Graf Osten-Sacken Abschrift eines Telegramms seiner Regierung im Auswärtigen Amte überreichte, des Inhalts, daß im Hinblick auf die deutsche Besetzung von Kiautschou der Zar, nach eingeholter Zustimmung der chinesischen Regierung, dem russischen Geschwader befohlen habe, nach Port Arthur zu gehen und dort bis auf weiteres zu bleiben. Hinzugefügt war, der Zar sei überzeugt, daß Rußland und Deutschland im Fernen Orient Hand in Hand gehen könnten und sollten. Von einem Ankerrecht Rußlands in der Kiautschoubucht war hinfort nicht mehr die Rede. In Berlin glaubte man, daß der günstige Umschwung, der nach den vom Grafen Murawiew bisher gemachten Schwierigkeiten kaum zu erwarten war, dem Einfluß des Finanzministers Witte zuzuschreiben sei.

Der formelle Abschluß des Vertrags, in dem China die ganze Bai und ein paar Quadratmeilen Land mit Übertragung der Hoheitsrechte pachtweise an Deutschland abtrat, zog sich bis zum 6. März 1898 hin. Inzwischen hatte ein unüberlegter Schritt der russischen Regierung eine neue Gefahr für den Frieden im Fernen Orient angekündigt.

Am 1. Januar 1898 überreichte der russische Botschafter Graf v. Osten-Sacken dem deutschen Staatssekretär v. Bülow ein Promemoria, das ein Zukunftsprogramm für den Norden des chinesischen Reiches enthielt. Es wurde nichts weniger als ausschließlicher russischer Einfluß nicht nur in der Mandschurei, sondern auch in Tschili und in dem chinesischen Anteil in Turkestan, ferner die Entfernung aller fremden Militärinstruktoren aus diesen Gebieten verlangt. Damit meldete Rußland Erbansprüche für ein ungeheures Gebiet an, das die Länder zwischen der Grenze von Afghanistan und dem Japanischen Meere umfaßte. Dieses russische Zukunftsprogramm, das eine Herausforderung an alle andern Großmächte, besonders an England

und an Japan bedeutete, wurde in Berlin nicht ernst genommen. Rußland begnügte sich auch zunächst mit der Forderung der fortdauernden Besetzung von Port Arthur und Talienwan und der Konzession einer Zweiglinie der mandschurischen Bahn über Kirin—Mukden (russisch-chinesischer Vertrag vom 27. März 1898). Weihaiwei ging nach einer Verständigung mit Japan in englischen Besitz über, wobei durch eine freundschaftliche Erklärung des englischen Kabinetts die deutschen Rechte und Interessen in der Provinz Schantung sichergestellt wurden. Überhaupt hatte sich Lord Salisbury während der Auseinandersetzungen nach der deutschen Besetzung von Kiautschou, unbeeinträchtigt durch den inzwischen von der Krügerdepesche hervorgerufenen Zorn der öffentlichen Meinung in England (s. weiter unten S. 51), nicht unfreundlich gegenüber Deutschland verhalten. Die Berliner Regierung folgte gern seinem wiederholten Rat, bei Einrichtung der Bai zum Freihafen möglichst liberale Maßregeln für den Welthandel zu treffen (Bd. XIV S. 3—181).

Überblickt man den Verlauf der Dinge in Ostasien nach der Intervention Rußlands, Japans und Deutschlands gegen den Frieden von Schimonoseki, so zeigt sich fortlaufend eine Wechselwirkung zwischen den Interessen der Großmächte in Europa und ihren Ansprüchen im Fernen Osten, und das Wort wurde in politischer Beziehung zur Regel: „Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen“.

Kehren wir nun vorerst wieder nach Europa und dem Nahen Orient zurück.

In Kleinasien waren wieder blutige Greuel gegen armenische Christen verübt worden. Die von den Botschaftern Englands, Frankreichs und Rußlands geforderten Reformen wurden erst von der Pforte schroff abgelehnt, dann aber nach dem Erscheinen eines britischen Geschwaders vor Beirut zugesagt (Juni 1895). Man mußte darauf gefaßt sein, daß sich die Metzeleien wiederholen würden. Durch eine parlamentarische Niederlage, die das Ministerium Rosebery mit Grey als Unterstaatssekretär des Auswärtigen gegen Ende Juni erlitt, wurde ein neues Ministerium unter Salisbury als Premierminister und Minister des Auswärtigen

gebildet, dem u. a. der Herzog von Devonshire, Balfour, Chamberlain und Lansdowne, dieser als Kriegsminister, angehörten.

Bald nach Übernahme der Geschäfte warf Lord Salisbury in einem Gespräch mit dem Grafen Hatzfeldt die Frage eines englisch-deutschen Übereinkommens auf, das sich auf den Fall eines frühern oder spätern Zusammenbruchs der Sultansherrschaft mit nachfolgender **Teilung der Türkei** beziehen sollte. Beispiels halber könnte Italien Tripolis erhalten und für gewisse Ansprüche an der Somaliküste mit albanischem Gebiete abgefunden werden. In Berlin war der erste Eindruck dieser Anregung der der Verblüffung. Hatte sich Holstein bei der Behandlung des Einspruchs gegen den Frieden von Schimonoseki augenscheinlich im Hintergrund gehalten, so spielte er jetzt die Rolle des geheimen Dirigenten. In dieser Frage der großen europäischen Politik fühlte er sich ganz in seinem Element. Privattelegramme gingen zwischen ihm und dem Botschafter in London hin und her. Salisbury mußte sich der ungeheuren Schwierigkeiten seines Planes bewußt sein. Auf den Einwand, daß Deutschland keine Verschärfung des Gegensatzes seiner beiden Verbündeten in der Adria wünsche, und daß durch das Aufrollen von Balkanfragen die Beziehungen Deutschlands zu Rußland gefährdet werden könnten, erwiderte Lord Salisbury, daß er bereit wäre, Rußland einen reichlichen Teil der türkischen Verlassenschaft zu gewähren. Für Holstein stand es jedoch fest, daß die wahre Absicht Salisburys sei, den Kontinent in kriegerische Händel zu verwickeln, bei denen England den unbeteiligten Zuschauer spielen werde.

Dagegen glaubte Hatzfeldt, daß die aufrichtige Meinung des englischen Premiers dahin gehe, für den Fall eines frühern oder spätern Zusammenbruchs der Türkei, rechtzeitig Vorsichtsmaßregeln zu treffen, wobei die widerstreitenden Interessen Frankreichs, Rußlands und des Dreibunds hinreichend berücksichtigt werden könnten. Die Bitte des Botschafters, in nähere Besprechungen mit Salisbury eintreten zu dürfen, wurde abgeschlagen. Der Reisebegleiter des Kaisers Herr v. Kiderlen zur Regatta in Cowes erhielt die Anweisung, dafür zu sorgen, daß

Wilhelm II. bei einer Begegnung mit Salisbury sich auf nichts einlassen werde.

Londoner Blätter begrüßten den Kaiser bei seiner Ankunft in England mit bissigen Ratschlägen und Bemerkungen, wie diesen, sich seiner mütterlichen Abstammung zu erinnern und diplomatische Experimente zu unterlassen. Die öffentliche Meinung war noch in Erregung wegen eines Einspruchs des Auswärtigen Amts gegen die Bestimmung eines Vertrags Englands mit dem Kongostaat, daß ein 25 Kilometer breiter Landstreifen längs der Grenze von Deutsch-Ostafrika für eine durchgehende Telegraphenlinie vom Kap bis Kairo pachtweise an England abgetreten werden sollte.

Nach dem Galamahle bei der Königin in Cowes (5. August 1895) trug Lord Salisbury seinen Teilungsgedanken dem Kaiser vor. Der Kaiser aber wies die Ansicht, daß die Türkei innerlich verfault sei, zurück und lehnte den Gedanken einer Teilung ab (Bd. X S. 1—57).

Wenn nun auch der Vorschlag Salisburys wirklich nicht von der Kastanientheorie eingegeben sein sollte, so wäre doch gewiß jeder Versuch der Zertrümmerung der vermeintlich „verfaulten“ Türkei ein sehr gefährliches, zu viel heikle Fragen berührendes Beginnen gewesen, dessen Folgen nicht im voraus berechnet werden konnten. Eine grandiose Idee, aber wahrscheinlich nur unter schwersten Stürmen und Erschütterungen ausführbar. Lord Salisbury ließ denn auch seinen Vorschlag ohne starke Mißstimmung fallen. Nach neuen Metzeleien in Konstantinopel und Trapezunt wurde durch eine Flottendemonstration der Großmächte in der Nähe von Konstantinopel ein Reformversprechen des Sultans erzwungen.

Während des Ausflugs der deutschen Politik nach Ostasien in den Jahren 1895—1897 hatte sich die allgemeine Lage in Europa merklich geändert. Im Block der Mitte zeigten sich Risse, die sich leicht zu einer Spaltung erweitern konnten. Die französische Regierung versäumte keine Gelegenheit, um Italien auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete Schwierigkeiten zu machen und seiner Stellung im Mittelmeer Abbruch zu tun. Im

Juli 1895 verfaßte der italienische Minister des Auswärtigen, Baron Blanc, eine Denkschrift, die bittre Klagen über die geringen Vorteile des Dreibunds für Italien enthielt und verlangte, daß das Bündnis lebendig und aktiv gemacht werden sollte. Baron Blanc konnte sich weiter darauf berufen, daß Italien bei der Behauptung seines Protektorats über Abessinien von seinen Bundesgenossen keine Unterstützung zu erwarten hatte, daß ferner England den italienischen Wunsch, in dem Kriege gegen Menelik den Weg durch Britisch-Somaliland, die Verbindung Zeila-Harrar, freizugeben, nicht erfüllte, und daß der Zweibund die Abessinier als kriegführende Partei, nicht als Rebellen ansehe (Bd. X S. 3ff.). Im Februar 1896 erklärte der französische Ministerpräsident Bourgeois einem Abgesandten des italienischen Ministerpräsidenten Crispi, keine französische Regierung könne Italien Gefälligkeiten erweisen, müsse vielmehr danach trachten, ihm das Leben so schwer als möglich zu machen, solange Italien im Dreibund bleibe. (Bd. XI S. 288).

Aber auch der andre Bundesgenosse, Österreich-Ungarn, war in der Zeit des dritten deutschen Kanzlers mit dem Dreibund, der nur Schutz gegen einen feindlichen Angriff bot, nicht zufrieden, er verlangte positive Ziele, d. h. Unterstützung zur Erweiterung seiner Machtsphäre im Nahen Orient. Wie sich Fürst Hohenlohe zu den Ansprüchen des österreichisch-ungarischen Ministers Grafen Goluchowski stellte, geht am deutlichsten aus einer eigenhändigen Aufzeichnung vom 2. März 1896 hervor, deren Schluß lautete: „Wir halten am Dreibund fest, wollen ihn aber nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Österreichs im Orient verwenden lassen. Österreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibundes zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will.“

Alle diese Schwierigkeiten innerhalb des Dreibunds wären zu ertragen und zu überwinden gewesen, wenn es der deutschen Politik gelungen wäre, die alte Freundschaft Großbritanniens für das Deutsche Reich und den Dreibund zu bewahren. Das Gegenteil trat ein. Es fehlte nicht viel bis zu einem völligen

Bruche zwischen Großbritannien und Deutschland. Die Gefahr kam aus Südafrika.

In der Londoner Konvention von 1884 war die Unabhängigkeit der Burenrepublik Transvaal durch die Klausel eingeschränkt worden, daß sie ohne Zustimmung Englands keine Verträge mit dritten Staaten abschließen durfte. Nach englischer Auslegung sollte die Republik selbständig bei der Ordnung ihrer innern Angelegenheiten sein, dagegen in ihren auswärtigen Beziehungen der Aufsicht der Londoner Regierung unterstehen. Seitdem war Transvaal in den Augen jedes Engländers nicht viel mehr als eine englische Kolonie, der man self-government zugestanden hat.

In Südafrika waren außerordentlich starke materielle Interessen im Spiel. Auf die Aneignung der Diamantfelder durch die „chartered company“ sollte die Einverleibung des Goldlandes Transvaal in den südafrikanischen Kolonialbesitz folgen. Die öffentliche Meinung in London sah in Rhodes den Napoleon von Südafrika und in der Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes in der Delagoabai und dem Hinterlande, sowie in der wiederholten deutschen Parteinahme für die Buren höchst lästige Hindernisse für britische Finanz- und Handelsinteressen. Nach der Veröffentlichung der Depesche des Kaisers vom 3. 1. 1896 brach in England ein unerhörter Sturm der Entrüstung los. In der Depesche wurde der Präsident Krüger dazu beglückwünscht, daß es ihm gelungen war, in einem Gefecht bei Krügersdorp den Einbruch bewaffneter Scharen des Dr. Jameson „in eigener Tatkraft, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren“, abzuwehren. Das klang so, als ob der Deutsche Kaiser bereit gewesen wäre, sich in die südafrikanischen Händel zugunsten der Buren einzumischen.

Über die Entstehung der Krüger-Depesche geben die jetzt in der „Großen Politik der Kabinette“ veröffentlichten Aktenstücke keinen erschöpfenden Aufschluß. Fest stand schon bisher, daß der Text vom Kanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Frhn. v. Marschall genehmigt wurde, also einen Akt der Regierung darstellte. Aktenmäßig dagegen war nicht

die Frage aufgeklärt, ob der Kaiser die Absendung eines solchen Glückwunsches mehr oder weniger kategorisch verlangt hat. Überwiegende Gründe sprachen dafür, daß nicht Fürst Hohenlohe oder Marschall, sondern der Kaiser der intellektuelle Urheber gewesen ist, obgleich er in seinem Buche „Ereignisse und Gestalten“ alle Schuld auf Hohenlohe und Marschall abzuschieben sucht.

Der Band XI der Aktensammlung „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914“, der sämtliche Aktenstücke des Auswärtigen Amtes aus der Zeit der Krüger-Depesche enthält, wurde im Laufe des Winters 1923/24 ausgegeben. Daß die Akten aus den Tagen der Entstehung der berühmten Depesche eine erschöpfende Darstellung der Vorgänge und Entschlüsse bringen würden, durfte nicht erwartet werden, aus dem einfachen Grunde, weil sich die Ereignisse in Transvaal Schlag auf Schlag folgten und weil über die Besprechungen der zu fassenden Entschlüsse keine Protokolle aufgenommen wurden. Die Beratung beim Reichskanzler am 3. Januar 1896 war eine große Improvisation.

Daß die gleichzeitigen Akten kein volles Licht, namentlich über die Frage der intellektuellen Urhebererschaft verbreiten konnten, ließ den Mitherausgeber Dr. Friedrich Thimme nicht ruhen, es drängte ihn, der vollen Wahrheit weiter nachzuspüren. Von den an der Beratung beim Reichskanzler Beteiligten lebt außer dem Kaiser keiner mehr. Es fragte sich daher, ob vielleicht aus hinterlassenen Papieren der Teilnehmer die Lücke der Akten auszufüllen war. Die wichtigsten Ergebnisse seiner Nachforschungen hat Dr. Thimme in der Zeitschrift: „Europäische Gespräche Mai/Juni 1924“ niedergelegt. Das Hauptstück ist in einem Tagebuch des Frhrn. v. Marschall enthalten, das Freifrau v. Marschall auf Bitten Timmes zur Verfügung gestellt hat. Darin befindet sich folgende Eintragung vom Tage der Absendung der Krüger-Depesche:

„3. Januar.

Um 10 Uhr Konferenz mit S. M., der noch Reichskanzler, Hollmann (Staatssekretär der Marine), Knorr (Kommandierender Admiral) und Senden (Chef des Marinekabinetts) beiwohnen.

S. M. entwickelt etwas wunderbare Pläne. Protektorat über Transvaal, was ich ihm sofort ausrede. Mobilmachung der Marineinfanterie. Sendung von Truppen nach Transvaal. Und auf den Einwand des Reichskanzlers: „Das wäre der Krieg mit England“, sagt S. M.: „Ja, aber nur zu Land.“ Dann wird beschlossen, Scheele (Oberst Frhr. v. Scheele, bis Februar 1895 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika) zur Rekognoszierung nach Transvaal zu schicken. Auch ein unglücklicher Gedanke. Endlich richtet S. M. auf meinen Vorschlag ein Beglückwünschungstelegramm an Präsident Krüger. Die Freude über die Niederlage der Engländer ist allgemein. Nach der Konferenz Sir Frank Lascelles empfangen, der die Besiegung Jamesons bestätigt.“

Die Erleuchtung der bisher noch dunkeln Ecken ist grell und schmerzlich. Sie läßt deutlich erkennen, daß zwar Marschall es war, der den Vorschlag, eine Glückwunschdepesche an Krüger zu senden, gemacht, dafür aber einen besondern zwingenden Grund hatte, den nämlich, um Schlimmres zu verhüten. Die Krügerdepesche war ein Verlegenheitsmittel, ein Notausgang, ein Kompromiß. Was der Kaiser eigentlich wollte, ging weit über einen Glückwunsch hinaus.

Aber Dr. Thimme hat bei seinen Nachforschungen über die Krüger-Depesche noch einen andern wertvollen Fund gemacht, nämlich einen Zusammenhang mit den damaligen sogenannten „uferlosen Flottenplänen“. Die Fundstätte ist ein Tagebuch des damaligen Chefs des Marinekabinetts Freiherrn v. Senden und Bibran. Wir erfahren hier aus einer Eintragung vom 7. Januar 1896, also vier Tage nach Absendung der Krüger-Depesche, daß Herr v. Tirpitz den psychologischen Moment zu einer Erweiterung des Marineetats von 1896/97 für gekommen hielt, und deshalb beim Kaiser vorstellig wurde. Hier zeigt sich, wie der stets sprungbereite Admiral jede Chance zur Verwirklichung seines Lebensziels auszunützen versuchte. Wie wir schon aus den Memoiren des Grafen Waldersee wissen, hatte Tirpitz den Kaiser so beeinflusst, daß er eine Marine-

vorlage von dreihundert Millionen Mark einbringen lassen wollte, ein Vorhaben, dessen Ausführung sicherlich nichts zur Beruhigung der überhitzten Stimmung in England beigetragen hätte. Nach Sendens Tagebuch ist es nur dem Eingreifen des Reichskanzlers Hohenlohe zu danken gewesen, daß man sich mit der Einbringung einer Vorlage von hundert Millionen Mark begnügte, die in einer am 8. stattfindenden Ministersitzung beschlossen wurde. Allein der nicht erlahmende Eifer Tirpitz' setzte es durch, daß Senden am 10. Januar nach Friedrichsruh geschickt wurde, um zu sehen, ob nicht der Altreichskanzler seine Stimme für die Vergrößerung des Marineetats erheben würde. Die hier nicht ganz verständlichen Aufzeichnungen Sendens ergänzt ein wohl durch den Besuch Sendens angeregter Artikel Bismarcks in den „Hamburger Nachrichten“ vom 27. des gleichen Monats, in welchem einer Vergrößerung der Kreuzerflottille, aber keiner Vergrößerung der Schlachtflotte das Wort geredet wurde. Hierfür war aber ein Hinausgehen über den vorgesehenen Etat nicht nötig. So suchte der Alte im Sachsenwalde noch einmal die deutsche Flottenpolitik zu zügeln.

Beide Regierungen bemühten sich mit ruhiger Besonnenheit, über den sehr heiklen Zwischenfall hinwegzukommen. Von vornherein wollte es Lord Salisbury nicht zu einem Bruch mit Deutschland kommen lassen, deshalb ersuchte er den Grafen Hatzfeld am 1. Januar 1906, also noch vor der Niederlage des Dr. Jameson bei Krügersdorp, jedes Wort zu vermeiden, das wie Drohung klingen könnte. Er ließ durch den High Commissioner in Kapstadt den Dr. Jameson zurückrufen und dessen Unternehmen ausdrücklich in Pretoria mißbilligen. Auf der andern Seite trat Fürst Hohenlohe den Einmischungsgelüsten Wilhelms II. mit ungewöhnlicher Schärfe entgegen (Bd. XI S. 37).

Fassen wir kurz den allgemeinen Eindruck, den die veröffentlichten Schriftstücke machen, zusammen, so ergibt sich, daß die amtliche Politik Hohenlohes und Marschalls zwar die Erhaltung der Unabhängigkeit Transvaals in den Grenzen der Londoner Konvention von 1884, sowie die Sicherung der wachsenden wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Südafrika

energisch erstrebte, daß sie aber in den Beziehungen zur englischen Regierung in Übereinstimmung mit den Berichten des Botschafters Grafen Hatzfeldt Vorsicht walten ließ, wogegen der Kaiser der Entsendung eines Landungskorps nach der Delagoabai und für Wünsche nach territorialem Erwerb zugänglich war. Das zeigte sich am deutlichsten alsbald nach der Absendung der Krüger-Depesche in folgendem Fall:

Der Kaiser teilt dem Reichskanzler am 6. Januar 1896, also drei Tage nach Absendung der Depesche an Krüger telegraphisch mit, der Vertreter Transvaals, Staatssekretär Leyds, habe ihm in einer Audienz mitgeteilt, nach einer geheimen Nachricht aus Lissabon hätten die Portugiesen den Engländern die Besetzung von Lorenzo Marquez unter dem Scheine der Vergewaltigung so gut wie versprochen. Er, der Kaiser, habe darauf erwidert, das werde er nicht dulden, wechsle der Hafenplatz den Besitzer, so dürfe er nur in deutsche oder in Burenhand kommen. Der Konsul in Pretoria sowie der Kommandant der vor Lorenzo Marquez liegenden Kreuzer sei darüber insgeheim zu orientieren und mit Instruktion zu versehen. In einem Telegramm vom 7. Januar 1896 an den Kaiser weist Fürst Hohenlohe zunächst darauf hin, daß Leyds Holländer sei und ein deutsches Protektorat über Transvaal verabscheue. In apodiktischer Sprache, wobei vielleicht Holstein Beihilfe geleistet hat — das Konzept befindet sich nicht bei den Akten —, fährt der Kanzler fort: Deutschland könne isoliert in einen Krieg mit Großbritannien nicht treten, die vornehmste diplomatische Aufgabe sei, mehr und mehr gleiche Interessenten um uns zu sammeln und jedenfalls nicht isolierte Schritte oder solche, die England Freunde zuführen könnten, zu unternehmen. Die Aufgabe Transvaals sei jetzt, selbst bei den Mächten die Initiative zu ergreifen, um sich Sicherheiten gegen die Wiederkehr ähnlicher Angriffe zu verschaffen. Stelle Transvaal solche Anträge, so werde sie die deutsche Regierung unterstützen. „Das ist abzuwarten“ (im Original unterstrichen). Jede Initiative unsrerseits sei zur Zeit ausgeschlossen, wenn wir nicht in die Gefahr geraten sollen, von Frankreich und Rußland mehr und mehr gegen England vorgeschoben zu werden. Die

Vermahnung des Kanzlers schließt mit der dringenden Bitte von jeder Maßregel in der Delagoabai abzusehen. Am Kopfe des Schriftstücks steht die Bemerkung des Kaisers: „Bin andrer Ansicht, aber füge mich“, und am Schluß heißt es von des Kaisers Hand: „Der Verlust oder Nichterwerb von Delagoa wird sich dereinst schwer rächen und von uns einst sehr bedauert werden.“

Die antienglische Stimmung war nach dem Überfall der Chartered Company auf Transvaal in Paris ebenso groß als in Deutschland. Das gab der deutschen Regierung den unglücklichen Gedanken ein, eine Annäherung an Frankreich zu versuchen. Wie voraussehen war, blieb dieser Schritt in London nicht verborgen und ließ die Entrüstung wegen der Krüger-Depesche erst recht nicht zur Ruhe kommen; Pariser Blätter gaben das mot d'ordre aus: nur keine unnatürlichen Allianzen, Deutschland ist der Feind, nicht England. Vergeblich riet Hatzfeldt, England nicht in die Arme Frankreichs zu treiben.

Die nächsten Leidtragenden bei der scharfen deutsch-englischen Spannung waren die beiden Partner im sog. Orient-Dreibund, den Bismarck in seinem berühmten Privatbrief vom 22. November 1887 an Lord Salisbury als Mittel gegen die panslawistische Gefahr angeregt hatte (s. oben S. 12). Als nämlich Österreich-Ungarn 1896 den Vorschlag in London machte, die entente à trois in festerer Gestalt zu erneuern, kam aus London unter Hinweis auf die gegenwärtige Stimmung in England ein kühles Nein zurück. Damit war wieder ein wertvolles Stück aus dem Bündnissystem Bismarcks herausgebrochen.

Schließlich sind noch aus der letzten Zeit des neuen Kurses der Aufstand auf Kreta und der kurze türkisch-griechische Krieg zu erwähnen. Kreta war an und für sich nur ein kleines Stück aus dem orientalischen Kuchen, das Griechenland heißhungrig zu verspeisen hoffte. Das Bemerkenswerteste an dem Verlauf der diplomatischen Verhandlungen über die Kretafrage war die allmählich deutlich hervortretende Annäherung der beiden großen Festlandmächte, die an den Balkanangelegenheiten am meisten beteiligt waren, Österreich-Ungarn und Rußland. Sie kam bei dem Besuche des Kaisers und Königs Franz Josef in

Petersburg Ende April 1898 nicht nur in dem warmen Tone der Trinksprüche der beiden Monarchen, sondern auch in einer gemeinsamen politischen Handlung der beiderseitigen Minister, Grafen Goluchowski und Murawiew, zum Ausdruck. Von Petersburg aus erließen sie gleichlautende Noten an die österreichisch-ungarischen und die russischen Vertreter in Bukarest, Sofia, Belgrad und Cetinje, in denen die Befriedigung der beiden Herrscher über die ruhige Haltung der vier Balkanstaaten während des türkisch-griechischen Krieges ausgesprochen wurde. Nachdem Griechenland ausdrücklich mit Anerkennung der künftigen Autonomie der Insel die Annexionserklärung vom 14. Februar zurückgenommen hatte, kam die Vermittlung aller Mächte in Konstantinopel zustande.

Für die deutsche Politik war es ein günstiger Umstand, daß Rußland damals einen allgemeinen Brand auf der Balkanhalbinsel vermieden zu sehen wünschte, wogegen es England vielleicht lieber gesehen hätte, wenn Rußland stärker im Nahen Orient beschäftigt und damit von seinen Unternehmungen im Fernen Osten abgezogen worden wäre. Baron Rosen, einer der besten Kenner Japans und ebenso wie der Finanzminister Witte nicht blind für die Schwächen und Gefahren des Zarenregimentes, schrieb gleich nach Antritt des russischen Gesandtenpostens in Tokio im Sommer 1897 übereinstimmend mit einer frühern Denkschrift: „Wir müssen vollkommen darauf vorbereitet sein, daß die Krisis in unsern Beziehungen zu Japan unvermeidlich eintreten wird, sobald wir in irgendwelche Verwicklungen in Europa mit hineingezogen werden*.“

* * *

Ein Blick auf die politische Lage am Ende des neuen Kurses zeigt folgendes Bild: das deutsche Volk, nach der Entlassung Bismarcks und durch sein Verhalten im Ruhestande tief erregt, macht nach außen den Eindruck des Niederganges. Seine mili-

*) S. Fürst Trubetzkoi: Rußland als Großmacht, 2. Auflage, Stuttgart-Berlin 1917, S. 53.

tärische Stärke ist unerschüttert und durch die Caprivi'sche Reform mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit sogar vermehrt. Das Mächteverhältnis in Europa hat sich beträchtlich verschoben, und zwar zum Nachteil für Deutschland. Neben den Dreibund ist eine zweite starke Mächtegruppe getreten, Rußland und Frankreich. Im Innern des Dreibundes zeigen sich widerstreitende Interessen. Der italienische Bundesgenosse erstrebt eine Verstärkung seiner Stellung im Mittelländischen und im Roten Meere, Österreich-Ungarn tut das gleiche im Nahen Orient. Deutschland wehrt Neurungen ab und hält an dem defensiven Charakter des Dreibundes fest. Frankreich ist geschäftig, im Verein mit Rußland den Dreibund möglichst zu unterminieren. England lehnt mit Rücksicht auf die durch die Krügerdespesche verstärkte antideutsche Volksstimmung die Erneuerung des Orient-Dreibundes ab und zieht sich auf seine splendid isolation zurück. Die Lenkung der europäischen Geschicke geht allmählich auf Lord Salisbury über. Bei den Reibungen des gespaltnen Kontinents hat Salisbury die freie Hand und gebraucht sie mit großer Vorsicht. Die gemeinsam mit dem Zweibund unternommene Intervention nach dem Frieden von Shimonoseki bringt Deutschland zwar im weiteren Verlauf den chinesischen Hafen von Kiautschou ein, diese Erwerbung läßt aber unter dem Wüten Wilhelms II. gegen die „gelbe Gefahr“ eine langanhaltende feindliche Stimmung gegen Deutschland in Japan zurück.

Die große Frage der Zukunft bleibt, ob nicht infolge der weltpolitischen Betätigung die Gefahr im Westen von deutscher Seite vernachlässigt und ob etwa die im französischen Volke fortglimmende Glut der Revanche durch neue für Frankreich günstige Konstellationen friedensgefährlich angefeuert wird.

III. Am weltpolitischen Wendepunkt.

1. Die deutsch-englischen Annäherungsversuche 1898—1900.

In den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte das Londoner Kabinett ungewöhnlich viele Händel und Schwierigkeiten diplomatischer und militärischer Natur in den Kolonien zu schlichten. In Ostasien: die Unversehrtheit Chinas, wo England bisher überwiegenden Einfluß besaß, wird von Rußland bedroht. Das englische Angebot, von keinem Hafen im Golf von Petschili Besitz zu ergreifen, wenn Rußland von der Besetzung Port Arthurs Abstand nehme, wird abgelehnt; Rußland geht mit dem offenbaren Hintergedanken nach Port Arthur, allmählich die Mandschurei vom chinesischen Reich abzutrennen, infolgedessen muß in Weihaiwei ein Gegengewicht geschaffen werden; die deutsche Pachtung von Kiautschou läßt man freundlich gelten, weil sie nur wirtschaftlichen Zwecken dient, und um, wie Balfour im Unterhaus sagt, die öffentliche Meinung in Deutschland zu versöhnen. In Indien ist ein blutiger Feldzug gegen die nördlichen Grenzstämme im Gange. Nach dem Tode des Emirs von Afghanistan sind Unruhen und verstärkte russische Einflüsse zu befürchten. Im Sudan: Kampf gegen den Mahdi; der Plan, zwischen Unterägypten und den britischen Besitzungen am Victoria-Njansa eine sichere Verbindung herzustellen, kreuzt sich mit dem Bestreben der Franzosen, ihre Einflußsphäre vom Kongo quer durch Afrika bis zur französischen Kolonie am Roten Meere zu erweitern. Nach seinem Siege bei Omdurman eilt Kitchener nach Faschoda am Weißen Nil und hißt die britisch-ägyptische Flagge neben der von Marchand vorher schon gehißten

französischen, ein scharfer diplomatischer Streit entbrennt (Oktober 1898). Ein ähnlicher Wettlauf hatte sich im Februar 1898 im Hinterlande von Lagos und Dahome ereignet, wo englische und französische Expeditionen an mehreren Punkten im Nigerbogen in bedrohliche Nähe aneinandergerückt waren. Im Südosten des marokkanischen Reichs machen Anfang Juni 1898 die Franzosen mit der Besetzung der Tuatoasen den Anfang einer durchgehenden Verbindung von Algier über Timbuktu nach Dahome, vielleicht auch einer Durchdringung Marokkos bis zur Küste; das mit den Vereinigten Staaten in Krieg verwickelte, schon sehr geschwächte Spanien muß es geschehen lassen, England verstärkt seine Besatzung auf Gibraltar. In Südafrika endlich zeigt das Barometer Sturm an. In einem dem englischen Parlament vorgelegten Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten Krüger und dem Kolonialsekretär Chamberlain über die Ausländerfrage steht die feierliche Drohung: „Ihre Majestät nimmt gegenüber der Südafrikanischen Republik die Stellung eines Souveräns ein, der dem Volke dieser Republik Selbstregierung unter gewissen Bedingungen gewährt hat. Es würde unvereinbar mit dieser Stellung sein, die Bedingungen der gewährten Selbstregierung einem Schiedsgericht zu unterwerfen.“

Scharfe diplomatische Händel mit zwei Großmächten, Feldzüge in Indien und im Sudan, drohender Kampf mit einem halsstarrigen, tapfern, mit guten Waffen ausgerüsteten Volkstamm weißer Rasse — das waren Gründe genug für den Versuch, mit der militärisch stärksten Macht in Europa trotz aller wirtschaftlichen Nebenbuhlerschaft eine verbrieft Freundschaft herzustellen.

Am 25. März 1898 drückte der Schatzkanzler Arthur Balfour, der damals den Premierminister Lord Salisbury vertrat, in einem Gespräch den Wunsch einer Annäherung an Deutschland aus. Einige Tage darauf kam der Kolonialminister Josef Chamberlain auf denselben Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung zurück mit der Begründung, die englische Regierung stehe vor einem Wendepunkt, England könne die Isolierungspolitik nicht fortsetzen, es müsse sich nach Alli-

ierten umsehen. Namentlich befürchtete er ernste Verwicklungen mit Frankreich wegen der Reibereien in Westafrika, wozu noch die Besorgnis vor den russischen, die großen englischen Handelsinteressen in Asien bedrohenden Ausdehnungsbestrebungen kam. Nach längern Ausführungen kam Chamberlain damit heraus, daß sein Ziel bindende politische Abmachungen mit Deutschland und dem Dreibund seien.

Diese Anregung der beiden englischen Minister wurde in Berlin zunächst skeptisch aufgenommen. Der Staatssekretär v. Bülow bezweifelte, daß, wenn die Gegner Deutschlands und des Dreibundes nach dem uralten Grundsatz der Horatier die Feinde einzeln bekämpfen wollten und zunächst Deutschland überfielen, der englische Verbündete tatkräftig einspringen würde. Jedenfalls könnten wir einen Vertrag ohne Ratifikation durch das englische Parlament nicht schließen, weil sonst England bei einem Sturze der Regierung sich im Kriegsfall seinen Bündnispflichten leicht entziehen könnte. Nach seiner Rückkehr aus dem Süden, wo Lord Salisbury im Frühjahr 1898 Erholung gesucht hatte, erklärte dieser dem Grafen Hatzfeldt (2. Juni) in einer vertraulichen Unterredung, daß er zwar mit dem von Chamberlain verfolgten Zwecke einer Annäherung an Deutschland an sich einverstanden sei, aber daß er es für ratsamer halte, wenn Mächte, die durch gleichartige Interessen auf ihr politisches Zusammengehen hingewiesen wären, ihre Verständigung erst im Bedürfnisfalle bei ernstlicher Bedrohung ihrer Interessen durch einen formellen Vertrag zum Ausdruck brächten. Während Chamberlain zum Abschluß eines Allianzvertrages drängte, war Salisbury cunctator, der die Tür zum Frieden bis zum letzten Augenblick offen halten wollte. Schließlich begegnete man sich in der Auffassung, daß es vor allem darauf ankomme, die zwischen beiden Ländern noch immer bestehende Verstimmung durch eine entgegenkommende Haltung der Regierungen in kleineren Fragen allmählich zu beseitigen und die öffentliche Meinung hüben und drüben auf ein politisches Übereinkommen vorzubereiten. Der Botschafter Graf Hatzfeldt konnte auch berichten, daß nicht nur sämtliche Mitglieder des Kabinetts, sondern auch die Führer

der Opposition, Lord Rosebery und Sir William Harcourt, mit den Anregungen Balfours und Chamberlains sympathisierten (Bd. XIV S. 204). Der Allianzgedanke sollte also „eine Eventualität der Zukunft“ bleiben, wie Bülow sich ausdrückte. In Kürze faßte Salisbury bald darauf in der Antwort auf eine neugierige Frage des russischen Botschafters Baron Staal die Lage in den Worten zusammen: Alliance (mit Deutschland) non, rapprochement oui.

Daß bei der zögernden und kühlen Haltung des Auswärtigen Amtes die Besorgnis vorwaltete, die guten Beziehungen zu Rußland zu verderben, war ganz begreiflich. Bestärkt wurde der Staatssekretär v. Bülow in seiner mißtrauischen Zurückhaltung, als er von einem Schreiben des Zaren an den Kaiser vom 3. Juni Kenntnis erhielt. Dieses Schreiben war die Antwort auf einen Brief des Kaisers vom 30. Mai*), worin von ungeheuren Anerbietungen Englands für ein Bündnis mit Deutschland die Rede war und die Frage an Nicky gestellt wurde: „Was bietest Du mir, wenn ich ablehne?“ In der Antwort zahlte der Zar mit gleicher Münze: Vor einigen Monaten hätte England in Petersburg noch nie dagewesene Anerbietungen gemacht, um „in a masked way“ die deutsch-russische Freundschaft zu zerstören (Bd. XIV S. 243). Daß die aufgebauchten Angaben des Zaren nicht ganz aus der Luft gegriffen waren, geht aus folgendem hervor: Am 10. Juni 1898 teilte der russische Botschafter in Berlin Graf v. d. Osten-Sacken auf Grund von Mitteilungen des Grafen Murawiew bei dessen Durchreise durch Berlin dem Staatssekretär v. Bülow mit, daß England dem Zaren in der Tat weitreichende Vorschläge gemacht hätte.

In losem Zusammenhang mit geheimen Vorschlägen Englands an Rußland steht auch die berühmte Rede, die Chamberlain am 13. Mai 1898, also noch zur Zeit seiner Bemühungen um ein deutsch-englisches Einvernehmen, in Birmingham gehalten hat. In den ersten Monaten 1898 hatte das Kabinett Salisbury heftige Angriffe der liberalen Opposition wegen der unsichern Lage in

*) Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894 — 1914, herausgegeben von Prof. Dr. Walther Goetz, Berlin 1920.

China abzuwehren. Grey sprach im Unterhaus von einer widersinnigen Politik der Regierung, die das englische Prestige schwer schädige. Gegen den Vorwurf der Untätigkeit berief sich Balfour auf den von der russischen Regierung abgelehnten Vorschlag, von keinem Hafen im Golf von Petschili Besitz zu nehmen, wenn Rußland auf Port Arthur und Talienwan verzichte. In der **Birminghamer Rede** sagte Chamberlain: „Über die Art, wie Rußland sich diesen Besitz sicherte, was für Vorstellungen gemacht und zurückgewiesen wurden, was für Versprechen gegeben und vierzehn Tage hernach gebrochen wurden, darüber will ich nichts weiter äußern als unser bewährtes Sprichwort: ‚Wer mit dem Teufel suppen will, der braucht ’nen langen Löffelstiel.‘ Wir haben künftig in China und in Afghanistan mit Rußland zu rechnen, und zwar mit dem Unterschiede, daß wir in China kein Heer haben und keine Grenze zum Aufmarsch. Was können wir aber, wie die Dinge liegen, bei unserer Isolierung mehr tun? Denn das ist wieder der Punkt, auf den ich Nachdruck zu legen wünsche. Einige unserer Kritiker meinen: ‚Nun, da hättet ihr euch mit Rußland eben verständigt!‘ Das ist leicht gesagt, aber zu einer Verständigung gehören zwei; was Rußland verlangte, konnten wir nicht zugeben, und wir selbst hatten nichts zu bieten, was es hätte ablenken können. Und hätten wir uns verständigt — wer wollte dann die richtige Erfüllung des Abkommens gewährleisten?“

Diese scharfen Sätze machen es wahrscheinlich, daß Chamberlain in der Tat das Ziel verfolgte, mit deutscher Hilfe russische Eroberungspläne in Ostasien abzuwehren.

Nachdem also der Chamberlainsche Allianzgedanke zurückgestellt war, ging man sogleich daran, durch gegenseitiges Entgegenkommen in minder wichtigen Streitfragen eine wärmere Temperatur in den deutsch-englischen Beziehungen zu schaffen. Zunächst handelte es sich um die Befriedigung gewisser kolonialer Wünsche Deutschlands in Afrika.

Bei dem Transvaalstreit 1896 war es bereits entschieden, daß Deutschland nicht die Macht hatte, die englische Aufsaugung der Burenrepubliken zu verhindern. Einer neuen Verwicklung

aber, die sich aus der beiderseitigen Nachbarschaft mit den portugiesischen Besitzungen in Afrika ergeben mußte, konnte durch ein deutsch-englisches Einvernehmen vorgebeugt werden. Portugal befand sich in großer Geldnot, sein Zinsendienst war zum Schaden seiner Gläubiger ins Stocken geraten, portugiesische Finanzleute suchten Hilfe in London, Paris und Berlin und boten Verkauf oder Verpfändung portugiesischer Besitzungen in Afrika an. Dabei hatte London die Vorhand, da England in einem älteren Verträge den portugiesischen Besitzstand garantiert hatte.

Am 8. Juni 1898 erhielt Graf Hatzfeldt den Auftrag, möglichst bald mit Lord Salisbury freundschaftlich die Angelegenheit zu besprechen. Dem Erlasse war eine Liste von Wünschen deutscher Kolonialkreise beigelegt. Darin waren u. a. aufgeführt: in Westafrika eine Marinestation auf den kanarischen Inseln, Angola nebst Benguela und Walfischbai, in Ostafrika Sansibar, in Asien Portugiesisch-Timor, in der Südsee die Samoainseln. Die Liste zeigte, wie weit die deutschen Kolonialpolitiker schon in wenigen Jahren nach dem Übergang zur Weltpolitik in ihren Ansprüchen und Bedürfnissen gekommen waren.

An der englischen Überlassung von Sansibar war von vornherein nicht ernstlich zu denken. Die Besprechungen, die, abgesehen von Timor, das keine Schwierigkeiten bereitete, ziemlich mühsam waren und in der letzten Zeit auf englischer Seite von Balfour geführt wurden, drehten sich hauptsächlich um Angola und Mozambique. Beide Provinzen wurden geteilt, Delagoabai mit dem Hafen Lorenzo Marquez und der Bahn nach dem Hinterland fiel in die englische Sphäre. Damit war der Burentraum des Kaisers ausgeträumt. Die Samoafrage blieb zunächst außer dem Spiel. Was die Walfischbai betrifft, so war Salisbury nicht abgeneigt, sie abzutreten, jedoch nicht ohne Zustimmung des Kabinetts. Dieses entschied sich aber mit Mehrheit gegen die Abtretung, weil sie vor der öffentlichen Meinung nicht zu rechtfertigen wäre (Bd. XIV S. 292). Der Vertrag wurde am 30. August 1898 geschlossen und am 26. September beiderseits ratifiziert*).

*) Text der Konvention nebst geheimer Note, Bd. XIV S. 339ff.

Die großen Erwartungen, die Bülow auf das Abkommen mit seiner Anwartschaft auf einen großen kolonialen Gebietszuwachs setzte, erfüllten sich nicht. Die Voraussetzung für seine Wirksamkeit: portugiesische Anleihe mit Verpfändung der portugiesischen Kolonien, trat nicht ein. Das Abkommen blieb eine leere Attrappe, für beide Teile — nur mit dem Unterschied, daß England bei seiner alten Freundschaft mit Portugal von Fall zu Fall (Bahnbauten, Handelsunternehmungen, Kohlendepots, Durchzugserlaubnis) stets auf portugiesische Gefälligkeiten rechnen konnte, Deutschland dagegen nicht.

Der Glaube an die Redlichkeit der englischen Politik wäre damals, in der Zeit der Burenbegeisterung, vernichtet worden, wenn die Presse von einem andern Geheimabkommen, das im Jahre 1899 zwischen England und Portugal geschlossen wurde, Wind bekommen hätte. Auch der deutschen Regierung blieb der sogenannte Windsorvertrag unbekannt. Seinem Inhalt nach war der Windsorvertrag eine Bestätigung alter Verträge, in denen sich England und Portugal gegenseitig zur Verteidigung ihres Besitzstandes verbündet hatten. Die neuerlangte Bürgschaft brauchte natürlich Portugal nicht zu hindern, bei der Aufnahme von Anleihen zur Heilung seiner Finanzen Verbindlichkeiten einzugehen, die seinen Kolonialbesitz belasteten, oder zu seiner wirtschaftlichen Ausbeutung fremde Hilfe heranzuziehen. Aber auch bei mildester Auslegung kommt man nicht darüber hinweg, daß der Windsorvertrag die Portugiesen ermunterte, keine Belastung ihrer Kolonien vorzunehmen, und daher gegen den Grundgedanken des deutsch-englischen Abkommens verstieß. Dieser Grundgedanke war doch, daß Portugal außerstande sei, seine Kolonien aus eigener Kraft nutzbringend zu verwalten.

Bereits am 1. Januar 1899 wurde in der Thronrede zur Eröffnung der Cortes erklärt, der Kolonialbesitz Portugals müsse in vollständiger Unversehrtheit als geheiligtes Erbe der Nation erhalten werden, und im Februar 1900 lehnte die Deputiertenkammer einen Antrag auf Veräußerung von kolonialen Besitzungen ab. Als Vorteil für Deutschland blieb nur übrig, daß

England durch das Geheimabkommen gehindert war, einseitig wirtschaftliche und politische Ansprüche in den an deutsche Kolonien in Afrika stoßenden Teilen des portugiesischen Kolonialbesitzes zu erwerben.

Die nächste Gelegenheit, den Verständigungswillen des englischen Kabinetts zu betätigen, ergab sich aus den Wirren, die zu Anfang des Jahres 1899 bei der Wahl eines neuen Königs der Samoainseln entstanden waren. Auf der Berliner Samoa-konferenz von 1889 war eine Dreiherrschaft geschaffen worden, an der die Vereinigten Staaten, Deutschland und England teilnahmen. Unter einem heißen Himmelsstrich, in großer Abgeschiedenheit von der Heimat und im Banne von Interessenstreitigkeiten, die sich auf engem Raum unter Angehörigen verschiedener Nationen täglich erneuerten, konnten die von den drei Mächten eingesetzten Behörden unmöglich mit jedem Schritt innerhalb der von der Samoa-Akte gesetzten Grenzen und untereinander einig bleiben. Die Reibungen unter ihnen waren mitunter so groß wie die Eifersüchteleien und Kämpfe unter den eingebornen Häuptlingen. Bei der Königswahl nach dem Tode Malietoas erlangte dessen alter Gegner Mataafa die Mehrheit, der kurz vorher mit Zustimmung des amerikanischen und englischen Konsuls auf einem deutschen Kriegsschiff aus seiner Verbannung nach Samoa zurückgebracht worden war. Der amerikanische Oberrichter Chambers entschied jedoch zugunsten des Minderheitskandidaten Tana, Sohn des Malietoas. In Apia brach ein Aufstand aus, bei dem die Mataafaleute siegten. Chambers floh auf ein amerikanisches Kriegsschiff, worauf der Municipalpräsident von Apia, der Deutsche Dr. Raffel, das Obergericht schloß. Auch die Kommandanten der Kriegsschiffe waren nicht einig. Während sich der deutsche zurückhielt, griffen der englische und amerikanische mit Kanonenschüssen in die Kämpfe um Apia ein. Es war also ein recht gefährliches Durcheinander von Eigenmächtigkeiten und aufgeregten Übergriffen.

Unter solchen Umständen war die Dreiherrschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten. Nachdem von den drei Regierungen der Grundsatz: reinliche Scheidung, angenommen war, handelte

es sich auf deutscher Seite darum, was vorzuziehen wäre: der Erwerb der Hauptinsel Upolu gegen eine Entschädigung Englands aus dem deutschen Kolonialbesitz in der Südsee, oder der Übergang der Inseln an England unter bestimmten Kompensationen für Deutschland. Die Mehrheit des Kolonialrats zog Kompensationen für Deutschland vor, Bülow entschied sich jedoch wegen des unwägbaren Anteils, den die deutsche Nation an dem Schmerzenskind Samoa nahm, für die Behauptung der alten Anrechte.

Die diplomatischen Verhandlungen zwischen England und Deutschland gestalteten sich noch schwieriger als die Verhandlungen über die portugiesischen Besitzungen in Afrika. Sie wurden in London von Lord Salisbury und seinem Vertreter A. Balfour und auf deutscher Seite von dem Botschafter Grafen Hatzfeldt geführt. In einem Erlaß vom 31. August 1898 wurde Hatzfeldt beauftragt, in Besprechungen einzutreten auf der Grundlage, daß die Samoafrage nur durch Teilung der Inseln unter die drei Mächte zu lösen sei. Der amerikanische Präsident McKinley war von vornherein dem Teilungsplan geneigt, wogegen die englische Regierung das Bedenken geltend machte, daß eine Überlassung einer der Inseln, etwa gar von Upolu mit der Hauptstadt Apia, an Deutschland in Australien böses Blut machen würde. Lord Salisbury bewahrte bis zuletzt die überlegene Haltung des alten Geschäftsmannes, der gegenüber einem jungen Mitbewerber die gemächliche Taktik des Hinzögerns bevorzugt. Mehr entgegenkommend und offener zeigte sich sein Vertreter Balfour, der es jedenfalls nicht zu einem Bruche kommen lassen wollte. Über den Vorschlag, daß jede der drei Mächte einen Kommissar mit besonderen Befugnissen für die Wiederherstellung der Ordnung nach Samoa schicken sollte, war man bald einig, dagegen wurde über die Frage noch lange gestritten, ob gültige Beschlüsse der Kommissare einstimmig gefaßt werden müßten oder ob Mehrheit genüge. Lord Salisbury sträubte sich entschieden gegen den von Deutschland verlangten Grundsatz der Einstimmigkeit. Inzwischen waren neue Zwischenfälle in Samoa vorgekommen und fing die öffent-

liche Meinung in Deutschland zu rebellieren an. Endlich machte der Staatssekretär v. Bülow einen letzten Vorschlag (11. April 1899): außer den Kommissaren sollte ein allen drei Mächten gemeinsamer Schiedsrichter nach Samoa geschickt werden, der bei Spaltung der Stimmen zu entscheiden hätte. Für den Fall, daß auch dieser Vorschlag abgelehnt werde, sollte Graf Hatzfeldt erklären, daß die diplomatischen Beziehungen mit England bis zu einem Zeitpunkt abgebrochen werden würden, in dem sich die englischen Ansichten über die Wahrung geschlossener Verträge (gemeint war die Samoa-Akte) [Bd. XIV S. 590] geändert hätten. Dieser Auftrag wurde von Hatzfeldt nicht ausgeführt, wahrscheinlich war er aber doch zur Kenntnis eines oder des andern Kabinettsmitgliedes gekommen. Lord Salisbury nahm am 12. April 1899 den deutschen Vorschlag in einer veränderten Redaktion an, die keine wesentliche Modifikation enthielt und nur die Berufung auf die Samoa-Akte vermied.

Daß Graf Hatzfeldt die Ausführung des Auftrages vom 11. April mit der Drohung des Abbruchs unterlassen hatte, war also zwar eine Eigenmächtigkeit, aber kein Fehler. In einem Privatbrief vom 22. April 1899 an Herrn v. Holstein schrieb er die belehrenden Worte: „Sie können wirklich annehmen, daß ich die Menschen und das Terrain ziemlich genau kenne, und mir daher glauben, daß nur eins hier Eindruck macht: kühle Ruhe und Zurückhaltung ohne jegliche Drohung“ (Bd. XIV S. 600).

Zu dem günstigen Abschluß der Verhandlungen, der dem Deutschen Reiche die Inseln Upolu und Savaii und ein Stück der neutralen Zone im Hinterland von Togo gegen den Verzicht seiner exterritorialen Rechte auf Sansibar sicherte, haben auch die Eindrücke mitgewirkt, die Cecil Rhodes von seiner Reise nach Berlin zurückbrachte. Rhodes, der Präsident der Südafrikanischen Compagnie, betrieb damals sein großes Projekt einer Bahn vom Kap bis Kairo, die statt über den Kongostaat (s. oben S. 49) über Deutsch-Ostafrika führen sollte. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, General v. Liebert, befür-

wortete dringend einen Gedankenaustausch mit Rhodes. Gegen deutsche Erleichterungen des Bahnbaues sollte sich Rhodes verpflichten, auf deutschem Gebiet nur deutsche Wärter anzustellen, deutsches Material zu verwenden und Stichbahnen nach Tabora zu bauen. Am 11. März 1899 wurde Rhodes vom Kaiser und von dem Staatssekretär v. Bülow empfangen, die ihn für englisches Entgegenkommen in der Samoafrage zu interessieren suchten, was Rhodes nach seiner freundlichen Aufnahme in Berlin auch wirklich tat. Noch während seiner Anwesenheit in Berlin kam es zu einem Abkommen über eine durch deutsches Gebiet gehende Kabellinie, die über Kleinasien bis Konstantinopel weitergeführt werden sollte. Dieser Plan scheiterte aber an dem Widerspruch der Türkei (Bd. XIV S. 560).

Ungefähr gleichzeitig mit der Regelung der Samoafrage brach der **Burenkrieg** aus. Für das kleine Volk der Buren konnte der Krieg von vornherein nichts anderes sein als ein Verzweiflungskampf. Die Sympathie der Welt begleitete sie, aber Hilfe von außen hatten sie von keiner Seite zu erwarten. England konnte den großen Vorteil der unbeschränkten Beherrschung des Meeres ausnutzen, wie es wollte. Die Amerikaner gingen der Streit materiell nichts an. Die Russen hatten bei den scharfen französisch-englischen Händeln in Afrika keinen Finger gerührt, um ihren Bundesgenossen zu helfen, für die bedrängten Buren brachten sie nur schwache Sympathien auf. In Frankreich brannte noch die Schmach von Fashoda, und im Volke war trotz der Rücksicht, welche die Pariser Weltausstellung verlangte, die Empörung gegen England noch leidenschaftlicher als in irgendeinem andern Lande. Was namentlich Pariser Witzblätter an blutiger Verhöhnung leisteten, blieb unübertroffen. Aber der neue Minister des Auswärtigen Delcassé, der die Rückberufung Marchands von Fashoda auf sich genommen hatte, war schon damit beschäftigt, das ganze weitgreifende kolonialpolitische System seines Vorgängers Hanotaux abzubauen und die Augen seiner Landsleute wieder in der alten Richtung auf das Loch in den Vogesen zu richten. Seine Verteidigungsrede in der De-

putiertenkammer vom 24. November 1899 war für England wohlwollender als für Deutschland und brachte mit dem Hinweis auf die bekannten französischen Zukunftshoffnungen am Rhein die von Chauvinismus für die Buren ergriffnen Lärmmacher leicht zum Schweigen. Er hatte seine Freude dran, daß mit dem kopflosen Wüten in Deutschland gegen England, weit über die alldeutschen Kreise hinaus, die Geschäfte der französischen Revanchepolitiker besorgt wurden.

In Reichstagsreden des Fürsten Bismarck und in Artikeln der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ kann man nachlesen, mit welcher Schroffheit er sich zur Zeit der Battenbergiade in Bulgarien über die Verquickung von Moral und Politik und über die deutsche Neigung ausgesprochen hat, den Allerweltschulmeister zu spielen. Auch in der ägyptischen Frage war er scharf gegen unverantwortliche Zeitungsangriffe auf England vorgegangen, und die Besetzung des Nillandes durch die Engländer hatte doch gewiß für die europäische Lage viel größere Bedeutung als der englische Kampf gegen die Unabhängigkeit der Burenrepubliken in Südafrika. Bülow hat den Stier lieber bei den Ohren als an den Hörnern gefaßt, d. h. die Alldeutschen in seinen Reden immer mit einer gewissen Schonung, mehr launig als streng, behandelt. Mit der unvergleichlichen Autorität Bismarcks konnte Bülow gegen die Gefühlspolitiker nicht sprechen. In der Agitation für die Flotte waren außerdem die Alldeutschen die eifrigsten Helfer, und wohl oder übel fand sich der Staatsmann damit ab, daß die auswärtige Politik manches, was sie in ihrem Eifer für den Bau der Schlachtschiffe redeten und taten, auszubaden hatte.

Die feindliche Stimmung gegen England wurde natürlich noch verschärft, als um Neujahr 1900 mehrere deutsche Postdampfer wegen des Verdachts, Konterbande an Bord zu haben, von englischen Kriegsschiffen angehalten und nach Port Durban geschleppt wurden. Bülow führte hiergegen eine so kräftige Sprache, daß sich Lord Salisbury in einer Note über Schroffheit beklagte. Nach drei Wochen war der Zwischenfall glücklich

überwunden. Es handelte sich nicht sowohl um eine politische Schikane als um Akte der Selbstherrlichkeit der meerbeherrschenden britischen Flotte. Das Londoner Kabinett zog es vor, die Angelegenheit nicht als See-Machtfrage, sondern als See-Rechtsfrage zu behandeln, und kam den deutschen Forderungen in allen wesentlichen Punkten nach.

Die Politik der deutschen Regierung in der Burenfrage war von Anfang an die der Wahrung der strengsten Neutralität. Der Reichskanzler präziserte den deutschen Standpunkt in einer für das Auswärtige Amt bestimmten Aufzeichnung: „Aus Gründen allgemeiner Politik, wie im Hinblick auf deutsch-englische Abkommen (über die portugiesischen Kolonien) müssen wir es natürlich vermeiden, uns bei den gegenwärtigen Wirren in Südafrika sowohl gegenüber England, wie gegenüber Transvaal in eine schiefe Stellung drängen zu lassen“.

Der Kaiser hatte bereits einige Tage vorher einen eingehenden Bericht Hatzfeldts aus London über die kritische Zuspitzung der Lage mit den Worten glossiert: „Wir halten uns da heraus! Die Haager Friedenskonferenz kann ja einspringen“ (Bd. XV S. 365). Den Akten ist ferner folgende drastische Äußerung des Kaisers zu entnehmen:

Im Herbst 1901, nach den Meldungen von dem Zusammenpferchen von vielen Tausenden Frauen und Kindern in Lagern, wo sie als Gefangene behandelt wurden, war das deutsche Volk aufs tiefste erregt. Ein bekannter Philanthrop, der Pastor von Bodelschwingh, der in Westfalen große humanitäre Anstalten unterhielt, war auf die Idee gekommen, für eine Adresse fünf Millionen Unterschriften zu werben und sie dem Kaiser zu überreichen mit dem Verlangen, gegen England vorzugehen und, wenn nötig, mit dem Schwert dreinzuhauen. Der Kaiser befahl darauf dem Kabinettschef v. Lucanus und dem Reichskanzler, sich den Pastor kommen zu lassen und ihm „den Bauch so zu polieren, daß er fürs erste ein Eingreifen in die kaiserlichen Privilegien durch Volksabstimmungen in Form eines von Pastoren, Junkern und alten Komtessen geleiteten Konvents gefälligst unterläßt“ (Bd. XVII S. 187).

In der Presse geschah damals vom Auswärtigen Amt alles, was möglich war, um die unnützen Gefühlsausbrüche gegen England zu dämpfen. In dem Zustand gegenseitiger Vorwürfe zwischen beiden Völkern traten die übeln Seiten des Nationalcharakters, hier schadenfrohes und schimpffreudiges Moralisieren, dort ein herrischer, brutaler Hochmut, hervor. Dabei lernten weder die Deutschen mehr Politik, noch die Engländer mehr Moral. Die Regierung jenseits des Kanals hatte aber den Vorteil voraus, daß eine lange politische Erziehung das Volk gelehrt hat: Wenn Kampagne ist, sei es auch nur diplomatische, hat der Soldat der Fahne zu folgen.

Von allen Kolonialkriegen Englands war wohl der gegen ein zähes weißes Volk in Südafrika der härteste und blutigste. Da das englische Heer nur langsam und unter manchen Rückschlägen den hartnäckigen Widerstand der Buren zu brechen vermochte, konnte es nicht ausbleiben, daß europäische Mächte, die in andern Erdteilen Streitigkeiten mit England hatten, die Verlegenheiten Englands für sich auszunutzen suchten. Nur von der amerikanischen Großmacht hatte England keinerlei Unfreundlichkeiten zu gewärtigen. Der Staatssekretär Hay sprach am 2. Januar 1900 zu dem deutschen Botschafter v. Holleben seine Besorgnisse über die Lage Englands mit großer Wärme aus. In einer zweiten Unterredung vom 2. Februar 1900 sagte er, daß es ein Weltunglück sein würde, wenn sich die Kriegslage für England in Südafrika noch weiter verschlimmern sollte. An einer Beteiligung Amerikas an einer Intervention gegen England war also nicht zu denken. Dagegen war vorauszusehen, daß Rußland nicht ruhiger oder gar wohlwollender Zuschauer bleiben werde.

Bei Ausbruch des Burenkrieges hielt sich der russische Minister des Auswärtigen Graf Murawiew in Biarritz und Paris auf und begleitete dann den Zaren von Wolfsgarten zu dem eintägigen Besuch in Potsdam (8. November 1899). Während der Kaiserbegegnung war weder von einer Vermittlung noch von einer Einmischung in den Krieg die Rede. Pariser Blätter hatten aber schon während des Pariser Aufenthalts des Grafen Murawiew eine russische Einmischung angekündigt. Ebenso



... hier encore nous avons pris un important commando. Je l'ai fait reléguer sous bonne escorte.
L'humanité de nos soldats est admirable et ne se lasse pas malgré la férocité des Boërs.

(Rapport officiel au War Office.)

Konzentrationslager.
(Französische Karibikater.)

hatten russische Blätter schon im Oktober von einer russisch-französischen Verständigung gegen England geschrieben. Wahrscheinlich also war eine solche Gegenstand der Unterredungen des Grafen Murawiew mit seinem französischen Kollegen Delcassé in Paris gewesen, und das Schweigen des Zaren und seines Ministers in Potsdam ließ nur darauf schließen, daß ihnen der geeignete Zeitpunkt noch nicht gekommen zu sein schien. Im Auswärtigen Amt in Berlin war man jedenfalls darauf vorbereitet, daß über kurz oder lang ein Fühler von Rußland ausgestreckt werden würde.

Am 12. Januar 1900 erkundigte sich der Botschafter Graf Osten-Sacken beim Staatssekretär Grafen Bülow, wie sich Deutschland wohl zu einer etwaigen gemeinsamen Haltung für den Fall eines englischen Vorgehens in der Delagoabai (die Zufuhren an Munition und Kriegsgerät gingen über den Hafen Lorenzo Marquez) stellen würde, in Petersburg sei man auf die Antwort sehr gespannt. Bülow erwiderte, Deutschland sei gewiß an der Frage interessiert, aber zunächst erwarte er eine ebenso offene Antwort auf die Gegenfrage: „Wie steht Frankreich zu dem Gedanken eines gemeinsamen Protestes gegen die englische Beschlagnahme der Delagoabai?“ Gleichzeitig, am russischen Neujahrsfest, erzählte Graf Osten-Sacken bei einem Besuche des Kaisers in der Botschaft, daß sich die Verhältnisse in Afghanistan zu verwickeln schienen, weshalb Rußland vielleicht genötigt sein werde, im Interesse der Ruhe dort zu intervenieren. Der Kaiser erwiderte, daß er ebensowenig für den Zweibund in Ostafrika wie für England in Indien Posten stehen werde. Ferner äußerte der Botschafter, nach dem Urteil des russischen Admirals Makarow, der erst kürzlich die englische Marine besucht habe, sei diese ebenso leistungsunfähig wie die englische Armee, worauf der Kaiser dem Botschafter den ironischen Rat gab, er möge doch die Griechen, die Portugiesen und die Dänen zu einem Vorstoß gegen die englische Flotte veranlassen (Bd. XV S. 493—502).

Die russische Parole war also: Druck auf England, sei es durch eine europäische Koalition, sei es durch einen neuen Vorstoß in der Richtung auf die Grenze Indiens.

Ein zweiter diplomatischer Schritt in der Transvaalfrage folgte am 3. März 1900. Im Auftrage des Zaren ließ Graf Murawiew in Berlin eine Aufzeichnung überreichen, in der eine gemeinsame Vermittlung Rußlands, Frankreichs und Deutschlands angeregt wurde, und zwar sollten Frankreich und Deutschland sich auf einen freundschaftlichen Druck in London einigen, worauf Rußland sich dann anschließen würde. Graf v. Bülow antwortete, daß Deutschland die Möglichkeit von Verwicklungen mit andern Großmächten, besonders mit andern Seemächten, sorgfältig vermeiden müßte, solange es nicht der Haltung Frankreichs sicher sei. Diese Sicherheit würde nur durch eine Abmachung geboten werden, wonach die vertragschließenden Mächte sich für eine längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantierten. Darauf versuchte es Murawiew erst mit der kümmerlichen Ausflucht, daß die Verhandlungen über einen solchen Vertrag sehr langwierig sein würden, und ließ dann am 22. März 1900 seine Mediationsvorschläge zurückziehen (Bd. XV S. 500).

Inzwischen hatten die beiden Burenrepubliken sich bereit erklärt, Frieden unter der Bedingung zu schließen, daß ihre Unabhängigkeit gewahrt werde, ein Vorschlag, den Lord Salisbury für undiskutabel bezeichnete. Auch war der englische Thronfolger mit einer bemerkenswerten Kundgebung hervorgetreten, die bewies, daß man in London die Zurückhaltung Deutschlands dankbar zu würdigen wußte. Der Prinz von Wales äußerte sich nämlich zu einer Reihe von Parlamentariern dahin: Der Deutsche Kaiser und seine Regierung hätten wiederholt Beweise von Sympathie für England gegeben und verstanden sehr wohl, daß der Krieg in Südafrika nicht um die Goldminen Transvaals, sondern um die Frage geführt werde, ob England weiter die vorherrschende Macht in Südafrika bleibe; man dürfe nicht vergessen, was England der Haltung des Kaisers und seiner Regierung zu verdanken habe. Der Prinz stützte sich bei seinen Mitteilungen offenbar auf die Korrespondenz, die der Kaiser mit seiner Großmutter und dem Thronfolger kürzlich geführt hatte (Bd. XV S. 502).

Am Petersburger Hof war man zu dieser Zeit pazifistischen Gedankengängen sehr zugänglich. Hatte doch der junge Zar, befangen in den Ideen des bekannten Pazifisten Iwan von Bloch, die Anregung zur ersten Haager Friedenskonferenz persönlich gegeben. Sie wurde unter großer, wenn auch skeptischer Anteilnahme der gebildeten Welt inszeniert, lieferte aber nur geringe positive Ergebnisse. Das Resultat der vom 18. Mai bis 19. Juni 1899 dauernden Verhandlungen im Haag (Bd. XV S. 135—351), an denen Vertreter von 26 Staaten teilnahmen, bestand lediglich in Vereinbarungen über die Rechte und Gebräuche des Handelskriegs, über die Ausdehnung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg, sowie in einer Konvention zur schiedsgerichtlichen Beilegung internationaler Konflikte. Die Konferenz selbst hatte von Anfang an das größte Interesse des Kaisers erweckt, wie die vielen zum Teil sehr temperamentvollen Randbemerkungen in den Akten beweisen. Er vertrat im Gegensatz zu dem Führer der deutschen Delegation, dem Botschafter in Paris, Grafen Münster, einen den Bestrebungen der Konferenz ungünstigen Standpunkt, da er in einem der programmatischen Punkte über die Beschränkung der Rüstungen eine direkte Spitze gegen Deutschland vermutete. Allein auch in andern Ländern maß man den Bestrebungen der Konferenz keinerlei ernste Bedeutung bei. Das beweisen die freimütigen Äußerungen des englischen Admirals Fisher zu dem deutschen Marine-delegierten Kapitän zur See Siegel, daß sich die englische Regierung auch im Ernstfalle ohne jeden Zweifel nicht für gebunden erachte und über jede Konvention hinwegsetzen werde. Bemerkenswert ist es, daß sich Italien durch nichts bewegen ließ, den deutschen Standpunkt zu unterstützen. Obwohl man in die Konferenz mit einem festen Programm eingetreten war, als dessen Verfasser sich der russische Außenminister Murawiew mit großem Stolz zu erkennen gegeben hatte, hielt man sich nicht an dieses. Und als man von englischer Seite versuchte, eine Konvention über ein obligatorisches Schiedsgericht für alle internationalen Streitfälle durchzusetzen, traten die bis dahin latenten Gegensätze innerhalb der Konferenzteilnehmer offen zu-

tage. Sowohl die deutschen als auch rumänische Delegierte erklärten den Vorschlag als für ihre Regierungen unannehmbar, ihren vereinten Bemühungen gelang es denn auch, unter Assistenz der Österreicher die Schiedsgerichte nur als fakultative gelten zu lassen.

Bis in die jüngste Zeit hat man immer wieder versucht, Deutschland die Schuld daran beizumessen, daß der Gedanke der Friedenskonferenz von Hause aus sabotiert worden sei. Allein ein Studium der englischen und namentlich auch der amerikanischen Presse zur Zeit der Konferenz zeigt, daß man auch in den anglikanischen Ländern den pazifistischen Ideen schroff ablehnend gegenüberstand und man dort lediglich in der Führung der Regie geschickter gewesen war.

Bald nach dem russischen Einmischungsversuch wurde ein neues deutsch-englisches Sonderabkommen, zu dem portugiesischen und dem Samoavertrag das dritte, abgeschlossen. Den Hintergrund bildete das gemeinsame Auftreten der Mächte gegen die Fremdenhetze in China, die während des Winters 1899 bis 1900 ausgebrochen war. Den äußern Anstoß hatte die Machtentfaltung Rußlands in der Mandschurei nach der Besetzung von Port Arthur gegeben. Anfangs von den Gesandtschaften wenig beachtet, wurde die Bewegung bedrohlich, als die Boxerhaufen im Frühjahr 1900 bis vor die Tore von Peking drangen. Die gleichmäßige Gefahr für alle fremden Vertreter in Peking führte ein gemeinsames Auftreten aller in Ostasien interessierten Großmächte herbei, und es war das erstemal, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Anschluß an ihren mit dem Erwerb der Philippinen vollzogenen Übergang zur Weltpolitik unmittelbar in chinesische Angelegenheiten an der Seite der europäischen Großmächte und Japans eingriffen. Der deutsche Standpunkt war von Anfang an ungefähr gleich dem französischen und amerikanischen, nämlich lediglich als Kulturmacht zum Schutze allgemeiner Interessen mitzuwirken, ohne dem Vorrücken Rußlands in Nordchina entgegenzutreten. Aus Europäern, Amerikanern und Japanern wurde eine Schutztruppe gebildet, zu der die Russen das stärkste Kontingent stellten. Ein Ultimatum

an die Kommandanten der Forts bei Taku wurde mit einer Beschießung der dort versammelten Kriegsfahrzeuge der fremden Mächte beantwortet, bei der Erstürmung der Forts floß auch deutsches Blut. Durch ein Landungskorps mußte Tientsin geschützt werden, Entsatztruppen unter dem Befehl des Admirals Seymour für die in Peking eingeschlossenen fremden Gesandtschaften konnten, unterwegs von einer chinesischen Übermacht umzingelt, ihr Ziel nicht erreichen und nur unter schweren Kämpfen befreit werden.

Während des Scheiterns dieser Unternehmung war der deutsche Gesandte Freiherr v. Ketteler von einem Bannersoldaten erschossen worden. Die Spannung, ob nicht alle Fremden in Peking niedergemetzelt seien, dauerte wochenlang an, da alle Verbindungen mit Peking unterbrochen waren und nur unsichere Botennachrichten zur Küste kamen. Ende Juli 1900 schätzte man die Gesamtzahl der fremden Truppen nach Eintreffen der von den einzelnen Mächten abgeschickten Verstärkungen auf 115 000 Mann mit 300 Geschützen, und es entstand die schwierige Frage, welche Macht den Oberbefehlshaber stellen sollte. Nach der Zahl der Streiter hätte Rußland die erste Anwartschaft auf das Oberkommando gehabt, aber England und Japan hatten keine Lust, das ohnehin vorhandne russische Übergewicht noch zu verstärken. Nächst den Russen waren die Japaner am stärksten vertreten, aber einer japanischen Führung stand die russische Rivalität entgegen, und ebenso wünschte Rußland nicht, sich einem englischen Oberbefehl zu unterstellen.

Der Kaiser brannte vor Begierde, die vereinigten Operationsgruppen in China unter den Oberbefehl des Feldmarschalls Grafen Waldersee gestellt zu sehen. Damit sollte das am 4. Juli 1900 beim Stapellauf eines Linienschiffes gesprochne Kaiserwort bekräftigt werden: „Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne den Deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.“

Aber das Ziel des Kaisers konnte nur auf Umwegen erreicht werden. Die Möglichkeit eines deutschen Oberbefehls wurde

zuerst von Graf Aoki in einem Gespräche mit dem deutschen Gesandten in Tokio flüchtig gestreift, in Petersburg stellte man die Bedingung, auf keinen Fall russische Truppen unter englischen oder japanischen oder amerikanischen Oberbefehl zu stellen, in Paris bezeichnete man einen englischen Oberbefehl als nicht genehm. Hiernach erschien die Erfüllung des kaiserlichen Wunsches möglich. Allein bald regte sich in den übrigen beteiligten Ländern der Ehrgeiz der hohen Generalität, General Kuropatkin und Lord Wolseley traten als Bewerber um den Posten auf. Den kräftigsten Widerstand setzte England dem Gedanken eines gemeinsamen Oberbefehls entgegen, Lord Salisbury stellte überhaupt die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung in Abrede. Die deutsche Regierung hielt sich zunächst in Voraussicht der unvermeidlichen Verwicklungen nach Möglichkeit zurück und nahm eine Behandlung der ganzen Angelegenheit erst auf, nachdem der Kaiser in einem Telegramm an den Zaren die Entsendung des Grafen Waldersee angeregt hatte. Nach diesem impulsiven Schritt war die deutsche Regierung genötigt, ihren kaiserlichen Herrn zu decken. Der Zar antwortete dem Kaiser zustimmend. In einem Telegramm an den französischen Präsidenten und in einer Mitteilung an die englische Regierung schob nun aber Wilhelm II. dem Zaren die Initiative zur Wahl Waldersees zu, was gewiß dazu beitrug, daß durch das spätere Verhalten der russischen Truppen in China die Mission des Feldmarschalls Grafen Waldersee erschwert wurde.

Ein andres Kaiserwort war bei der Abfahrt der ersten nach China in See gehenden Truppen gesprochen worden: „Gebt an Manneszucht aller Welt ein Beispiel. Ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn heran, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.“ So unrühmlich das aufgeregte Wesen des Kaisers bei dem Kreuzzug nach China war, so wenig Lorbeeren konnte der „Weltmarschall“ ernten. Geleitet wurde der Feldzug schließlich doch mehr oder weniger von dem Konzert der Mächte, und in diesem gab es noch Mißklang genug. Bald nach der Einnahme von Peking schlug Rußland die baldige Räumung vor,

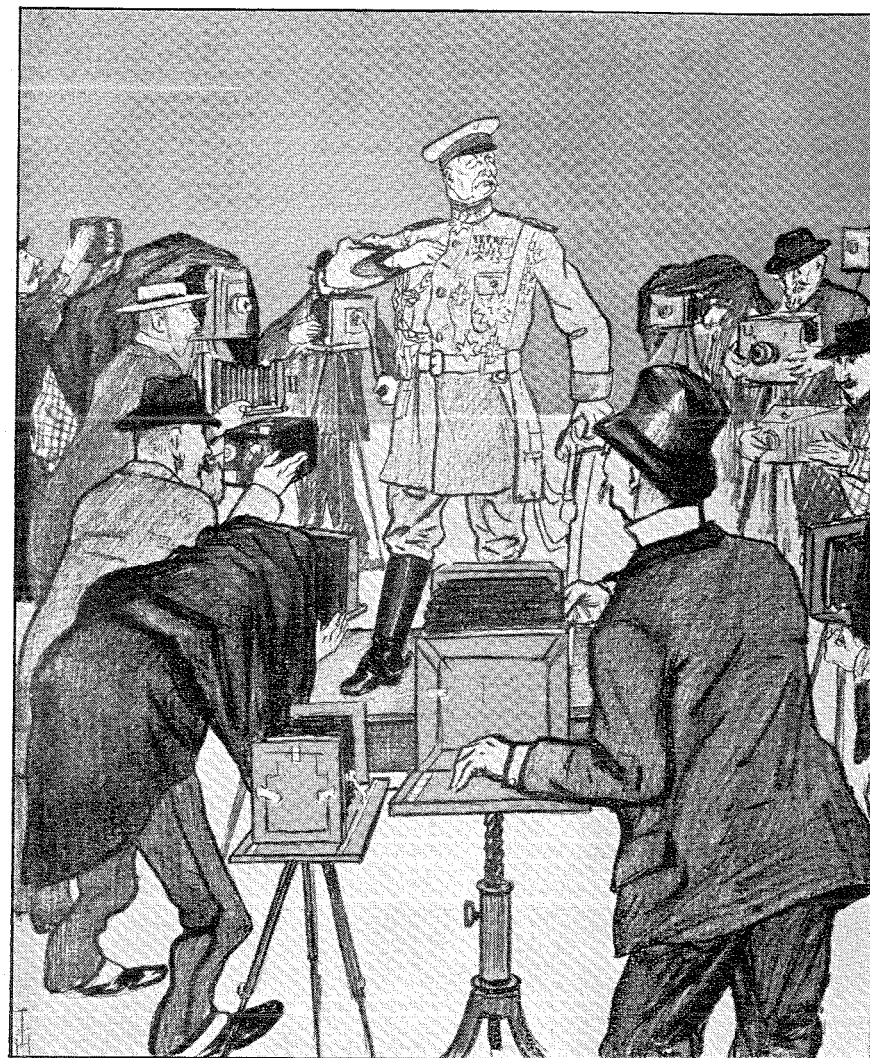
obgleich die von den Boxern aufgeregten Provinzen noch keineswegs beruhigt waren. Die russische Regierung wollte offenbar dem gemeinsamen Feldzug sobald als möglich ein Ende machen, um desto länger im Verhandeln mit der geschwächten chinesischen Regierung die Besetzung der eroberten mandschurischen Gebiete (Charbin, Niutschwang) hinziehen zu können. Überhaupt gingen die Hauptschwierigkeiten von Rußland aus, und die Blätter hatten mehr von diplomatischem Streit als von militärischen Ereignissen zu berichten, ein Umstand, der letzten Endes vor allem den Chinesen zugute kam. Von den Schwierigkeiten oft kleinlichster Art, welche zwischen den Vertretern der elf in Peking anwesenden Mächte spielten, geben die Berichte des deutschen Vertreters von Mumm an das Auswärtige Amt ein beredtes Zeugnis (Bd. XVI S. 155 ff.). Besonders schwer war eine Einigung über die Straffrage zu erzielen, da hier die Gegensätze zwischen Deutschland einerseits, Japan und Rußland andererseits am heftigsten zutage traten.

Für den Grafen Bülow und jeden um die Zukunft des Reiches besorgten Beobachter konnte die militärische Beschäftigung in China insofern nicht unwillkommen sein, als für die binnen kurzem eintretende Nachfolge des greisen Fürsten Hohenlohe außer Bülow selbst in erster Linie der orthodoxe Staatsstreicher Waldersee nach seinem intimen persönlichen Verhältnis zum Kaiser und nach seinem politischen Ehrgeiz als Kandidat in Betracht kommen mußte. Es war aber doch eine schwere Aufgabe für den neuen Kanzler, den scharfen Vorwürfen Bebels und Richters, der Führer der sozialdemokratischen und der freisinnigen Volkspartei, im Reichstage (November 1900) gegen die theatralischen Gebärden des Kaisers bei der Chinaexpedition Rede und Antwort zu stehen. Er bestritt, daß der Oberbefehl den andern Mächten aufgedrängt worden sei, vielmehr sei er vom Kaiser von Rußland in die deutsche Hand gelegt worden. Die üble Losung „Pardon wird nicht gegeben“ entschuldigte der neue Kanzler mit der natürlichen Erregung, in die der Kaiser durch die zehn Minuten vor seiner Wilhelmshavener Rede eingegangene Nachricht von der Ermordung Kettlers versetzt

worden sei. Ebenso suchte er die Tirade von der entscheidenden Rolle des Deutschen Kaisers bei Ereignissen in den fernsten Ländern abzuschwächen und verstand es im übrigen, durch witzige Ironisierung der Angreifer den Beifall ihrer innerpolitischen Gegner zu erlangen.

Inzwischen war ein deutsch-englischer Notenwechsel vom 16. Oktober 1900, der sog. **Jangtsevertrag**, veröffentlicht worden, der den Eindruck eines weltpolitischen Ereignisses machte. Das Abkommen erhielt seinen Namen nach dem Fluß, an dessen Tal und Mündung der größte Teil des fremden Handels in China angesiedelt war. In enger Verbindung mit dem Konsularkorps in Shanghai hatten die beiden Vizekönige am unteren Jangtse das Übergreifen der Boxerunruhen auf ihre Provinzen verhindert. England war bisher in diesem Gebiet als Vormacht aufgetreten. Noch Anfang 1900 hatte der Unterstaatssekretär Brodrick im Unterhause von der führenden Stellung gesprochen, die gerade hier England zukomme.

Da die chinesische Kriegsflotte sich in den oberen Lauf des Jangtse zurückgezogen hatte, drängte die Frage, ob England, das bisher das Jangtse-Gebiet als eigene Interessensphäre behandelt hatte, allein oder gemeinsam mit den übrigen Mächten diese Flotte beaufsichtigen sollte, zu einer definitiven Entscheidung. Auf Wunsch der übrigen Mächte tat Deutschland in London den ersten Schritt zu einem Abkommen über dies wichtige Gebiet mit seinen 220 Millionen Einwohnern. Nachdem die nicht unerheblichen Widerstände des vor allem durch Kapital an den Bahnen in der Provinz Tschili sehr interessierten Englands endlich überwunden waren, kam es am 16. Oktober 1900 zu dem obenerwähnten Abkommen, in welchem beide Regierungen sich gleichmäßig verpflichteten, daß im Jangtsebecken der Handel und jede sonst erlaubte wirtschaftliche Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen frei und offen sein sollten. Nicht nur im Jangtsebecken, in allen chinesischen Gebieten, „wo sie einen Einfluß ausüben könnten“, wollten beide Regierungen den Grundsatz der offenen Tür beobachten. Diesen Standpunkt hat die deutsche Regierung,



Graf Waldersee im Feuer.

Von Th. Th. Heine. (Aus dem „Simplizissimus“.)

einer Anregung von Frankreich und Rußland folgend, im Gegensatz zu den amerikanischen Bestrebungen von Anfang an energisch vertreten. Ferner versprachen sie sich gegenseitig, den Territorialbestand des chinesischen Reichs unvermindert zu erhalten, und wenn dritte Mächte territoriale Vorrechte erlangten, sich über etwaige Schritte vorher zu verständigen.

Die Partnerschaft Deutschlands bei dem Schutze der Unversehrtheit des chinesischen Reichs, die damals nur von Rußland bedroht war, wurde also von England hoch genug eingeschätzt, um frühere Ansprüche auf Sonderrechte fallen zu lassen. Die andern Mächte traten dem Abkommen bei, auch Rußland konnte es unbedenklich tun, da es schon vorher den Grundsatz der Integrität Chinas verkündet und die Räumung der Mandschurei für später zugesagt hatte. Davon war nun freilich bei der an der russischen Politik gewohnten Nichtübereinstimmung zwischen Worten und Handlungen nicht viel zu halten, und die Petersburger Regierung gab sogar bei ihrem Beitritt zu dem Abkommen zu verstehen, daß sie bei einer von andern unternommenen Verletzung des Grundsatzes der offenen Tür und der Integrität ihre Haltung nach den Umständen ändern würde.

Die deutsch-englische Verständigung paßte natürlich gar nicht in das Schema der Alldeutschen, alles, was zusammen mit England geschieht, schlecht, und alles, was mit Rußland geschieht, gut zu heißen. Die vermeintlich den Spuren Bismarcks folgenden Politiker zeigten sich sehr besorgt wegen der Möglichkeit einer Entfremdung mit Rußland. Bülow ergriff die erste Gelegenheit im Reichstag, beim Etat, um die Aufgeregten zu beschwichtigen. Unter starken Lobsprüchen auf den Zaren versicherte er, daß zwischen einer gutgeleiteten deutschen Politik und einer gutgeleiteten russischen niemals ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehen könne. „Wir denken nicht daran, für irgendeine andre Macht den Blitzableiter abzugeben.“

Über die Auslegung des Vertrags folgte im März 1901 noch ein heftiges Nachspiel, dessen Schauplatz die Parlamente in London und Berlin waren, und auf das wir später noch zurückkommen werden.

Vorerst haben wir noch ein viertes deutsch-englisches Abkommen nachzuholen, das zwar schließlich nicht zustande kam, aber wegen der großen Bedeutung des Gegenstands, nämlich der Marokkofrage, nicht übergangen werden darf.

Marokko war nach seiner Lage am Atlantischen Ozean vor den Toren Europas ein außerordentlich begehrenswertes Land. Der Grund, warum es bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts noch nicht unter die Hoheit einer zivilisierten Macht gekommen war, lag hauptsächlich in zwei Umständen: in den schauerhaften innern Zuständen des Landes, die es bisher für fremde Einflüsse fast unnahbar gemacht hatten, und an der Eifersucht der südlichen und westlichen Staaten Europas untereinander.

Die fremden Gesandten saßen in Tanger, weit entfernt von Marrakesch und Fes, den Residenzen des Sultans. Im Innern hörten blutige Thronstreitigkeiten und Kriegszüge gegen aufrehrerische Stämme kaum auf. Was man sonst Regierung nennt, war ein Blut- und Erpressersystem, das aus Selbsterhaltungstrieb darauf bedacht war, die Berührung der zumeist islamitischen Bewohner mit der Außenwelt zu hindern. Posten und Telegraphen gab es nicht.

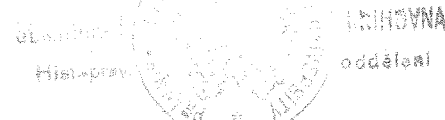
Die ältesten Beziehungen zu Marokko besaß Spanien noch aus der maurischen Zeit, mit dem Zusammenbruch seiner Kolonialmacht mußte sich seine Konkurrenzfähigkeit in Marokko abschwächen. Dagegen war Frankreich durch die Eroberung Algiers in die unmittelbare Nähe Marokkos gerückt und verfolgte beharrlich das Ziel, sich durch das Hinterland des scherifischen Reiches einen Weg von Algier nach seinen Besitzungen am Senegal zu bahnen. Daneben kamen als Konkurrenten England mit seinen Seeinteressen, Italien als alte Kulturmacht für die Nordküsten Afrikas und zuletzt Deutschland mit seinem Handel und als junge Kolonialmacht in Betracht. Auf die französische Besetzung der Oase Tuat folgte 1900 die der Oase Tafilet vor dem Ostabhange des hohen Atlas. Konnte Tuat allenfalls noch als herrenlos gelten, so war bisher Tafilet, ein von Berbern und Arabern bewohnter Landstrich, zum marokkanischen Ge-

biet gerechnet worden. Damit hatte also Frankreich, unter Ausnutzung der englischen Verlegenheiten in Südafrika, den Anfang zu einer Aufteilung Marokkos gemacht, allerdings an einer für andre Nationen am wenigsten zugänglichen Stelle. Es war in der glücklichen Lage, die Vorhand im Spiele zu haben. Die weitere Gestaltung der Dinge hing aber von der Mischung der Karten in Europa, besonders der Geberlaune Großbritanniens, ab.

Schon vor der Erledigung des Streits um die Samoa-Inseln war die Marokkofrage mehrmals in den Londoner Besprechungen berührt worden. Zuerst von Lord Salisbury selbst, aber nur beiläufig. In einem Bericht vom 29. Juni 1897 schilderte Graf Hatzfeldt folgende Szene:

Bei einem Gespräch über die Mittelmeerfrage habe Lord Salisbury flüchtig und mit beinahe halblauter Stimme die Frage gestellt: „Haben Sie denn da nichts? Da ist doch auch noch Marokko.“ Der erstaunte Hatzfeldt erwiderte: „Marokko? Da haben Sie ja schon die fettesten Bissen für sich in Anspruch genommen.“ Darauf bemerkte Salisbury, daß er weder Tanger noch Cap Jube beanspruche, sondern einen andern Punkt reklamieren würde. Hatzfeldt erwiderte lachend, daß es sich wohl um einen Punkt handle, von dem aus man sich die Hand mit Gibraltar reichen könnte zur Schließung des Mittelmeers, was Salisbury keineswegs in Abrede stellte (Bd. XVII S. 16 unten).

Im November 1899 erklärte Chamberlain sein Einverständnis, wenn der südliche Teil der marokkanischen Küste unter deutsche Oberhoheit fiele. Eingehende Verhandlungen hierüber wurden vorbehalten. Ein Erlaß Bülows vom 27. April 1900 wies den Botschafter Grafen Münster in Paris an, zu erklären, daß Deutschland an dem Schicksal dieses „Nervenknotens unsres Erdballs“ Interesse nähme. Delcassé erwiderte, Frankreich beabsichtigt keinen Angriff irgendwelcher Art gegen Marokko, Tuat liege 1200 Kilometer südlich von der nördlichen Grenze von Marokko, die Besetzung der Oase Tuat solle nur Handelszwecken dienen. Es wäre merkwürdig, wenn Delcassé aus der deutschen Erklärung nicht den Schluß gezogen hätte,



daß man einer etwaigen Beteiligung Deutschlands in Marokko vorbeugen und der Erfüllung deutscher Wünsche zuvorkommen müsse.

Jedenfalls war es für die deutsche Politik hohe Zeit, sich mit England über die Marokkofrage zu einigen. Der hellblickende Graf Hatzfeldt riet in einem Bericht vom 21. Mai 1900 dringend, nicht länger zu zögern. Chamberlain war bereit, zu verhandeln, und bat um formulierte Vorschläge. Nach einem mißglückten Versuche Hatzfeldts, die Initiative den Engländern zuzuschieben, schlug der Botschafter seiner Regierung vor, die deutschen Ansprüche auf die südliche atlantische Küste in London deutlich anzumelden. In Berlin zog man jedoch einen Umweg über Petersburg vor. Die russische Regierung wurde gebeten, in Paris vor weiteren Schritten in Marokko zu warnen. Die englischen Staatsmänner schoben hierauf unter der Besorgnis, sich zu dem ungünstigen Stand des Burenkrieges noch scharfe diplomatische Händel zuzuziehen, die Verhandlungen mit Deutschland über die Marokkofrage ad calendas graecas hin.

Damit war wieder eine günstige Gelegenheit zu einer Hand-in-Hand-Politik mit England verpaßt (Bd. XVII S. 295 ff.).

2. Das englische Bündnisangebot 1901.

Bald nach den Neuwahlen zum Unterhaus im Oktober 1900, aus denen die Konservativen und Unionisten wieder in alter Stärke hervorgegangen waren, nahm Lord Salisbury einen Wechsel in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vor. Er selbst war bisher Minister des Äußern gewesen, trat nun aber, um sich zu entlasten, den Posten an den bisherigen Kriegsminister Lord Lansdowne ab und behielt nur die Leitung der allgemeinen Politik bei. Lansdowne war kein zünftiger Diplomat, vor seiner Übernahme des Kriegsministeriums hatte er mehrere Posten in der Kolonialverwaltung, in Kanada und in Indien innegehabt. Die liberale Presse sprach ihre Genug-

tuung darüber aus, daß Salisbury dem imperialistischen Draufgänger Chamberlain den ruhig überlegenden Lansdowne vorgezogen hatte. Bald sollte sich herausstellen, daß Chamberlain in seinem Streben nach einer Verständigung mit Deutschland — auch bei Schlichtung des Samoastreites und bei der Beschlagnahme der deutschen Postdampfer hatte er versöhnlich gewirkt — von dem neuen Minister des Auswärtigen unterstützt wurde.

Am 18. Januar 1901 berichtete Frhr. v. Eckardstein über ein Gespräch, das er während eines Aufenthalts auf dem Landsitz des Herzogs von Devonshire mit Chamberlain gehabt hatte. Chamberlain deutete an, daß die Zeit für England gekommen sei, nicht mehr allein zu stehen, sondern Anschluß entweder an Deutschland oder an Rußland-Frankreich zu suchen. Er ziehe den Anschluß an Deutschland vor und glaube, daß man den Anfang am besten mit einem geheimen Abkommen über Marokko machen sollte. Lehne die deutsche Regierung ab, so werde sich England genötigt sehen, sich mit Rußland zu vertragen, sei es auch unter großen Opfern in China und am Persischen Golf (Bd. XVI S. 15).

Die Gründe, die Chamberlain zu seiner ersten Werbung im Jahre 1898 bestimmt hatten, bestanden im Jahre 1901 in veränderter Gestalt noch fort. Zwar hatten sich die Gegensätze zu Frankreich in Afrika nach dessen Rückzug aus Faschoda vermindert, dagegen hatte das Auftreten Rußlands im Fernen Osten einen zunächst für Japan und China, in weiterer Folge aber auch für die englischen Interessen bedrohlichen Charakter angenommen. Nach den Beweisen von gutem Willen, die England bei Schlichtung des Samoastreites und während der chinesischen Wirren mit dem Jangtsevertrag gegeben hatte, mochte Chamberlain glauben, auf eine bessere Aufnahme seiner vertraulichen Eröffnungen rechnen zu dürfen, als den gleichen aus dem Jahre 1898 zuteil geworden war. Aber dazwischen lag der Südafrikanische Krieg, es sah so aus, als ob der Kampf wieder beginnen sollte, Haufen von Buren standen noch gegen die englische Übermacht im Felde, und der Sturm der Entrüstung dauerte im deutschen Volke noch fort. In den amtlichen Berliner

Kreisen war man verstimmt über laute Festlichkeiten in Lissabon zu Ehren eines englischen Geschwaders (Dezember 1900), bei denen der König von Portugal die alte, durch neue Akte bekräftigte Allianz mit dem großen Albion gepriesen und damit die Hoffnungen auf baldige Ausführung des deutsch-englischen Abkommens über die portugiesischen Kolonien zerstört hatte. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten, sowie die Energie, mit der diese auf die Beseitigung der alten englischen Rechte auf Bau und Schutz des Panamakanals bestanden hatten, bestärkten in dem Glauben, daß England ganz verlassen sei.

Am 21. Januar 1901 eilte der Kaiser an das Sterbelager seiner Großmutter. Die warme Aufnahme bei Hofe und dem Londoner Volk veranlaßte ihn, seinen Aufenthalt nach dem Tode der Königin bis zum 6. Februar zu verlängern. Der König verlieh ihm die Würde eines britischen Feldmarschalls und wünschte in Tischreden den „freundschaftlichen“ und „ausgezeichneten“ Beziehungen zwischen Deutschland und England eine lange Dauer. Der aus Südafrika zurückgekehrte Oberbefehlshaber Lord Roberts erhielt den Schwarzen Adlerorden. Unterredungen des Kaisers mit Lord Salisbury, Lansdowne, dem Lord-Mayor und andern hervorragenden Persönlichkeiten erhöhten die warme Stimmung. Von Allianz wurde nicht gesprochen. Auf den Rat des Grafen Bülow vermied es der Kaiser, dieses Thema zu berühren, und beschränkte sich darauf, für den Fall einer russisch-amerikanischen Verständigung ein Zusammengehen Englands mit dem europäischen Kontinent zu empfehlen.

Ehe wir auf die Besprechungen über das von Chamberlain angeregte Bündnis eingehen, wollen wir zwei ostasiatische Fragen erwähnen, die während des Beginns jener im amtlichen Verkehr auftauchten und auf sie von Einfluß waren. Russische und belgische Regierungsvertreter hatten, erstere sogar mit Hilfe der bewaffneten Macht, auf der linken Seite des Peiho gegenüber den europäischen Niederlassungen bei Tientsin je ein größeres Stück des Ufers besetzt. Während die Belgier wohl unter dem Druck der Mächte bald das ganze Unternehmen aufgaben,

erklärten die russischen Vertreter, sie hätten das Uferterrain „als erobertes Eigentum beschlagnahmt“. Als nun gar in der Presse das Gerücht auftauchte, daß Rußland das Terrain zu einem befestigten Platze ausbauen wolle, beunruhigte dies das englische Kabinett aufs äußerste. Durch die Vermittlung der deutschen Regierung, die sich von Hause aus auf den Standpunkt gestellt hatte, daß, da keine Macht sich mit China im Kriegszustand befand, auch von keinen Eroberungen die Rede sein könne, es sich lediglich um die Erwerbung eines Settlements oder einer Konzession handeln könne, wurde dann endlich der Streitfall beigelegt, da die russische Regierung offiziell erklärt hatte, sie wolle nur eine „Konzession unter normalen Bedingungen“ erhalten.

Zu der Tientsinfrage kam noch eine weitere hinzu, die noch deutlicher die territorialen Absichten der Russen in Ostasien offenbarte. Die Japaner hatten in London mitgeteilt, daß Rußland in Peking einen scharfen Druck ausübte, um die Ratifikation eines von dem russischen General Alexejew und einem chinesischen General geschlossenen, für die europäischen Interessen in Nordchina bedrohlichen Geheimvertrag zu erlangen. Auch hier verstand es Rußland, wie vorher bei dem Tientsinfall, die industriellen Interessen Belgiens vor seine machtpolitischen Wünsche zu spannen. Der japanische Vorschlag ging dahin, durch identische Erklärungen in Peking der chinesischen Regierung den Rücken zu stärken. Auf die Anfrage Lansdownes, wie sich die deutsche Regierung dazu stelle, erging gegen Mitte Februar 1901 die Antwort, daß der deutsch-englische Jangtsevertrag keine Verpflichtungen in bezug auf die Mandschurei enthalte, die deutsche Regierung aber bereit sei, die chinesische Regierung vor territorialen oder finanziellen Zusicherungen an dritte Mächte zu warnen, indem sie durch ihren Vertreter der chinesischen Regierung offiziell mitteilen ließ, „nach Ansicht der kaiserlichen Regierung sollte die chinesische Regierung, ehe sie nicht ihre Verpflichtungen gegen die Gesamtheit der Mächte übersehen kann, und ehe nicht die Erfüllung dieser Verpflichtungen gesichert ist, Einzelverträge

territorialer oder finanzieller Bedeutung mit irgendwelchen Staaten oder Gesellschaften nicht eingehen“ (Bd. XVI S. 321).

Lord Lansdowne äußerte sich zunächst über die deutsche Bereitwilligkeit, sich den Warnungen in Peking anzuschließen, sehr zufrieden, ohne auf die Auslegung des Jangtsevertrags näher einzugehen. Die darüber bestehende Meinungsverschiedenheit blieb aber nun nicht Geheimnis der Kanzleien, sondern wurde öffentlich in Presse und Parlament ausgetragen. Zuerst schlugen Londoner Blätter Lärm über die von Rußland in Peking ausgeübte Pression, dann kamen Anfragen im englischen Parlament, die sich auch auf das Jangtseabkommen bezogen. Am 15. März 1901 trat der Kanzler im Reichstage der Annahme entgegen, daß das Jangtseabkommen geheime Klauseln enthalte, und fügte hinzu: „Auf die Mandschurei bezieht sich das Abkommen nicht, bei den Verhandlungen haben wir keinen Zweifel darüber gelassen. . . Was aus der Mandschurei wird — ja, meine Herren, ich wüßte wirklich nicht, was uns gleichgültiger sein könnte.“ Im weiteren Verlauf der Debatte sagte der Kanzler: „Ich betone mit großem Nachdruck, daß wir in China nur deutsche Interessen wahrnehmen und es den Engländern überlassen, ihre Interessen dort selbst zu vertreten.“ Wenige Tage darauf erklärte Bülow in der Erwiderung auf eine Rede des Abgeordneten Fürsten Bismarck des Jüngeren: „Da der Herr Vorredner das Thema angeschnitten hat, freue ich mich, übrigens mitteilen zu können, daß ich vor zwei Stunden ein Telegramm unsers Botschafters in Petersburg erhalten habe, nach welchem der russische Minister des Auswärtigen dem Grafen Alvensleben seine Genugtuung mit meinen neulichen Ausführungen über China ausgesprochen hat“.

In dem Diplomatenstreit über die Auslegung des Jangtsevertrags behielt Bülow in einem wesentlichen Punkte unbedingt recht. Der neue englische Unterstaatssekretär Lord Cranborne kannte offenbar die Vorgeschichte des Vertrags nicht genügend, als er im Unterhause erklärte, das Abkommen enthalte keinerlei Einschränkungen, beziehe sich also auch auf Nordchina. Der Haken steckte in den Worten: „wo sie Einfluß ausüben können“.



L'EMPEREUR GUILLAUME ET LE COMTE DE WALDERSEE

L'Empereur Guillaume. — Vous avez battu les 500 millions de Chinois; Comte, vous êtes le plus grand de tous les maréchaux qui aient vécu. Où Roberts a reçu une dotation de 2 millions de marks, vous, vous en méritez 20, au moins.

Waldersee. — Mais, vous! Majesté, vous qui m'avez choisi.... votre perspicacité, votre flair! Pour vous, Majesté, un milliard serait encore trop peu!

Le Roi Edouard. — C'est gentil, tout de même. Ils s'estiment en Allemagne, au poids de l'or, comme chez nous.

Caricature de Johann Braakensiek. (*Weekblad voor Nederland*, 25 août 1901.)

Kaiser Wilhelm und Graf Waldersee.

Von J. Braakensiek. (Aus „*Weekblad voor Nederland*“.)

Lord Salisbury selbst hatte bei den Verhandlungen den 38. Breitengrad als nördliche Grenze des Geltungsbereichs bezeichnet. Später wurde der Breitengrad durch jene Worte ersetzt, die Deutschlands Gleichgültigkeit in Sachen der Mandschurei verschleierte. Das war geschehen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England, die das Abkommen minder günstig aufgenommen hätte, wenn in ihm die Mandschurei ausdrücklich ausgeschlossen gewesen wäre. Lord Lansdowne erkannte an, daß in den Worten „wo sie Einfluß ausüben können“ eine Einschränkung enthalten sei, wollte diese aber nur auf den ersten Artikel des Abkommens (offne Tür), nicht auch auf den zweiten (Unversehrtheit Chinas) bezogen wissen. Es blieb also doch eine Unklarheit übrig. Nach der öffentlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheit zwischen dem englischen Kabinett und der deutschen Regierung beeilte sich Japan, durch den Mund seines Auswärtigen Ministers im Parlament aussprechen zu lassen, daß es vorbehaltlos dem Abkommen beigetreten sei und sich an nachträgliche Auslegungen nicht kehren werde.

Nun zur Hauptsache: den Besprechungen über ein deutsch-englisches Bündnis.

Um vorweg den Geist, in dem die Eröffnungen Chamberlains in Berlin aufgenommen wurden, zu kennzeichnen, genügt es, ein paar Äußerungen der Hauptpersonen in Kürze herzusetzen: Graf v. Bülow (20. Januar 1901): „Abwarten — England die Initiative überlassen.“ Der Kaiser aus London (20. Januar), nachdem ihm Eckardstein die Anregungen Chamberlains mitgeteilt hat: „Also sie kommen, scheint's, worauf wir gewartet haben.“ Bülow (21. Januar): „Alles kommt darauf an, weder die Engländer zu entmutigen, noch sich vorzeitig festlegen zu lassen, kein empressionement zeigen. Es wäre ein Meistercoup, wenn die Engländer die Hoffnung behielten, wir uns aber nicht festlegten. Drohung mit Anschluß an Zweibund ist nur ein zu unsrer Einschüchterung erfundnes Schreckgespenst. Die Opfer Englands für Verständigung mit Zweibund wären zu groß und würden den Kampf Englands um sein Dasein nur um kurze Spanne hinausschieben.“ Holstein (im Privattelegramm an

Metternich vom gleichen Tage): „Angedrohte Verständigung mit Rußland-Frankreich vollständiger Schwindel. Wir können warten, die Zeit läuft für uns, England muß erst seine ‚Zwangslage‘ deutlich fühlen. (Zu Telegramm an Eckardstein 21. Januar 1901.) Die Drohung mit Zurückweichen aus China und aus dem Persischen Meerbusen ist nur Unsinn, Schwindel. Für Frankreich kommt nichts heraus, es wird sich durch keine Konzession bewegen lassen, Tanager an England auszuliefern; wenn England seine Feinde stärkt, macht es erst recht den Kampf ums Dasein unvermeidlich.“ Dazu ist jedoch zu bemerken, daß Holstein von Anfang an, wie er mir damals wiederholt auseinandersetzte, auf eine Verständigung mit England hinauskommen wollte. Er sah vollkommen ein, daß die deutsche Politik seit ihrer Erweiterung zur Weltpolitik nicht mehr von der russischen Freundschaft allein leben könne, sondern sich mit der Weltmacht Großbritannien vertragen müsse. Für seinen Vertragswillen spricht auch, daß er bald nach dem Beginn der Besprechungen den Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887 (s. S. 12) in Abschrift nach London schicken und bei Chamberlain und Lansdowne in Erinnerung bringen ließ.

Die Aufnahme des englischen Angebots war also nichts weniger als entgegenkommend und ließ keinen günstigen Verlauf der Besprechungen erwarten.

Graf Hatzfeldt, den Holstein sehr schätzte, tat sein Möglichstes, um diesen von seinem Mißtrauen gegen Lord Lansdowne und die andern englischen Allianzfreunde abzubringen. Am 10. Februar 1901 verbürgte er sich für die ehrlichen Absichten Lord Lansdownes. Der innre leitende Gedanke der deutschfreundlichen Minister sei der, daß England den drohenden Schwierigkeiten gegenüber in China und anderwärts ohne eine starke kontinentale Allianz nicht weiter könne und daß die wünschenswerteste Allianz die mit Deutschland wäre. Sei dies nicht erreichbar, so müsse man unverzüglich daran gehen, der englischen Weltpolitik eine andre Richtung zu geben und sich, wenn auch unter großen Opfern, mit Rußland in China und anderwärts friedlich auseinanderzusetzen. Hatzfeldt entwarf sogar selbst

einen Erlaß, den man ihm schicken sollte. Der Entwurf war entgegenkommend gehalten, hob aber auch hervor, daß, wenn sich Deutschland Gefahren von seiten seiner mächtigen Nachbarn aussetze, ein verstärkter Schutz des Reichs der Mitte gerechtfertigt wäre. Holstein antwortete mit heftigen Vorwürfen gegen die „unausstehliche Persönlichkeit“ Lord Salisburys und erinnerte an das „famose“ Teilungsprojekt der Türkei und an die undurchsichtige Politik in der portugiesischen Angelegenheit. Auch traute er dem englischen Premierminister zu, daß er ein deutsches Bündnisangebot sofort nach Petersburg mitteilen und fragen würde: Was bietet Ihr? (Bd. XVII S. 30 ff.)

Mit einer solchen plumpen Anbiederung hätte Salisbury die Lage Englands gegenüber Rußland gewiß nicht verbessert und wahrscheinlich Rußland noch zu weiterem Vorgehen in Asien ermutigt. In Mittelasien war eine von dem Kriegsminister Kuropatkin geleitete sogenannte Probemobilisation kaukasischer Truppen im Gange, die bis zu dem befestigten Posten Kuschk, gegenüber von Herat, vorstieß.

Am 27. März 1901 teilte Lord Lansdowne dem deutschen Botschafter mit, daß er ein Promemoria verfaßt und zunächst Balfour, dann aber auch dem Lord Salisbury zur Kenntnis gebracht habe. Nach genauer Durchsicht habe der Premierminister erklärt, daß er mit einem streng definierten Defensivbündnis einverstanden sei, jedoch müßten alle Eventualitäten geprüft und Mittel und Wege gefunden werden, um die Schwierigkeiten, die bei Vorlegung eines für längere Zeit berechneten Abkommens im Parlament entstehen würden, zu beseitigen (Bd. XVII S. 46).

Das größte sachliche Hindernis bildete die deutsche Forderung, daß nicht Deutschland allein, sondern der Dreibund en bloc in das Bündnis aufgenommen werden sollte, wogegen Greater Britain mit allen Kolonien ebenfalls zu schützen wäre, und zwar sollten die Verhandlungen nicht über Berlin, sondern über Wien gehen. Die Einbeziehung Österreichs und Italiens erschien sowohl dem Kanzler und Herrn v. Holstein als auch dem Kaiser unerlässlich, weil sonst die Gegner des Deutschen Reichs einen

seiner Verbündeten angreifen und es selbst damit in den Krieg verwickeln könnten, ohne daß England wegen des Fehlens eines direkten Doppelangriffs den Bündnisfall für gegeben erachten brauche (Bd. XVII S. 64 ff.). Holstein meinte, Salisbury dürfe sich das Geschäft nicht als einen *marché de dupe* vorstellen. Die gedachte Möglichkeit hätte sich aber wohl in der Formulierung eines deutsch-englischen Bündnisvertrags ausschließen lassen, und selbst wenn der gesetzte Fall eingetreten wäre, so hätte doch ein neben dem Dreibund laufender deutsch-englischer Vertrag immer noch den Vorteil für Deutschland gehabt, daß England dann verpflichtet gewesen wäre, unter keinen Umständen auf die Seite der Feinde Deutschlands zu treten.

Im Mai 1901 hatte Graf Hatzfeldt nach einem längern Krankheitsurlaub die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen, auch Lord Salisbury war von einer Erholungsreise nach der Riviera zurückgekehrt. Nach einer seiner ersten Begegnungen mit Lord Lansdowne konnte der Botschafter feststellen, daß der englische Premierminister zwar noch zum Abschluß eines Vertrags mit Deutschland bereit sei, aber gegen eine Angliederung Englands an den Dreibund Bedenken hatte. Lord Salisbury hegte eine alte Abneigung, sich Staaten mit slawischer und lateinischer Bevölkerung anzuschließen, und lehnte es unbedingt ab, sich auf den Umweg über Wien verweisen zu lassen, um mit Berlin einig zu werden. Lansdowne schlug vor, zunächst in Besprechung einzelner Fragen einzutreten. Er meinte, daß alle Möglichkeiten sorgfältig geprüft werden müßten, wie z. B. die eines Zerfalls der Donaumonarchie nach dem Tode Kaiser Franz Josephs oder die von Verwicklungen unter den Mittelmeermächten wegen Marokko (Bd. XVII S. 59). Holstein bestand jedoch hartnäckig auf seinem Schein, daß Österreich-Ungarn die Unterhändlerrolle übernehmen solle und daß in Einzelbesprechungen nur eingegangen werden könne, wenn sich England verpflichte, den Bündnisfall nicht nur bei Doppelangriff auf Deutschland für gegeben zu erachten, sondern auch dann, wenn Deutschland genötigt sei, einem seiner Bundesgenossen beizuspringen.

Am 18. Mai schlug Lansdowne vor, an die Redaktion eines Entwurfs zu gehen. Auf Grund seiner Instruktionen aus Berlin trug Hatzfeldt das Bedenken, ein von Lansdowne erbetenes Memorandum zu übergeben und damit den ersten schriftlichen Schritt zu tun, damit die Engländer nicht sagen könnten, Deutschland hätte sich um ein englisches Bündnis beworben. Hatzfeldt faßte am 23. Mai bei einem Besuch, den ihm Lansdowne machte, die deutsche Haltung in drei Punkte zusammen:

1. Das Deutsche Reich müsse seine Interessen mit dem Fortbestand der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie identifizieren und könne darum ein Abkommen nur schließen, wenn außer Zweifel stehe, daß für England der Bündnisfall vorliege, wenn Deutschland dem von zwei Mächten angegriffenen Österreich zu Hilfe komme.

2. In der deutschen öffentlichen Meinung und im Reichstag würde ein Sturm der Entrüstung losbrechen, wenn wir einen Vertrag schlossen, nach dem England im erwähnten Fall ruhig zusehen könnte.

3. Zwischen Deutschland und Rußland ständen nur österreichische Interessen; wenn wir diese aufgeben wollten, hätten wir schon seit Jahren die intimsten Beziehungen zu Rußland herbeiführen können.

Lord Lansdowne war höflich genug, für diese Aufklärung zu danken, hob aber hervor, daß er beim Premierminister noch manche Schwierigkeit zu überwinden haben werde, besonders parlamentarische Bedenken.

Hiernach blieb Holstein dabei, die ernste Absicht auf englischer Seite zu bestreiten und jede schriftliche Notiz an Lansdowne zu widerraten. Lord Salisbury gab freilich Holstein an mißtrauischer Vorsicht nichts nach. In einer Privataudienz Hatzfeldts bei König Eduard am 15. Juni bestätigte dieser, daß Lord Lansdowne sehr gut gesinnt, dagegen der Premierminister „ganz außerordentlich mißtrauisch“ sei. Aber auch der Kanzler Graf Bülow ließ es an argwöhnischen Bedenken nicht fehlen.

Bezeichnend dafür ist ein Randvermerk zu einem langen, alle möglichen Eventualitäten erörternden Bericht des Grafen

Metternich, der damals noch Gesandter in Hamburg, aber schon zum Nachfolger des schwerleidenden Grafen Hatzfeldt für den Londoner Botschafterposten in Aussicht genommen war. In dem Bericht hieß es u. a.: Für den Fall, daß die Vereinigten Staaten einmal Appetit auf Kanada kriegen würden und dann Rußland mit den Engländern in Asien Abrechnung halten wollte, wäre ein Bündnis Englands mit dem Dreibund ein großes Hindernis für den russischen Plan und wahrscheinlich würden dann die Russen ihren ganzen Haß auf Deutschland konzentrieren. Dazu bemerkte Graf Bülow: „Das ist das Hauptbedenken gegen jede Verständigung mit England, daß die Russen (Hof und öffentliche Meinung) ihre ganze Enttäuschung und Wut gegen uns richten und die Engländer dies benutzen würden, um trotz dem Bündnis sich gut mit Rußland zu stellen und uns in kolonialen Fragen zu brüskieren“ (Bd. XVII S. 63—82).

In dieser Atmosphäre des Grübelns und Zauderns und Argwohns konnte der Bündnisgedanke wirklich nicht zu einem lebenskräftigen Gebilde gedeihen.

Am 9. Juli 1901 meldete Geschäftsträger Frhr. v. Eckardstein, durch den englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, bei dessen Anwesenheit in England erfahren zu haben, daß Lord Salisbury bis auf weiteres keine Notwendigkeit für eine Wiederaufnahme der Bündnisfrage sähe. Der Botschafter hätte hinzugefügt, der Kaiser habe von den Bündnisgesprächen gehört und wünsche, die Sache durchgeführt zu sehen. Aus den Akten geht hervor, daß dem Kaiser keine Schriftstücke vom Auswärtigen Amt vorgelegt worden waren, abgesehen von einzelnen, die keinen vollen Einblick gewährten. Daher fehlen auch die sonst üblichen Randvermerke des Kaisers. Offenbar hat der Kanzler Graf Bülow dem Kaiser wiederholt oder fortlaufend mündlichen Vortrag über den Stand der Bündnisverhandlungen gehalten, ihn auch gelegentlich brieflich beraten. Bei dem Besuche des Königs Eduard in Wilhelmshöhe (25. August) hatte er seinem Gast, als die Bündnisfrage gestreift wurde, erklärt, ohne die beiden Bedingungen, Ratifizierung durch das Parlament und Beteiligung seiner Verbündeten, werde er sich auf nichts

einlassen. Der Kaiser war also über die Politik des Kanzlers gewiß im allgemeinen orientiert.

Zu Weihnachten 1901 kam Lord Lansdowne noch einmal auf den Bündnisgedanken zurück. Er meinte, die beiderseitige Volksstimmung sei eine kaum zu überspringende Hürde gewesen. Es gebe aber doch wichtigere Einzelfragen, über die man sich verständigen könnte. In der Tat war von den Chamberlainschen Annäherungsversuchen noch ein Rest übrig, wie sich in der Folge ergeben hat, das wichtigste Stück: Marokko. Gegen Ende der Akten über das Bündnisangebot steht als Epilog das zu Graf Metternich gesprochne stolze Wort Lord Salisburys: „Englands Sicherheit hängt nicht so sehr von Bündnissen als von seinen Kreidefelsen und seiner Flotte ab“ (Bd. XVII, S. 115).

Chamberlain selbst, der Urheber des Bündnisgedankens, hatte in seiner Edinburger Rede vom 25. Oktober Anlaß gegeben, daß sich die Kluft in den Gefühlen beider Völker in ihrer ganzen Breite zeigte. Um die Vorwürfe eines großen Teils der Festlandspresse über britische Grausamkeiten im Burenkriege abzuwehren, behauptete Chamberlain, die angeblichen Barbareien reichten nicht an das heran, was andre Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tongking und im Kriege 1870 taten. Während dieser Vergleich in den mitbetroffenen Ländern, Rußland, Österreich-Ungarn, Frankreich, mit mehr oder weniger scharfen Verwahrungen abgetan wurde, erregte er in Deutschland eine ungeheure Entrüstung, die monatelang anhielt und in der englischen Presse ein hochmütiges Echo weckte. Es war vorauszu sehen, daß die Empörung gegen die Edinburger Rede auch im Reichstag zu Wort kommen würde. Man riet dem Grafen Bülow mündlich und schriftlich, nicht einseitig den unglücklichen Chamberlainschen Vergleich abzuwehren, sondern zugleich gegen die Ausschreitungen der Anglophobie eine kräftige Sprache zu führen. Tatsächlich waren in alldutschen Blättern maßlose Schmähungen gegen das britische Heer vor und nach der Edinburger Rede erschienen. Auch der Botschafter Graf Metternich, der zu einer Äußerung aufgefordert war, warnte dringend vor einer scharfen Abkanzlung Chamberlains, da sie eine nach-

haltig ungünstige Wirkung auf das englische Kabinett und Volk ausüben werde. Der Kanzler ging jedoch, gereizt durch den gegen ihn von mehreren Seiten erhobnen Vorwurf zu großer Kulanz gegenüber dem Ausland, nicht auf den Rat ein und ließ es bei dem wirksamen Zitat des Wortes Friedrichs des Großen gegen einen Verunglimpfer des preußischen Heeres bewenden: „Laßt den Mann laufen, regt euch nicht auf, er beißt auf Granit.“ Wenige Tage nach der Granitrede erklärte Balfour öffentlich: Die Engländer lehnten es ab, Betrachtungen über die widerwärtige Flut von Schmähungen anzustellen, die fortgesetzt von der Festlandspresse ausgegossen würden; sie lehnten es ab mit einem gewissen Widerwillen und einer gewissen Gleichgültigkeit; auch er hege diesen Widerwillen, bleibe aber nicht gleichgültig, sondern halte es für eine ernste Sache.

Wer jene tief erregte Zeit miterlebt hat, oder wer sich nur klarmacht, was es heißt, wenn leitende Staatsmänner, gedrängt von dem Unwillen ihrer Völker, so gegeneinander reden, der wird zugestehen, daß nur ein ganz überlegener, ein Bismarckscher Wille vielleicht imstande gewesen wäre, mit der beiderseits schroff widerwilligen öffentlichen Meinung fertig zu werden. Dieser überlegene Wille fehlte. Graf Bülow hatte soeben erst den Kanzlerposten übernommen. Mehr als das Auswärtige nahm die innre Lage seine Kraft und Geschicklichkeit in Anspruch. Die Erbitterung in den Arbeitermassen gegen das persönliche Regiment mußte gedämpft, die lauten Klagen der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen die Caprivische Zollpolitik sollten beschwichtigt werden. Um für eine Schwenkung der auswärtigen Politik nach der englischen Seite eine Mehrheit im Reichstage zu erlangen, hätte der Kanzler gegen das Bismarcksche Vermächtnis, wie es jene Zeit verstand, und zugleich das ewig unruhige Temperament des Kaisers ankämpfen müssen. Dazu fühlte er sich im ersten Jahre seiner Kanzlerschaft nicht stark genug.

Anders steht es mit der Frage, warum der damals auf englischer Seite vorhandne gute Wille zur Regelung einzelner gefährlicher Fragen nicht ausgenutzt worden ist. Ohne die ein-

schränkende Auslegung des Jangtseabkommens wäre für Ostasien der Anschluß Japans nicht bloß an England, sondern auch an Deutschland möglich gewesen. Eine Entente über Marokko war, abgesehen von dem ersten Fühler Lord Salisburys (1897), dreimal angeregt worden, eine Verständigung über die Bagdadbahn hätte sich wohl vor der englischen Einkreisungspolitik ebensogut erreichen lassen als an ihrem gewaltsamen Ende. Die Zeit, die dazu nötig war, um wieder eine versöhnlichere Stimmung unter den beiden Völkern aufkommen zu lassen, hätte nicht besser ausgefüllt werden können als durch Verständigung der Regierungen in praktischen Einzelfragen.

Nach dem Übergang zur Weltpolitik erforderte das „historisch-politische Schicksal“ Deutschlands in der Mitte Europas viel dringender noch als zur Zeit der aktiven Staatskunst Bismarcks die größte Vorsicht, um zu verhüten, daß die Weltmacht England ihre Händel mit Frankreich und Rußland ohne das Deutsche Reich oder gar gegen es schlichtete. Die neue Konstellation, daß sich England, nicht Deutschland, zu einer Option gedrängt sah und den Anschluß an Deutschland suchte, ließ die alte Politik der zwei Eisen nicht mehr zu und schrieb neue Mittel und Wege vor. Die Deutschen aber blieben heiter in alter Fahrt und wußten nichts von stillen Riffen. Wenn die Zeit tatsächlich für den Bündnisgedanken nicht reif war, mußte wenigstens verhindert werden, daß England nun zu Frankreich und in weiterer Folge zu Rußland überging. Das beste Mittel dazu war in der angebotnen Verständigung über Marokko gegeben.

Die Schuld an den versäumten Gelegenheiten trug teils die von Bülow adoptierte Kastanientheorie, daß England immer darauf ausgehe, andre Mächte vorzuschieben, teils die Thesenpolitik Holsteins, für den es Glaubenssatz war, daß der Antagonismus der beiden Weltmächte England und Rußland eine unabänderliche Tatsache sei. Er hielt es auch für unmöglich, daß gerade Marokko, über dessen Küsten das seebeherrschende Greater Britain Chamberlains so eifersüchtig wachte, jemals die Brücke für eine entente cordiale zwischen England und Frankreich

bilden könnte. Wie Bismarck in der ägyptischen Frage dafür sorgte, daß der Streit mit Frankreich offen blieb, so empfahl es sich auch, ein Zusammengehn mit England an der weltpolitischen Nordwestecke Afrikas nicht abzulehnen. Die deutschen Staatsmänner hätten dann wahrscheinlich nicht nach Algeciras zu gehen und dort vor das Dilemma: Krieg oder diplomatische Niederlage gestellt zu werden brauchen.

3. Das System der Gegengewichte.

Nach dem Frieden von Peking, durch den dem Sieger im Chinesisch-Japanischen Krieg das wertvollste Beutestück, die Halbinsel Liaotung mit Port Arthur, wieder entrissen wurde, war Japans nächstes Ziel, Korea ganz unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Vorerst hatte es mit schweren wirtschaftlichen Nöten zu ringen, versäumte aber gleichwohl nicht, sich militärisch noch stärker zu machen, um gegen das Vorgehen seines russischen Nebenbuhlers in der Mandchurei und in Korea gerüstet zu sein. Dabei ging es mit großer Vorsicht und möglichst geräuschlos zu Werke. Die erste günstige Gelegenheit für seinen Aufstieg zu einer gleichberechtigten Großmacht kam mit den Boxerwirren in der chinesischen Provinz Tschili, die ein gemeinsames gleiches Interesse aller am chinesischen Handel und Verkehr beteiligten Länder hervorbrachten. Zur Rettung der bedrohten Europäer und Amerikaner brauchte man die japanische Hilfe, weil sie am schnellsten an den Stätten der Fremdenhetze mit Nachdruck eingreifen konnte. Die leitenden Staatsmänner in Tokio waren klug genug, sich nicht vorzudrängen, und sahen voraus, daß Rußland die schwierige Kooperation der Mächte und die Schwäche der chinesischen Regierung zu neuen Sonder Vorteilen in der Mandchurei für sich auszunutzen suchen würde.

Unter den einflußreichen Politikern in Tokio waren zwei Gruppen zu unterscheiden. Die eine, die von dem Ministerpräsidenten Marquis Ito geführt wurde, wollte wegen der wirt-

schaftlichen und finanziellen Folgen eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland um Korea möglichst vermieden wissen. Die andre Gruppe, zu der Vicomte Katsura und Graf Komura gehörten, hielt es für ausgeschlossen, daß sich der russische Dünkel zu einem Vertrag mit Japan herbeilassen würde, und sah keinen andern Ausweg als den über kurz oder lang unvermeidlichen Krieg. Der Ansicht der zweiten Gruppe war auch der japanische Botschafter in London, Baron Hayaschi. Da beide Richtungen einig darin waren, daß ein isoliertes Japan nicht imstande sei, die Herrschaft über Korea zu erlangen, und dieses Ziel nur im Anschluß an eine Großmacht erreicht werden könne, erklärte sich der Ministerpräsident Marquis Ito, obgleich Anhänger einer Verständigung mit Rußland, mit den vertraulichen Besprechungen des Barons Hayaschi in London einverstanden. Im Juni 1901 trat das Ministerium Ito zurück, ihm folgte das Ministerium Katsura, in dem Komura die auswärtigen Angelegenheiten leitete.

Während der Verhandlungen über das englische Bündnisangebot an Deutschland kam der Gedanke auf, nicht nur den ganzen Dreibund an eine deutsch-englische Defensiv-Allianz anzugliedern, sondern auch gleichzeitig durch Heranziehung Japans eine Fünfergruppe zu bilden. Wer der Vater dieses Gedankens war, steht nicht bestimmt fest. Am 15. April 1901, also am Ende der ersten Periode der Besprechungen über ein deutsch-englisches Bündnis, meldete der deutsche Geschäftsträger in Tokio, Graf Botho Wedel, aus geheimer japanischer Quelle erfahren zu haben, daß nach einem Telegramm des japanischen Gesandten Baron Hayaschi in London der deutsche Vertreter Freiherr v. Eckardstein Andeutungen über schwebende deutsch-englische Besprechungen gemacht habe und daß beabsichtigt sei, Japan zum Beitritt aufzufordern. In seinen 1915 in London erschienenen Denkwürdigkeiten erzählt Baron Hayaschi, daß Lord Lansdowne im Mai 1901 ihm gesagt habe, es sei zweckmäßig, das in Tokio angestrebte Abkommen über Ostasien nicht auf Japan und England zu beschränken, sondern noch eine dritte Macht (Deutschland) hinzuzunehmen. Tat-

sächlich war Hayaschi von seiner Regierung beauftragt, in London zu sondieren, ob und wie ein Zusammengehen mit England zur Lösung der chinesischen Fragen möglich sei. Von seinen Unterredungen mit Lord Lansdowne gewann er den Eindruck, daß sich England auf keine bindenden Abmachungen über China einlassen werde, wenn Deutschland dabei nicht beteiligt sei. Hiervon ist jedoch später keine Rede mehr gewesen. Die ganze Angelegenheit der sogenannten Fünfergruppe ruhte während der Abwesenheit Lord Salisburys an der Riviera (April—10. Mai 1901). Eine genaue Darlegung der Vorgeschichte des englisch-japanischen Bündnisses ist dadurch erschwert, daß sich die Angaben Eckardsteins und Hayaschis in ihren Denkwürdigkeiten nicht decken und auch mit den deutschen Akten nicht ganz übereinstimmen. Jedenfalls mußte nach den ablehnenden Erklärungen des englischen Premierministers auf den Gedanken einer Angliederung des Dreibundes an ein deutsch-englisches Abkommen (s. oben S. 92) die Frage einer „Fünfergruppe“ fallen gelassen werden. Infolgedessen wurde auch im Foreign Office die japanische Anregung einer Abmachung mit England über Ostasien weiterhin als Frage für sich, getrennt von Verhandlungen über das englisch-deutsche Allianzangebot, behandelt. Inzwischen waren ja auch die Besprechungen über das Bündnis mit Deutschland auf den toten Punkt geraten.

Die Verhandlungen über das **englisch-japanische Bündnis** kamen im Sommer 1901 in raschen Fluß. Anfang November 1901 erhielt Baron Hayaschi von Lord Lansdowne den ersten Vertragsentwurf. Zur Unterzeichnung des Vertrags kam es am 30. Januar 1902.

Am 3. Februar 1902 meldete der Botschafter Graf Metternich an das Auswärtige Amt, Lord Lansdowne habe ihm den Text des englisch-japanischen Vertrags zur vertraulichen Kenntnis der deutschen Regierung mit folgenden Bemerkungen übergeben: Die kaiserliche Regierung sei die einzige, die jetzt schon Kenntnis erhalte. Er wünsche die Gewohnheit der offenen Aussprache beizubehalten, zugleich erfülle er damit einen früher zu Sir Frank Lascelles geäußerten Wunsch des Kaisers, daß die groß-

britannische Regierung sich über ihre Pläne im Fernen Osten mit der kaiserlichen Regierung ins Einvernehmen setzen möge. Was sollte dieser Schritt bedeuten? Unter dem Einfluß des Herrn v. Holstein hatte man sich in den amtlichen Kreisen daran gewöhnt, bei Prüfung fremder Vorschläge oder Mitteilungen nicht natürlich und geradeaus, sondern gleichsam um die Ecke zu denken, und nach allerlei Hintergedanken zu suchen. Auf Grund der freundlichen Mitteilung Lord Lansdownes und seiner vertraulichen Übergabe des Vertragstextes an den deutschen Botschafter kam man auf den Verdacht, daß den beiden Kontrahenten eine deutsche Indiskretion erwünscht sei, damit es so aussähe, als wäre Deutschland der Dritte im Bunde, was dann leicht in Rußland gegen Deutschland ausgespielt werden könnte (Bd. XVII, S. 135—152).

Das englisch-japanische Bündnis wurde zunächst auf fünf Jahre geschlossen. Der Artikel I stellte den Grundsatz der Unabhängigkeit von China und Korea an die Spitze und erklärte, daß keine der Vertragsmächte aggressive Absichten in einem der beiden ostasiatischen Länder verfolge. England sei hauptsächlich in China interessiert, wogegen Japan außer seinen Interessen in China „in besonders hohem Grade auch solche politischer, kommerzieller und industrieller Natur in Korea“ besitze. Würden diese Interessen, sei es durch aggressives Vorgehen einer andern Macht, sei es durch Unruhen in China oder Korea, bedroht, so stehe es jedem Vertragspartner frei, Schutzmaßregeln zu ergreifen oder zu intervenieren. Die beiden folgenden Artikel bestimmten, daß, wenn ein Teil in kriegerische Verwicklungen mit einer dritten Macht geriete, der andre Teil neutral bleiben und im Falle des Anschlusses einer vierten Macht an den Gegner seinem Verbündeten zu Hilfe eilen sollte.

Die Geschichte kennt nicht viel Bündnisverträge, die sich für beide Partner so lohnend erwiesen haben wie der englisch-japanische. Großbritannien gewann sich gegen die Macht, die für seine asiatischen Besitzungen gefährlich geworden war, einen Waffengenossen, dessen innre Kraft es früher als andre erkannt hatte. Japan war nicht mehr wie 1895 isoliert. Durch

das Bündnis mit England erhob es sich zu einer Großmacht, die fortan an den Welthändeln teilnehmen konnte. Mit verdoppeltem Eifer ging es an die Vollendung seiner Rüstung zu Lande und zur See, um den russischen Rivalen in Korea und der Mandschurei aus dem Felde zu schlagen.

In Petersburg wurde der englisch-japanische Vertrag mit größtem Mißmut aufgenommen. Der Minister des Äußern Graf Lamsdorff zeigte sich ganz überrascht, als ihm am 12. Februar 1902 vom japanischen Gesandten der Vertrag zur Kenntnis gebracht war. Er hatte sofort den Eindruck, daß der Vertrag seine Spitze gegen Rußland richtete und daher „sehr ernst“ genommen werden mußte. Namentlich fand er es sehr auffällig, daß die beiden Partner England und Japan in ihren Abmachungen auch kriegerische Möglichkeiten ins Auge gefaßt hätten. Der Minister schlug alsbald vor, daß Deutschland und Rußland ihre Hand-in-Hand-Politik im Fernen Osten von neuem zum Ausdruck bringen sollten, etwa durch eine Deklaration, in der gemeinsame Schritte für den Fall der Verletzung ihrer Rechte und Interessen in China vorbehalten würden. Auf diesem Wege sollte, wenn möglich, ein Zusammenschluß aller kontinentalen Mächte geschaffen werden. Der Kanzler Graf Bülow lehnte diesen Gedanken, der auf eine Erneuerung des frühern ostasiatischen Dreibunds hinauslief, mit guten Gründen und so ungewöhnlicher Entschiedenheit ab, daß der Botschafter Graf Alvensleben sogar Bedenken erhob. Mit größter Zähigkeit bemühte sich Graf Lamsdorff einen Monat lang, die deutsche Absage rückgängig zu machen, Bülow jedoch blieb fest; abgesehen von den deutschen wirtschaftlichen Interessen, die schon durch den Jangtsevertrag mit England geschützt waren, machte er besonders geltend, daß der Beitritt Deutschlands zu der russischen Deklaration den Dreibund gefährden könnte, da Italien unter keinen Umständen Front gegen England machen würde.

Infolge der Weigerung der deutschen Regierung blieb der von Lamsdorff vorgeschlagene Schritt gegen den englisch-japanischen Vertrag auf die Zweibundmächte beschränkt. Die

Deklaration wurde in Form einer gemeinsamen russisch-französischen Note am 19. März 1902 in Berlin übergeben.

Dieser diplomatische Gegenzug Rußlands wider das englisch-japanische Bündnis, der die Solidarität der beiden für Europa verbündeten Mächte, Rußland und Frankreich, auch für den Status quo im Fernen Osten verkündete, erweckte in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck, daß damit ein Ausspruch Bülows in der Reichstagssitzung vom 8. Januar 1902 bestätigt worden sei. Um Besorgnisse wegen Erneuerung des Dreibunds zu beschwichtigen, hatte Graf Bülow am 8. Januar 1902 einen Vergleich zwischen der Zeit des Abschlusses des Bündnisses mit Österreich-Ungarn 1879 und der Gegenwart gezogen und dabei gesagt: „Zu jener Zeit trieben wir nur europäische Politik. Die Kombinationen gingen nicht über das Mittelmeerbecken hinaus. Heute umspannt die Politik aller großen Mächte den ganzen Erdball. Ich glaube, daß es, seit es eine Geschichte gibt, wohl nie eine Zeit gegeben hat, in der gleichzeitig so viele mächtige Reiche existierten. Daraus entwickelt sich, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein System der Gegengewichte, welches naturgemäß auch ohne besondere Verabredung hinwirkt auf die Erhaltung des Weltfriedens. Denn es gibt keine Macht, die, wenn sie in Europa nach der einen Seite Krieg führen wollte, sich nicht sagen mußte: Was geschieht aber hinter meinem Rücken? Denn überall kann man die Augen schließlich nicht haben.“

Sah es nach dem Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses und der darauffolgenden Erklärung, daß Frankreich und Rußland auch in Ostasien zusammenhalten würden, nicht so aus, als ob an Stelle der festländischen Reibereien mehr und mehr ein System der Gegengewichte trete, das schon ohne besondere Vorrichtungen, automatisch, die große Weltuhr im gleichen friedlichen Pendelschlag halte? Aber die französisch-russische Erklärung war doch nur ein Scheinmanöver. Bald nach ihrer Veröffentlichung gab Delcassé in der Deputiertenkammer deutlich zu verstehen, daß an eine Ausdehnung des Zweibunds auf Ostasien nicht gedacht werde. „Welchen Sinn

hatte die gemeinsame Erklärung dann?“, hat Tardieu später mit Recht gefragt. „Sie hat die russische öffentliche Meinung irregeführt, indem sie sie veranlaßte, auf eine mögliche Unterstützung Frankreichs zu rechnen. Sie reizte die Japaner und gewöhnte die ganze Welt an den Gedanken eines Krieges, wobei sie zwei Mächtegruppen gegeneinander stellte — Japan und England, Frankreich und Rußland*.“

Tardieu, der ehemalige Botschaftssekretär, nachmals im Weltkrieg Sonderbevollmächtigter Frankreichs in den Vereinigten Staaten und Delegierter auf der Versailler Friedenskonferenz, schrieb 1902 noch unter dem Namen Villiers im „Figaro“. In einer ihm gewährten Unterredung gab Graf Bülow auf die Frage, wie sich Deutschland bei einem Zusammenstoß der beiden ostasiatischen Allianzen verhalten werde, zur Antwort: Deutschland könne im voraus keinerlei Verpflichtungen eingehen; es sei in Ostasien viel weniger als die andern territorial beteiligt und könne sich in Ruhe vorbehalten, von Fall zu Fall neutral zu bleiben oder mit der Partei zu gehen, die den Frieden und die offene Tür am besten zu verteidigen scheine. Ob sich diese Politik der freien Hand auf die Dauer mit Nutzen fortführen ließ, mußte sich in der Folge zeigen. Wohl mochte der Gedanke verlockend sein, bei den gegensätzlichen Bestrebungen der Allianzen untereinander den Tertius gaudens spielen zu können. Für England war das Bündnis mit Japan die erste entscheidende Handlung, um sein weltpolitisches Übergewicht aufs neue zu befestigen. Für Deutschland aber drohte die Rolle des Tertius patiens, sobald England etwa durch seinen Anschluß an Frankreich zur Verschiebung des Systems der Gegengewichte in Europa übergehen sollte.

Bald nach der russisch-französischen Deklaration, am 12. April 1902, wurde in Petersburg ein neues Mandschurei-abkommen mit China veröffentlicht, in dem die Wiederherstellung der chinesischen Regierungsgewalt und die Zurückziehung der russischen Truppen vorgesehen war, aber der „Regierungsbote“ fügte hinzu, daß, wenn China aus irgendeinem Grunde

*) André Tardieu, La France et les alliances, S. 22. Paris 1909.

seine Verpflichtungen nicht erfülle, Rußland sich nicht mehr an die Bestimmungen des Vertrags halten werde. Es folgten dann die Belegung der großen Waldunternehmungen am Yalu, an denen vornehme und einflußreiche Kreise in Petersburg beteiligt waren, und die Errichtung der Statthalterschaft für den Fernen Osten.

Der Vertrag mit Japan war hauptsächlich das Werk Lord Lansdownes. Bald darauf (Juli 1902) trat Lord Salisbury freiwillig wegen seines Alters von der obersten Leitung der englischen Politik zurück. Mit ihm schied ein Mann aus dem politischen Leben, der ein Menschenalter hindurch auf die Stellung Englands in der Welt den stärksten Einfluß ausgeübt hatte und seit sieben Jahren eine solche Macht behauptete, daß er im Volksmunde als Majestät Salisbury bezeichnet wurde. Er gehörte der alten Familie Cecil an, die seit den Tagen der Königin Elisabeth dem Staate viele Würdenträger geliefert hat. Mit zunehmenden Jahren zeigte er die Unbeweglichkeit eines Felsblocks, der sich bei Sonne oder Sturm nicht rührt. Mit seinem ausgeprägten Familienstolz verband er einen unverwüsthlichen Glauben an die Größe des britischen Reichs. Als Ausfluß seines Geistes konnte kurz vor seinem Rücktritt die Äußerung des Lords Cranborne, seines Sohnes, gelten: „England bewirbt sich nicht um Bündnisse, es bewilligt solche nur.“ Das war eine andre Sprache als die zur Zeit der Bemühungen Chamberlains um eine Verständigung mit Deutschland. Auch Salisbury selbst hatte ja dem Nachfolger des Grafen Hatzfeldt auf dem Londoner Botschafterposten einmal erwidert, England verlasse sich auf nichts andres als auf seine Flotte und die Kreidefelsen seiner Küste (s. oben S. 95).

Noch hatte England seine Stellung zu den beiden Mächtegruppen des europäischen Festlandes: dem Dreibund und dem Zweibund, nicht verändert, noch waren die englisch-französischen Gegensätze nicht ausgeglichen, und noch konnte sich infolgedessen die Erneuerung des Dreibundes ohne unmittelbare Gegenwirkung Englands vollziehen. Was sich aber in den letzten Jahren verändert hatte, und zwar zum Nachteil des innern Zu-

sammenhalts des Dreibunds, das war das Verhältnis Italiens zu Frankreich, und das war auch das Wohlwollen, das England bisher für den Anschluß Italiens an den Block der Mitte bewiesen hatte. Zu derselben Zeit, in der England aus Sorge für sein weltpolitisches Übergewicht seine Vereinsamung aufgab und sich den Beistand Japans gegen Rußland in Asien sicherte, mußte sich die deutsche Politik mit der Überwindung einer Krisis im Dreibunde unter Umständen abmühen, die viel ungünstiger waren als bei seiner zwölfjährigen Verlängerung im Mai 1891.

Damals, ein Jahr nach Bismarcks Rücktritt und nach Abschluß des sogenannten Helgolandvertrags, nahm England materiell daran teil, daß Italien im Dreibund blieb. Bei den Verhandlungen über den Helgolandvertrag hatte es die Zusicherung erhalten, daß Deutschland den Russen bei der Verfolgung ihrer asiatischen Ziele (der „indischen Meere“) nicht behilflich sein werde*). Zehn Jahre später lag zwischen England und Deutschland vor und während des Burenkriegs die Feindseligkeit beider Völker und der vergebliche Versuch einer Annäherung von Kabinett zu Kabinett. Im Jahre 1891 war für Italien, politisch und wirtschaftlich, noch Frankreich der Feind, und Deutschland verfolgte eine Handelspolitik, die Italien für den ihm verlorengegangnen französischen Markt leichteren Absatz seiner Waren in Deutschland in Aussicht stellte. Im Jahre 1901 dagegen war in Deutschland ein neuer Zolltarif mit erhöhten Vertragszöllen in Vorbereitung und hatte Italien nicht nur durch den neuen Handelsvertrag von 1898 seinen wirtschaftlichen Frieden mit Frankreich gemacht, sondern auch ein politisches Abkommen mit Frankreich getroffen (Dezember 1900), wonach Italien gegen die Anerkennung der französischen Vorhand in Marokko die Anwartschaft auf Tripolis erhielt. Dieser Umschwung in der Lage Italiens hatte sich allmählich nach dem schweren Unglück im Kriege gegen den König Menelik von Abessinien entwickelt. Die Niederlage bei Adua zog den Sturz Crispis nach sich und machte die Italiener wieder empfänglich für die

*) S. Berlin-Wien-Rom von Julius v. Eckardt S. 93.

Verlockungen der „lateinischen Schwesternation“. Der Minister Delcassé und sein Gehilfe, der Botschafter Barrère in Rom, verstanden es trefflich, irredentistische und republikanische Regungen zu schüren, die italienische Freimaurerei für Frankreich arbeiten zu lassen und den Blick der römischen Piazza wieder von Tunis und Marokko weg auf die Adria, d. h. gegen den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, zu richten.

Vielleicht der schwerste Schlag gegen den Dreibund war aber die von einem Anarchisten verübte Ermordung des Königs Humbert (29. Juli 1900). „Nun ist es aus mit dem Dreibund“, frohlockte man in Petersburg (Bd. XVIII, S. 501). Der ermordete König war ein überzeugter und treuer Anhänger des Dreibunds, während sein Nachfolger, der junge König Victor Emanuel, unter dem Einfluß seiner Frau, der Montenegrinerin Helena, stand, die starke slawische Neigungen hatte und am liebsten ihren Vater, den Fürsten der schwarzen Berge, nach Vergrößerung seines Landes zum König erhoben zu sehen wünschte.

In der Rede vom 8. Januar 1902, die das Wort vom System der Gegengewichte enthielt, beschäftigte sich Graf Bülow auch mit dem italienisch-französischen Abkommen über Mittelmeerfragen, das Italien eine Anwartschaft auf Tripolis nebst Hinterland verlieh, und mit der Erneuerung des Dreibunds. Den Dreibund verglich er mit einer glücklichen Ehe, in der der Gatte nicht gleich einen roten Kopf zu kriegen brauche, wenn seine Frau einmal eine unschuldige Extratour tanze. So harmlos war die Extratour mit Frankreich gewiß nicht, wenn man die Folgen in Betracht zieht; ein knappes Jahrzehnt später verwandelte sie sich plötzlich in einen italienischen Kriegstanz mit der Türkei um Tripolis. Dem witzigen Vergleich fügte Bülow die ernste Warnung hinzu, daß der Dreibund, so gut er sich auch als Friedensgarantie bewährt habe, doch für Deutschland keine absolute Notwendigkeit mehr sei. Damit sollten die italienischen Politiker, die für einen lateinischen Bund schwärmten, daran erinnert werden, daß ohne die Großmachtstellung, die ihr Land erst durch den Anschluß an das mitteleuropäische Bündnis unter Crispi erlangte, die

Beziehungen Frankreichs zu Italien minder freundlich sein würden.

In Rom war seit Februar 1901 ein Ministerium der Linken unter Zanadelli am Ruder, dem Giolitti als Minister des Innern und Prinetti als Minister des Äußern angehörten. Einen so franzosenfreundlichen Leiter wie Prinetti hatte die Consulta seit zwanzig Jahren nicht gehabt. Indessen ging er doch in Übereinstimmung mit dem König bei den Bündnisbesprechungen mit dem Botschafter Grafen Karl Wedel, die 1902 begannen, von der Absicht aus, den Dreibund nicht fallen zu lassen. Eine der Schwierigkeiten lag in dem Wunsche Prinettis, daß gleichzeitig mit dem politischen Bündnis der neue italienisch-deutsche Handelsvertrag zustande kommen möge. Der Wunsch konnte nicht erfüllt werden, weil die Zeit bis zum Ablauf des Dreibunds (Mai 1902) zu kurz war, um die erst kürzlich begonnenen Arbeiten für einen neuen deutschen Zolltarif zu Ende zu bringen. Prinetti gab sich in dieser Frage mit einer deutschen Zusage zufrieden, alsbald einen neuen Handelsvertrag zu schließen. Bedenklicher war das Verlangen der italienischen Regierung, den Text des Dreibundvertrags an verschiedenen Stellen zu ändern. Der bedenklichste Vorschlag lief auf eine Garantie des Status quo auf dem Balkan hinaus. Graf Bülow lehnte den Vorschlag glatt ab. In einem Erlaß an den Botschafter vom 26. Februar 1902 wurde gesagt: „Der Plan, den Dreibund als Riegel zwischen Rußland und den Bosphorus zu schieben, ist von Herrn Prinetti keinesfalls ohne Kenntnis seines Beraters Barrère aufgenommen worden, wenn er nicht überhaupt von diesem herrührt. Wenn die französische Regierung sagen könnte: ‚Frankreich würde nichts dagegen haben, daß die Meerengen in russischen Besitz kämen, aber der Dreibund stemmt sich dagegen‘, so wäre damit für die französische Politik ein ungeheurer Erfolg erreicht, und die Revanche-Idee wäre ihrer Verwirklichung um vieles nähergerückt. Dieser Erfolg wird der französischen Diplomatie versagt bleiben, denn schon hat das Wiener Kabinett eine weitere Erörterung dieses Garantieprojekts als aussichtslos abgelehnt.“

Bei seiner Begegnung mit Prinetti in Venedig (28. März 1902) gelang es dem Kanzler Grafen Bülow, die ganz unveränderte Erneuerung des Dreibunds durchzusetzen. Damit war jede Besorgnis, daß Änderungen am Vertragstext den deutsch-feindlichen Agitationen in Paris erfolgreich Vorschub leisten würden, zerstört. Auch in der Tripolisfrage, für die Herr Prinetti eine Desinteressesmentserklärung in den Text aufgenommen zu sehen wünschte, begnügte er sich schließlich mit einer mündlichen Zusage, daß Deutschland der Anwartschaft Italiens auf Tripolis keine Schwierigkeiten bereiten würde (Bd. XVIII, S. 501—590).

Die Spannung auf den Ausgang der Verhandlungen über den Dreibund von 1902 war in der nationalistischen Pariser Presse größer als irgendwo sonst. Wenn auch die anfängliche Hoffnung auf den Abfall Italiens nicht standhalten konnte, so blieb doch in Blättern wie dem „Gaulois“ die Ansicht bestehen, daß ein neuer Wortlaut vereinbart werden und alles wegfallen würde, was den Schutz gegen einen französischen Angriffskrieg betroffen hätte. Das wäre für Deutschland die völlige Entwertung des Dreibundes gewesen. Der Minister Delcassé hatte es sehr eilig, sich vor der Kammer über die Erneuerungsfrage auszulassen, und wählte dabei eine Form, die geeignet war, in dem Glauben an Abschwächungen zugunsten neuer italienischer Extratouren zu bestärken. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Erneuerungsvertrags vom 28. Juni 1902 erklärte Delcassé in der Kammer: „Die Politik Italiens ist weder unmittelbar noch mittelbar infolge seiner Allianzen gegen Frankreich gerichtet. In keinem Fall kann sie für uns zu einer Bedrohung führen, ebenso wenig in einer diplomatischen Form wie durch Protokolle oder militärische Abreden. In keinem Fall und in keiner Form kann Italien das Werkzeug oder der Helfershelfer eines Angriffs auf unser Land werden.“ Für die einfache Tatsache, daß der Dreibund damals so wenig als früher ein Angriffsbündnis, sondern nur ein Schutzbündnis war, hätte es einer solchen Häufung kategorischer Worte nicht bedurft. Offenbar sollte damit der Eindruck erweckt werden, daß eine Abschwächung

des Bündnisses durchgedrückt worden sei, und die Erwähnung militärischer Nebenabreden ließ die irrige Vermutung aufkommen, daß Italien hinfort für den Bündnis- und Kriegsfall zu keinen militärischen Leistungen verpflichtet wäre.

Das Bündnis beschränkte Italien in keiner Weise und zu keiner Zeit in seiner Freiheit, die Zahl der Friedensstärke seines Heeres und damit auch die Höhe seiner finanziellen Lasten selbst zu bestimmen. Wohl aber war in den neben dem Dreibundvertrag bestehenden Vereinbarungen der Generalstäbe vorgesehen, daß Italien gegen einen französischen Angriff unter gewissen Voraussetzungen eine bestimmte Anzahl von Truppen über die Alpen zur Verwendung an der deutschen Westgrenze senden würde. Nach einem im Jahre 1888 getroffenen Abkommen hatte Italien im Fall eines deutsch-französischen Krieges die dritte Armee (fünf Korps) nach dem Oberrhein zu transportieren, um auf dem deutschen linken Flügel Verwendung zu finden. Diese Bestimmung wurde bei der Erneuerung des Dreibunds 1902 in den militärischen Besprechungen wieder aufgenommen. Das Abkommen über den Transport italienischer Truppen war allein auf die Initiative Italiens getroffen worden. Ebenso fand auf Anregung und Betreiben des italienischen Generalstabs im Herbst 1900 eine Konferenz der beiderseitigen Generalstäbe in Berlin statt, aus der am 5. Dezember 1900 eine förmliche Abmachung hervorging. Ihr Inhalt findet sich nicht in den Akten.

Die größten Schwierigkeiten machte die Frage, auf welchem Wege die fünf italienischen Korps am schnellsten und sichersten nach dem Oberrhein transportiert werden sollten. Die Küstenbahn Rom—Pisa—Genua mußte von vornherein, wegen der Gefahr der Beschießung der Bahnzüge von der Seeseite her, als unbenutzbar angesehen werden. Der König Victor Emanuel interessierte sich persönlich für die Transportfrage. In einer Audienz des deutschen Militärattachés v. Chelius sagte der König, fünf der besten Korps nebst zwei Kavalleriedivisionen außer Landes zu schicken, sei für Italien keine Freude; wie er von einem in Frankreich lebenden Verwandten seiner Frau gehört habe, kenne man in Frankreich genau die Transport-

dauer und die Ausladestationen südlich von Straßburg. Darauf berichtete der Chef des Generalstabs, Graf Schlieffen, an den Reichskanzler, die Zustimmung des Königs, einen großen Teil seiner Armee außer Landes zu schicken, sei zwar gewiß anerkennenswert, leider aber hätten die Franzosen an der Alpen- grenze von der neutralen savoyischen Zone bis zum Mittelmeer sämtliche Pässe durch Befestigungen gesperrt. Ebenso war der ursprüngliche italienische Plan, mit der Armee das Hochgebirge zu überschreiten und in nordwestlicher Richtung vormarschierend sich dem linken deutschen Flügel anzuschließen, durch ein sorgfältig durchdachtes Befestigungssystem vereitelt worden. Der dann gefaßte Gedanke, durch die neutrale Schweiz die Vereinigung, sei es auch mit bewaffneter Hand, mit dem deutschen Heere zu suchen, mußte aufgegeben werden, nachdem die Schweiz zunächst den Gotthardpaß befestigt und später die Straße im Rhonetal durch die Werke von St. Maurice verlegt hatte. In den Akten des Auswärtigen Amts findet sich kein einziges Schriftstück, das einen Bruch der Schweizer Neutralität in Aussicht genommen oder gebilligt hätte.

Angesichts aller dieser Schwierigkeiten und mit Rücksicht auf den Wunsch des italienischen Königs, einer bindenden Verpflichtung zur Entsendung einer Armee außer Landes überhoben zu werden, wurde der deutsche Militärattaché v. Chelius angewiesen, im Auftrag des Grafen v. Schlieffen dem italienischen Generalstabschef Saletta zu erklären, daß Deutschland auf eine Kooperation italienischer Truppen am Oberrhein verzichte. Jedoch sind die Akten über diesen Punkt nicht ganz durchsichtig. General Saletta hatte die deutsche Verzichtserklärung, wie ausdrücklich berichtet wird, nicht offiziell zur Kenntnis genommen, und später trotz ihrer über die Entsendung des Hilfskorps von neuem verhandelt. Wie es scheint, war der Verzicht ein beiderseits verabredetes, nur auf Zeit berechnetes Mittel, um die Stellung des Herrn Prinetti in der Deputiertenkammer zu erleichtern. Die Linke wollte Anfragen über Italiens militärische Verpflichtungen stellen. Es war zu befürchten, daß die von der Presse des französischen Botschafters Barrère

tief erregte antideutsche Volksstimmung gegen den Gedanken, italienische Soldaten außer Landes zu senden, heftige Proteste und Unruhen, namentlich in Nord-Italien, hervorgerufen hätte.

Ebenso wie der Botschafter Graf Wedel von Beginn an sehr skeptisch über die italienische Hilfe dachte, erklärte Graf Schlieffen in einem Bericht an den Reichskanzler vom 14. Dezember 1902, daß das deutsche Heer nicht nur nicht auf die dritte italienische Armee rechnen dürfe, sondern auch darauf gefaßt sein müsse, mit der gesamten französischen Armee, ohne irgendeinen Abzug, an der Alpengrenze zu tun zu haben (Bd. XVIII, S. 683—708).

Wie sich aus dem französischen Gelbbuche: Les accords franco-italiens de 1900—1902 (Paris 1920) ergibt, hatte Prinetti nach Besprechungen mit dem Botschafter Barrère am 4. Juni 1902, also einige Wochen vor Erneuerung des Dreibunds, dem Minister Delcassé eine formelle Erklärung abgeben lassen, die inhaltlich dasselbe besagte, was Delcassé später in der Kammer verkündete. An diese einseitige Erklärung schloß sich Anfang November 1902 ein Notenaustausch in Rom, der einmal eine Erweiterung des Mittelmeerabkommens vom Dezember 1900 und sodann für die allgemeinen Beziehungen beider Länder eine Neutralitätsklausel enthielt. In Sachen Marokko und Tripolis sollten beide Teile hinfort ganz frei in der Entwicklung ihrer Interessensphären sein. Über die allgemeinen Beziehungen wurde vereinbart, daß jeder Teil im Falle eines direkten oder indirekten Angriffs einer oder mehrerer Mächte auf den andern Teil strenge Neutralität beobachten sollte, und zwar auch dann, wenn sich etwa der angegriffene Teil zur Verteidigung seiner Ehre oder seiner Sicherheit genötigt sähe, die Initiative zu einer Kriegserklärung zu ergreifen. Diese Bestimmung, auf die Delcassé das Hauptgewicht legte, war nur eingeschränkt durch den Zusatz, daß die Absicht, den Krieg zu erklären, vorher dem andern Teil mitgeteilt werden sollte, damit dieser beurteilen könnte, ob wirklich eine Herausforderung vorliege. Die französische Diplomatie schien von dem Gedanken auszugehen, daß Deutschland den Dreibund sous des dehors défensifs zu einem Angriffskrieg mißbrauchen könnte, und sah in der Bestimmung, daß



König Eduards Rückkehr von Paris.

„Ich glaube, wir haben sie in der Tasche, lieber Joe!“
Von Jeannot. (Aus „Le Rive“, Mai 1903.)

eine französische Kriegserklärung noch nicht über den Verteidigungs- und Angriffscharakter des Kriegs entscheiden sollte, ein geeignetes Mittel, um Italien die Bewahrung seiner Neutralität zu erleichtern.

Als Seitenstück kann der Inhalt der französisch-russischen Militärkonvention vom 17. August 1892 dienen. Sie schrieb vor, daß, wenn die Streitkräfte des Dreibunds oder auch nur einer der Dreibundmächte mobil gemacht würden, Frankreich und Rußland sofort die Gesamtheit ihrer Streitkräfte mobil zu machen und unverzüglich, um Deutschland zum Zweifrontenkrieg zu nötigen, zu entscheidendem Kampf einzusetzen hätten (vgl. Gelbbuch 1919). Wie also in der französisch-russischen Militärkonvention der Kriegsbeginn ganz unabhängig von einer Kriegserklärung sein sollte, so war in dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag vom November 1902 jede Kriegserklärung für die Frage, ob Angriffs- oder Abwehrkrieg vorliege, zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt.

Nach einem gleichfalls in dem Gelbbuch über die Abkommen von 1900—1902 veröffentlichten Bericht des Botschafters Barrère vom 10. März 1912 ist der Notenwechsel vom November 1902 nicht un *contre-traité*, wohl aber une *contre-partie de la Triplice* gewesen. Selbst wenn man trotzdem die Abreden Prinettis mit Delcassé von 1902 unter dem Gesichtspunkt der Vertragstreue gegenüber den mitteleuropäischen Bundesgenossen Italiens milde beurteilen wollte — das Schlimme an dem Gegenpiel war jedenfalls, daß es vor den Regierungen in Berlin und Wien ganz geheimgehalten wurde. Erst einige Jahre später, als der Crispischüler Marchese di San Giuliano Minister des Auswärtigen war, gelangten Nachrichten nach Berlin, nach denen zur Zeit Prinettis ganz geheime Dinge mit Frankreich vorgekommen waren, die sich kaum noch mit der Bündnispflicht vereinbaren ließen. —

In der deutschen öffentlichen Meinung ließ der mühsam erreichte Abschluß der Verhandlungen mit Italien noch keine Sorgen über die Sicherheit der Stellung Deutschlands in Europa und der Welt aufkommen. Eine flüchtige Umschau zeigt, daß das

System der Gegengewichte scheinbar noch in gutem, reibungslosem Gange war.

In den innern Zuständen Frankreichs wirkt die lange Periode des Dreyfusskandals und der sogenannten fiches (aufgefundenen Zettel mit Angebereien) nach. Das Ministerium Waldeck-Rousseau steht seit 1899 im Kampf gegen die geistlichen Kongregationen und gegen das Eindringen klerikaler und nationalistischer Einflüsse in die Armee. Nach dem freiwilligen Rücktritt Waldeck-Rousseaus kommt ein Ministerium Combes, in dem der radikale und antiklerikale Charakter noch deutlicher ausgeprägt ist. Die im Volke noch nicht vergessene Schmach von Faschoda und die anti-englische Stimmung während des Burenkriegs verhelfen einem Austausch von Höflichkeiten zwischen Deutschland und Frankreich (beim Tode des Präsidenten Faure, beim Erdbeben auf Martinique, beim Kaiserbesuch eines französischen Schulschiffs in den norwegischen Gewässern, bei der Reise des Generals Bonnal nach Berlin) zu freundlicher Aufnahme, so daß von einer Periode der Annäherung gesprochen werden kann. Der Sozialistenführer Jaurès tritt offen in Wort und Schrift für die Verbannung der Revanche aus den Köpfen und Herzen ein. Auf der andern Seite zeigt die vom Reichstag mehrmals beschlossene und im Juni 1902 vollzogene Aufhebung des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen, daß es nach der Überzeugung der deutschen Regierung in einem Menschenalter gelungen ist, die Bevölkerung der Reichslande mit der neuen Ordnung der Dinge auszusöhnen.

Auch der Blick nach Osten gewährt ein freundliches Bild. Die Kaiserbegegnung in Reval (August 1902), der Graf Bülow und der russische Minister des Auswärtigen Graf Lamsdorff beiwohnen, gibt der Welt zu verstehen, daß der Draht zwischen Berlin und Petersburg wieder wohlbehaftet ist. Der englisch-japanische Vertrag mit der deutlichen Spitze gegen Rußland hat den Wert der deutschen Freundschaft wieder fühlbar gemacht. Die Herrscher tauschen als Wahrzeichen einer historischen Verbrüderung ihre Aiguilletten (Fangschnüre der Admirale) aus,

der Zar schenkt dem Kaiser einen dreiviertelmeter hohen, in Silber getriebnen, mit russischen Edelsteinen verzierten Bojarenhelm und empfängt als Gegengabe ein goldnes Schreibzeug. Bald darauf feiert der Kaiser in Posen in Anwesenheit des Generalgouverneurs von Warschau, Generals Tschertkow, unter Verkündung der Aufhebung des Rayongesetzes für die alte Festungsstadt, in zwei Ansprachen die treue Freundschaft der Herrscher und die Waffenbrüderschaft ihrer Armeen. Die französisch-russische Allianz ist nach dem Ausspruch eines Franzosen faussée et dévoyée, weil sans action en Europe.

Mit der neuen Weltmacht in Nordamerika steht das Reich auf gutem Fuß. Die Reise des Prinzen Heinrich nach den Vereinigten Staaten ist in jeder Beziehung glücklich verlaufen. Der Kaiser kündigt zum Dank für die freundliche Aufnahme seines Bruders die Stiftung einer Bronzestatue Friedrichs des Großen für Washington an, und der Präsident Theodor Roosevelt schließt seine Antwort mit den Worten: „Es ist ein Zeichen für die Wohlfahrt des ganzen Menschengeschlechts, daß am Anfang dieses Jahrhunderts das amerikanische und deutsche Volk im Sinne herzlicher Freundschaft zusammenarbeiten.“

Nur von England weht ein kühler Wind. Nach drei Jahren Krieg in Südafrika sammelt England neue Kräfte. Milde und Großmut gegenüber den unterlegnen Buren verheißen dem britischen Reiche einen starken Machtzuwachs in der vergrößerten Kapkolonie. Auf Besuche des Königs an den Höfen von Lissabon und Rom folgt im Mai 1903 ein prunkvoller Einzug in Paris. Aus den Buchhandlungen und Zeitungskiosken sind auf einen Wink der Polizei die alten Pamphlete und Karikaturen gegen England entfernt; mit Jubel wird der Gast begrüßt, dessen Konto ja auch nicht mit dem Faschodakonflikt und der Drangsal der Buren belastet ist. Der Russisch-Japanische Krieg steht in naher Sicht. König Eduard gibt der französischen Regierung den dringenden Rat, nicht als Bundesgenosse Rußlands am Kampfe teilzunehmen, weil sonst für England der Bündnisfall zugunsten Japans entstehe. Im Februar 1904 bricht der Ostasiatische

Krieg wirklich aus und kurz darauf wird der innige Freundschaftsbund zwischen England und Frankreich geschlossen.

So sieht es draußen aus. Aber auch drinnen im Bunde der Mitte ist neben der wiedererwachten Liebe Italiens zu Frankreich noch eine schwache Stelle vorhanden. Die Deutschen sehen sie nur nicht, weil sie blind dem zum Dogma gewordenen Gelegenheitswort aus dem vorigen Jahrhundert folgen, daß das Donaureich erfunden werden müßte, wenn es nicht existierte. Andre haben die schwache Stelle besser erkannt, Lord Salisbury z. B., der Bedenken trägt, sich mit einem Staate mit starken slawischen Volksteilen zu verbinden; auch Lord Lansdowne, der bei Prüfung aller Zukunftsmöglichkeiten nach Abschluß einer englisch-deutschen Allianz auch die des Zerfalls Österreichs erwähnt. Es ist schon lange her, daß Österreichs starker Dichter, Grillparzer, über den fortschreitenden Zeitgeist schrieb: „Die ganze Welt wird durch den neuen Umschwung (nach der französischen Julirevolution 1830) sich erkräftigen, nur Österreich wird daran zerfallen. Der schändliche Machiavellismus der Leiter, die, damit die Herrscherfamilie das einzige Staatsband ausmacht, die wechselseitige Nationalabneigung der Provinzen hegten und nährten, hat indes die Schuld. Der Ungar haßt den Böhmen, dieser den Deutschen, und der Italiener sie alle zusammen; und wie widersinnig gekuppelte Pferde werden sie sich in alle Welt zerstreuen, wenn der fortschreitende Zeitgeist die Gewalt des klammernden Jochs schwächt oder bricht.“ Freilich vollziehen sich solche historischen Prozesse nur langsam, rechnen nicht nach Jahren, sondern nach Menschenaltern, und noch hält Ehrfurcht vor dem ehrwürdigen alten Herrn in der Hofburg auf der Fahrt des gemeinsamen Staatswagens die schlecht gekuppelten Pferde bei der Stange. Aber die Aufgabe wird schwerer mit jedem Jahr. In Böhmen nimmt der Nationalitätenkampf kein Ende. Der Jungtschechenführer Kramarsch, der unter der Ära Badeni zweiter Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses war, nennt den Dreibund ein abgespieltes Luxusklavier, zu schade, um schon auf den Boden gestellt zu werden, aber zu abgenutzt, um noch darauf zu spielen. In Ungarn,

wo sich die madjarische Herrschaft gegen die rumänischen, deutschen, kroatischen Elemente mit großer Energie und nicht ohne Härte befestigt hat, trachten Unabhängigkeitsfanatiker, die beste Klammer, die dem Kaiser und König zu Gebote steht, das gemeinsame Heer, zu lockern und zu lösen. Die italienische Irredenta steigt in ihren Ansprüchen bis zum „Brennero“ hinauf und fordert lärmend eine eigne Hochschule. Alles, was auseinanderstrebt, findet in Paris offene Sympathie und geheime Unterstützung.

Während der Kaiser seinen Deutschen vor dem erstaunt aufmerkenden Ausland hohe Gedanken: von einem Weltimperium des germanischen Geistes, vom Dreizack in unserer Faust und vom deutschen Arm, der bis in die entferntesten Teile der Erde langt, so oft verkündet, kömnen allmählich die stillen Riffe zum Vorschein.

IV. Die Einkreisung Deutschlands.

1. Entente cordiale. Tangerfahrt.

Die Kluft, die sich zwischen den beiden blutsverwandten Völkern, dem englischen und dem deutschen, während des Burenkriegs aufgetan hatte, blieb auch in den folgenden Jahren bestehen und erschwerte in den amtlichen Beziehungen eine Rückkehr zu dem alten vertrauensvollen Verhältnis. Die Regierenden mußten sich zunächst damit begnügen, alles zu vermeiden, was neue leidenschaftliche Ausbrüche hervorrufen konnte. Bei der Reise der Burengenerale Botha, Delarey und Dewet nach London, Amsterdam und Berlin flammte in den alldeutschen Blättern die alte antienglische Burenbegeisterung wieder empor, während sich die deutsche Regierung kühl und korrekt verhielt. Eine ähnliche Erscheinung zeigte sich im Winter 1902/3 in der deutschfeindlichen Auflehnung der öffentlichen Meinung in England gegen die eigne Regierung, weil diese sich wegen gleichartiger Reklamationen auf ein gemeinsames Vorgehen mit Deutschland und Italien gegen das Willkürregiment des Präsidenten Castor in Venezuela eingelassen hatte (Bd. XVII S. 241). Am Schluß einer in Liverpool gehaltenen Rede (Februar 1903) ermahnte Balfour alle, die Einfluß auf die öffentliche Meinung besäßen, daran zu denken, welche große Verantwortung jeden treffe, der sich dem leichten Geschäft hingebe, die Beziehungen zwischen den Völkern zu verbittern. Denselben Gedanken hatte der deutsche Reichskanzler

kurz vorher in einer Reichstagsdebatte über den Nichtempfang der Burengenerale mit der Umkehrung des Horazischen Wortes von den Delirien der Könige und den geschlagenen Achivern ausgedrückt.

Die fortschreitende Entfremdung zwischen England und Deutschland und der scharfe Gegensatz zwischen Rußland und Japan gaben den Machthabern in Petersburg den Gedanken ein, in Berlin anzufragen (Februar 1902), ob man geneigt sei, den ostasiatischen Dreibund von 1895 zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland in anderer Gestalt zu erneuern. Graf Bülow lehnte trotz seiner sonstigen Bereitwilligkeit, Rußland Gefälligkeiten zu erweisen, die Petersburger Anregung deutlich, wenn auch in sanfter Form, ab, weil sie England zum offenen Feind Deutschlands machen würde. Dabei stand es nicht einmal fest, ob nicht Frankreich auf Grund seiner Bündnispflichten genötigt sein werde, in dem drohenden Russisch-Japanischen Krieg an der Seite Rußlands mitzufechten. Tatsächlich ist Frankreich in dem Kriege neutral geblieben. An Gefälligkeit war es schon mehr als genug, daß der Kaiser dem Zaren versprochen hatte, ihm bei kriegerischen Verwicklungen in Ostasien den Rücken in Europa zu decken.

Der Gedanke eines Bundes Deutschland-Rußland-Frankreich hatte schon in den Gesprächen bei dem Besuche des Zaren in Danzig (11. September 1901) vorgespukt. Der Minister Graf Lamsdorff sagte dem Kaiser, eine wirkliche Allianz unter den Kontinentalmächten müsse erstrebt werden, um den Weltfrieden zu sichern. Der Zar stimmte lebhaft bei und versprach, alles in seinen Kräften Stehende zur Verwirklichung dieser „großen Idee“ tun zu wollen. Die hohen Herrschaften, Monarchen und Minister, kümmerten sich augenscheinlich nicht viel darum, was der Dritte im besagten Bunde zu dem antienglischen Plan sagen würde. Der französische Minister Delcassé war aber schon bei der Arbeit, um ein reales Geschäft mit Spanien über Marokko und weiterhin ein enges Einvernehmen mit England herzustellen.

Und wie verhielten sich die Leiter der deutschen Politik zu der immer näherrückenden Gefahr eines solchen Einvernehmens zwischen England und Frankreich? Bei seinem Besuch in England (November 1902) sagte der Kaiser zu Balfour, die Flotte sei für Deutschland eine Notwendigkeit, auf ein paar Palmenbäume mehr oder weniger in den Tropen käme es ihm nicht an, aber die Flotte diene dazu, den Einheitsgedanken im Mosaikgebilde des Deutschen Reiches gewaltig zu stärken; mit gutem Willen würden sich koloniale Streitigkeiten leicht schlichten lassen. (Als ob günstige Gelegenheiten dazu nicht verpaßt worden wären!) Als dann in der Presse allerlei Nachrichten auftauchten, daß zwischen England und Frankreich über Marokko verhandelt würde, ließ sich Bülow in seiner Politik des Abwartens nicht irremachen, man könne die Dinge gar nicht „pomadig“ genug nehmen (April 1903). Holstein erklärte, eine Verständigung der Westmächte sei ein Phantasiegebilde, das erst verwirklicht werden könne, wenn Frankreich auf die Revanche verzichtet habe!

Schon zu Beginn des Jahres 1903 waren in Pariser Blättern Betrachtungen erschienen, in denen für den Fall, daß die Dinge in Marokko einen europäischen Eingriff nötig machen sollten, Frankreich die Anerkennung als paramount power beanspruchen und dafür andern Mächten anderswo die gleiche Anerkennung zugestehen würde. Der Verlauf des Gegenbesuchs des Präsidenten Loubet in London (Anfang Juli 1903), des ersten eines französischen Staatsoberhauptes in England seit fünfzig Jahren, ließ keinen Zweifel mehr darüber, daß eine dauernde Annäherung beider Länder mit friedlicher Schlichtung alter Streitigkeiten im Werke war. Das Wort vom herzlichen Einvernehmen (*entente cordiale*) kam auf beiden Seiten des Ärmelkanals in Kurs. Neun Monate darauf wurde der englisch-französische Vertrag über Ägypten, Marokko usw. in London unterzeichnet (8. April 1904). (Bd. 20 Kap. 141).

Die Grenzberichtigungen in Westafrika zugunsten Frankreichs, der französische Verzicht auf alte Fischfangrechte in Neufundland, die Erklärungen über Siam und die Neuen Hebriden

gingen Deutschland nichts an. Die ganze Aufmerksamkeit richtete sich auf das Kernstück des Abkommens: die gleichzeitige Regelung der ägyptischen und der marokkanischen Frage, in der Weise, daß Frankreich versprach, „die Aktion Englands in Ägypten nicht zu hindern“, und daß England „auf politischen Einfluß in Marokko“ verzichtete und Frankreich das Recht einräumte, „über die Ruhe Marokkos zu wachen und der Regierung des Sultans den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten“. Ein deutlicherer Beweis für das wirklich bestehende herzliche Einvernehmen konnte nicht gegeben werden. Frankreich verzichtete endgültig auf die Ausführung einer Idee, die im Kopf eines deutschen Philosophen, des Begründers der Differentialrechnung, Leibniz, entsprungen und ein Jahrhundert später von Napoleon I. in Angriff genommen worden war, den Plan nämlich, mit der Besetzung der Landenge von Suez und des Nillandes den Schlüssel zur Weltherrschaft zu erlangen. Die englische Gegenleistung bestand in dem Versprechen, dem Vordringen Frankreichs in das marokkanische Reich den Weg freizugeben, wobei jedoch bestimmt war, daß die afrikanische Küste gegenüber Gibraltar nicht befestigt werden dürfte, d. h. daß die Wache am Eingang zum Mittelländischen Meer in alleiniger Obhut Englands verbliebe. Die Tragweite eines französischen Protektorats, wie es die englische Erklärung umschrieb, für die durch den Madrider Vertrag von 1880 geschützte Freiheit des Handelsverkehrs und für die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller dritten Staaten war unverkennbar.

Von verschiedenen Seiten wurde bereits am 12. und 14. April 1904 im Deutschen Reichstag das französisch-englische Kolonialabkommen zur Sprache gebracht. Der nationalliberale Abgeordnete Sattler sprach von einer Verschiebung der europäischen Lage, der Führer der Sozialdemokratie, Bebel, sah in dem Abkommen eine Kulturtat, bei der Deutschland zu kurz gekommen sei, was auf größere Vereinsamung schließen lasse, der antisemitische Abgeordnete Graf Reventlow, ein Bruder des bekannten Schriftstellers, beklagte den beschämenden Zustand,

daß sich andre Mächte in Marokko größern Einfluß sicherten als das Deutsche Reich. Gegen diese Einwände und Bedenken machte Graf Bülow gute Miene zum bösen Spiel, er hob hervor, daß Deutschland in Marokko nur wirtschaftliche Interessen hätte und kein Grund vorläge, zu befürchten, daß sie von irgendeiner Macht mißachtet werden könnten. Von Isolierung könnte keine Rede sein; mit zwei großen Mächten stände das Reich in festem Bundesverhältnis, mit fünf andern unterhielte es freundschaftliche Beziehungen; sein Verhältnis zu Frankreich sei ruhig und friedlich und werde es, soweit das von Deutschland abhängt, auch bleiben. Um ein Stück Marokko zu erwerben, hätte das Reich vielleicht vom Leder ziehen müssen, und um solchen Grund das Land in Abenteuer zu stürzen, wäre Leichtsinn. Die ungeduldigen Kritiker, die fragten, was aus der kaiserlichen Weltpolitik geworden sei, wenn sich andre Staaten ohne Rücksicht auf deutsche Interessen über alte Streitfragen einigten, waren ganz dieselben, die in unsinniger Hetze gegen England alles getan hatten, um in England die Neigung zur Verträglichkeit zu ersticken.

In der Tat war dem Deutschen Reich durch die Umstände, den ostasiatischen Krieg und das Abschwenken Englands vom Dreibund an die französische Seite, eine Politik der Reserve auferlegt. In der öffentlichen Meinung Deutschlands herrschte unter amtlichem Einfluß im Einklang mit den Äußerungen des Kanzlers im Reichstag durchaus die Ansicht, daß es abenteuerlich wäre, das Land um Marokko in einen Krieg zu stürzen. Das Verhältnis des Deutschen Reichs zur Französischen Republik war so wenig gestört, daß es in Paris und Berlin noch Ende April 1904 ernsthafte Leute gab, die eine **Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem Präsidenten Loubet** in den italienischen Gewässern für möglich hielten.

Über diese Episode ist seinerzeit in den Kanzleien und dann auch in der Presse mancherlei gemunkelt worden. Als aus der Begegnung nichts wurde, versuchten einzelne Blätter es so darzustellen, als ob ein Annäherungsversuch des Kaisers an dem kühlen Stoizismus des Präsidenten gescheitert sei. Die Geschichte

entwickelte sich wie folgt: Für den April 1904 stand eine Mittelmeerfahrt des Kaisers in Aussicht. Im selben Monat wollte der Präsident den Besuch des Königs von Italien erwidern, bei dem im vergangenen Sommer in Paris die „glücklich vollendete Annäherung“ Italiens und Frankreichs gefeiert worden war. Die Idee, die günstige Gelegenheit für eine Zusammenkunft der Staatsoberhäupter Frankreichs und Deutschlands in den italienischen Gewässern wahrzunehmen, entstand im Kopfe des Fürsten von Monaco, der wegen seiner Liebhaberei für Tiefseeforschungen und Wassersport beim Kaiser in Gunst stand und zugleich mancherlei Beziehungen mit den Größen in Paris unterhielt. Bei einer Einladung des Präsidenten nach Monaco sprach der Fürst von der bevorstehenden Kaiserfahrt nach dem Süden, deren Ende ungefähr mit dem Aufenthalt des Präsidenten in Italien zusammenfallen werde, worauf der Präsident den Wunsch aussprach, den Kaiser persönlich kennenzulernen, zugleich aber auch Zweifel äußerte, ob die Nationalisten und Klerikalen in Frankreich einen solchen Schritt ruhig hinnehmen würden.

Gleichwohl erkundigte sich der Präsident im Laufe des Februar wiederholt in gelegentlichen Gesprächen mit dem Botschafter Fürsten Radolin nach dem Reiseprogramm des Kaisers. Außer der Ankunft in Neapel (24. März) mit der Begrüßung durch den König Viktor Emanuel war über den Aufenthalt im Mittelmeer, der Landbesuche an den Gestaden Kalabriens, Siziliens und Apuliens einschließen sollte, kein bestimmter Reiseplan festgesetzt. Es bestand aber die Wahrscheinlichkeit, daß der Kaiser zur Zeit der Reise des Präsidenten nach Rom und Neapel noch in den italienischen Gewässern sein werde. Schon Anfang April tauchte in italienischen und französischen Blättern die Nachricht auf, es stehe eine Begegnung des Kaisers und des Präsidenten, an der vielleicht auch der König von Italien teilnehmen werde, bevor. In der Tat hatte der Minister des Auswärtigen, Tittoni, die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft zu dreien freudig begrüßt, eine förmliche Anregung Italiens mußte aber von Sondierungen bei der Pariser Regierung abhängen. Zu einem

italienisch-französischen Vorschlag, der für die deutsche Regierung die Voraussetzung für ein weiteres Eingehen auf das Projekt bildete, kam es offenbar deshalb nicht, weil der Minister Delcassé und der Botschafter Barrère aus Furcht vor heftigem Widerspruch der nationalistischen und klerikalen Kreise in Frankreich dagegen waren.

Der Besuch Loubets in Rom versprach aufs glänzendste zu verlaufen. Was aber die italienischen Radikalen zu besonderem Enthusiasmus reizte, daß nämlich das Staatsoberhaupt des allerchristlichsten Frankreichs, des Beschützers des Kirchenstaats, dem Papst im Vatikan keinen Besuch abstattete, war den Klerikalen in Frankreich ein großes Ärgernis, und wäre dazu noch eine Begegnung mit dem Kaiser gekommen, so hätte es sicherlich nicht an heftigen Gegenkundgebungen in Paris gefehlt. Um auch ein zufälliges Begegnen der Kaiserjacht und des französischen Geschwaders mit dem Präsidenten an Bord zu vermeiden, ließ sich der Kaiser vom Kanzler dazu bestimmen, die Rückreise von Sizilien über die Adria zu machen und in Venedig, statt, wie beabsichtigt war, in Genua, zu landen. Als sich Loubet am 28. April in Neapel vom König Viktor Emanuel verabschiedete, hielt der soeben über Venedig zurückgekehrte Kaiser eine Ansprache an den Oberbürgermeister von Karlsruhe, in der er die Hoffnung auf Erhaltung des europäischen Friedens und zugleich die Zuversicht in den Mut und die Einigkeit des deutschen Volkes für den Fall ausdrückte, daß es notwendig werden sollte, in die Weltpolitik einzugreifen. Die Neigung, sich persönlich kennenzulernen und mit dem Schauspiel einer Begrüßung auf dem Meere die Friedenshoffnung ihrer Völker zu stärken, war also auf beiden Seiten, beim Kaiser wie beim Präsidenten, vorhanden. Aber — „sie konnten zueinander nicht kommen, das Wasser war viel zu tief“. (Bd. 20, Kap. 142, Anhang).

Aber auch auf der englischen Seite wünschte man nicht, das Kolonialabkommen mit Frankreich als eine Unfreundlichkeit gegen Deutschland erscheinen zu lassen. Vielmehr empfahlen bei der Beratung des Abkommens im Parlament mehrere Redner der Opposition, darunter Sir Edward Grey, unter der vollsten

Zustimmung Lord Lansdownes, jenes als praktisches Muster für andre Fälle von Streitigkeiten mit rivalisierenden Nationen zu gebrauchen, und der Premierminister Balfour trat ausdrücklich der Ansicht entgegen, daß die englisch-französische Entente unvereinbar mit einem freundlichen englisch-deutschen Abkommen sei. Ganz aufrichtig waren diese Versicherungen allerdings nicht, wenigstens insoweit nicht, als dabei gewisse geheime Klauseln zu dem Vertrag mit Frankreich verschwiegen werden mußten, die sich, wie wir noch sehen werden, gegen die deutschen Interessen in Marokko richteten.

Bald darauf folgte König Eduard einer Einladung des Kaisers zu den Regatten in Kiel. Alte persönliche Verstimmungen zwischen Onkel und Neffen schienen geschwunden zu sein. Das Kieler Fest verlief äußerlich in bester Harmonie. Der Kaiser sprach in seinem ersten Trinkspruch offen von der deutschen Flotte und ihren friedlichen Zwecken. Der König erwiderte als deutscher Ehrenadmiral herzlich mit den Worten: „Möchten unsre beiden Flaggen bis in die fernsten Zeiten, ebenso wie heute, übereinander wehen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Wohlfahrt nicht allein unsrer Länder, sondern auch aller andren Nationen.“ Auf einem mit vertrauensvollen Marinereden gewürzten Abschiedsmahle beim Prinzen Heinrich versicherte der König, daß er mit den angenehmsten Eindrücken nach England zurückkehre. Von einer englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland war hier noch nichts zu spüren. Aber höfische Freundlichkeiten konnten so wenig wie einladende oder beschönigende Parlamentsreden darüber hinwegtäuschen, daß von der entente cordiale für Deutschland nur nachteilige Wirkungen zu erwarten waren: sie entwertete die alte deutsch-englische Freundschaft, lockerte den Dreibund und stärkte die französischen Hoffnungen auf Vernichtung des Frankfurter Friedens.

Während des Sommers 1904 setzten Frankreich und Spanien ihre noch nicht abgeschloßenen Verhandlungen über die Teilung Marokkos fort. Zwar hatten sich beide Mächte schon im November 1902 auf einen Entwurf geeinigt, der Spanien

ein größeres Einflußgebiet gewährte, als es später erlangt hat, und in dem vorgesehen war, daß Spanien dem Deutschen Reiche einen Hafen an der atlantischen Küste — Casablanca oder Rabat — pachtweise überlassen könnte. Aber nach dem Sturze des Ministeriums Silvela (20. Juli 1903) hielt starker Londoner Druck die Königin-Regentin Marie Christine ab, ihren Namen unter den Vertrag zu setzen. Das Ergebnis der neuen spanisch-französischen Verhandlungen stellte sich zunächst in einer am 5. Oktober 1904 veröffentlichten „Erklärung“ beider Mächte dar, in der gesagt war, daß sie ein Abkommen über den Umfang ihrer Rechte und die Garantien ihrer Interessen in Marokko geschlossen hätten. Außerdem versicherten beide Teile, daß sie unverändert an der Integrität Marokkos unter der Souveränität des Sultans festhalten würden. Das erwähnte Abkommen wurde geheimgehalten und kam erst viel später an die Öffentlichkeit. In vollem Widerspruch zu der öffentlichen „Erklärung“ über die Unversehrtheit Marokkos und die Oberherrschaft des Sultans sprach das geheime Abkommen Spanien, wenn sich der Status quo in Marokko nicht aufrechterhalten ließe, unter einigen nebensächlichen Klauseln das Recht des Handelns (action) zu, ähnlich wie der französisch-englische Vertrag vom 8. April 1904 Frankreich das Recht zuerkannt hatte, über die Ruhe und Ordnung in Marokko zu wachen. Das Recht des Handelns war nichts anderes als eine täuschende Umschreibung der tatsächlichen Teilung des marokkanischen Reichs.

Dazu kam in dem spanisch-französischen Geheimabkommen noch eine besondere Bestimmung, die darauf abzielte, jede territoriale Beteiligung Deutschlands auszuschließen. Diesen Punkt deutete ein Pariser Blatt, das „Journal des Débats“, in folgenden Sätzen deutlich genug an: „Es mußte vermieden werden, daß Marokko zwischen uns und unsern südwestlichen Nachbarn eine Entfremdung hervorrief, wie sie Tunis zwischen Frankreich und Italien hervorgerufen hatte. Nachdem man durch die neue französisch-italienische Annäherung dem Dreibund seinen frühern beunruhigenden Charakter genommen hatte, wäre es ganz unvorsichtig gewesen, das wiedergewonnene

Terrain von neuem aufs Spiel zu setzen, indem wir uns an einer andern Grenze einen Feind schufen. Eine doppelte Gefahr wäre dann für uns zu fürchten gewesen, daß sich Spanien Deutschland zuwandte, und daß es ihm eines seiner jetzigen Presidios in der Nähe Algeriens, z. B. als Kohlenstation, abließ.“ Tatsächlich hatte sich Spanien in dem Geheimabkommen verpflichten müssen, unter keinen Umständen die Hilfe einer fremden Macht in Anspruch zu nehmen. Noch genauer hieß es in dem erst 1911 öffentlich bekanntgewordenen Geheimabkommen zu dem französisch-englischen Vertrag vom 8. April 1904, daß Spanien, der Teilungspartner Frankreichs, sich verpflichten müsse, keines der seinem Einfluß unterstellten marokkanischen Gebiete weder ganz noch teilweise in andre Hände übergehen zu lassen. (Bd. 20 Kap. 144).

Wo blieben bei solchen Vorbereitungen zur Aufteilung Marokkos die international geregelte Selbständigkeit der Sultanherrschaft, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die offenen Türen an der Küste? Der Zeitpunkt rückte näher, wo sich die deutsche Regierung entscheiden mußte, entweder die Verschleierungen und Widersprüche zwischen Schein und Wesen hinzunehmen oder aus der vom Kanzler angekündigten Politik der Ruhe und Reserve herauszutreten. Klein begeben oder Auftrumpfen war die Frage.

Während sich die deutsche Politik noch bis tief in den Winter 1904/5 hinein abwartend verhielt, ging Delcassé alsbald nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Spanien daran, den Sultan für den größten Teil seines Reichs unter französische Überwachung zu stellen. Um Neujahr 1905 wurde der Vertreter Frankreichs in Tanger, Saint-René Taillandier, in besonderer Mission nach Fes entsandt, um dem Sultan ein Militärprogramm und eine Reihe scharfer Forderungen über Anleihedienst, Zollkontrolle, Vergebung öffentlicher Arbeiten usw. vorzulegen. Bei Ausführung des Auftrags sollte sich der Gesandte darauf berufen haben, daß Frankreich von den europäischen Mächten ein Mandat zur Ordnung der militärischen und zivilen Verwaltung in Marokko erhalten hätte. Der Sultan bestätigte diese Angabe

gegenüber dem Kaiserlichen Konsul Vassel in Fes, der Gesandte bestritt sie, in Deutschland glaubte man dem Sultan, in Frankreich natürlich dem Gesandten. Jedenfalls war Delcassé in dem Glauben befangen, daß er keinen deutschen Einspruch mehr zu gewärtigen hätte und daß Frankreich nach den Verträgen mit England und Spanien die politische Protektorrolle ohne Rücksicht auf die durch die Madrider Konvention von 1880 geschützten wirtschaftlichen Interessen der Fremden durchführen könnte. Die ihm ergebenden Organe, wie „Journal des Débats“, sprachen es offen aus, daß Marokko das Gegenstück zu Tunis werden sollte. Das bedeutete praktisch den Ausschluß aller nichtfranzösischen Bewerber bei Vergebung von Regierungsaufträgen und wirtschaftlichen Konzessionen und überhaupt ihre Verdrängung aus dem marokkanischen Geschäftsleben.

Nunmehr setzte die deutsche Gegenaktion ein. Für das deutsche Hervortreten wurde die eindrucksvollste Form gewählt, sie erinnerte an die Positur eines alten Landsknechts: die Beine breit, das Schwert dazwischen und die Hände auf dem Knauf. Auf den Rat des Kanzlers, der selbst von Herrn v. Holstein beraten war, ließ sich der Kaiser ungern bewegen, auf seiner mit dem Besuche des Königs von Portugal in Lissabon begonnenen Mittelmeerfahrt Tanger anzulaufen. Noch auf der Reede von Tanger bei hochgehender See zögerte der Kaiser, an Land zu gehen, bis der Sekretär der Gesandtschaft v. Kühlmann mit Depeschen aus Berlin an Bord kam und von den Vorbereitungen zum Empfang an Land berichtete. Der zweistündige Aufenthalt verlief würdig. Deutsche, Mauren und Spanier waren begeistert, auch die englische Kolonie hatte einen Triumphbogen errichtet, das französische Element verhielt sich höflich und korrekt. Auf die Ansprache des Onkels des Sultans, Mulay Abdelmalek, erwiderte der Kaiser: der Besuch gelte dem Sultan als einem unabhängigen Herrscher, er hoffe, ein freies Marokko werde, ohne Monopole und Annexionen, dem friedlichen Wettbewerb aller Nationen offen bleiben, er werde alles tun, was in seiner Macht stehe, um wirksam die deutschen Interessen in Marokko zu schützen.

Die Reise des Kaisers und sein Auftreten in Tanger machten in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen. Überall fragte man, welcher Zweck damit verfolgt werde. Sollte es der Auftakt sein zu einem Kriegsgetümmel inmitten Europas in demselben Augenblick, in dem der Russisch-Japanische Krieg zu Ende ging? Anfang des Jahres 1905 hatten die Japaner Port Arthur erobert, Ende Februar hatte die große Entscheidungsschlacht bei Mukden begonnen, die 14 Tage dauerte und mit der völligen Niederlage der Russen endete. Oder wollte man in Berlin die Zeit der Ohnmacht des obendrein noch von innern Unruhen bedrohten Bundesgenossen Frankreichs dazu benutzen, um dem fortgesetzten Trachten des Ministers Delcassé und der französischen Nationalisten nach Wiedereroberung Elsaß-Lothringens durch scharfen Druck zu einem förmlichen Verzicht auf die Revanche zu nötigen? Tatsächlich hat niemand in Berlin an Krieg mit Frankreich gedacht. Trotz der gespannten Lage findet sich in den deutschen Akten keine Spur von Kriegslust. Man wollte nur acte de présence machen, gegen die fortgesetzte Ignorierung deutscher Interessen und gegen das stürmische Vorgehen des französischen Ministers in Marokko demonstrieren und vielleicht, wenn möglich, Garantien für Gleichberechtigung in Marokko erlangen. Wilhelm II., der überhaupt den Wert Marokkos nicht hoch schätzte, hatte ein richtiges Gefühl, als er, trotz seiner Vorliebe für großartige Gesten, einen gewissen Widerwillen gegen die „theatralische Tangerfahrt“ zeigte. Der Einsatz der Person des Reichsoberhauptes war zu groß für eine bloße, immerhin nicht ungefährliche, Demonstration, zumal da sie sich gleichzeitig gegen England richtete. Am 6. April 1905 erklärte Lord Lansdowne dem deutschen Botschafter, England werde Frankreich in Konflikten über Marokko über die englische Vertragsverpflichtung hinaus beistehen.

Das mystische Dunkel, das in der breiten Öffentlichkeit über den eigentlichen Zweck der Tangerfahrt bestand, ließ natürlich allerlei törichte Gerüchte entstehen, und der deutsche Kanzler trug selbst dazu bei, mit der Weisung an das Auswärtige Amt, fremden Diplomaten auf Anfragen

gar nichts zu erklären, sondern die Sphinx zu markieren!! (24. März 1905.) [Bd. 20, Kap. 146].

Für die große Masse des deutschen Volkes war Marokko Hekuba, und für die nationale Prestigefrage, die sich aus der Delcasséschen Ignorierung deutscher wirtschaftlicher Rechte ergab, hätte sich im Kriegsfall schwerlich die notwendige allgemeine Begeisterung entzünden lassen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei unterhielt mit den französischen Sozialisten unter Jaurès enge Fühlung und lehnte den Gedanken eines Krieges um Marokko schroff ab. Auf ihre Einladung sollte Jaurès nach Berlin kommen und in einer öffentlichen Versammlung über die Aufgaben des Proletariats zur Erhaltung des Weltfriedens sprechen. Für die auswärtige Politik hätte das Auftreten dieses scharfen Gegners der Delcasséschen Marokkopolitik und aufrichtigen Freundes einer deutsch-französischen Annäherung in Berlin von Nutzen sein können. Der Kanzler schwankte, ob er es zulassen oder verhindern sollte, bis der innere Kampf gegen die Sozialdemokratie den Ausschlag gab. Jaurès nahm die Absage hin, ohne sich in seinem Werke der Friedentiftung und in den Warnungen seiner Landsleute vor „heimtückischer Feindseligkeit“ gegen Deutschland irremachen zu lassen.

Am selben Tage (31. März), an dem der Kaiser vor Tanger erschien, hielt Delcassé, ohne die Kaiserfahrt zu berühren, in der Kammer eine Beschwichtigungs- und Rechtfertigungsrede, in der er anerkannte, daß fremde Nationen Ansprüche auf Sicherung ihrer Handelsinteressen in Marokko erheben könnten. Es bestand bereits eine Opposition gegen ihn, die ihm vorwarf, ohne Not die berechnete Eigenliebe Deutschlands gefährlich verletzt zu haben. Die Sozialisten unter Jaurès verlangten größere Klarheit und drängten Delcassé zu einer zweiten Rede, in der er versicherte, daß Frankreich dem Sultan von Marokko nur Vorschläge machen, sonst niemand schaden und in Erörterungen über etwaige Mißverständnisse mit dritten Mächten eintreten wollte. Die Kaiserrede in Tanger hatte aber schon die deutsche Politik auf den internationalen Charakter der Marokko-

frage festgelegt, und Holstein sorgte mit seinem ganzen Einfluß dafür, daß von dem Rechtsstandpunkt, nach dem alle Beteiligten der Madrider Konvention, am besten auf einer vom Sultan vorzuschlagenden Konferenz, mitzusprechen hätten, nicht abgewichen würde.

Der deutsche Anspruch, als Vertragsmacht der Madrider Konvention bei der von Frankreich geplanten „Tunifikation Marokkos“ befragt zu werden, war völkerrechtlich einwandfrei. Stillschweigend die deutschen Interessen in Marokko preiszugeben, ging nicht wohl an, weil dann, wie der Kanzler in einem Erlaß an den Botschafter in London hervorhob, die zuschauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten bei andern vielleicht größeren Fragen ermuntert werden würde. Die sehr anstößigen Geheimklauseln in den Verträgen mit England und Spanien waren damals noch nicht bekannt; wären sie es gewesen, so hätte die Tangerfahrt nicht so herausfordernd gewirkt.

Sucht man das Drum und Dran vor und nach der Tangerfahrt in einen klaren Zusammenhang zu bringen, so stößt man auf mancherlei Widersprüche und Absonderlichkeiten. Zwar trat das Hauptmotiv deutlich hervor: den Verlust von Ansehen, der durch das Delcassésche Beiseiteschieben des Deutschen Reichs bei der Regelung einer Frage von weltpolitischer Bedeutung herbeigeführt war, möglichst sichtbar wieder auszugleichen. Holstein war aber so verbissen in seine Idee, die Marokkofrage könne nur von einer vom Sultan einberufenen internationalen Konferenz gelöst werden, daß er jede Abweichung von dieser Linie als eine Niederlage gleich der von Olmütz und Faschoda bezeichnete (April 1905).

Nachdem der Sultan von Marokko die an der Madrider Konvention beteiligten Mächte zu einer Konferenz nach Tanger eingeladen hatte (28. Mai 1905), teilte der französische Ministerpräsident Rouvier der deutschen Regierung mit, er sei bereit, den Rücktritt des Herrn Delcassé aus seinem Ministerium herbeizuführen, in der Erwartung, daß Deutschland dann mit dem Nachfolger freundliche Beziehungen unterhalten werde. Statt diesen starken Beweis von gutem Willen freundlich aufzunehmen,

hielt Graf Bülow auf Betreiben Holsteins an dem bisherigen Standpunkt fest, wonach man vor allem keinen Zweifel darüber mehr bestehen lasse, daß ohne Zustimmung aller Signatarmächte der Madrider Konvention an der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen nichts geändert werden könne.

Während des April und Mai 1905 zitterte die Erregung in der öffentlichen Meinung beider Länder noch heftig nach, die Regierungen hielten für gut, zunächst eine Zeit der Beruhigung eintreten zu lassen. Deshalb trat auch Delcassé eine Weile in den Hintergrund und überließ die Behandlung der Marokkofrage im Verkehr mit der deutschen Botschaft dem Ministerpräsidenten Rouvier. Dieser gab, unterstützt von angesehenen Parlamentariern, wie Jean Dupuy, dem Besitzer des „Petit Parisien“, wiederholt Beweise eines ehrlich versöhnlichen Geistes. Am 28. April ließ er den Fürsten Radolin wissen, eine Konferenz wäre ihm nicht sympathisch, zweckmäßiger schiene ihm eine französische Zirkularnote an die Signatarmächte, wenn ein solcher Schritt in Berlin genehm wäre. Sollte die Mehrheit der beteiligten Mächte sich der Aktion Frankreichs in Marokko nicht geneigt zeigen, dann würde Frankreich eben nicht nach Marokko gehen. Auch bemühte er sich mehrmals, zu erfahren, welche Konzessionen Deutschland etwa für den Verzicht auf eine Konferenz wünsche, und zeigte sich sogar bereit, auf ein allgemeines Abkommen über streitige Kolonialfragen einzugehen.

Im April hatte der Botschafter gemeldet, daß Rouvier das Gebaren des Herrn Delcassé in der Marokkofrage mißbillige und geneigt sei, ihn bald auszuschiffen. Unter Berufung auf diese Meldung wurde der erste Sekretär der Botschaft, v. Miquel, am 30. Mai 1905 angewiesen, den französischen Ministerpräsidenten als Vertrauensbeweis auf die durch das Verbleiben Delcassés auf seinem Posten erregte Stimmung aufmerksam zu machen und zugleich ihm eine Reihe von Verstößen und Unfreundlichkeiten Delcassés mitzuteilen. Aus „Etiketterücksichten“ und im Interesse der persönlichen Stellung des Botschafters sollte nicht dieser, sondern der Botschaftssekretär dies Sündenregister, das sich auf

fünf Fälle aus der siebenjährigen Amtszeit Delcassés erstreckte, Herrn Rouvier vortragen.

Für das aufrichtige Bemühen Rouviers, eine ernsthaftige Ausöhnung herbeizuführen, ist es endlich auch bezeichnend, daß er unmittelbar nach dem Rücktritt Delcassés und seiner Übernahme des Auswärtigen den Fürsten Radolin bitten ließ, die Berliner Regierung zu einer Erklärung zu veranlassen, daß sie beabsichtige, ihm gegenüber eine freundschaftliche Politik zu verfolgen (Bd. 20, Kap. 149).

Man hätte nun, nachdem Rouvier Herrn Delcassé gestürzt und damit die dem Deutschen Reich durch Delcassés Ignorierung deutscher Interessen zugefügte Minderung des deutschen Ansehens wiedergutmacht hatte, erwarten können, daß man in Berlin seine schwierige Stellung zu erleichtern gesucht hätte. Graf Bülow ließ jedoch durch den Botschafter Fürsten Radolin in Paris erklären, Frankreich möge vor allem die Konferenz bedingungslos annehmen, womit die von Frankreich ausgegangene Herausforderung erst ausgeglichen sei. Der Botschafter fügte sogar die Drohung hinzu, Deutschlands ganze Macht stehe hinter dem Sultan von Marokko!! In einer Unterredung mit dem französischen Botschafter Bihourd in Berlin sprach Graf Bülow die ernste Warnung aus, noch länger auf einem Wege zu verharren, der an Abgründen und Schlünden hinführe, worauf Rouvier die Konferenz annahm (Bd. 21, Kap. 151).

Seine Revanche für diese rauhe Behandlung nahm Herr Rouvier nach Schluß der Vorverhandlungen über das Konferenzprogramm (Ende September). Als nämlich Fürst Radolin die Bereitwilligkeit seiner Regierung erklärte, sich jetzt auch über andre Kolonialfragen, wie die von Rouvier früher angeregte Abgrenzung von Kamerun und die Bagdadbahn, zu einigen, gab Rouvier die kühle Antwort, das habe er in der Tat früher vorgeschlagen unter der Voraussetzung, daß die Konferenz unterbleibe und Deutschland und Frankreich unter sich die Marokkofrage freundschaftlich erledigen würden. Jetzt, nach seiner Annahme der Konferenz, ziehe er es vor, zu warten, was aus der Konferenz herauskomme.

Rouvier fühlte also richtig voraus, daß die Konferenz zugunsten Frankreichs verlaufen würde, wogegen Holstein bei seiner eigensinnigen Versessenheit auf die Konferenz die Illusion hegte, daß die Unanfechtbarkeit des deutschen Rechtsstandpunktes schließlich in Algeciras doch siegen werde, vielleicht mit Hilfe des Präsidenten Roosevelt als Anhänger von open door. Zu einem für Deutschland günstigen Ende der Konferenz konnte es nicht kommen, nachdem in den Vorverhandlungen des Sommers 1905 schon ein beträchtliches Zugeständnis an Frankreich gemacht worden war. In dem Protokoll vom 8. Juli 1905 war, neben der Unabhängigkeit des Sultans, der Unverletzlichkeit seines Landes, der wirtschaftlichen Freiheit und der Nützlichkeit von Reformen, auch das besondere Interesse anerkannt worden, das Frankreich wegen seiner ausgedehnten Grenznachbarschaft an der Ordnung im scherifischen Reiche habe. Damit hatte Rouvier schon ein wertvolles Vorrecht für Frankreich erworben (Bd. 20, Kap. 148).

Vor dem Sturze Delcassés hatten englische Blätter ihr Möglichstes getan, um den für England so wertvollen Minister zum Ausharren auf seinem Posten zu bestimmen. Von einzelnen englischen Blättern war sogar militärische Hilfe für den Fall eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht gestellt. Nach dem Abgang Delcassés gestand der Pariser „Temps“, daß es allen verständigen Franzosen bei der englischen Kriegstreiberei unheimlich geworden sei, und daß sich eine große Nation wie Frankreich nicht in einen Krieg einlassen dürfe, „um die Geschäfte einer dritten Macht zu besorgen“. Das war im Frühjahr.

Aber sowohl der Übermut Delcassés bei seinem Vorgehen in Marokko wie auch die weiche Haltung Rouviers gegenüber der schroffen Behandlung, die er aus Berlin erfuhr, kamen erst ins volle Licht durch die Enthüllungen, die der nach seinem Sturze von allen Seiten angegriffene und tief verbitterte Mann im „Gaulois“ (Juli 1905) und dann im „Matin“ (Oktober 1905) machte. Daraus geht hervor, daß er in der entscheidenden Ministersitzung vom 4. Juni 1905 sich auf sichere englische Waffen-

hilfe berief und, gestützt auf erhaltne Zusagen, es in der Konferenzfrage auf Krieg mit Deutschland ankommen lassen wollte. Zunächst blieb es bestritten, was er über die Art der in Aussicht genommenen englische Waffenhilfe (Blockade der Elbmündung, Besetzung von Schleswig mit 100 000 Mann) behauptet hatte. „So haben wir“, schrieb Jaurès, „das Einvernehmen mit England nicht verstanden. Delcassé hat bei der englischen Regierung den Eindruck hervorgerufen, daß er zu allem bereit sei, und die englische Regierung hat bei dem eiteln Manne die Rolle des Versuchers gespielt.“ Aus den in Brüssel aufgefundenen Aktenstücken wissen wir, daß der britische Militärattaché Barnadiston im Januar 1906 dem belgischen General Ducarme mitteilte, England habe für den Fall eines Angriffs Deutschlands auf Belgien die Landung von 100 000 Mann in Calais und Dünkirchen vorgesehen. Das waren wohl dieselben 100 000 Mann, die Delcassé in seiner Enthüllung erwähnte. Wahrscheinlich ist der ursprünglich gegen den Nordostseekanal gerichtete Landungsplan später zugunsten der flandrischen Küste auf französischen Wunsch geändert worden.

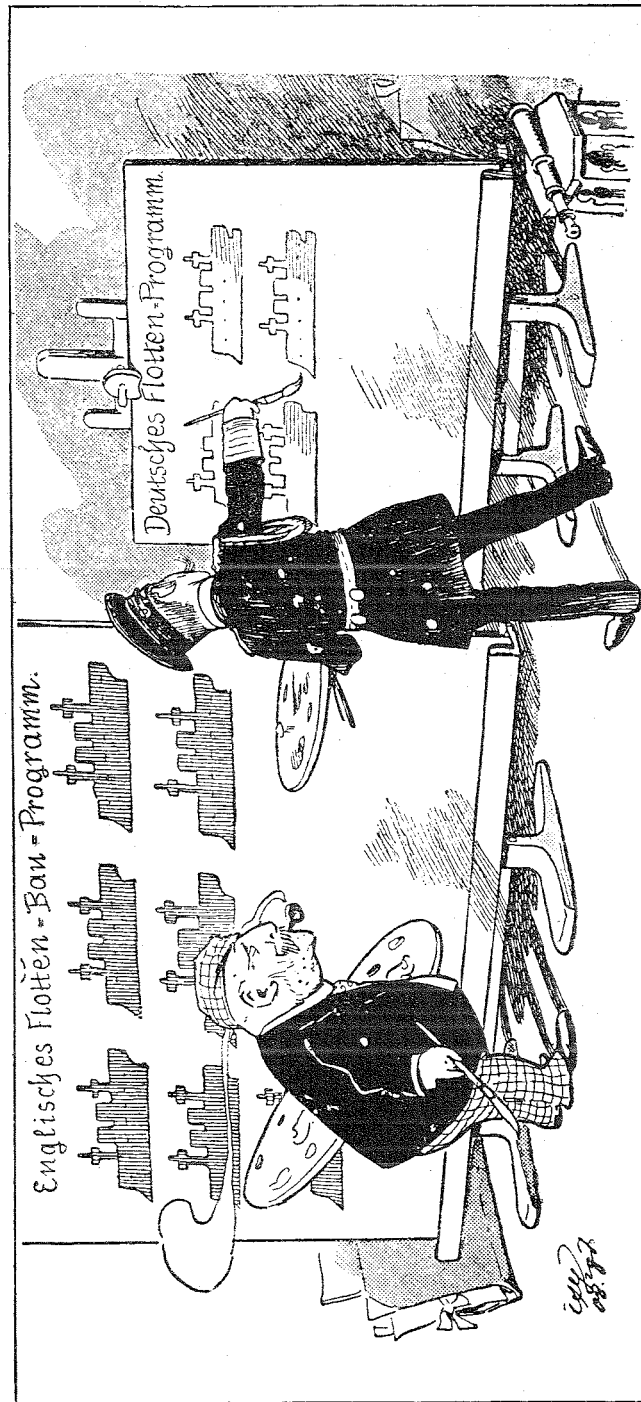
Während der größte Teil der Franzosen nach der Tangerfahrt und später unter dem Einfluß Rouviers und Jaurès' ernst und nachdenklich gestimmt war, kamen allmählich während der langen diplomatischen Verhandlungen und infolge der deutschen psychologischen Mißgriffe die alten feindseligen Gefühle wieder obenauf. Zu diesem Umschwung trug die von Delcassé bezeugte Kriegsfreundschaft mit England gewiß nicht wenig bei. Die junge, nach 1870 geborne Generation kehrte sich von dem Pazifismus der Alten und den deutschfreundlichen Bestrebungen der sogenannten Humanitaristen der vorangegangenen Periode ab. An Stelle der Verehrer deutscher Geistesart: Renan, dem es beim Studium des geistigen Lebens Deutschlands im vorigen Jahrhundert war, als wäre er in einen Tempel eingetreten, ferner Taine, Monod u. a., traten die Léon Daudet und Barrès und feuerten den kriegerischen Sinn und den Stolz der Franzosen auf ihre vermeintliche kulturelle Überlegenheit gegenüber den deutschen „Barbaren“ von neuem an.

Außerordentlich förderlich für den neuen Geist in Frankreich erwies sich die von Holstein aufgebrachte Geiseltheorie. Sie erschien zuerst in einem Artikel der „Kreuzzeitung“ von Th. Schieman in folgender Form: Man sei in Deutschland einig darüber, daß, wenn man in Konflikt mit England geriete, dies in seinem Ursprung Frankreich zu verdanken wäre, weshalb Deutschland einen solchen Krieg nicht anders als in Frankreich führen würde. Die Pariser Presse griff die Drohung der „Kreuzzeitung“, die sich mit der Geiseltheorie Holsteins deckte, auf und verdammt aufs heftigste den „Schiemanismus“ der deutschen Politik. In der Tat konnte es für die Franzosen kaum etwas Aufreizenderes geben. Die Wirkung war entgegengesetzt den Bemühungen Bülow's, ein bessres gegenseitiges Verstehen beider Völker herbeizuführen. Selbst Jaurès konnte sich der tiefen Erregung über die Geiseltheorie nicht entziehen. Sein Kampf gegen die Revanche ließ nach, und noch 1909 hielt er über die Drohung, daß Frankreich in einem deutsch-englischen Kriege der erste Leidtragende sein würde, eine entrüstete Rede. So waren schon auf dem Wege nach Algeciras die großen Sentiments in Frankreich gegen Deutschland, und es begann jener innre Prozeß, der in den sogar von verständnisvollen Dichtern wie Romain Rolland geteilten Glauben an den gewalttätigen Hochmut des deutschen Imperialismus auslief.

2. Björkö. Das Flottengespenst. Algeciras.

Der Ausbruch des **Russisch-Japanischen Krieges** brachte für die europäische Politik des Deutschen Reiches insofern eine große Erleichterung, als der Störenfried im Nahen Orient auf längere Zeit im Fernen Osten festgelegt war. Deutschland hatte gegenüber beiden kriegführenden Parteien keinerlei vertragsmäßige Verpflichtungen, nach beiden Seiten hin konnte es Neutralität bewahren. Auch England konnte sich zunächst neutral erklären, nach dem englisch-japanischen Bündnisvertrag

Englische und deutsche Aquarellierkunst oder: „Der talentvolle Schüler.“



Der Onkel: „Willi, Deine kleine Marineskizze ist zu nett! — Offen gesagt: ich würde es bei dem Entwurf lassen!“

Englisches und deutsches Flottenbauprogramm.

(Aus dem „Flottenratsch“ 1908, Nr. 38)



Panik in England.

„Alright, Sir, neue Dreadnaughts her! Es droht der Weltfrieden!“

Von E. Thöny. (Aus dem „Simplizissimus“.)

vom 30. Januar 1902 sollte der Bündnisfall erst gegeben sein, wenn der eine Bundesgenosse mit einer dritten Macht in kriegerische Verwicklungen geriete (s. oben S. 101). Gleichwohl ergaben sich im Verlaufe des ostasiatischen Krieges Lagen, in denen Deutschland bei seiner für Rußland wohlwollenden Neutralität in Konflikt nicht nur mit dem kriegführenden Japan, sondern auch mit dem neutralen England kommen konnte. Das war namentlich der Fall beim Auslaufen des baltischen Geschwaders nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatz. Das Geschwader, das die Besetzung von Port Arthur durch die japanische Flotte verhindern sollte, trat die Reise im Oktober 1904 unter dem Befehle des Admirals Roschdeswenski an. Der Zwischenfall an der Doggerbank in der Nähe von Hull, wo der russische Admiral in dem Glauben, Japaner vor sich zu haben, englische Fischerboote beschießen ließ, gab Anlaß zu der Verdächtigung, daß deutsche Hände dabei im Spiele gewesen wären. Große Schwierigkeiten bereitete die Versorgung des Geschwaders mit Kohle auf seiner langen Seefahrt. Anfang Dezember 1904 schlugen Londoner Blätter Lärm darüber, daß die Hamburg—Amerika-Linie die Kohlenversorgung übernommen hatte. Die englische Regierung drohte, das Auslaufen deutscher Kohlenschiffe aus englischen Häfen zu verbieten, mit der Begründung, daß die deutsche Kohlenversorgung aus englischen Häfen zugunsten von Rußland den Bündnispflichten Englands gegenüber Japan zuwiderlaufe. In einem Briefe an Nicky vom 7. Dezember 1904 erklärte der Kaiser, daß er angesichts einer solchen Gefahr eines Krieges mit England und Japan vom Zaren absolut positive Garantien fordern müsse, andernfalls werde er die Kohlenlieferung an das baltische Geschwader durch die deutschen Reedereien verhindern.

Ein zweiter Fall, in dem die Korrektheit der neutralen Haltung Deutschlands in Frage kam, ereignete sich nach der Ankunft des baltischen Geschwaders in den ostasiatischen Gewässern. Bei dem Seesieg der Japaner vor Port Arthur waren drei russische Schiffe nach dem deutschen Tsingtau geflohen. In einer Unterhaltung, die keinen offiziellen Charakter hatte, äußerte sich Lord Lansdowne sehr besorgt darüber, daß über die Behandlung der

geflüchteten Schiffe Streit zwischen Deutschland und Japan entstehen und Japan sich bei England auf den casus foederis berufen könnte. Er war sehr befriedigt, als ihm Graf Metternich alsbald mitteilte, daß nach den völkerrechtlichen Regeln die russischen Schiffe entwaffnet wären und die Besatzungen festgehalten würden.

Mit den absoluten Garantien, die der Kaiser in dem Briefe an den Zaren vom 7. Dezember 1904 forderte, hat es folgende Bewandnis:

Am 27. Oktober 1904 schrieb der Kaiser an den Zaren mit Vorwissen des Grafen Bülow, im Hinblick auf die Gefahr eines Konflikts mit England wegen der Kohlenversorgung empfehle es sich, Frankreich auf seine im Zweibund übernommenen Pflichten hinzuweisen; obgleich Delcassé ein begeisterter Anhänger Englands sei, würde er doch begreifen, daß die britische Flotte ganz außerstande sei, Paris zu schützen. Dieser Gedanke deckte sich ungefähr mit der obenerwähnten Geiseltheorie Holsteins. Auf diese Weise würde sich eine mächtige Gruppe von drei der stärksten Kontinentalmächte bilden. Vorher, am 24. Oktober, hatte Holstein bereits den Vorschlag eines Kontinentalbündnisses, das sich im Endeffekt nur wenig von dem von Bülow im Jahre 1902 abgelehnten neuen ostasiatischen Dreibund unterschied, mit dem russischen Botschafter Grafen Osten-Sacken besprochen*). Am 30. Oktober ging ein vom Zaren gewünschter Vertragsentwurf nach Petersburg ab, nach dem sich beide Teile für den Fall eines Angriffes einer europäischen Macht mit allen ihren Kräften zu Lande und zur See beistehen und daß sie gemeinsam Frankreich an die von ihm in dem französisch-russischen Zweibund übernommenen Pflichten erinnern sollten. Der Vertragsentwurf war von einem langen

*) Wie Admiral v. Tirpitz in seinen „Erinnerungen“ mitteilt, wurde am 31. Oktober 1904 eine Konferenz beim Reichskanzler abgehalten, der außer dem Admiral der Chef des Generalstabs Graf Schlieffen, der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen und Herr v. Holstein beiwohnten. Herr v. Tirpitz und Frhr. v. Richthofen hielten die Psychologie Holsteins für falsch, der in seinem Vortrag meinte, der militärische Druck der vereinigten Mächte Deutschland und Rußland würde den Franzosen zum Beitritt veranlassen.

Brief des Kaisers vom 30. Oktober begleitet, den Graf Bülow in Deutsch verfaßt hatte. Um jede Indiskretion zu verhüten, bat Bülow den Kaiser, die Übersetzung ins Englische selbst anzufertigen. Tags darauf hieß es nun in einem kaiserlichen Randvermerk: „Ich habe sieben Stunden gearbeitet bis 1¼ Uhr nachts, wo ich mehr tot als lebendig fertig wurde, die Grundlage für diese erhoffte neue Phase deutscher Weltpolitik zu schaffen.“

Die Spitze gegen England in dem Vertragsentwurf war unverkennbar. Frankreich sollte erst ins Vertrauen gezogen und um seinen Beitritt angegangen werden, sobald sich beide Kaiserhöfe geeinigt und gebunden hätten; bis dahin sollte strengstes Stillschweigen gegenüber Frankreich, dem russischen Bundesgenossen, beobachtet werden. Gegen diese Bedingung hatten der Zar und sein Minister begreifliche Bedenken. Ein Versuch des Grafen Lamsdorff, wenigstens das Einverständnis des Kaisers und des Grafen Bülow zu einer ganz allgemeinen Orientierung des Ministers Delcassé über den Plan der beiden Kaiser zu erlangen, wurde in Berlin mit guten Gründen abgelehnt. Darauf zuckte der Zar zurück, oder, in der Sprache des Kaisers, er bekam „kalte Füße“ und wurde „schlapp“. Die weiteren Verhandlungen verliefen im Sande.

Dies war der erste Akt des wunderlichen Zweikaiserstückes. Ein zweiter Akt folgte erst ein halbes Jahr später, er spielte auf einer Insel im östlichen Teile der Ostsee. Dazwischen aber lag ein gefährliches Zwischenspiel, dessen Schauplatz London war und das in gewisser Beziehung zu dem Plane eines Kontinentalbundes gegen England stand.

Unmittelbar nach dem Beginn der Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg ereignete sich nämlich eine Explosion deutschfeindlicher Gefühle in der englischen öffentlichen Meinung, Die Frage drängt sich auf: Sollte Herr Delcassé von jenen geheimen Vorgängen zwischen Berlin und Petersburg doch Wind bekommen haben, oder war auf anderm Wege eine Warnung nach London gedrungen? Bei einer zufälligen Begegnung in Berlin äußerte Spring Rice, erster Sekretär bei der englischen Botschaft in Petersburg, zu Graf Metternich, man ahne nicht,

wie indiskret sich die Russen Deutschland gegenüber benähmen, alle Augenblicke heiße es, der Deutsche Kaiser habe ihnen dieses oder jenes mitgeteilt oder geraten; die Natur dieser Mitteilungen lasse aber darauf schließen, daß sie nicht für andre als für russische Ohren bestimmt gewesen seien. In der Tat spricht schon die Plötzlichkeit des heftigen Ausbruchs von Feindseligkeiten gegen Deutschland dafür, daß dunkle Gerüchte Petersburger Herkunft über ein Komplott gegen England die unsinnige Vorstellung eines von Deutschland geplanten „Überfalls“ seiner Flotte auf England aufkommen ließen und damit das sogenannte *navy scare* hervorriefen. Zuerst schlug das vielgelesne Gesellschaftsblatt „Vanity fair“ in mehreren Artikeln Lärm, die den Präventivkrieg gegen Deutschland predigten (November 1904). Ernster war es zu nehmen, daß darauf auch die „Army and Navy Gazette“ sich in ähnlichem Sinne aussprach. Endlich stieß sogar der Zivillord der Admiralität Lee einen lauten Weckruf gegen die deutsche Gefahr aus (Anfang 1905) und später forderte der Admiral a. D. Fitzgerald geradezu die Vernichtung der deutschen Flotte. Der leitende Gedanke bei dieser Aufregung der englischen Marinekreise war offenbar der: Wenn wir länger warten und den Verstärkungen der deutschen Flotte ruhig zusehen, so werden wir in einem künftigen Seekrieg zu viel Schiffe verlieren. Dagegen scheint das Flottengespenst auf das Foreign Office in London zunächst nur wenig Einfluß ausgeübt zu haben. König Eduard VII. äußerte sich am 12. Januar 1905 zu dem deutschen Marineattaché Kapitän z. S. Coerper sehr empört über die Redereien törichter Blätter, daß England einen Angriffskrieg gegen Deutschland führen wolle. Nach einem Bericht des Grafen Metternich vom 11. Januar erklärte Lord Lansdowne, „Vanity fair“ sei ein Klatschblatt, das niemand ernst nehme, und was die „Army and Navy Gazette“ betreffe, so werde sie wohl von abgedankten Offizieren bedient, sei aber absolut kein Mundstück der Admiralität. Der Botschafter selbst war der Meinung, daß an Krieg gegen Deutschland kein vernünftiger Mensch denke.

Wenn es nun auch nicht zur Ausführung des von Lee empfohlenen plötzlichen Überfalls auf die deutschen Küsten kam,

einer Brutalität, die auch die Gedanken des Flottenchefs Lord Fisher beschäftigte, so gingen doch seit Frühjahr 1905 von dem offiziellen England Handlungen aus, die, wie die Vergrößerung der Heimatflotte, die Verstärkung des Kriegshafens Rosyth an der schottischen Küste und die Entsendung eines starken Geschwaders nach der Ostsee, wo seit dem Krimkriege kein englisches erschienen war, den Eindruck aggressiver Vorbereitungen gegen Deutschland machen mußten.

Der Ausbau der deutschen Flotte war in der öffentlichen Meinung Englands durchaus nicht von Anfang an mit der Vorstellung einer heraufziehenden Gefahr verbunden. Daß Deutschland seine Küstenverteidigung durch eine stärkere Marine sicherte, daß es kleinere und größere Kreuzer baute zum Schutze seiner großen überseeischen Interessen, wurde jenseits des Kanals jahrelang über die Zeit des neuen Kurses hinaus als eine natürliche Erscheinung betrachtet. Die Gelassenheit Englands begann erst aufzuhören, als in den deutschen Neubauten für den Eindruck nach außen die zum Küsten- und zum Überseedienst bestimmten Schiffe hinter größern Einheiten zurücktraten, die auch andern Zwecken dienen konnten. Aber auch dann noch behauptete sich zunächst das britische Phlegma. Es entsprach dem im englischen Volk lebenden Gefühl einer riesigen Überlegenheit, wenn der Prinz von Wales gegenüber der lauten Werbetätigkeit seines Neffen Wilhelm II. für Kriegsschiffbauten die Losung ausgab: *Let him play with his fleet*. Dieses Goliathbewußtsein gegen den deutschen David hielt sogar noch stand, als sich nach dem Flottengesetz von 1900 eine auf Zuwachs berechnete deutsche Schlachtflotte entwickelte, von der ihr Urheber Tirpitz im Reichstag erklärte, daß sie als Gegenstand eines Angriffs auch für eine sehr starke Seemacht bedenklich sei.

Dieser Risikogedanke, dem die Abwehr eines Angriffs zugrunde lag, war an und für sich einwandfrei. Das für England Anstößige lag in der Schnelligkeit, in der das Organisationsgenie des Admirals Tirpitz eine Achtung gebietende Flotte zu schaffen verstand, und in der geräuschvollen Agitation des Flottenvereins und der Alldeutschen, die jede inoffensive Ruhe und Kaltblütig-

keit vermissen ließ und mehr unter der Hand als öffentlich der Parole „England niederzwingen“ folgte. Nach dem Gesetz von 1898 sollten 17 Schlachtschiffe, 8 Küstenpanzer, 9 große und 26 kleine Kreuzer verwendungsbereit sein. Das Flottengesetz von 1900 brachte eine Verdopplung des schwimmenden Materials. Für 1906 stand wieder eine Novelle bevor, die eine Vergrößerung der Schiffstypen enthalten sollte. Das bedeutete nicht nur ein größeres Risiko für jeden Angreifer, sondern für England auch nach dem feststehenden Grundsatz des two power standard (die doppelte Überlegenheit gegenüber der nächststarken fremden Seemacht) eine außerordentlich hohe finanzielle Belastung, die viel zu dem steigenden Groll gegen Deutschland beitrug.

In der ersten Hälfte des Jahres 1905 hatte sich die politische Lage in Europa gründlich verschoben. Rußland war durch seine schweren Niederlagen in Ostasien und drohende innere Zerrüttung zur Ohnmacht verdammt. Das französische Volk sah nach Überwindung des ersten Schreckens über die Tangerfahrt, bauend auf die entente cordiale, in gehobener deutschfeindlicher Stimmung der Algeciraskonferenz über Marokko entgegen. In der englischen Öffentlichkeit war unter Drohen und Fluchen ein grimmiger Kampf gegen den deutschen Flottenbau entbrannt. Der Kaiser hielt diesen Augenblick allgemeiner Unruhe für geeignet, um die im Januar abgebrochenen Verhandlungen mit dem Zaren über einen Kontinentalbund zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich gegen England wieder aufzunehmen. Auf der Rückfahrt von seiner üblichen Nordlandreise regte er telegraphisch eine private, geheime Begegnung beim Zaren an. Der Zar ging freudig darauf ein, als Ort der Begegnung wurde die Insel Björkö in den finnischen Schären vereinbart. Am zweiten Tage der Zusammenkunft (23. und 24. Juli 1905) warf der Kaiser in einer allgemeinen politischen Unterhaltung die Frage hin, warum eigentlich die Besprechungen des vorigen Jahres stecken geblieben wären, worauf der Zar antwortete, Frankreich habe wegen seines gespannten Verhältnisses zu Deutschland nicht beitreten wollen. Der Kaiser ent-

gegnete, dieses Hindernis bestehe nicht mehr, da sich beide Teile über Marokko geeinigt hätten. Gemeint damit war das Protokoll vom 8. Juli 1905, nach dem Rouvier unter gewissen Bedingungen die Konferenz angenommen hatte. Da sich der Zar des Wortlautes des im Herbst 1904 vorläufig verabredeten Entwurfs nicht mehr genau entsann, zog der Kaiser eine Abschrift hervor und übergab sie dem Zaren. Bei verschlossnen Türen las der Zar den Text in Gegenwart des in höchster Spannung zuschauenden Kaisers mehrmals aufmerksam durch und erklärte dann, daß er in allen Punkten mit Freuden zustimme.

Der Vertrag von Björkö trägt das Datum 24. Juli 1905, ist von beiden Herrschern eigenhändig unterschrieben und von dem Reisebegleiter des Kaisers, Gesandten v. Tschirschky, und dem russischen Marineminister, Admiral Birilew, gegengezeichnet. Der Wortlaut stimmt mit dem Entwurf vom Herbst 1904 überein, bis auf zwei Worte, die der Kaiser im § 1 hinzugefügt hatte. Nach dem frühern Entwurf sollte jeder Bundesgenosse im Falle eines Angriffs von dritter Seite mit allen Kräften dem angegriffnen Teile zu Hilfe eilen. Der Zusatz des Kaisers ließ die Pflicht zur Hilfeleistung nur für Europa gelten.

Der Kanzler Fürst Bülow, der sich auf dem Semmering befand, hatte wohl von der improvisierten Kaiserbegegnung vorher Kenntnis erhalten, ebenso von der Absicht des Kaisers, bei der Begegnung mit dem Zaren auf das Vertragsthema zurückzukommen, nicht aber von dem Einschub des Kaisers „in Europa“. Infolgedessen fühlte sich der Kanzler zurückgesetzt und übergangen. Er erhob Einspruch gegen den kaiserlichen Zusatz, den er nicht verantworten könne, und stellte schließlich seine Ämter zur Verfügung. Der Kaiser, der glaubte, eine weltgeschichtliche Tat verrichtet zu haben, die ein Kapitel des Friedens und Wohlwollens unter den großen Mächten einleiten sollte, fühlte sich aufs tiefste getroffen und meinte, vor dem Zusammenbruch zu stehen, wenn Bülow ihn verlasse. Er erinnerte den Kanzler daran, daß er ihm vor kurzem erst die Fürstenwürde verliehen habe, und an seine eigne Nachgiebigkeit gegen die von ihm gemißbilligte Marokkopolitik. „Vergessen Sie nicht,

daß Sie mich gegen meinen Willen in Tanger eingesetzt haben, um einen Erfolg Ihrer Marokkopolitik zu erzielen.“

Diese Ergüsse waren durchaus echt und kamen aus dem innersten Wesen Wilhelms II., das sich keineswegs, wie viele ausländische Kritiker glauben, in prahlerischen Worten und drohenden Gesten erschöpfte, sondern von dem Wahne beherrscht war, als Werkzeug der Vorsehung ein Heilbringer für alle Welt zu sein. Erst nach einer langen mündlichen Aussprache zog Fürst Bülow sein Rücktrittsgesuch zurück (Kap. 138).

Über die Gründe für die Haltung Bülows geben die Akten keinen ganz klaren Aufschluß. Dagegen tritt an vielen Stellen der starke Einfluß Holsteins auf Bülow in der ganzen Angelegenheit deutlich hervor. Der Kanzler sah, ebenso wie Holstein, die einzige Möglichkeit einer wirksamen russischen Hilfsaktion bei Ausbruch eines Kontinentalkrieges gegen England in einem schleunigen Vorstoß russischer Truppen in Persien gegen die indische Grenze, obgleich der Chef des deutschen Generalstabs ein solches Unternehmen für unausführbar erklärte. Zugleich aber glaubte der Kanzler, daß der Björkövertrag trotz der durch den kaiserlichen Zusatz auf Europa beschränkten Verpflichtung zu militärischer Hilfe überwiegend vorteilhaft für Deutschland sei. Die Vermutung liegt nahe, daß das eigentliche Motiv Bülows bei Einreichung des Entlassungsgesuchs war, dem Kaiser eine Lehre zu erteilen und die Stellung des Kanzlers gegen selbstherrliche Einfälle Wilhelms II. zu verstärken*).

Das Thema des Björkövertrages wurde in der Korrespondenz der beiden Monarchen nie wieder erwähnt und spielte auch sonst in den politischen Erwägungen der leitenden Staatsmänner keinerlei Rolle mehr. Wir finden in den Akten hierüber lediglich folgende abschließende Notiz in einer für den Kaiser bestimmten Aufzeichnung: „Den zu Björkö am 24. Juli 1905 von den beiden hohen Souveränen unterzeichneten deutsch-russischen Defensiv-Bündnisvertrag halten wir als zu Recht bestehend. Auf die von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland später gewünschte Zusatzdeklaration bezüglich Frankreichs ist Se. Majestät der Kaiser

*) S. Erich Brandenburg: „Von Bismarck zum Weltkrieg“. S. 202.



Die Marokkokonferenz.

Die Konferenz wurde nach Spanien verlegt, weil man hier auf eine sportgerechte Austragung des Hahnenkampfes rechnen darf.

Von Bruno Paul. (Aus dem „Simplizissimus“ vom 9. Januar 1906.)

nicht eingegangen, da nach der Erklärung des Zaren das französisch-russische Bündnis lediglich defensiven Charakter trägt, also mit dem deutsch-russischen Defensivvertrag nicht kollidiert. Hierbei hat Rußland sich beruhigt.“

Ähnlich wie dem Kaiser mit dem Kanzler erging es dem Zaren mit seinen amtlichen Leitern der Politik in Petersburg. Sie empfahlen eine nachträgliche Erklärung, daß im Falle eines deutsch-französischen Konflikts die Beistandspflicht Rußlands nicht gelten sollte, was sich zwar aus dem russisch-französischen Bündnis erklärte, aber ganz der Absicht widersprach, mit Hilfe Rußlands den französischen Chauvinismus („la queue de Delcassé“) niederzuhalten und eine friedliche französisch-deutsche Nachbarschaft zu verbürgen. Auch Witte war entschieden gegen den Vertrag. Der Kontinentalbund, den er betrieb, sollte eine wirtschaftliche Vereinigung zur Erleichterung des Warenaustausches sein, nicht aber militärpolitischen Zwecken dienen. Die amtlichen Verhandlungen blieben darauf stecken, und dem Erzeugnis einer seltsam unwirklichen Phantasiewelt, in der man glaubt, mit höfischen Geheimtraktaten die Geschicke der Völker lenken zu können, war nur ein Dasein in einem verschwiegenen Archivfach beschieden.

Der Fehler des Versuchs, die russische Politik durch dynastische Beziehungen entscheidend zu beeinflussen, lag nicht zum wenigsten in der Unterschätzung der persönlichen Schwäche des Zaren. Die vorausgesetzte enge Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Romanow bestand in Wirklichkeit seit dem Tode Alexanders II. nicht mehr. Als Träger einer solchen dynastischen Verbrüderung im Stile früherer Zeiten war Nikolaus II. nicht geeignet. Während unter Alexander III. der russische Minister des Äußern v. Giers sich gern hinter dem breiten Rücken von Sa Majesté l'Empereur deckte, verschwand die schwächliche Gestalt seines Sohnes hinter den robusten Figuren, die in Petersburg wie in Paris die Geschäfte des russischen Imperialismus in die eigne Hand nahmen. England hatte dem geschlagenen Rußland mehr zu bieten als Deutschland, zumal nachdem bei der Verlängerung seines Bündnisses mit Japan auf weite zehn Jahre (2. August 1905) für einen verstärkten Schutz

der indischen Grenzen gesorgt war. Zur selben Zeit, als die Minister des Zaren damit beschäftigt waren, den Björkövertrag zu entkräften, waren bereits die ersten Besprechungen in London über ein englisch-russisches Einvernehmen in Mittelasien im Gange, das zwei Jahre später in Gestalt der Teilung Persiens in Interessensphären zustande kam und die Rückkehr Rußlands nach Europa an die Seite Englands vorbereitete.

Der Vertrag von Björkö war also nicht, wie Wilhelm II. meinte, ein neues Blatt in der Weltgeschichte, das ein Kapitel des Friedens und Wohlwollens unter den großen Mächten einleiten sollte, sondern ein höfisches Zwischenspiel ohne jede praktische Wirkung. Nicht einmal ein freundlicheres Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland wurde damit erreicht. Dies zeigte sich deutlich schon in der bald darauf folgenden internationalen Konferenz in Algéciras.

Die Eröffnung der Konferenz in Algéciras war auf den 16. Januar angesetzt. In einer Kammerrede vom 10. Dezember 1905 schlug der Ministerpräsident Rouvier einen ziemlich festen Ton an. Der Sommer des Mißvergnügens war einem Winter gesteigerten Kraftgefühls gewichen. Rouvier hob stark hervor, daß Deutschland bereits in dem Protokoll vom 8. Juli die ausschließliche Zuständigkeit Frankreichs für die Ordnung in den marokkanischen Gebieten an der langgestreckten algerischen Grenze anerkannt habe. Als das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen bezeichnete er, daß die französischen Rechte, wenn nicht alle anerkannt, so doch alle vorbehalten seien. Mehr als das bestimmte aber den Ton der Rede die unausgesprochne Gewißheit, daß Frankreich in sich viel einiger und viel besser diplomatisch gerüstet auf die Konferenz ging als Deutschland. Den Widerhall der Rede in Frankreich faßte ein Pariser Blatt in dem kurzen Satze zusammen: „Wir sind bereit! Vor einem halben Jahre waren wir es nicht, jetzt sind wir's!“ Die Wirkung der Rede wurde noch durch ein Gelbbuch verstärkt, das in 368 Aktenstücken den Verlauf der Marokkopolitik seit 1901 darstellte und eine gewisse Rechtfertigung des Widerstandes Delcassés gegen den von Deutschland aufge-

zwungenen Gang zur Konferenz enthielt. Ihm war im Frühjahr 1905 hauptsächlich vorgeworfen worden, daß er es versäumt habe, den Vertrag mit England vom 8. April 1904 der deutschen Regierung amtlich zur Kenntnis zu bringen. Nach dem Gelbbuch hatte er aber schon am 23. März 1904, also vierzehn Tage vor dem Vertragsabschluß, alle wesentlichen Punkte des Abkommens in einer vertraulichen Unterredung dem deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, mitgeteilt, außerdem noch einen Bericht über die Unterredung an den Botschafter Bihourd nach Berlin zur Verwertung im Auswärtigen Amt geschickt. Von der deutschen Regierung waren die mündlichen Mitteilungen geflissentlich ignoriert worden, weil für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit die, wie es in einem Erlaß an Radolin hieß, „durch den diplomatischen Brauch konsekrierte“ amtliche, schriftliche Form nötig gewesen wäre. Nach den Aufschlüssen des Gelbbuches empfand man in Frankreich diese strenge Unterscheidung als rabulistische Härte, zumal da doch der fertige Vertrag sofort veröffentlicht worden war, oder billigte allgemein dem gestürzten Minister wenigstens mildernde Umstände zu.

In den ersten sechs Wochen nahmen die Verhandlungen in Algéciras einen schleppenden Verlauf. Auf die Gegenstände des Streites im einzelnen einzugehen, hat heute keinen Wert mehr. In der Masse der Stimmungsberichte aus Algéciras wurde der böse Wille Deutschlands für alles Widrige verantwortlich gemacht. Die öffentliche Meinung in Frankreich rannte sich immer mehr in Mißtrauen gegen die deutsche Politik fest. Kritisch wurde die Lage Anfang März. Deutschland stand, abgesehen von seinem österreichischen Sekundanten, fast ganz isoliert da. Die entente cordiale hatte sich während der Konferenz außerordentlich gefestigt. England blieb stramm an Frankreichs Seite*).

*) E. van Grootven, belgischer Geschäftsträger in London, berichtete am 14. Januar 1906 nach Brüssel: „In der letzten Zeit sagte Sir Edward Grey (Minister des Äußern im neuen liberalen Kabinett) zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin.“ Belgische Aktenstücke, S. 18.

Rußland stand trotz Björkö Frankreich, wo es konnte, bei, die Instruktionen des russischen Bevollmächtigten stimmten ganz mit denen seines englischen Kollegen überein. Auf dem Boden von Algeciras vollzog sich der erste sichtbare Schritt zum Anschluß Rußlands an England*). Italien konnte seinen nordischen Bundesgenossen beim besten Willen nicht viel helfen; es war ebenso wie Spanien durch Verträge gebunden. Für die Amerikaner waren die Gegenstände des Streites mehr oder weniger non-valeurs und die französischen Sympathien mindestens ebensoviel wert als die deutschen. Auf die Stimmung in Deutschland wirkte die Aussicht auf ein ergebnisloses Auseinandergehen der mit so starken Mitteln durchgesetzten Konferenz niederdrückend. Es kam darauf an, aus der Sackgasse in Algeciras mit Anstand herauszukommen.

Deshalb entschloß sich Fürst Bülow, die Bearbeitung der Konferenzangelegenheiten selbst zu übernehmen. Um der Holsteinschen Politik der Winkelzüge und des fruchtlosen Aufkäscherns**) ein Ende zu machen, mußten alle Eingänge dem Kanzler vorgelegt werden, alle Erlasse durch seine Hand gehen. Er nahm einen frühern Antrag des österreichisch-ungarischen Delegierten ohne die Zutaten wieder auf, mit denen ihn Holstein vorher bepackt hatte. Nachdem der Antrag allseitig als eine geeignete Basis für einen Ausgleich gutgeheißen worden war, ging die Konferenz rasch zum friedlichen Ende. Die sachlichen Ergebnisse waren gering im Verhältnis zu dem aufgebotnen großen Apparat. Der Grundsatz der offenen Tür wurde auf dem Papier anerkannt, die Sicherheiten dafür, daß sie auch offen bleiben würde, waren ungenügend. Am längsten wurde über die Organisation der Polizei in den Hafenorten gestritten. Das

*) Vgl. Fürst Trubetzkoi, „Rußland als Großmacht“, 1917, S. 93: „Das freundschaftlich übereinstimmende Vorgehen der Vertreter beider Mächte ließ den Wunsch des Londoner und Petersburger Kabinetts erkennen, sich ausschließlich vom Bewußtsein der veränderten Bedingungen und gegenseitigen Interessen leiten zu lassen und die früheren Unstimmigkeiten ganz vergessen zu machen.“

**) Vgl. O. H a m m a n n: „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“. Berlin 1908. S. 229f.

Natürlichste wäre gewesen, ihr durchweg einen internationalen Charakter zu geben. Statt dessen gab man sich damit zufrieden, daß ein neutraler Generalinspektor ohne ausreichende Befugnisse die teils französische, teils spanische Hafenzugspolizei beaufsichtigen sollte. Offenbar hätten sich ähnliche oder wirksamere Zugeständnisse auch auf dem von Rouvier nach dem Sturze Delcassés angebotnen Wege der direkten Verständigung zwischen Paris und Berlin erreichen lassen. Der Gesamteindruck war, daß die kaiserliche Politik trotz des starken Auftrumpfens im Frühjahr 1905 schließlich doch klein beigegeben hatte (Kap. 151/152).

Der Erfolg der französischen Marokkopolitik in Algeciras feuerte den neuen Geist in Frankreich ganz außerordentlich an. Abgegangene Kriegsminister und aktive Generale hielten in den folgenden Jahren Reden, in denen offen der nahe Krieg und die baldige Rückkehr der verlorenen Provinzen zu Frankreich angekündigt wurden. Die „France militaire“ begeisterte sich und ihre Leser in dem Gedanken, daß die französische Armee in der Taktik und der Artillerie dem deutschen Heere weit voraus sei. Um die Zarengunst brauchte man kaum noch zu buhlen, man fing an, strenger darüber zu wachen, daß neue französische Milliarden auch wirklich zum Ausbau der westlichen Heerstraßen Rußlands verwendet würden. Der Pazifismus war tot, der Revanchekrieg auf dem Marsch.

Der 5. April — gleichzeitig der Tag der Marokkodebatte im Reichstage und der Genehmigung eines der vielen Holsteinschen Abschiedsgesuche durch den Kaiser — brachte einen schweren Ohnmachtsanfall des Kanzlers in offener Reichstagssitzung. Der Entschluß, sich von dem alten Freund und Mitarbeiter amtlich zu trennen, war dem Fürsten Bülow nicht leicht geworden. Aber sein klarer Verstand konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß Holsteins Verhalten während der Marokkowirren, und zwar von Chamberlains erstem Angebot einer Verständigung an und vollends im letzten, mit der Tangerfahrt beginnenden Abschnitt, ein Versuch Bismarckscher Politik ohne Bismarcksches Augenmaß für Menschen und Dinge war. Es ist sehr bezeichnend, daß sich in der ersten großen Reichstagsrede,

die Fürst Bülow nach seiner völligen Wiedergenesung gehalten hat (14. November 1906), folgende Stelle findet: „Wenn man auf den Fürsten Bismarck hingewiesen hat, so wird ein eingehendes Studium der Reden wie der Handlungen dieses unvergleichlichen Staatsmannes jeden davon überzeugen, daß seine Größe nicht im Sporenklirren, Kürassierstiefeln und nicht im Rasseln mit dem Pallasch bestand, sondern im rechten Augenmaß für Menschen und Dinge. Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck ist bei uns nicht nur zu einer Manie, sondern beinahe zu einer Kalamität geworden. Wir laborieren an dem mißverstandnen Fürsten Bismarck.“

Die Erfahrung Holsteins in der europäischen Festlandspolitik wurde von Bülow nach Wiederaufnahme persönlicher Beziehungen nicht ungenutzt gelassen. Genommen aber war ihm die Möglichkeit zu Anordnungen, die seinen unberechenbaren Launen und seinem Hang zu Schiebungen hintenherum und persönlichen Ränken entsprangen. Holsteins leidenschaftliches Bestreben für des Reiches Wohl, seine Uneigennützigkeit für sich selbst sind außer Zweifel. Aber für seinen überfein entwickelten Spürsinn gab es gegenüber der unpersönlichen Tölpelhaftigkeit im Geschehen nicht sehr viel andre als abgekartete Begebenheiten, und mit dem Kaiser, der ihm oft als Spielverderber erschien, hatte er den Grundfehler gemein, die auswärtigen Beziehungen eines großen Landes wie einen Tummelplatz für persönlichen Machtwillen zu behandeln.

3. Das Ententenetz. Zweite Haager Friedenskonferenz.

Das unionistische Kabinett Balfour war Anfang Dezember 1905 zurückgetreten, nachdem es schon im Juli eine Niederlage im Unterhaus erlitten hatte. Seit dem Austritt Chamberlains (1903), der sich fortan der Agitation für seine Greater Britain umfassende Tarifreform widmete, war die Regierungsmehrheit allmählich ins Schwanken geraten. In der ersten Hälfte der

zehnjährigen Regierung der Unionisten hatte England die Freundschaft des Deutschen Reichs gesucht, in der zweiten schlug der gute Wille allmählich um, bis zuletzt unverhohlnes Mißtrauen an seine Stelle trat. Dies zeigte sich noch kurz vor dem Rücktritt des Kabinetts in Bankettreden der beiden Hauptpersonen. Lansdowne erklärte, England sei von Zeit zu Zeit durch den Umstand behindert worden, daß es sich in verschiedenen Teilen der Welt Rivalitäten gegenüber befunden habe, die für niemand anders von Vorteil sein könnten als für einen Monarchen, der es verstehe, sie auszunutzen. Balfour sagte, er glaube nicht an einen künftigen Krieg, sofern nicht Völker oder Staatsoberhäupter ihn herbeiführten, die ihre nationalen Ausdehnungspläne nur dadurch verwirklichen zu können glaubten, daß sie die Rechte ihrer Nachbarn mit Füßen treten. So stand Wilhelm II. schon neun Jahre vor dem Weltkrieg, gewiß nicht ohne eigne Schuld, aber bei genauer Würdigung seines eigentümlichen Geistes doch mit Unrecht, in dem Ruf eines verschlagenen Kriegsdrängers.

Diese Reden lassen deutlich erkennen, wieviel Mißtrauen und Feindseligkeit gegen Deutschland in England rege war. Lansdowne und Balfour hatten lange Jahre auf wichtigen Posten des britischen Weltreichs gestanden, beide galten überall als geistig hochstehende, besonnene und maßvolle Staatsmänner, gemeinsam waren sie um die Wende des Jahrhunderts aufrichtig bestrebt gewesen, die traditionelle Freundschaft mit Deutschland zu pflegen und zu stärken. Waren von dem liberalen Kabinett gerechtere Ansichten und freundlichere Gesinnungen zu erwarten? In bezug auf das Verhältnis zu Deutschland waren schon lange keine wesentlichen Verschiedenheiten in der Haltung der beiden großen Parteien zu bemerken. Die alldeutsche Burenbegeisterung, das navy scare und der kaiserliche Versuch eines antienglischen Kontinentalbunds hatten eine einheitliche, an Haß streifende Stimmung gegen die Vormacht des Blocks der Mitte hervor gebracht. Im liberalen wie im konservativen Lager war die Grundtendenz darauf gerichtet, Deutschland niederzudrücken und einzuengen.

Der diplomatische Nachlaß des Ministeriums Balfour enthielt zwei Stücke von außerordentlichem Wert: die entente cordiale mit Frankreich und das auf zehn Jahre erneuerte Bündnis mit Japan, das neben der Anerkennung der Unverletzlichkeit Chinas und der offenen Tür in China die Gebietsrechte Großbritanniens in Indien, mit Einschluß aller britischen Maßregeln zum Schutz der indischen Grenze, verbürgte. Außerdem fand das am 11. Dezember 1905 ernannte liberale Kabinett Campbell-Bannerman Verhandlungen vor, die alsbald nach dem Frieden von Portsmouth mit Rußland, dem geschlagenen Gegner des britischen Bundesgenossen Japan, eingeleitet waren.

Dem liberalen Kabinett Campbell-Bannerman gehörten u. a. an: Asquith (Schatzkanzler), Sir Edward Grey (Auswärtiges), Lord Haldane (Krieg), John Morley (Indien), Lloyd George (Handel). An eine Änderung in den Grundfesten der auswärtigen Politik (entente cordiale mit Frankreich, Bündnis mit Japan, Aussöhnung mit Rußland) war natürlich nicht zu denken. Asquith war schon 1898, bei dem ersten Versuch, die splendid isolation aufzugeben, für eine Verständigung mit Rußland in einer Rede eingetreten. Am 20. Oktober 1905, also noch vor Übernahme der auswärtigen Geschäfte, bezeichnete Sir Edward Grey als die drei Hauptpunkte der auswärtigen Politik die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das Bündnis mit Japan und das Abkommen mit Frankreich, und fügte hinzu: „Nicht einen einzigen dieser Punkte wünscht die liberale Partei geändert zu sehen. Es ist jedoch wünschenswert, daß Rußland seine Stellung im Rate Europas wiedererhalte. Ich kann Rußland nicht erwähnen, ohne auf Deutschland Bezug zu nehmen, es muß die Bedingung jeder Verbesserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und uns sein, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gerecht und gut sind.“ An Kürze und Klarheit ließ dies Programm nichts zu wünschen übrig — ob der Appell an die Gerechtigkeit Deutschland gegenüber wirklich angemessen war, ist eine andre Frage.

Der Abschluß mit Rußland zog sich Jahr und Tag hin. Inzwischen wurde eifrig an andern Stellen an dem Ententennetz

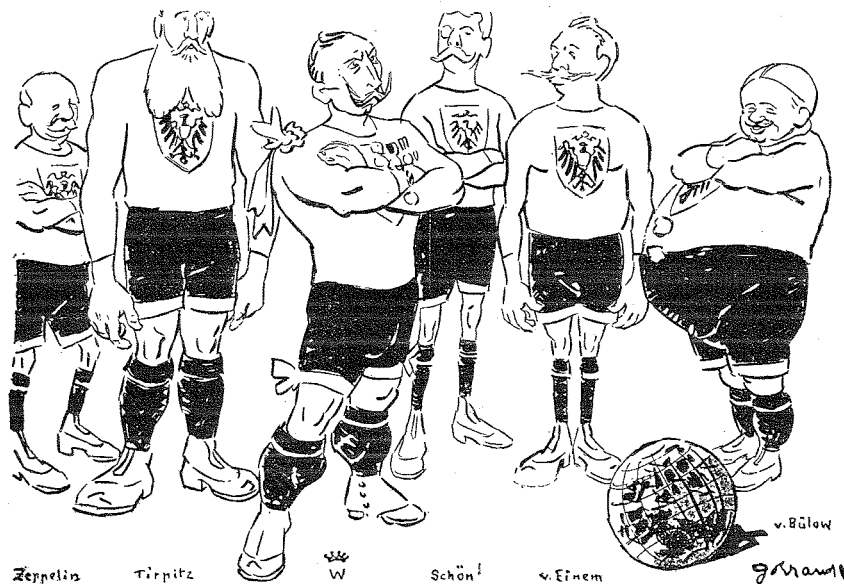
Das Erdball-Spiel

(Ähnlich dem Foot-ball)

Den kolossal routinierten Engländern wird heute schon scharfe Konkurrenz durch die Deutschen gemacht. Der neueste, zwischen den bedeutendsten Spielern der beiden Nationen veranstaltete „Match“ erregt berechtigtes Interesse



Die hervorragend eingespielte und ausgesuchte englische Mannschaft



Die berühmte, in bester Form befindliche deutsche Mannschaft

Das Erdball-Spiel.

Von G. Brandt. (Aus dem „Kladderadatsch“ vom 27. Juni 1909.)

weitergesponnen. Bei einem Besuch des Königs in Madrid kam ein Mittelmeerabkommen zwischen England und Spanien zustande, das die Teilnehmer verpflichtete, in kritischen Fällen sich untereinander zu beraten und zu einigen. Damit ging die alte Freundschaft zwischen Deutschland und Spanien dem Ende zu. Darauf folgte am 30. Juli 1907 unter englischem Beistand eine russisch-japanische Konvention.

Es waren nun folgende Drähte vorhanden: Paris—Petersburg (1891), London—Tokio (1902), London—Paris (1904), Paris—Tokio (1907), Petersburg—Tokio (1907). Nur das Schlußstück London—Petersburg fehlte noch. Am 31. August wird die englisch-russische Entente über **Persien, Afghanistan, Tibet** fertig, „als die letzte Masche in einem diplomatischen Kunstgewebe sondergleichen“*).

So bewundernswert auch die Geschicklichkeit sein mag, mit der die Isolierungspolitiker das System der Ententen ausgeklügelt und in Gang gesetzt haben, so waren sie doch nicht klug genug, um die für die ganze Welt unheilvolle Explosion in voller Größe vorauszusehen.

Am 14. November 1906, zu einer Zeit, als die englisch-russische Entente dem Abschluß nahe war, warnte Fürst Bülow in einer großen Rede im Reichstag vor der drohenden Gefahr eines Weltkriegs mit folgenden eindringlichen Worten: „Die entente cordiale ohne gute Beziehungen der Weltmächte zu Deutschland wäre eine Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Politik, die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahmzulegen, wäre eine für den europäischen Frieden bedenkliche Politik. Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Ausübung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck, aus Druck und Gegendruck können schließlich Explosionen hervorgehen.“

Bei der Teilung der Interessensphären im Fernen Osten (Nordpersien bis in die Gegend von Ispahan für Rußland, Süd-

*) Rudolf Kjellén, Dreibund und Dreiverband. Deutsch, München, 1920.

persien und Afghanistan für England, Tibet für China) konnte Deutschland keinen Anspruch erheben. In Persien hatte es beträchtliche Handelsinteressen, aber gar keine politischen Interessen. Nach dem Vertrag sollte die Unabhängigkeit Persiens geachtet werden. Wenn auch in einem Austausch von Erklärungen neben dem Vertrag die speziellen Interessen Englands am Persischen Golf anerkannt wurden, versicherte doch Sir Edward Grey gleichzeitig, daß England nicht den Wunsch hege, den legitimen Handel anderer Mächte auszuschließen, d. h. die Tür für den Handel sollte offen bleiben (Kap. 183).

Bei den Verhandlungen hatte England insofern Entgegenkommen gezeigt, als die russischen Anteile, geschätzt nach Fläche, Einwohnerzahl und Zolleinnahmen, um ein Vielfaches größer waren als die englischen. Verglichen mit dem Eroberungsprogramm, das der russische Botschafter am 1. Januar 1898 in Berlin (S. 45) übergeben hatte, war das freilich verschwindend wenig. Für England fielen gegenüber der außerordentlichen Stärkung seiner weltpolitischen Stellung jene Konzessionen an Rußland überhaupt nicht ins Gewicht.

Mit der englisch-russischen Entente war die Ringbildung um Deutschland vollendet. Zwar verfolgte die englische Staatskunst mit dem Vertrag in erster Linie das Ziel einer weiteren Sicherung der Grenzen Indiens, ein Bestreben, das an und für sich verständlich und legitim war. Aber dabei spielte unzweifelhaft die Absicht mit, den russischen Ehrgeiz zurück nach seinem alten Tummelplatz im Nahen Orient zu lenken, wo sich der gefährlichste unter der Asche glimmende Feuerbrand in Europa befand. Daß man sich der bösen Folgen für Deutschland bewußt war, darauf läßt schon der besondere Eifer schließen, mit dem König Eduard das Abkommen mit Rußland zu beschleunigen suchte. Als Graf Witte, der russische Vertreter auf der Friedenskonferenz in Portsmouth, im Begriff war, aus Amerika zurückzukehren, erhielt er durch den Sekretär der russischen Botschaft in London, Poklewski, einen Freund des Königs Eduard und bekannten Deutschenfeind, eine Einladung, die Rückreise über London zu machen; beigelegt war die vom König und dem

Foreign Office gebilligte Skizze eines englisch-russischen Vertrags über Zentralasien. Witte zog es vor, auf direktem Wege nach Hause zu fahren*). Zuerst machte er Station in Paris, ging dann nach Berlin, wo er vom Reichskanzler empfangen wurde und sich mit ihm über die Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses unterhielt, in dem Sinne, daß England nun für die Verteidigung seiner asiatischen Besitzungen, namentlich Indiens, eine Landarmee gewonnen habe und im Vertrauen auf die japanische Flotte einen großen Teil seiner in Ostasien stationierten Kriegsschiffe in Europa verwenden könne. Der Kaiser lud Witte nach Rominten ein und machte ihn nach eingeholter Zustimmung des Zaren mit dem Inhalt des Björkövertrags bekannt. Witte soll nach einem Bericht des Kaisers vor Freude geweint haben, was nicht ganz glaublich ist, da Witte vor allem als großer Geschäftsmann um finanzielle Hilfe für sein Land besorgt war und tatsächlich auch nach seiner Rückkehr nach Petersburg nicht für den Björkövertrag eingetreten ist.

Ferner ist es auch bezeichnend, was für große Dinge Sir Edward Grey von einem versöhnten Rußland erwartete. Gegen die Tadler des Abkommens im Unterhaus, die besonders an den Bestimmungen über Nordpersien zugunsten Rußlands Anstoß nahmen, hob er stark hervor, daß die Freundschaft des großen russischen Reichs viel mehr wert sei, als Zugeständnisse in zentralasiatischen Grenzgebieten. Er war sich klar darüber, daß sich der slawische Ausdehnungsdrang nun wieder in Übereinstimmung mit den Wünschen des russischen Volks gegen den Nahen Orient richten würde, wo er den britischen Weltinteressen minder gefährlich war und zugleich der englischen Kontinentalpolitik leichter dienstbar gemacht werden konnte. In der Tat stellte sich bald heraus, daß Rußland aus Asien nicht an die Seite Österreichs, sondern Arm in Arm mit England nach Europa zurückkehren würde.

König Eduard hat wiederholt bestritten, daß sich die Ententepolitik gegen Deutschland kehre, und erklärt, daß sie nur der Sicherung des Friedens dienen solle. Es war ein plausibles

*) E. J. Dillon, *The Eclipse of Russia*. London 1918, S. 350.

Argument, aus englischem Munde zu hören: Wie kann sich Deutschland bedroht fühlen, wenn Andre ihre Streitigkeiten friedlich beilegen? Deutschland hat doch auch den Dreibund begründet. Das sah gut aus und klang auch schön, war aber doch kein echtes Gold. Daß England möglichst viele Mächte um sich sammelte, war gewiß sein gutes Recht, solange der Weltfriede nicht durch aggressive Handlungen gefährdet wurde. Mit der entente cordiale hatte England den innigsten Bund mit einem Reiche geschlossen, das unbestreitbar einen Krieg mit Deutschland herbeisehnte und auf eine günstige Konstellation zum Loschlagen lauerte.

Die Versuche des Königs und seiner Minister, der englischen Entente politik einen harmlosen, nur streng friedlichen Charakter zu verleihen und die deutschen Klagen über englische Unfreundlichkeiten nicht verstehn zu können, waren doch nur Ausreden. Kein objektiver Beurteiler wird zugeben, daß die dem Parlament verschwiegenen, auf Grund von vertraglichen Geheimklauseln der entente cordiale und von mündlichen Zusagen eingerichteten ständigen conversations d'ordre militaire nur Schlichtungswerken dienten und nicht aggressiver Natur waren.

In England wie in Frankreich galt Deutschland als Feind. Bei Licht und von mißgünstigen Augen gesehen war eben Deutschland nach erkämpfter nationaler Einheit in anderthalb Menschenaltern zu groß und zu stark geworden.

Im Sommer 1906 kam der britische Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin, um auf Einladung des Kaisers der Taufe des ersten Sohns des Kronprinzenpaares beizuwohnen und militärische Einrichtungen zu studieren. Erst durch das Buch Loreburns „How the War came“ und einen im Oktober 1919 im „Atlantic Monthly“ erschienenen Artikel Lord Haldanes ist die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden, daß das Studium militärischer Einrichtungen in Deutschland neben dem Bedürfnis eines neuen Kriegsministers, sich allgemein zu unterrichten, noch auf einem ganz besondern Grunde beruhte. Zur selben Zeit nämlich, im Januar 1906, als Sir Edward Grey

den in London beglaubigten Botschaftern sagte, daß Großbritannien den Frankreich gegenüber eingegangnen Verpflichtungen bis zum äußersten nachkommen würde, hatte er ganz geheim und ohne das Kabinett zu fragen — nur der Premier Campbell-Bannerman, der Schatzkanzler Asquith und der Kriegsminister Haldane erhielten Kenntnis —, einen Vorschlag des französischen Botschafters Paul Cambon gutgeheißen, der dem Kolonialabkommen vom 8. April 1904 einen neuen Charakter verlieh. Es wurde verabredet, daß unter den beiderseitigen Militär- und Marinestäben für den Fall einer Kriegsgefahr fortlaufende Unterhaltungen gepflogen werden sollten. Grey hat dies selbst in seiner Kriege rede vom 3. August 1914 erzählt, es wurde aber in dem Lärm der ersten Kriegezeit zu wenig beachtet.

Lord Loreburn zweifelt in seinem Buche nicht an der Ehrlichkeit der Versicherung Greys, daß durch die mit Cambon getroffene neue Einrichtung die Entschlußfreiheit Großbritanniens im Kriegsfall nicht berührt worden sei, tadelt aber scharf, daß Grey die wahre Sachlage verkannt und den Frieden Englands tatsächlich in die Hand Rußlands gelegt habe. Nach den militärischen Abreden handelte es sich nicht mehr darum, Frankreich bei der Verfolgung seiner marokkanischen Ansprüche beizustehen, sondern die englische Politik war damit für jeden Fall eines Krieges mit Deutschland an Frankreich gebunden, mindestens moralisch, denn der vertrauliche Verkehr der General- und Admiralstäbe zweier Mächte setzt eine unverbrüchliche politische Freundschaft voraus. Die geheime Abmachung konnte den britischen Staatssekretär des Auswärtigen unter dem fort dauernden Einfluß seines Partners, des sehr klugen französischen Botschafters, leicht weiter führen, als er selber ursprünglich beabsichtigte, bis für ihn der Wallensteinmonolog im Drama Schillers zur Wirklichkeit wurde:

Wär's möglich, könnt' ich nicht mehr, wie ich wollte,
Nicht mehr zurück, wie mir's beliebt? Ich müßte
Die Tat vollbringen, weil ich sie gedacht?
Nicht die Versuchung von mir wies?

Lord Loreburn legt ausführlich den engen Zusammenhang dar, der zwischen diesem, im November 1912 noch durch ein briefliches Abkommen besiegelten Geheimbund und dem Ausbruch des Weltkriegs besteht. Die französische Politik konnte fest darauf bauen, daß sich das „Äquivalent einer Bundesgenossenschaft“ — so nennt es Lord Loreburn — in allen Wechselfällen bewähren würde, mindestens solange Sir Edward Grey Leiter des Foreign Office in London blieb. Es wäre ein Wunder, wenn die Iswolski, Sasonow und Suchomlinow nicht früher oder später ebenfalls Kenntnis von den Greyschen Verbindlichkeiten erlangt hätten; das englische Volk und sein Parlament dagegen hatten bis zum Tage der Kriegserklärung an Deutschland keine Ahnung, und das deutsche Volk mit Einschluß von Kaiser und Kanzler natürlich erst recht nicht. Die Frage, ob und wie anders wohl ohne jene heimlichen Abreden die Krisis vom Juli 1914 friedlich verlaufen wäre, führt auf ein düsteres Feld für unheimliche Gedanken.

Lord Haldane erkannte sofort, daß in der Vereinbarung mit dem französischen Botschafter vom Januar 1906 ein neues „Armeeproblem“ vorlag. Die Belehrungen, die er sich beim preußischen Kriegsminister v. Einem holte, sollten dazu dienen, den Hauptmangel der englischen Heeresorganisation, die langsame Mobilmachung der englischen Hilfstruppen in einem etwaigen Krieg auf dem Festland, zu beheben.

Auch zu den deutschen Manövern im Herbst 1906 erhielt Lord Haldane eine Einladung. Wie fruchtbar dies Studium der deutschen Heereseinrichtungen für ihn war, hat er selbst offen anerkannt. Wie er schreibt, war er schon nach drei Jahren imstande, 160 000 Mann aufs schnellste zu mobilisieren und innerhalb zwölf Tagen nach den zwischen den französischen und englischen Stäben verabredeten Sammelpunkten an der französischen Küste schaffen zu lassen. Diese deutsche Unterstützung des englischen Kriegsministers beweist unwiderleglich die völlige Arglosigkeit der deutschen Staatsmänner und Generäle gegenüber der damaligen deutschfeindlichen Politik Englands. Es wäre eine Dummheit sondergleichen gewesen, so zu handeln,

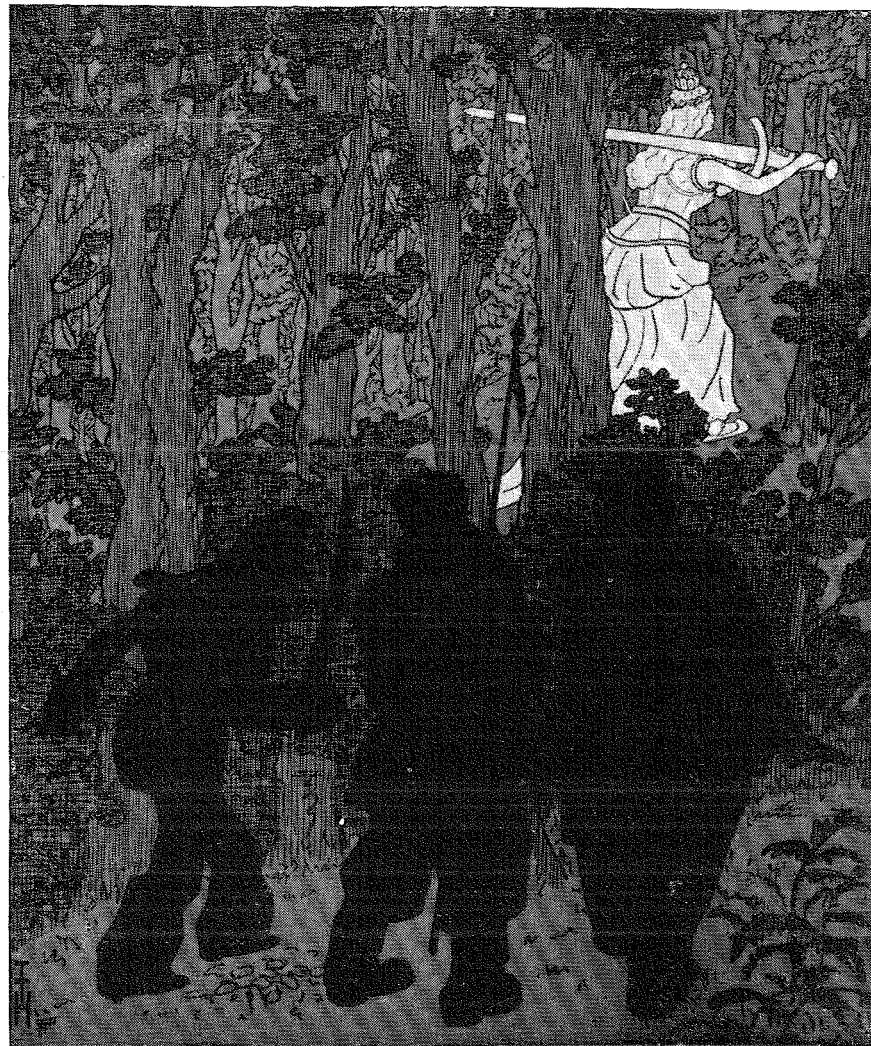
wenn die deutsche Regierung wirklich eine kriegerische Lösung der Streitigkeiten gegen die französisch-englische Entente beabsichtigt oder auch nur für möglich gehalten hätte. —

In der Zeit, als sich Lord Haldane mit seinem neuen Armeeproblem zu beschäftigen hatte und Sir Edward Grey noch dabei war, die Verhandlungen mit Rußland über die asiatische Entente abzuschließen, sollte eine zweite Friedenskonferenz im Haag abgehalten werden. Die erste Anregung dazu war schon Ende 1904 von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gegeben worden, und zwar sollte sich die neue Konferenz hauptsächlich der Weiterbildung des Seekriegsrechts widmen. Rußland, auf dessen ausdrücklichen Wunsch die Einberufung der Konferenz bis nach Beendigung des ostasiatischen Krieges verschoben wurde, übernahm es, ein Programm zu entwerfen und die Einladungen ergehen zu lassen, nachdem die Einberufung der Konferenz mit Rücksicht auf den panamerikanischen Kongreß endgültig auf den Sommer 1907 festgesetzt worden war. Anfänglich standen auf dem Programm nur rechtliche Fragen, vor allem Fragen des Seerechts, und eine Vervollkommnung des auf der ersten Haager Konferenz beschloßenen schiedsgerichtlichen Verfahrens. Bei dem sich anschließenden Gedankenaustausch zwischen den Regierungen forderten England und Amerika als Verhandlungsgegenstand auch die Frage der allgemeinen Abrüstung, die ja auch bereits bei der ersten Haager Konferenz zur Diskussion gestellt werden sollte. Die treibende Kraft für diese Vorschläge war sicherlich England, das hierdurch versuchen wollte, seine starke numerische Übermacht zur See auf Jahre hinaus ohne zu große weitere Kosten festzulegen. Die englischen Staatsmänner erkannten klar, daß das bisherige Kräfteverhältnis infolge des steten Wachstums der französischen, japanischen und vor allem der deutschen Flotte nur unter großen finanziellen Opfern aufrechtzuhalten sei. So entspann sich bereits vor Einberufung der Friedens-Konferenz ein lebhafter Kampf um die Formulierung des Programms. Die deutschen Staatsmänner waren vom Kaiser an geschlossen gegen die Aufnahme des eng-

lischen Vorschlags, hauptsächlich weil er für das Wachstum der deutschen Flotte hinderlich werden konnte.

Der Botschafter Graf Metternich riet im Hinblick auf mögliche Verdächtigungen in der englischen Presse, einer Erörterung der kritischen Frage nicht auszuweichen. Fürst Bülow zog es jedoch vor, die „Partei der ehrlichen Leute“ zu ergreifen und unter Hinweis auf die Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der Staaten eine Beteiligung an der Diskussion der Abrüstungsfrage abzulehnen. In einer Debatte im Reichstag (30. April 1907) sprachen sich die Redner aller bürgerlichen Parteien unter Hinweis auf die gespannte Lage, die durch die „Einkreisungspolitik“ des Königs Eduard — dieser hatte kurz vorher Begegnungen in Cartagena und Gaeta mit den Königen von Spanien und Italien gehabt — veranlaßt sei, für die freie Selbstbestimmung jedes Landes über die Stärke seiner Rüstungen aus. Mit einer geschickten Rede, die unter anderm auch eine Berufung darauf enthielt, daß Lord Derby 1874 die Erörterung der Frage des Seebeuterechts auf der Brüsseler Konferenz kategorisch abgelehnt hatte, glückte es dem Kanzler, einen Erfolg in England zu erzielen. Bei dem Lob der unionistischen Blätter mochten Parteitendenzen gegen das liberale Kabinett mitsprechen, dessen Abrüstungsvorschlag als unpraktisch und den fortgesetzten englischen Seerüstungen widersprechend bekämpft wurde. Aber auch die liberale Presse hob die Würde und Ehrlichkeit der Reichstagsdebatte hervor. Da auch Rußland und Österreich-Ungarn die Abrüstungsfrage für noch nicht genügend geklärt erachteten, schied sie aus der materiellen Debatte auf der Konferenz selbst aus; es kam nur zu einem auch von dem deutschen Vertreter, Frhrn. v. Marschall, gutgeheißenen Beschluß, der den auf der ersten Haager Konferenz beschloßenen Wunsch, daß die Regierungen die Abrüstungsfrage prüfen möchten, wiederholte.

Zu dem Programm der zweiten internationalen Friedenskonferenz gehörte, wie gesagt, die Ausarbeitung eines Abkommens über Gesetze und Gebräuche des Seekriegs. Die Frage der Abschaffung des Seebeuterechts war nicht aus-



Die eingekreiste Germania.

„Wir wollen ihr lieber nichts tun, sie hat noch ihr Schwert bei sich.“
Von Th. Th. Heine. (Aus dem „Simplizissimus“ vom 6. Juli 1908.)

drücklich erwähnt, sondern in dem Programm war nur gesagt, daß auch die Behandlung des Privateigentums der Kriegführenden zur See geregelt werden sollte. Obgleich es nun weder auf der zweiten Haager Friedenskonferenz noch auf der nachfolgenden Londoner Seekriegsrechtskonferenz (Winter 1908/09) zu einer grundsätzlichen Neuordnung der Seebeutefrage, sondern nur zu einer Milderung des Grundsatzes des voyage continu und zur Errichtung eines unparteiischen Oberprisengerichts gekommen ist, lohnt es sich im Hinblick auf den Verlauf des Weltkriegs doch, auf die für das damalige deutsch-englische Verhältnis charakteristischen innern Besprechungen näher einzugehen, die vor der Haager Tagung zwischen den beteiligten militärischen und zivilen Amtsstellen in Berlin und in London für den Fall einer internationalen Aufrollung jener Frage abgehalten wurden.

Bei der vorhandnen politischen Spannung war es ganz natürlich, daß man auf beiden Seiten von der Möglichkeit eines Kriegs zwischen Deutschland und England ausging und sein Urteil danach einrichtete, für welchen Teil dieser Kriegführenden das Seebeuterecht den größern militärischen Wert haben würde. Das Gutachten des Reichsmarineamts, dem sich die Admiralität, das Kriegsministerium und auch der Generalstab anschlossen, lautete dahin: England würde die Einfuhr über See auch ohne Seebeuterecht durch Blockade und scharfe Handhabung des Konterbanderechts lahmlegen können. Vorteile hätten daher in Deutschland von der Abschaffung nur die Reedereien, die einen Teil ihrer Dampfer im Verkehr zwischen neutralen Häfen beschäftigen könnten. Dagegen bestehe die Hoffnung, in absehbarer Zeit England durch Anwendung des Seebeuterechts in seinen Lebensbedingungen zu bedrohen und somit den Krieg abzukürzen. Ganz abweichend war der Standpunkt der beteiligten zivilen Amtsstellen in Berlin: Reichsamt des Innern, Handelsministerium, Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Sie beriefen sich auf den Größenunterschied der englischen und der deutschen Handelsflotte, der sich 1906 ungefähr wie 5:1 stellte, und folgerten daraus, daß selbst bei erfolgreichster Anwendung des Seebeuterechts die Kaiserliche Marine der englischen Handels-

flotte nur einen prozentual geringfügigen Abbruch tun könnte, während die deutsche Handelsflotte in ihrem Bestand bedroht bleiben würde. Da es ferner nahezu das einzige Kriegsziel Englands sein könnte, die deutsche Handelsflotte und den deutschen Handel zur See zu zerstören, würde die Aufhebung des Seebeuterechts eine wirksame Garantie für das Fortbestehen friedlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England abgeben.

Hiergegen führte das Reichsmarineamt die ökonomische Lage Englands ins Feld, die sich seit den großen Seekriegen um die Seeherrschaft von Grund aus verändert hätte. In der Entgegnung hieß es: Noch zur Zeit der Pariser Seerechtsdeklaration sei England in seiner Nahrungsmittelversorgung von der Welt fast unabhängig gewesen, heute gebe nur die Sicherheit ununterbrochener Zufuhren England die Möglichkeit, an Krieg zu denken, was deutlich aus den Vorschlägen der Royal Commission on Supply of Food in Times of War hervorgehe, denn mehr als 85 % der Nahrungsmittel mit Einschluß von Fleisch und Futtermitteln müßten eingeführt werden, wogegen Deutschland in der glücklichen Lage wäre, die notwendigen Zufuhren über neutrale Länder erhalten zu können. Gegenüber der Erwägung, daß die Abschaffung des Seebeuterechts eine erhöhte Friedensbürgschaft bedeute, dürfe man nicht übersehen, daß in der Furcht der öffentlichen Meinung in England vor der Bedrohung der Zufuhren gleichfalls eine Friedensgarantie liege. Die Abschaffung des Seebeuterechts sei eine einseitige, England begünstigende Reform; nur eine gleichzeitige Beschränkung der Blockade könne eine wirklich liberale, d. h. unparteiische Sicherung der Freiheit des Privateigentums und der wirtschaftlichen Tätigkeit zur See bringen.

Das Reichsamt des Innern blieb jedoch bei der Ansicht, daß die Beibehaltung des Seebeuterechts unter allen Umständen zum überwiegenden Vorteil für England ausschlagen würde. Der damalige Staatssekretär Delbrück bewies eine richtige Voraussicht, indem er gegen die Annahme, als ob jeder in der City bekanntwerdende Verlust eines englischen Handelsschiffs Deutsch-

land dem Frieden näher bringen würde, die Meinung vertrat, ein rücksichtslos geführter Handelskrieg würde vielmehr nur die Erbitterung in London verschärfen und England veranlassen, seinerseits mit Hilfe seiner überlegenen Kriegsflotte die deutsche Handelsflotte schonungslos zu vernichten.

Noch weiter war der Rahmen der Betrachtung gespannt in einem Bericht des Kaiserlichen Botschafters in London. Die bemerkenswertesten Stellen lauteten: „Der wesentliche Grund der politischen Spannung zwischen England und Deutschland liegt in neuerer Zeit nicht in den Handelsbeziehungen, sondern in der wachsenden Bedeutung unsrer Kriegsmarine, welche in England gefürchtet wird. Wenn Krieg oder Frieden von den großen Kaufherren der Londoner City abhinge, so könnten wir der Sorge eines Kriegs mit England enthoben sein. Diese Herren zittern vor dem Krieg. Aber nicht etwa hauptsächlich deshalb, weil sie fürchteten, daß die englischen Kreuzer (30 Panzerkreuzer, 83 geschützte Kreuzer) nicht imstande seien, die Zufuhr nach England gegen unsere Kreuzer (7 Panzerkreuzer, 27 geschützte Kreuzer) zu sichern, sondern deshalb, weil sie wissen, daß im Kriege alle Werte sinken, daß das englische Anlagekapital im Ausland, der Hauptreichtum Englands, ungeheure Verluste erleiden würde, daß die Stabilität, auf der die Handelsbeziehungen ruhen, verschwinden würde und daß der Krieg Summen verschlingt, die nachher bezahlt werden müssen und dann in der Gestalt von Nationalschulden auftreten... Jeder Engländer weiß, daß, wenn ihm die Zufuhr abgeschnitten wird, er bald am Hungertuche nagen muß. Er weiß aber auch, daß er deshalb eine Flotte haben will, die mindestens doppelt so stark sein soll als die nächststarke Seemacht. Diese hat er. Besonders hat er ein mehr als dreifaches Stärkeverhältnis an Kreuzern, die den eignen Handel zu schützen, den feindlichen Handel zu zerstören imstande sind. Er fürchtet dagegen unsre Schlachtflotte, die nicht weit von seiner Küste homogen heranwächst und in nicht allzu ferner Zeit auch zahlenmäßig keinen solch großen Unterschied mit der eignen Flotte mehr aufweisen wird. . . Wenn das Privateigentum und der Handel zur See

von feindlichem Angriff ausgeschlossen sein sollten, so verliert allerdings ein Krieg Englands gegen Deutschland an Bedeutung. Die Friedensgarantie aber steigt. Die Aufgabe der Kriegsmarine wird zwar beschränkt, diese aber ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck.“ Graf Metternich trat also für Beseitigung des Seebeuterechts ein, auch wenn es nicht gelingen sollte, die notwendigen Korrelate (Beschränkung der Blockade auf Kriegshäfen, Reform der Bestimmungen über Kriegskonterbande, freie Zufuhr nach und zwischen neutralen Häfen) zu erlangen.

Ein ähnlicher Gegensatz der Anschauungen unter den zuständigen militärischen und zivilen Ämtern bestand auch in London. Ebenso wie der Admiral v. Tirpitz trat der Erste Seelord, Admiral Sir John Fisher, für die Beibehaltung des Seebeuterechts ein, nur daß er sie unbedingt forderte. Ihn unterstützte mit voller Überzeugung Sir Edward Grey, nicht allein wegen der militärischen Interessen Englands, sondern auch in der ausgesprochenen Absicht, den fremden Völkern das Furchtbare des Kriegs abschreckend vor Augen zu stellen — eine Auffassung, der natürlich das Bewußtsein der englischen Übermacht zur See zugrunde lag. Den Widerpart hielt der erste richterliche Beamte des Landes, der Lordkanzler Lord Loreburn, als alter humanitärer Verteidiger der Abschaffung des Seebeuterechts. Der Ansicht Loreburns neigte auch der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman zu, der seiner ganzen Veranlagung nach für ausgedehnten Schutz des Privateigentums zur See und für Milderung der Härten des Kriegs zu Wasser wie zu Lande eingenommen war. So standen sich in London ebenso wie in Berlin imperialistischer und pazifistischer Wille gegenüber, und hier wie dort erwies sich die imperialistische Richtung als die stärkere.

Vergleicht man die allgemeine Lage der übrigen Großmächte in puncto Freiheit der Meere auch in Kriegszeiten, so ähnelte die der Vereinigten Staaten von Amerika am meisten der deutschen. Die Vereinigten Staaten hatten auch zusammen mit dem Königreich Preußen das erste leuchtende Beispiel des Eintretens für große Ziele der Menschheit gegeben. Ihr Vertreter in Europa, Benjamin Franklin, schloß 1785 mit Friedrich dem Großen

jenen Freundschaftsvertrag, in dem zum erstenmal zwischen zwei Staaten der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See gegen den Kriegsbrauch der Seebeute anerkannt wurde. Bei den Bemühungen zur Fortbildung des Völkerrechts, von denen die diplomatische Geschichte des vorigen Jahrhunderts berichtet, sehen wir regelmäßig amerikanische Staatsmänner unter den Vorkämpfern für Humanität und Milderung der Kriegssitten. Präsident Monroe forderte, daß der Krieg nur ein Kampf zwischen Staat und Staat, kein Kampf der Privaten sein soll, und stellte den Grundsatz auf: No warfare against private property. Präsident Franklin Pierce trat der Pariser Seerechtsdeklaration 1856 nur deshalb nicht bei, weil sie bloß die Abschaffung der Privatkapererei, nicht auch die der Seebeute der Staatsschiffe enthielt. Sein Nachfolger, Mr. Buchanan, ging noch einen Schritt weiter. Er glaubte, daß ohne gleichzeitige Abschaffung der Blockade offener Häfen das Verbot der Kapererei nur die schwächeren Seemächte eines Kampfmittels gegen die stärkeren berauben würde.

Diese Erinnerungen mußten in Berlin den Gedanken nahelegen, auf der Basis des alten amerikanisch-preußischen Vertrags ein neues Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich für den wahrscheinlichen Fall zu betreiben, daß im Haag eine durchgreifende internationale Instanz zur Sicherung der Freiheit der Meere in Kriegszeiten nicht erzielt werden würde. Hatte doch auch der damalige Inhaber des Weißen Hauses in Washington, Theodor Roosevelt, in zwei Botschaften an das amerikanische Volk das Fehlen einer Weltorganisation zur Verhütung von wrong doing bedauert. Und in der Tat enthielt eine im Berliner Auswärtigen Amt entworfne Denkschrift den Satz: „Aus der Übereinstimmung mit den oft bewiesenen humanen Grundideen der Politik der Vereinigten Staaten und aus der Überzeugung, daß auch die reale Situation beider Länder und Völker einen dauernden Frieden und eine aufrichtige Freundschaft verheißt, rechtfertigt sich der Vorschlag, eine gemeinsame Haltung beider Regierungen zu den Fragen des Seekriegsrechts herbeizuführen und ein Abkommen unter ihnen

zur Abschaffung der Seebeute und der Kriegsblockade offener Häfen in Aussicht zu nehmen.“

Die Spaltung der Ansichten zur Sache unter den zuständigen Amtsbereichen in Berlin hemmte die zur Durchführung des vorgeschlagenen Versuchs notwendige Energie. Wer hätte sich damals träumen lassen, daß dereinst die Vereinigten Staaten wegen eines Konflikts über Seerechtsfragen entscheidend gegen Deutschland in einen Weltkrieg eingreifen würden? Über die irrige Hoffnung, bei Anwendung des Seebeuterechts mit einer weit unterlegenen Zahl von Kreuzern gegen England durchsetzen zu können, was eine überlegene Zahl hastig gebauter U-Boote in unbeschränkter Zerstörungstätigkeit nicht zu erzwingen vermochte, ist heute kein Streit mehr möglich (Kap. 172).

V. Die Krisenjahre 1908–1912.

1. Reval. Friedrichshof.

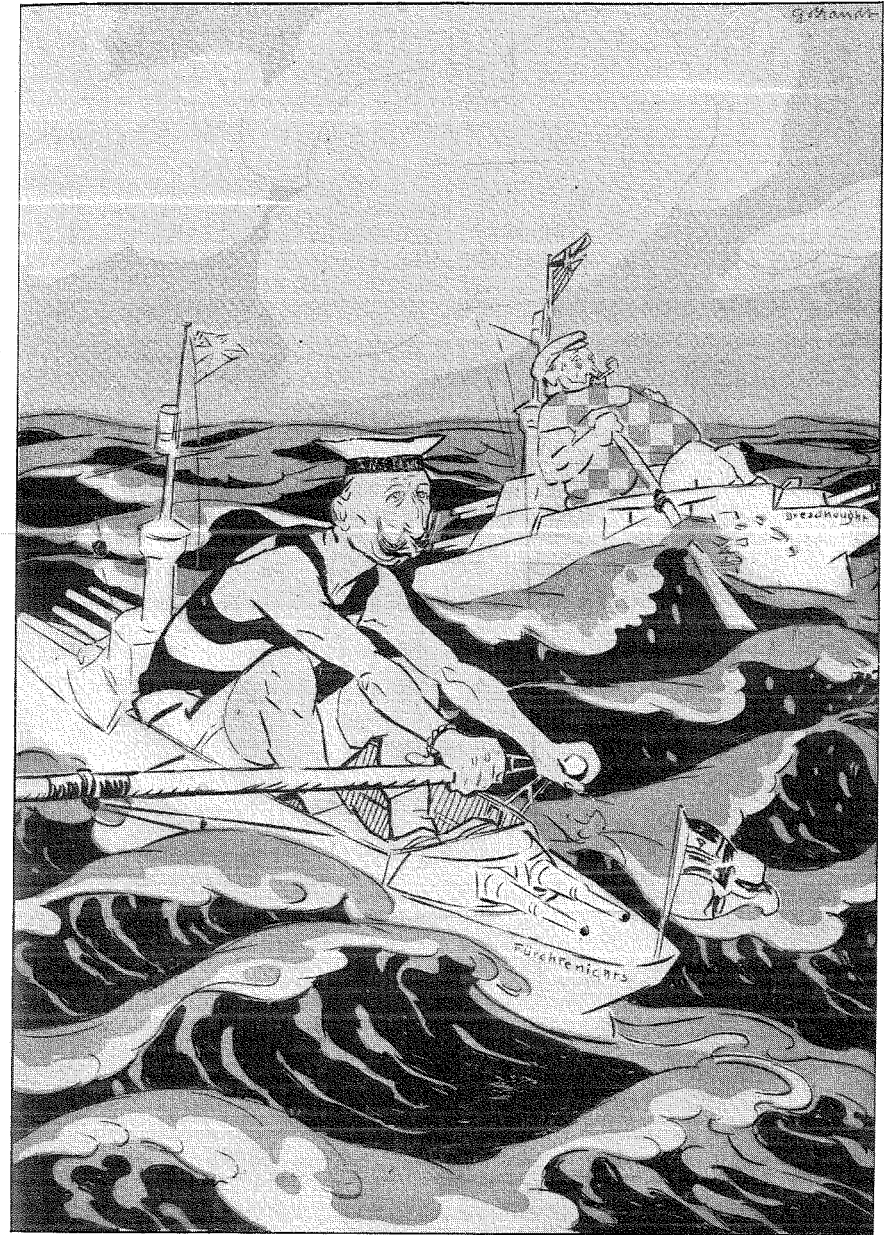
Als bald nach der Rückkehr Rußlands aus dem Fernen Osten kam neue Unruhe über den alten Kontinent. Schon in Algéciras ließ sich deutlich erkennen, daß Rußland trotz Björkövertrag die alte Freundschaft mit Deutschland aufgeben und sein Heil in einem Anschluß an die fest verbundenen Westmächte suchen werde. Die Fragen des Nahen Orients, die während des Russisch-Japanischen Krieges geruht hatten, traten mehr und mehr wieder in den Vordergrund.

Die veränderten Verhältnisse verlangten neue Männer. Im Mai 1906 trat in Petersburg an die Stelle des Grafen Lamsdorff als Minister des Auswärtigen der bisherige Gesandte in Kopenhagen v. Iswolski, einer der geriebensten und unaufrichtigsten Diplomaten seiner Zeit, der sich nachmals, wie wir noch sehen werden, schwer mit der Mitschuld am Weltkriege belastet hat. In Berlin erkannte man bald, trotz seiner häufigen deutschfreundlichen Versicherungen, was von ihm zu erwarten war. Anfang Juni 1907 hatte ihm der deutsche Botschafter v. Schön im Auftrage seiner Regierung zu erklären, man begreife wohl, wenn Rußland Streitpunkte mit England ausgleiche, aber man könne es nicht verstehen, wenn Rußland sich mit zwei andern Staaten zu einer Koalition zusammenschließe, die, möge es auch ostentativ nur defensive Zwecke affichieren, doch direkt gegen Deutschland gerichtet sei. Rußlands Anschluß an eine solche Koalition sei mit dem Fortbestand des bisherigen Verhältnisses zu Deutschland unvereinbar.

Einige Monate später wurde auch in Wien in der Leitung der auswärtigen Politik ein Wechsel vorgenommen; an die Stelle des Grafen Goluchowski trat der bisherige Botschafter in Petersburg Baron Aehrenthal, ein Vertrauter des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, Erzherzogs Franz Ferdinand. Baron Aehrenthal, der lange Jahre den Botschafterposten in Petersburg bekleidet hatte, war keineswegs ein Gegner Rußlands, vielmehr hegte er den Gedanken, wenn möglich das alte Dreikaiserbündnis wieder aufleben zu lassen. Vor Allem war er sich klar darüber, daß seine schwerste Aufgabe sein werde, die hadernden slawischen Elemente der Monarchie fester an sie zu binden, was zur Voraussetzung hatte, daß Rußland weiter in den Balkanfragen Enthaltensamkeit üben werde. Aber bald stellte sich heraus, daß die russische Politik darauf ausging, mit Hilfe der Westmächte die Stellung Rußlands gegen die Donaumonarchie zu verstärken. Schon im Juni 1907 war die Nachricht aufgetaucht, Rußland gedenke den Rest seiner Kriegsflotte nach dem Schwarzen Meer zu verlegen. Das bedeutete die Aufrollung der Meerengenfrage.

Unter dem Grafen Lamsdorff in Petersburg und dem Grafen Goluchowski in Wien war die Politik auf dem Balkan beiderseits defensiv. Unter Herrn v. Iswolski dort und dem Baron Aehrenthal hier wurde sie offensiv. An Stelle einer friedlichen Abpaarung unter Mitbewerbern trat der versteckte und offene Kampf um den vorherrschenden Einfluß.

Dieser Umschwung in der russischen Politik zeichnet sich aufs deutlichste in dem Protokoll einer Konferenz ab, die am 25. Februar 1908 auf Betreiben Iswolskis unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Stolypin abgehalten wurde und an der noch teilnahmen: Finanzminister Kokowzew, Marineminister Dikow, Chef des Generalstabes Palitzyn, stellvertretender Kriegsminister Poliwanow und der stellvertretende Außenminister Subastow. In der Programmrede, die Iswolski hier vortrug, heißt es: „Graf Lamsdorff war bemüht, Bulgarien zurückzuhalten, und trat gleichzeitig für eine Verständigung mit Österreich ein. Eine solche Politik trägt einen rein negativen Charakter. Sie ist nicht



Hip, hip, hurra!

Alle Welt erwartet gespannt den Ausgang der hochinteressanten Regatta.
Von G. Brandt. (Aus dem „Kladderadatsch“ vom 27. Juni 1909.)

imstande, zu einer vom Standpunkte der russischen historischen Interessen günstigen Lösung der Balkanfragen zu führen. Dagegen hat sie den einen Vorzug, das Einfrieren dieser Fragen zu fördern. Jedenfalls ist das nicht die Politik ernstlicher Erfolge auf dem Wege zu den von uns verfolgten Zielen.“ Auf Frankreich und Italien sei schwer zu rechnen, dagegen könne eine enge Annäherung an England zu glänzenden Ergebnissen führen und eine Aufrollung der ganzen türkischen Frage zur Folge haben, der englische Botschafter in Petersburg habe ihm bereits Andeutungen über eine solche Kombination unter Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen beider Staaten im Nahen Orient gemacht. Als scharfer Gegner Iswolskis trat in der Konferenz Stolypin auf: Eine neue Mobilmachung würde die Revolution stärken, aus der Rußland eben erst herauszukommen beginne; eine andre als eine streng defensive Politik wäre gegenwärtig die Fieberphantasie einer anormalen Regierung und könnte die Dynastie gefährden.

So stand auf der einen Seite der Wille: Erst Annäherung an England, dann Krieg, auf der andern die Besorgnis vor einer neuen Revolution mit dem Sturze der Dynastie. Der Gegensatz drehte sich aber nur um den Zeitpunkt, nicht um die Sache. Nach Stolypin brauchte Rußland dringend eine „Atempause“, bevor es wieder eine aktive Politik als Großmacht treiben könne*).

In seiner Rede hatte sich Iswolski auch auf die kurz vorher von Aehrenthal in den Delegationen abgegebenen Erklärungen berufen, in denen der Plan angekündigt war, die bosnische Eisenbahn von Uwatsch bis Mitrowitza durch den Sandschak Nowibasar zu verlängern, womit eine ununterbrochene Verbindung zwischen Wien über Agram-Sarajevo-Mitrowitza-Uesküb bis Saloniki hergestellt werden würde. Obgleich sich Aehrenthal dabei auf ein für Österreich-Ungarn im Berliner Verträge von 1878 vorbehaltenes Recht berufen konnte, erhob sich doch ein großer Lärm, namentlich in der russischen und englischen Presse, gegen den Plan. Das Recht konnte nicht bestritten werden, ebenso

*) Prof. M. Pokrowski, Drei Konferenzen. (Berlin 1920.)

auch nicht die wirtschaftliche Bedeutung, die einer solchen durchgehenden Linie zukam. Aber der Geist eines internationalen Zusammenarbeitens sei verletzt — so wandten die russischen und englischen Gegner ein — und der wirtschaftliche Vorteil werde sich bald in ein politisches Übergewicht der Donaumonarchie verwandeln. Die Serben schäumten, aber auch in Italien war man wegen des adriatischen Handels und des Verkehrs mit der Levante beunruhigt.

Mit der Ankündigung der Sandschakbahn hatte Baron Aehrenthal alle Welt überrascht. Auch Iswolski hatte vorher keine Kenntnis erhalten. Er kündigte dem Baron die Freundschaft und erklärte, eine österreichisch-ungarische *pénétration pacifique* des Balkans à la Marokko könne Rußland nicht dulden. Er beruhigte sich erst, als er hörte, daß Aehrenthal nicht, wie er glaubte, dem Sultan sein Veto gegen die mazedonischen Reformen zugesagt habe.

Den ersten großen Erfolg errang die aktive Balkanpolitik Iswolskis mit der Monarchenzusammenkunft in Reval. Die Bedeutung der Reise König Eduards nach Reval gab sich schon darin kund, daß sich im Gefolge neben dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Hardinge der Admiral Fisher und General French befanden, während der Zar außer dem auswärtigen Minister v. Iswolski auch den Ministerpräsidenten Stolypin mitbrachte. Die Trinksprüche bestätigten, daß es darauf abgesehen war, „beide Länder enger zusammenzuführen“ und „einige wichtige Fragen“ freundschaftlich zu regeln. Was im allgemeinen damit gemeint war, sprach die Northcliffepresse offen mit der Erinnerung an die epochemachende Reise des Königs Eduard 1903 nach Paris und mit der Genugtuung darüber aus, daß nun die französisch-russische Allianz und die französisch-englische *entente cordiale* durch ein russisch-englisches Einvernehmen in Europa ergänzt werde.

Unter den wichtigen Fragen, die in Reval von den beiden Herrschern und zwischen Hardinge und Iswolski besprochen wurden, stand obenan das mazedonische Reformprogramm, das auf eine neue internationale Kontrolle über die innern Zustände

der von Türken, Bulgaren, Serben und Griechen bewohnten und durch fortgesetzte Kämpfe unter den verschiedenen Nationalitäten zerrütteten Provinz Mazedonien hinauslief. In Reval ist jedoch kein neues schriftliches Abkommen getroffen worden. England legte sich nur im allgemeinen darauf fest, Rußland bei Wahrnehmung seiner Interessen im Nahen Orient beizustehen (Kap. 189, 190).

Die außerordentliche politische Bedeutung der Revaler Zusammenkunft geht deutlich aus einem Erlaß Iswolskis an den russischen Botschafter Grafen Benkendorff vom 5./18. Juni 1908 hervor. Da heißt es u. a.: „Der allgemeine Eindruck ist in politischer Hinsicht äußerst günstig; König Eduard hat seine Genugtuung offen zum Ausdruck gebracht und erblickt in der Zusammenkunft eine Bestätigung und Befestigung des zwischen Rußland und England erzielten Übereinkommens (gemeint ist das asiatische vom 31. August 1907), sowie ein Pfand für die weitere Solidarität der beiden Regierungen . . . Die verschiedenen Erklärungen Hardinges zusammenfassend, muß ich betonen, daß seinerseits kein Versuch gemacht ist, den Boden konkreter Abmachungen sowohl der bestehenden, als auch der in Aussicht genommenen zu verlassen und uns in allgemeine politische Kombinationen zu ziehen. Sir Charles bestätigte, daß das Londoner Kabinett unsere Ansicht durchaus teile, daß die Entrevue in Reval den andern Staaten keinerlei Beunruhigung einzufloßen brauche; was speziell Deutschland anbelange, so wünscht die englische Regierung aufrichtig, die allerbesten Beziehungen zu ihm zu unterhalten, und glaube nicht, daß in allernächster Zukunft diese Beziehungen aus irgendeinem Grunde sich verschärfen werden. ‚Trotzdem‘, sagte mir Sir Charles, ‚kann man sich nicht der Einsicht verschließen, daß, wenn Deutschland in demselben beschleunigten Tempo seine Rüstungen zur See fortsetzen wird, in sieben oder acht Jahren in Europa eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage entstehen kann; dann wird unzweifelhaft Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; und aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des

Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark ist.' Diesen Gedanken hat Sir Charles mehrere Male wiederholt, wobei er augenscheinlich zu verstehen geben wollte, daß er nicht seine persönliche Meinung, sondern die bestimmte politische Überzeugung des Londoner Kabinetts zum Ausdruck bringt.“

Die Wichtigkeit dieses Schriftstücks springt in die Augen. Die hypothetische Prophezeiung Hardinges, die nicht in den deutschen, sondern in den russischen Akten steht*), hat sich nur um ein Jahr geirrt, der Weltkrieg brach nicht 1915 oder 1916, sondern schon 1914 aus und Rußland spielte in Wahrheit nicht den Schiedsrichter, sondern im Vertrauen auf englische Hilfe den Angreifer.

In einem gewissen innern Zusammenhang mit den politischen Erklärungen Hardinges folgte auf Reval im August 1908 Friedrichshof bei Kronberg.

In England wollten die Stimmen, die die deutschen Flottenpläne als gefahrdrohend für die dominierende Stellung der englischen Flotte bezeichneten, nicht verstummen. Die deutschfeindlichen Politiker arbeiteten hier mit falschen Zahlen und Kombinationen und verstanden es so, eine Atmosphäre zu schaffen, die für die guten Beziehungen der beiden Mächte auf die Dauer friedensgefährlich werden mußte. Vor allem war die Legende, daß man in Deutschland heimlich bedeutend mehr Schiffe, als im Etat vorgesehen waren, auf Stapel legte, nicht zu zerstören. Die Presse war voll von Artikeln dieser Art, hatte sich doch auch das Parlament in beiden Häusern im März 1908 in eingehenden Debatten mit der deutschen und englischen Flottenpolitik befaßt. Um maßgebenden angelsächsischen Kreisen über diese Punkte Klarheit zu verschaffen, bemühte sich Albert Ballin, der mit außergewöhnlichen politischen Instinkten begabte Direktor der Hamburg—Amerika—Linie und Freund des Deutschen Kaisers, im Frühjahr eine Unterredung mit dem Vertrauten des Königs Eduard Sir Ernest Cassel herbeizuführen. Die Unterredung fand Ende Juni 1908 statt.

*) Siebert, Diplomatische Aktenstücke. (Berlin und Leipzig 1921.)

Nach dem ausführlichen, bei Huldermann*) abgedruckten Bericht über diese Unterredung war der englische König völlig davon durchdrungen, daß der rasche Ausbau der deutschen Flotte die englische Stellung zur See bedrohe. Zwar wisse der König, daß sein Neffe nie leichtsinnig auf Händel ausgehen werde und seiner innersten Natur nach den Schrecken eines Krieges widerstrebe . . . Die Sorge vor der deutschen Gefahr sei die treibende Kraft für die ganze Entente politik, und diese eine Beruhigung für jene. Auf eine Andeutung Cassels, daß eines Tages der Dreiverband an Deutschland die Frage richten könnte, ob es in der Verstärkung seiner Seerüstung haltzumachen gedenke, erwiderte Ballin, eine solche Frage sei der Krieg, da Deutschland sich einem solchen Faschoda mit aller Macht widersetzen werde. In dem an die erste Unterredung anschließenden Briefe regte Ballin an, daß der König bei seiner Reise nach Marienbad nicht versäumen möge, eine Begegnung mit dem Kaiser herbeizuführen, worauf Cassel antwortete, daß nach dem, was er höre, die Monarchenzusammenkunft sich schon auf der Hinreise seines hohen Herrn veranstalten lasse.

Bei der Monarchenbegegnung in Friedrichshof kam es denn auch zu einer langen und energischen Aussprache zwischen dem Deutschen Kaiser und Sir Charles Hardinge, über die zwei ausführliche Telegramme des Kaisers an Bülow unterrichten. Ursprünglich hatte der König beabsichtigt, das Flottengespräch mit dem Kaiser selbst zu führen, überließ dies aber, das negative Ergebnis voraussehend, seinem Begleiter. Dieser sprach mit dem Kaiser zuerst über militärische Einrichtungen, sprang jedoch bald auf die Flottenfrage über. Hardinge nannte den deutschen Flottenbau, der in kurzem die englische Flotte erreichen werde, eine grave apprehension für alle englischen Kreise, zumal da die deutsche Flotte stets zu Hause, also gegenüber England, konzentriert sei. Die Erklärung des Kaisers, daß man gerade aus Erwägungen der auswärtigen Politik es vermeiden wolle, die deutsche Flotte zuviel im Ausland zu zeigen, nahm Hardinge erst ungläubig auf und riet dann, von diesem Prinzip völlig ab-

*) „Albert Ballin“. (Oldenburg 1922.)

zugehen, da es gerade die gegenteilige Wirkung in England erziele. Schwierig war es für den Kaiser, Hardinge von dem wirklichen Umfang unsres Flottenprogramms zu überzeugen. Er ließ den „Nauticus“ holen, der Sir Charles unbekannt war, und verwies ihn auf die dort abgedruckten graphischen Tabellen. Nach dem „Nauticus“ von 1908 stellte sich das Verhältnis der beiderseitigen Flottenstärke so: An Linienschiffen über 10 000 t besaß England 52, Deutschland dagegen 22. Bei den Panzerkreuzern über 5 000 t standen sich 34 englische und 8 deutsche gegenüber. Bis zum Jahre 1911 sollte England 56 Linienschiffe und 39 Panzerkreuzer besitzen, Deutschland dagegen 25 Linienschiffe und 10 Panzerkreuzer. Hiernach war also eine große englische Überlegenheit vorhanden. Das Schlimme war eben nur, daß man in England die Richtigkeit der Angaben über den deutschen Flottenbau anzweifelte und an heimliche Mehrbauten glaubte.

Seinen Höhepunkt erreichte das auf beiden Seiten mit großer Schärfe und Erregung geführte Gespräch, als Sir Charles direkt von dem Kaiser eine Rüstungsbeschränkung mit den Worten „You must stopp or build slower“ verlangte, die der Kaiser sofort folgendermaßen parierte: „Then we shall fight, for it is a question of national honour and dignity.“ Diese scharfe Entgegnung, die dem Engländer deutlich zeigte, daß er sich zu weit vorgewagt hatte, soll nach des Kaisers Bericht den günstigsten Einfluß ausgeübt haben, Hardinge entschuldigte sich und bat, jene Äußerung als ungeschehen zu betrachten.

Der Kaiser war mit sich sehr zufrieden; er hatte den Briten einmal gründlich die Wahrheit gesagt, z. B. die schweren Besorgnisse des englischen Volkes wegen der deutschen Flotte als „absoluten Blödsinn“ bezeichnet, und glaubte doch, trotz seiner kategorischen Ablehnung eines Flottenagreement, einen günstigen Eindruck auf seine Gäste gemacht zu haben.

Welche Hoffnungen das Kabinett von St. James auf eine Verständigung über den Flottenbau gesetzt hatte, läßt sich aus einer Unterredung erkennen, die der Schatzkanzler Lloyd George zu gleicher Zeit mit der Friedrichshofer Begegnung der Monarchen

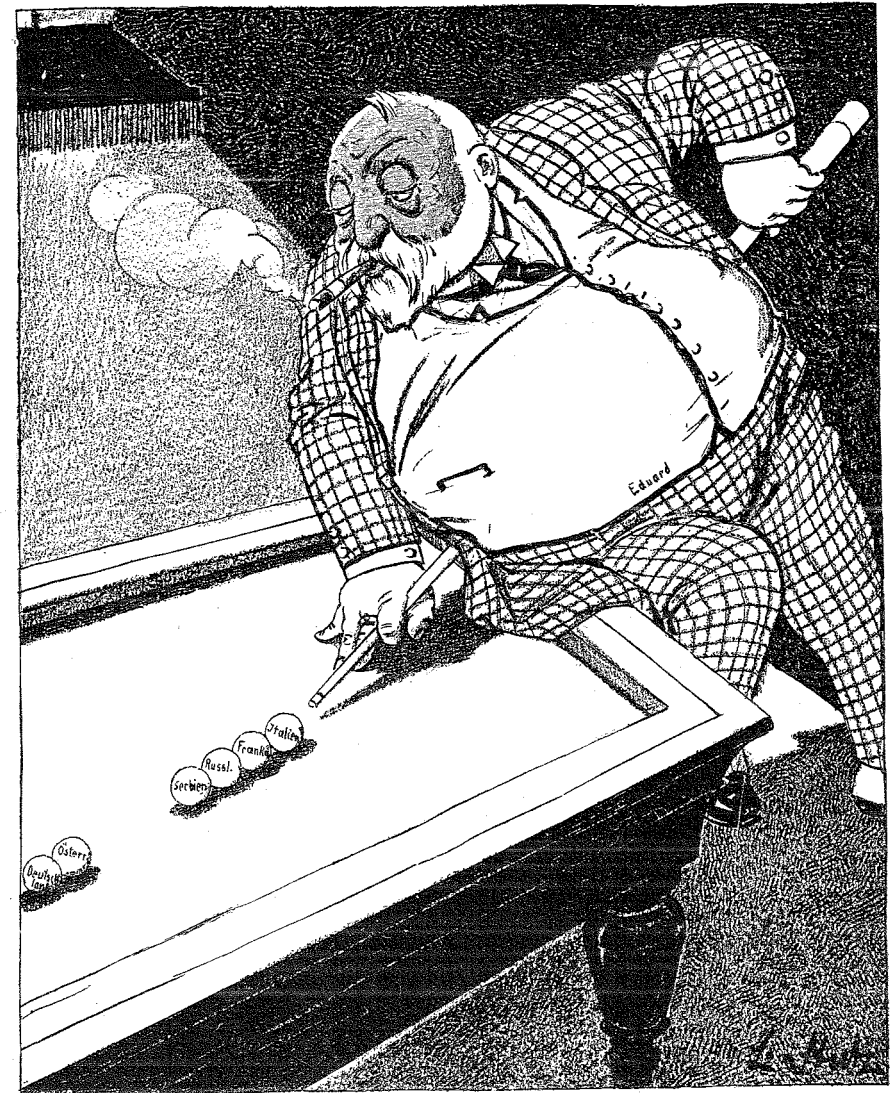
einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ gewährte und die diese am 12. August 1908 veröffentlichte. Er sagte über eine solche deutsch-englische Verständigung: Sie sei der einzige Weg, um der über Europa lagernden Spannung ein Ende zu machen, eigentlich gebe es kein Streitobjekt zwischen beiden Völkern, die Übereinstimmung müßte sich allein darauf richten, den Bau von neuen Schiffen für die Zukunft zu beschränken. Dabei nannte er noch den Vorwurf, daß sich England für die Isolierung Deutschlands verschworen hätte, einen „empörenden Verdacht“. Wenn man damit jene merkwürdige Rede desselben Lloyd George vom 29. Juli 1908 vergleicht, in der er seinen eignen Landsleuten die Ungerechtigkeit des sogenannten Zweimächtestandards vor Augen hielt, so muß man an die Aufrichtigkeit seiner Ansicht glauben, daß nur die Flottenbaufrage einer ernsthaften politischen Verständigung im Wege stand. In der Rede kamen folgende Sätze vor: „Viel erklärlicher als das englische Mißtrauen gegen Deutschland ist das deutsche Mißtrauen gegen England. Wir hatten eine überwältigende Übermacht zur See, trotzdem fingen wir an, Dreadnoughts zu bauen. Wozu? Wir brauchen sie gar nicht. Sehen Sie die Ungerechtigkeit unsres sogenannten Zweimächtemaßstabes! Sehen Sie Deutschland an. Für Deutschland bedeutet die Armee dasselbe wie für England seine Flotte: den einzigen Schutz gegen feindliche Invasion. Trotzdem befolgt Deutschland keinen Zweimächtestandard, obgleich es zwischen zwei Militärmächten liegt, die seiner Armee eine weit überlegene Truppenzahl gegenüberstellen können.“ Auch hatte Sir Edward Grey im Sommer mit stärkerem Nachdruck als sonst die Isolierungsabsicht der englischen Politik bestritten und Churchill, der Handelsminister, das Schnappen und Knurren in den Zeitungen und Klubs gegen Deutschland zur Entfesselung eines Krieges für ein höllisches Verbrechen erklärt. Dies alles zwingt zu dem Schluß, daß das englische Kabinett hinter dem Vorschlage Hardinges in Friedrichshof stand und sich bemühte, ihm eine freundliche Aufnahme bei dem Kaiser zu bereiten.

Nach der kaiserlichen Ablehnung einer Flottenverständigung in Friedrichshof hat weder Lloyd George noch ein anderer eng-

lischer Staatsmann wieder eine so deutschfreundliche Rede gehalten. Gegen die bessere Einsicht des Kanzlers wollte sich der Kaiser, einig mit dem Großadmiral v. Tirpitz, unter keinen Umständen in den Bau großer Schlachtschiffe dreinreden lassen, mochte auch der deutsche Botschafter Graf Metternich in London immer wieder berichten: „Wozu? Wenn wir ein Schiff bauen, werden die Engländer zwei Schiffe bauen. Da ist kein Ende.“

Der Kaiser ist sich wohl bewußt gewesen, daß sich wegen seiner ablehnenden Antwort auf den englischen Vorschlag der deutsch-englische Gegensatz verschärfen würde, hat aber doch die Gefährlichkeit der Lage unterschätzt. Um die Zeit der Friedrichshofer Begegnung forderte der französische General Prudhomme in der „France Militaire“ zum Kriege gegen Deutschland auf. „Niemals“, so schrieb er, „wird sich eine bessere Gelegenheit bieten, unsern Platz in der Welt wiederzugewinnen dank dem doppelten, unerwarteten Beistand von Rußland und England, das danach strebt, Deutschlands Kriegsflotte und Seehandel zu vernichten“. Aus den belgischen Aktenstücken wissen wir, daß die belgischen Vertreter in Berlin, Paris, London in auffällender Übereinstimmung während der Jahre 1906—1908 immer wieder berichtet haben, daß die englische Politik darauf gerichtet sei, Deutschland Feinde zu schaffen.

Die diplomatische Einkreisung war vollzogen, die Gefahr lag in der Wahrscheinlichkeit, daß sich der Kreis in einen ehernen Ring verwandeln würde. Im Gegensatz zu der seit einem Menschenalter bewiesenen Friedlichkeit des Dreibundes war der Zweibund vom Tage seiner Geburt an ein unfriedliches Gebilde, jeder seiner beiden Teilhaber verfolgte Ziele, die ohne gewaltsame Veränderungen des status quo in Europa nicht zu erreichen waren. Solange England neutral blieb, reichte die militärische Stärke des Dreibundes zur Verteidigung aus. Schloß sich dagegen England dem Zweibund mit geheimen oder offenen militärischen Verpflichtungen an, so war nach der klaren Voraussicht Bismarcks der aktive Beistand Italiens für seine Bundesgenossen im Kriegsfall illusorisch gemacht und dann das militärische Stärkeverhältnis zugunsten des Zweibundes verschoben.



Der perfekte Billardspieler im Hotel de l'Europe.

Wie wir hören, beschäftigt sich Ede in Biarritz mit der Erfindung einer neuen Art von Billardspiel.
(Zeitungsnachricht.)

„Hm! — Der Ball will überlegt sein! — Direkt werde ich ihn nicht machen können!“
Von L. Stutz. (Aus dem „Kladderadatsch“ vom 28. März 1909.)

Der alte Seher im Sachsenwalde hat aber nicht nur die ungünstige Wirkung auf Italien, die ein Abschwanken Englands vom Dreibund haben mußte, klar erkannt, sondern auch wunderbar vorausgeföhlt, daß die kaiserliche Schlachtflotte eine solche gefährliche Wendung in der englischen Politik hervorbringen würde. Gleich nach den ersten Ankündigungen eines stärkeren Flottenbaus erwachte sein Mißtrauen gegen „Paradeschiffe“ und „phantastische Pläne“, und als von der Abwehr von Angriffen auf hoher See die Rede war, äußerte er: „Ich möchte wissen, an welchen Angreifer gedacht wird, hoffentlich nicht an einen, der es werden könnte, wenn undeutsche Prestigesucht und eine als Feindschaftszeichen zu deutende eilige Seerüstung ihn einer gegen Deutschland geschaffnen Koalition zutriebe.“*) Was Bismarck 1898 geahnt, war 1908 schon halb vollendete Wirklichkeit.

Von Friedrichshof begab sich König Eduard nach Ischl zu einem Besuch des Kaisers Franz Joseph. Seit 1903 hatte er sich angelegen sein lassen, die Beziehungen zwischen dem Kabinett von St. James und der Hofburg in Wien in jeder Weise zu pflegen. Im Jahre 1904 war Prinz Georg, der jetzige König von England, mit seiner Frau Mary, deren Bruder, der Herzog von Teck, als Militärattaché bei der britischen Botschaft, eine große Rolle in der Hofgesellschaft spielte, zu Besuch in der Hofburg. Im Jahre darauf folgte ein ganz intimer Besuch des Königs in Ischl; 1906 wirkte ebenda Eugenie, Exkaiserin der Franzosen, vom Kaiser mit ritterlicher Aufmerksamkeit behandelt, mit Erinnerungen an die Zeit, da es für die Deutschen nur einen österreichischen Kaiser gab, im Sinne einer Abkehr von dem preußischen Deutschland, weshalb sie als Sendbotin des Königs galt. Den ersten unzweideutigen Versuch, den Kaiser in seiner Bündnistreue wankend zu machen, soll der König bei seinem Besuche in Ischl 1908 gemacht haben. Richtig ist, daß der König vertrauliche Gespräche mit dem Kaiser Franz Joseph gehabt und daß der Abschied ziemlich frostig war. Nach dem Zeugnis einer Persönlichkeit aus der

*) S. „Zukunft“ 24. April 1915.

nächsten Umgebung des Kaisers Franz Joseph hat Hardinge bei der Abreise des Königs die vielsagende Bemerkung gemacht: „A grand old man throughout the Emperor, a capital fellow, though perhaps he missed just now one of the long life's best opportunities“*). Auch Fürst Bülow schrieb in dem Werke „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ (Berlin 1914, Bd. I S. 27): „Ähnliche Bemühungen gegenüber Österreich-Ungarn scheiterten bei der Monarchenzusammenkunft in Ischl an der unerschütterlichen Bündnistreue des greisen Kaisers Franz Joseph“ (Kap. 177).

2. Die bosnische Krisis.

Bald nach der Revaler Zusammenkunft trat ein Ereignis ein, das, selbst eine Folge der neuen englisch-russischen Balkanentente und ihres die türkische Herrschaft in Mazedonien bedrohenden Planes, dessen Ausführung die internationale Lage in Europa stark beeinflussen mußte: der **Aufstand der Jungtürken** im Heere (Juni 1908).

Der Sultan und seine Regierung standen damals unter dem vorherrschenden Einfluß der beiden Zentralmächte. Besonders groß war das Ansehen des deutschen Botschafters Frhrn. v. Marschall bei der Pforte. Auch der frühere Reformator der türkischen Armee, v. d. Goltz-Pascha, weilte wieder in Konstantinopel. Eine neue Zeit aber für die Türkei schien anzubrechen, als sich von Monastir aus die jungtürkische Rebellion im Heere im Juni 1908 mit überraschender Schnelligkeit bis nach den levantischen Küsten verbreitete und die Errichtung einer freiheitlichen Verfassung in Konstantinopel (11. Juli 1908) erzwang. Mit dem alten System wankten auch seine Stützen, der Einfluß der Mittelmächte schien zeitweilig lahmgelegt und der Sympathie für Frankreich und England gewichen zu sein. Indessen stellte sich bald heraus, daß die Triebkraft der Bewegung ein starker türkischer Nationalismus war, der sich gleichermaßen gegen alle Ein-

*) „Danzers Armeezeitung“ vom 13. Januar 1919.

mischungen der fremden Mächte in die innern türkischen Angelegenheiten richtete. Unter diesen Umständen war es rätlich, das in Reval vereinbarte Reformprogramm für Mazedonien einstweilen zurückzustellen. Schon am 8. August schlug eine russische Note an alle Mächte vor, infolge des in Konstantinopel eingetretenen Umschwungs die Reformaktion in Mazedonien bis auf weiteres zu vertagen (Kap. 191).

Während die russische Politik einen Schritt zurück tat, wirkte in Wien die in Reval vorbereitete russisch-englische Balkanentente so stark nach, daß man sich gegen die fortgesetzten intensiven großserbischen Agitationen in Bosnien, der Herzegowina und im Banat zu verschärftem Handeln entschloß.

Dem Baron Aehrenthal, in dem sich der feudale Übermut der alten österreichischen Zeit verkörperte, genügte der Bau der Sandschakbahn nicht mehr, eine neue Befestigung der wohl erworbenen Rechte Österreichs sollte in Gestalt der förmlichen **Einverleibung Bosniens und der Herzegowina**, die der Berliner Vertrag Österreich nur zu Besitz und Verwaltung überlassen hatte, errichtet werden. Um dieses größere Ziel leichter zu erreichen, gab Aehrenthal den Sandschak unter Verzicht auf den Bahnbau an die junge Türkei zurück. Dabei mag man sich erinnern, daß Rußland schon in Reichstadt und ferner 1881 in dem Geheimabkommen zwischen den drei Kaisermächten einer förmlichen Einverleibung der beiden ehemals türkischen Provinzen in das Donaureich zugestimmt hatte. Auch kann nicht bestritten werden, daß Aehrenthal in der Abwehr handelte. Der Beweise sind zu viele dafür, daß, seit Peter Karageorgewitsch den blutbefleckten serbischen Thron bestiegen hatte, die süd-slawische Bewegung systematisch dem Endziel der Zertrümmerung Österreichs zustrebte. Schon 1904 war in einer auf Veranlassung von Paschitsch verfaßten Denkschrift gefordert worden, schärfste Propaganda unter der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina zum Anschluß an Serbien zu treiben. Die Gefahr für den Bestand Österreichs wurde um so bedrohlicher, je mehr sich Regierung und Duma in Petersburg angelegen sein ließen, das serbische Feuer zu schüren.

Die Wiener Vorbereitungen zu dem neuen Vorgehen waren tunlichst geheimgehalten worden, so daß die Verkündung des Annexionsmanifestes (5. Oktober 1908) in der Öffentlichkeit überall das größte Aufsehen machte. Auch der deutsche Bundesgenosse war erst am 26. September in einem Privatbrief des Barons Aehrenthal an den Fürsten Bülow von dem bevorstehenden Ereignis unterrichtet worden. In dem Briefe war auch gesagt, daß er — Aehrenthal — mit Rußland einig geworden sei. Diese Behauptung ist später von Iswolski bestritten worden. Eine genaue Darlegung der diplomatischen Vorgeschichte des kühnen und folgenschweren Schrittes Aehrenthals, der nicht nur die Serben aufreizte, sondern alle schlafenden Hunde am Balkan weckte, ist dadurch erschwert, daß nicht alle diplomatischen Gespräche zu Papier gekommen sind oder noch in Wiener und Petersburger Archiven ruhen.

Das gilt besonders von den wichtigen Verabredungen des Barons Aehrenthal mit Herrn v. Iswolski in Buchlau. Die Anregung zu der Aussprache auf dem mährischen Schlosse, das dem damaligen österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg, Grafen Berchtold, gehörte, war von Iswolski ausgegangen.

Fürst Trubetzkoi, ein milder Beurteiler Iswolskis, der damals Leiter der Abteilung für den Nahen Orient unter Iswolski gewesen war, schildert in seinem 1917 erschienenen Buche: „Rußland als Großmacht“ den Verlauf der Buchlauer Unterredungen wie folgt: Auf die Frage Aehrenthals, wie man eine endgültige Annexion der beiden Okkupationsgebiete aufnehmen werde, habe Iswolski geantwortet, die Annexion wäre eine Verletzung des Berliner Vertrages, würde aber keine Kriegserklärung nach sich ziehen, Rußland werde bei der Revision des Berliner Vertrages die Aufhebung der Rechte Österreichs im Sandschak Nowibasar und die Unabhängigkeit Bulgariens, ferner wirtschaftliche Vorteile für Serbien und endlich die Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe verlangen. Fürst Trubetzkoi unterstreicht wiederholt den akademischen Charakter des Meinungs austausches und deutet an, daß es Aehrenthal vor allem darauf angekommen

sei, zu erfahren, ob Rußland die Annexionserklärung als *casus belli* betrachten würde oder nicht. Da keine kriegerische Verwicklung mit Rußland zu erwarten gewesen sei, zumal wenn sich gleichzeitig der bulgarische Vasallenstaat für unabhängig erklärte, habe sich Iswolski plötzlich in Paris, wo er die Revision des Berliner Vertrages betrieb, vor zwei vollzogene Tatsachen gestellt gesehen: die Verkündung der Unabhängigkeit Bulgariens und die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina.

Dieser Lesart, in der Iswolski als Opfer einer ungewöhnlichen Harmlosigkeit erscheint, steht die schon kurz vor dem Erscheinen des Manifestes vom 5. Oktober nach Berlin berichtete und später wiederholte Behauptung Aehrenthals entgegen, daß zwischen ihm und Iswolski die baldige Erklärung der Annexion klar abgemacht worden sei. Iswolski selbst hatte am 25./26. September den Staatssekretär v. Schön in Berchtesgaden besucht und im Gespräch mit ihm die Annexion nicht als eine später einmal zu lösende Frage, sondern als ein bald bevorstehendes Ereignis erwähnt, wodurch die Richtigkeit der Behauptung Aehrenthals bestätigt wird.

Es bleibt aber noch ein dunkler Punkt übrig. Der Moskauer Professor M. Pokrowski hat in einem seiner im Februar 1919 veröffentlichten Enthüllungsartikel mitgeteilt, in Buchlau sei ein schriftliches Abkommen zustande gekommen, das als Gegenleistung für die Annexion Bosniens und der Herzegowina Zusagen Aehrenthals in der Meerengenfrage enthalten habe; als dann Iswolski mit Aehrenthal in heftigen, die bosnische Krisis überdauernden Streit geriet, habe dieser mit Veröffentlichung des Abkommens gedroht und damit Iswolski genötigt, sein Petersburger Ministeramt mit dem Botschafterposten in Paris zu vertauschen.

Nach den deutschen Akten steht fest, Aehrenthal versprach, wenn Rußland keinen Einspruch gegen die geplante Annexion erhebe, auf jede Ausdehnung Österreichs in der Richtung auf Saloniki zu verzichten und seinerseits auch dem russischen Wunsch nach freier Durchfahrt für die Kriegsschiffe der Uferstaaten des Schwarzen Meeres nicht zu widersprechen. In den Akten werden

für Iswolskis Wahrheitsliebe kompromittierende Schriftstücke wiederholt erwähnt: einmal bei der Zusammenkunft des Deutschen Kaisers und des Thronfolgers Franz Ferdinand in Eckartsau (Anfang November 1908). Im Laufe der Unterredung sagte der Thronfolger: Wenn Iswolski so weiter lüge, werde man sein schriftliches Einverständnis mit der Annexion aus den in Wien befindlichen Akten veröffentlichen. Sodann geht aus Berichten des Botschafters in Petersburg, Grafen Pourtalès von Mitte März hervor, daß Iswolski wegen der Wiener Drohung, seine frühern, dem Zaren und dem Ministerpräsidenten Stolypin verheimlichten Zusagen auf amtlichen Wege vorzulegen oder gar zu veröffentlichen, in hohem Grade beunruhigt war.

Das Wiener Manifest brachte Herrn v. Iswolski in eine sehr peinliche Lage. Die Petersburger Gesellschaft und Presse warf ihm vor, er habe sich von Aehrenthal überrumpeln lassen und eine Lage schaffen helfen, die ganz der russischen Protektorrolle über die Balkanslawen zuwider sei. Mit verdoppeltem Eifer suchte er auf Reisen nach London, Paris und Berlin eine Konferenz, die über die bosnische Frage zu Gericht sitzen und die Meerengenfrage neu regeln sollte, ins Werk zu setzen. Es war klar, daß keine der am Berliner Verträge beteiligten Großmächte eine prinzipiell ablehnende Haltung gegen den Konferenzvorschlag einnehmen konnte; das Vertragsrecht war verletzt, in erster Linie zum Schaden der Türkei, und konnte nur im Wege des consensus omnium gewahrt werden. Jeder Versuch aber, ein Programm aufzustellen, stieß auf eine Vielheit sich kreuzender Interessen. Nachdem die Annexion einmal vollzogen war, konnte sie ohne Demütigung der Großmacht an der Donau nicht mehr zur Erörterung gestellt werden.

Aber auch in Sachen der Öffnung der Meerengen hatten die Bemühungen Iswolskis auf seinen Reisen keinen Erfolg. Er bekam in Paris und namentlich in London viel freundliche Worte zu hören, aber nicht die erwünschten Zusagen. England, der größte Interessent am Verschlusse der Meerengen, war gerade damit beschäftigt, beim Sultan eine Verstärkung der Befestigungen am Bosphorus durchzusetzen, was ihm auch gelang. Das englische

Kabinett erklärte deshalb den Zeitpunkt nicht für geeignet, um den Vorschlag Iswolskis auf einer Konferenz zu beraten.

Der Kaiser war außer sich, als er durch einen Bericht Bülows vom 5. Oktober von dem Vorgehen Aehrenthals in der Annexionsache Kenntnis erhielt. Er nannte die österreichische Annexionserklärung „einen Raubanfall“ gegen die Türkei. In dieser Stimmung wurde er durch Berichte des Frhrn. v. Marschall bestärkt, der wegen des unausbleiblichen schweren Gegensatzes zwischen Österreich und Rußland trübe in die Zukunft sah. Fürst Bülow dagegen blieb dabei, daß wir, getreu der Holsteinischen These, im Orient Österreichs Politik bedingungslos zu unterstützen hätten.

Die größte Gefahr für den Frieden drohte von panslawistischen Wühlereien in Serbien, das sich über keine Verletzung eines unter internationalem Schutz stehenden Rechts beklagen konnte. Der Traum eines Großserbien, das den größten Teil Bosniens und der Herzegowina umschlösse, schien durch die formelle Angliederung an Österreich-Ungarn für immer zerstört zu sein. Dabei mußten die Serben noch zusehen, wie ihre alten Gegner, die Bulgaren, ihr Land nebst dem von ihnen besetzten, ehemals türkischen Ostrumelien in ein unabhängiges Königreich verwandelten.

In Rußland nahm die Opposition gegen die Politik Iswolskis an Umfang und Schärfe zu. Die Hauptträgerin der radikalpanslawistischen Bestrebungen war die Kadettenpartei. Ihr schlossen sich nach der österreichischen Annexionserklärung auch die Oktobristen und ein Teil der Rechten an. Schon Ende Oktober 1908 forderte das gemäßigte Dumamitglied Graf Bobrinski die Regierung auf, die Anerkennung der Annexion zu verweigern, wenn für Serbien und Montenegro keine ausreichenden Entschädigungen auf einer Konferenz beschlossen würden. Je länger sich die Entscheidung über den russischen Konferenzvorschlag hinzog, um so heftiger gebärdeten sich die Serben, bis sie sogar zu rüsten begannen. Den ganzen folgenden Winter über blieb es ungewiß, ob sie ihre Regierung zum Kriege treiben würden, trotz des notgedrungenen Versagens militärischer Hilfe aus dem großen Rußland.

Wie gefährlich die Lage allmählich geworden war, geht am deutlichsten daraus hervor, daß der Wiener Generalstab Mitte März verlangte, die bereits verstärkten Armeekorps an der serbischen Grenze weiter zu verstärken und die Gelegenheit zur völligen Niederwerfung des serbischen Heeres und Vernichtung alles serbischen Kriegsmaterials zu benutzen und damit für Jahrzehnte hinaus den Frieden zu sichern. Auch der Thronfolger war dafür, endgültig Ruhe zu schaffen; denn die Auseinandersetzung komme doch einmal und es frage sich, ob dann nicht die Lage zuungunsten der Monarchie verändert sein werde. Die Wendung zum Frieden ging von Berlin aus. Am 21. März 1909 wurde Graf Pourtalès in einem vom stellvertretenden Staatssekretär entworfenen Erlaß des Reichskanzlers angewiesen, Herrn v. Iswolski einen „letzten Vorschlag“ zu machen. Dieser ging davon aus, daß inzwischen sowohl der bulgarisch-türkische Streit wegen Ablösung des ostrumelischen Tributs und wegen Vergewaltigung der bulgarischen Teilstrecke der Orientbahn geschlichtet, als auch die türkische Anerkennung der bosnischen Annexion auf dem Wege direkter Verständigung zwischen Wien und der Pforte erlangt war, womit die von Iswolski immer wieder betriebene große Konferenz ihren Halt verloren hatte. Der deutsche Rat an Rußland lautete nun dahin, daß, wenn die Wiener Regierung den Vertragsmächten den Abschluß der Verhandlungen mit der Pforte anzeigte und gleichzeitig das Ersuchen um Anerkennung der bosnischen Annexion stellte, Rußland sich nicht von der Anerkennung, d. h. dem Verzicht auf die Konferenz, ausschließen sollte. Der Vorschlag war eine Brücke für Herrn v. Iswolski, um aus der verfahrenen Lage, in die er geraten war, herauszukommen. Er betrat diese Brücke und gab damit die Partie gegen Aehrenthal auf. Russische und französische Blätter sprachen von einer „Pression“ auf Rußland; tatsächlich hatte sich die deutsche Warnung in der Form freundlicher Aussprache abgespielt, was Iswolski auch öffentlich anerkannte. Die einzige scharfe Wendung in dem Erlaß nach Petersburg war in der Bemerkung enthalten, daß, wenn Rußland nicht auf den Rat eingehe, Deutschland nichts mehr tun könne

und den Dingen ihren Lauf lassen müsse; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse würde dann ausschließlich Herrn v. Iswolski zufallen. Gewiß eine deutliche und persönlich zugespitzte Sprache, aber keine Drohung.

Ein Zusammenprall der großen Mächtigkeitsgruppen in dem System der Gegengewichte war also vermieden worden. Daß aus der bosnischen Krisis neben den über die erlittene diplomatische Niederlage tief erregten und zu allen Opfern bereiten panslawistischen Kreisen Rußlands ein äußerst erbittertes, von Tschechen, Slowenen, Polen offen und heimlich unterstütztes Serbien zurückblieb, war die große Zukunftsgefahr für das Nationalitätenreich an der Donau und für den Weltfrieden.

Für die von Iswolski geleitete russische Politik bedeutete das Ende der bosnischen Krisis nicht den Abschluß einer schwierigen diplomatischen Verwicklung, sondern den Anfang eines kriegerischen Unternehmens mit dem Ziel der Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Jeder Zweifel daran schwindet, wenn man die Aktenstücke liest, die im Anhang der Schrift des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers Dr. Bogitschewitsch „Kriegsursachen“ (Zürich 1919) sowie in den Artikeln des Prof. M. Pokrowski in der Wochenschrift der Moskauer „Prawda“ (Februar 1919) enthalten und in das deutsche Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges (Berlin 1920) aufgenommen worden sind. Daraus ergibt sich in voller Deutlichkeit, daß der Weltkrieg nur deshalb nicht schon im Winter 1908/9 ausgebrochen ist, weil die „Konjunktur“ für die damaligen russischen Kriegstreiber und späteren Kriegsverbrecher diplomatisch zwar schon ziemlich befriedigend, militärisch aber noch nicht günstig genug war. Am 25. Oktober 1908, also drei Wochen nach der österreichischen Annexionserklärung, meldete der in besonderer Mission nach Berlin geschickte Minister Milowanowitsch über eine Unterredung mit dem gleichfalls in Berlin anwesenden Herrn v. Iswolski nach Belgrad:

„Iswolski verurteilt unablässig auf das schärfste Österreich-Ungarn, das bei Rußland und den Westmächten alles Vertrauen verloren habe; er äußerte seine Überzeugung und Hoffnung,

daß dieses Vorgehen bald sich an Österreich-Ungarn blutig rächen werde.“

Bei der Annexionserklärung hatte Aehrenthal einen deutschen Rat weder erbeten noch erhalten. Nachdem sie erfolgt war, hielt es der Kanzler Fürst Bülow in Voraussicht der kommenden internationalen Krisis und trotz der unausbleiblichen Verstimmung in Rußland für richtig, in Wien und in der Öffentlichkeit über den Beistand des deutschen Bundesgenossen keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Während der Krisis blieben Wien und Berlin natürlich in enger Fühlung. Dabei kam es der deutschen Regierung vor allem darauf an, Österreich-Ungarn vor einer demütigenden diplomatischen Niederlage zu bewahren. Hätte sie die Lage zu verschärfen getrachtet, so wäre der Kiderlensche Erlaß vom 21. März 1909 nach Petersburg bestimmt nicht abgegangen und wahrscheinlich ein Ultimatum Aehrenthals gegen die serbischen Rüstungen erfolgt.

Der Beistand, den Deutschland seinem Bundesgenossen leistete, war nicht wesentlich stärker als der Rückhalt, den das Foreign Office der Petersburger Regierung gewährte. Das vom Fürsten Bülow in seiner „Deutschen Politik“ gebrauchte drastische Bild von dem deutschen Schwert, das er in die Wagschale der europäischen Entscheidung geworfen habe, besagt weiter nichts, als dies, daß Deutschland für den Kriegsfall seiner Bundespflicht gegenüber einem von Serbien und Rußland angegriffnen Österreich-Ungarn unbedingt nachgekommen wäre. Wahrscheinlich wäre dann der Krieg auch nicht ohne militärische Beteiligung Englands ausgefochten worden; dafür liegt wenigstens das Zeugnis eines Pariser Berichts vom 5. April 1909 in den belgischen Aktenstücken vor, der mitteilt, daß nach Nachrichten aus bester Quelle in Paris und London Verpflichtungen eingegangen waren, um Rußland zu unterstützen, wenn der Krieg ausbrechen sollte*). Diese Angabe gewinnt einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit durch den am gleichen 5. April 1909 abgeschickten Petersburger Bericht des deutschen Botschafters Grafen Pourtalès, in dem es heißt: „Nicolson (der englische Botschafter in Petersburg) machte

*) „Zur europäischen Politik 1897—1914“, Bd. 3, S. 146.

dem Minister v. Iswolski ernste Vorwürfe, daß er den deutschen Vermittlungsvorschlag angenommen habe, ohne sich vorher mit Frankreich und England ins Einvernehmen zu setzen. Auch Sir Edward Grey hat, wie mir mein Gewährsmann erzählt, seine Verstimmung über die Nachgiebigkeit der russischen Politik dem russischen Geschäftsträger gegenüber zum Ausdruck gebracht und das Vorgehen Iswolskis als übereilt bezeichnet. Der englische Minister ist sogar so weit gegangen, sich in eine Erörterung der Frage einzulassen, welche Haltung England eingenommen haben würde, wenn es zu einem Kriege zwischen Rußland und Österreich sowie Deutschland gekommen wäre.“

Iswolski, der Minister, war durch die Notwendigkeit, sein Programm des Kampfes der Slawen gegen die Germanen nicht öffentlich zu verkünden und es bald zu bekennen, bald zu verleugnen, zur Zweideutigkeit in seinen Worten und Handlungen verurteilt. Iswolski, der Botschafter, dagegen hat während seiner Tätigkeit in Paris, wo er unzweideutig reden konnte, so erfolgreich für sein Kriegsziel gewirkt, daß er nach Ausbruch des Weltkrieges befriedigt ausrufen durfte: C'est ma guerre!*)

Am 2. Januar 1909 las der Kaiser den um ihn zur Neujahrsgratulation versammelten kommandierenden Generalen eine in der „Deutschen Revue“ erschienene Studie des gewesenen Generalstabschefs Graf Schlieffen vor, in der auf Grund der im japanischen Kriege gemachten Erfahrungen der moderne Massenkrieg in all seiner Ausdehnung und Furchtbarkeit kurz und packend dargestellt und zugleich ein Bild der damaligen politischen Lage in Europa entworfen ist. Die Hauptsätze lauteten:

„In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Österreich, ringsherum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte. Der militärischen Lage entspricht die politische. Zwischen den einschließenden und eingeschloßnen Mächten bestehen schwer

*) Siehe: „Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914“, herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes von Friedrich Stieve. Ferner: Friedrich Stieve: „Iswolski und der Weltkrieg“, Beide Werke bringen aktenmäßige Beweise dafür, daß Iswolski seit 1911 bewußt den Weltkrieg betrieben hat.

zu beseitigende Gegensätze . . . Es ist nicht ausgemacht, daß diese Leidenschaften und Begehrlichkeiten sich in gewaltsames Handeln umsetzen werden. Aber das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen. Im gegebenen Augenblick sollen die Tore geöffnet, die Zugbrücken herabgelassen werden und die Millionenheere über die Vogesen, die Maas, die Königsau, den Njemen, den Bug und sogar über den Isonzo und über die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend hereinströmen. Die Gefahr erscheint riesengroß.“

An diesem Gefahrenbilde ist durch den Ausgang des bosnischen Streites nicht viel geändert worden. In den realen Triebkräften der Völker gegeneinander hatte sich durch den großen Diplomatenkampf nichts Wesentliches zum Bessern gewandt. Als Musterbeispiel für die Zukunft konnte und durfte die gelungne Lokalisierung des bosnisch-serbischen Brandes nicht dienen. So genau wiederholt sich die Geschichte nicht. Rußland brauchte nur mit neuen französischen Milliarden sein Heer zu verstärken und strategische Wege und Bahnen nach seiner Westgrenze anzulegen, was es auch tat, und die Gefahr eines Weltbrandes blieb, wie sie war: riesengroß.

* * *

Ein Rückblick vom Ausgang der bosnischen Krisis auf die europäische Gesamtlage zeigt Deutschlands Stellung zwischen der westlichen und östlichen Flügelmacht ernstlich verschlechtert. Das während des neuen Kurses und noch in der ersten Berliner Wirkungszeit Bülow's wiederholt hervorgetretene Annäherungsbedürfnis Englands an Deutschland, das zu einer junior partnership im Weltgeschäft hätte führen können, ist durch die entente cordiale mit Frankreich und durch die Umstellung der russischen Politik von Ost- und Mittelasien nach dem Balkan beseitigt. Im System der englischen Politik ist Deutschland hinter die Mächte des Zweibundes auf den vierten Platz geschoben. Ebenso hat Deutschland bei Rußland die sonst nächst den Franzosen in europäischen Fragen offengehaltne zweite Stelle an England verloren. Für den Nahen Osten hat die russische Diplomatie

Anwartschaft auf ein Zusammenspiel mit England erlangt. Italien ist im Dreibund „immobil“ und bereit, durch engere Beziehungen zu Rußland seine Ansprüche auf Tripolis gegen die Türkei durchzusetzen. Für die Balkanangelegenheiten blickt Rußland auf Deutschland wie auf einen von Österreich-Ungarn nicht mehr zu trennenden Widerpart*).

Der diplomatische Erfolg des Bundes der Mitte steigerte das deutsche Kraftgefühl. Schon bevor er errungen war, hatten Flottenverein und Alldeutsche die schwierige auswärtige Lage, wie jede ähnliche vorher, für neue Rüstungsforderungen, namentlich zur See, ausgenutzt. Die Wirkung des Erfolges nach außen aber hing davon ab, ob die unterlegne Mächtegruppe unter dem Ansporn des hochgepriesenen Sieges der Nibelungentreue das Netz gegen den Bund der Mitte verdichten oder ob es gelingen würde, durch Lockerungen in dem System der Mächtegruppen die Gefahr einer kriegerischen Explosion wirklich zu unterdrücken. Für die Sicherung des europäischen Friedens gab es auch jetzt noch nur einen vernünftigen Weg: den der Verständigung zwischen der stärksten Land- und der stärksten Seemacht, zwischen denen nicht so tiefe, geschichtlich überkommene Feindseligkeiten bestanden, als zwischen Rußland und Österreich-Ungarn und zwischen Frankreich und Deutschland. Fürst Bülow selbst hat, ohne Rücksicht auf die in der bosnischen Krisis geernteten Lorbeeren, noch am Ende seiner Kanzlerschaft diesen Weg beschreiten wollen. Ebenso hat es auch auf englischer Seite nicht an Staatsmännern gefehlt, die das drohende Unheil abzuwenden suchten. Zum Scheitern dieser Bemühungen trug wesentlich das bei, was Lord Northcliffe in den kritischen Juli-

*) Fürst Swiatopolk-Mirski schrieb Anfang 1910 in der „Peterburgskija Wjedomosti“: Rußland brauche zur Erfrischung seiner sittlichen Atmosphäre einen Krieg, für den Krieg müsse Frankreich das Geld geben; nach den an Rußland schon geliehenen Riesensummen sei es an einem russischen Sieg interessiert. Der Kampf werde schonungslos bis zur Zertrümmerung der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche geführt werden; das Königreich Tschechien werde Mähren, Dänemark Schleswig-Holstein erhalten und Frankreich für seine vielen Milliarden wieder in den Besitz von Elsaß-Lothringen kommen. 1910!!

tagen 1914 den „Mechanismus der Ententen“ genannt hat. Damit ist das automatische Auslösen der einen Macht für die andre im Kriegsfall gemeint, das eintreten muß, auch wenn kein triftiger Kriegsgrund vorliegt oder wenn das Losschlagen einer Macht erfolgt, noch bevor alle friedlichen Mittel erschöpft sind. In der Tat hat sich ein solcher Mechanismus der Dinge, dessen stärkste Motoren die geheimen militärischen Abreden und Marinekonventionen waren, schließlich stärker erwiesen, als vernünftiger friedlicher Wille*).

3. Kanzlerwechsel. Agadir, Tripolis.

Die Entstehung des Kanzlerwechsels Juli 1909 reicht in das Krisenjahr 1908 zurück. Der innre Grund des Kaisers, sich von dem Fürsten Bülow zu trennen, hing eng zusammen mit der Haltung, die der Kanzler bei dem Novembersturm wegen des Kaiserinterviews im „Daily Telegraph“ (10. und 11. November 1908) eingenommen hatte. Die Geschichte mit dem unglücklichen Interview, dessen Veröffentlichung beinahe zu einer **Kaiserkrise** führte, entwickelte sich wie folgt:

Im Jahre 1907 machte das Kaiserpaar ohne eine ministerielle Begleitung im Schloß Windsor einen Besuch, der unter familiären Trinksprüchen und Empfängen von Abordnungen harmonisch verlief. Sir Edward Grey lobte öffentlich den guten versöhnlichen Geist. Der Kaiser begab sich dann allein zur Erholung nach Highcliffe Castle auf der Insel Whigt, wo er mehrere Wochen in angenehmster Gesellschaft verbrachte. Der Kaiser war in bester Laune und erfreute die Gäste durch sein unbefangenes, freundliches und lebhaftes Wesen. Diese günstigen Eindrücke ließen den Gedanken aufkommen, die Äußerungen des Kaisers zu

*) Die innern Zusammenhänge und die fortschreitende Gemeinsamkeit der kriegerischen Vorbereitungen zwischen Frankreich und England s. Hermann Oncken in „Deutschland und der Weltkrieg“. Leipzig 1915, S. 503 ff., Paul Rohrbach „Deutschland unter den Weltvölkern“. Stuttgart 1921, S. 256 ff.

Engländern in einem englischen Blatte zu veröffentlichen. Der Journalist Harold Spender stellte die kaiserlichen Gespräche zu einem Artikel zusammen und der Besitzer von Highcliffe Castle, der General a. D. Stuart Wortley, schickte das Manuskript zur Genehmigung an den Kaiser in Rominten. Dieser ließ es zu genauer Prüfung an den Kanzler in Norderney senden. Vom Kanzler ging es weiter an das Auswärtige Amt, und von da, mit einem Placet versehen, wieder zurück durch alle Stationen bis zum General Wortley. Der Kaiser hatte konstitutionell gehandelt, der amtliche Apparat aber hatte versagt; das Auswärtige Amt hatte an dem Manuskript nur einige tatsächliche Irrtümer berichtigt, aber nicht die Zweckmäßigkeit einer Veröffentlichung erwogen. In eine Kritik der vorgekommenen Versäumnisse einzutreten und die Schuldfrage zu erörtern, wäre hier nicht am Platz. Mit deutscher Weltpolitik hing diese Frage nicht zusammen. Was den Novembersturm erregte, war der Inhalt des Artikels des „Daily Telegraph“ vom 28. Oktober 1908 über die Highcliffer Kaisergespräche. Die unglückselige Wirkung ging von folgenden Behauptungen des Kaisers aus:

1. Er habe es seinerzeit abgelehnt, die in Holland und Frankreich gefeierten Abgesandten der Buren zu empfangen;
2. er habe, als der Burenkrieg auf der Höhe war, es ferner abgelehnt, durch Einmischung in den Krieg an der Seite Rußlands und Frankreichs England bis in den Staub zu demütigen, auch dem König von England von seiner ablehnenden Antwort Kenntnis geben;
3. in den schwarzen Wochen der britischen Waffen in Südafrika habe er einen Feldzugsplan ausgearbeitet und nach Prüfung durch den Generalstab seiner Großmutter geschickt, und dieser Plan sei dem glücklichen Plane Lord Roberts sehr nahegekommen; endlich
4. die machtvolle deutsche Flotte sei nötig, um in kommenden, vielleicht nicht fernen Tagen bei der Lösung der Fragen des Stillen Ozeans mitzusprechen.

Abgesehen von dem letzten Gedanken, der nur eine schädliche Tirade enthielt, war in jeder Angabe etwas Richtiges und

doch alles im Ganzen schief und durch starken Farbeauftrag verdorben. Die Aussprüche waren ruhmredig, naiv, unklug in hohem Grade. Nach der Veröffentlichung bemächtigte sich aller Parteien in Deutschland eine allgemeine Empörung. Alles, was sich im Laufe von fast zwei Jahrzehnten an Verdruß, Nieder geschlagenheit und Groll gegen die Selbstherrlichkeiten Wilhelms II. angesammelt hatte, wirbelte in die Höhe.

In den Reichstagsitzungen vom 10. und 11. November 1908 standen Anfragen fast aller Fraktionen über die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ auf der Tagesordnung. Der Zank unter den Parteien war verstummt. Eine dumpfe, grollende Stimmung lag auf dem Hause. Redner der Linken machten das persönliche Regiment mit seiner Begleiterscheinung, dem Byzantinismus, mit mehr oder weniger Pathos verantwortlich. Der Kanzler suchte den Kaiser nach Möglichkeit zu decken, gab aber zu, daß in dem Artikel einige Ausdrücke, namentlich die über den Stillen Ozean, zu stark gewählt wären, und sprach die Mahnung an den Kaiser aus, auch in Privatgesprächen Zurückhaltung zu beobachten. An den Kern des Kaiserproblems rührte ein Sozialist, der Abgeordnete Wolfgang Heine, mit der schlichten Wahrheit: „Wenn der Kaiser auch noch so viel verspricht, sich zurückzuhalten, er kann gar nicht anders, wie er nun einmal ist.“

Eine Resolution oder eine Adresse an den Kaiser kam nicht zustande. Dem Kanzler gelang es aber, in einer Audienz die kaiserliche Einwilligung zu einer Kundgebung im „Reichsanzeiger“ zu erlangen, in der es hieß: „Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke er seine vornehmste Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.“

Der Kaiser blieb von dem Gefühl beherrscht, gerade in einem Fall, in dem er nicht nach selbstherrlichem Gutdünken vorgegangen war, vom Reichstag und vom Kanzler ungerecht behandelt und nicht genügend verteidigt worden zu sein. Er erlitt einen Zusammenbruch der Nerven und mußte wochenlang zu Bett liegen. Gegen den Fürsten Bülow



Der Gang um die Garantien.

„Wie sag ich's meinem Kaiser?“

Von E. Thöny. (Aus dem „Simplizissimus“.)

blieb eine Verstimmung zurück, die nur vorübergehend zu bannen war.

Mit dem Rücktritt des Fürsten Bülow vom Kanzlerposten im Juli 1909 hatte die auswärtige Politik nichts zu tun, die äußern Gründe für den Kanzlerwechsel lagen auf dem Gebiet der innern Politik. Dem Fürsten Bülow war es nicht gelungen, die kaiserliche Verstimmung gegen seine Person ganz zu überwinden und das alte vertrauensvolle Verhältnis wiederherzustellen. Die Konservativen, denen bei ihrer Paarung mit den Liberalen in den letzten Wahlen nicht mehr wohl zu Mute war und die wußten, daß der Kaiser Bülow nicht mehr unter allen Umständen halten würde, schwenkten bei der Abstimmung über ein Finanzgesetz, das die Besteuerung des Kindeserbes enthielt, von der bisherigen Blockmehrheit zu dem Zentrum ab und brachten so dem Kanzler eine parlamentarische Niederlage bei, worauf er um seine Entlassung bat und als seinen Nachfolger den Staatssekretär des Innern, v. Bethmann Hollweg, empfahl. (Bd. 24, Kap. 178).

Der neue Kanzler war in seiner Persönlichkeit in gewisser Hinsicht ein Antipode des alten: ohne diplomatische Erfahrung, schlicht im Wesen, allen Kunststücken abhold, durch Skepsis und Selbstkritik in der Entschlußkraft gehemmt.

Fürst Bülow hinterließ seinem Nachfolger ein fertiges deutsch-französisches Abkommen, das heftige Streitigkeiten an der marokkanischen Küste betraf, aber noch keine entgeltliche grundsätzliche Regelung des Verhältnisses zu Frankreich in den marokkanischen Wirren enthielt. Außerdem fand der neue Kanzler Vorbereitungen für den Versuch vor, der gefährlichen Flottenrivalität zwischen Deutschland und England ein Ende zu machen. Wir betrachten zunächst die marokkanische Angelegenheit.

In den ersten Jahren nach Algeciras reihte sich in Marokko ein ärgerlicher Zwischenfall an den andern. Erst Ermordung eines französischen Arztes in Marrakesch, dann Angriff von Kabylen in der Gegend von Casablanca mit Plünderung der Stadt, weiter ein neuer Thronstreit zwischen dem Sultan Abdul Aziz in Fes und seinem aufständigen Bruder Abdul Mulay Hafid

in Marrakesch. Zu diesen Ereignissen in Marokko, die ebenso viele Gelegenheiten zu neuen Reibungen zwischen Berlin und Paris boten, kam im Herbst 1908 ein scharfer Kompetenzstreit zwischen dem Befehlshaber der französischen Okkupationstruppen General d'Amada und dem deutschen Konsulat in Casablanca hinzu, der leicht eine ernste Spannung zwischen den beiderseitigen Regierungen hervorrufen konnte.

Aber der gleichzeitige Beginn der bosnischen Krisis veranlaßte den Kaiser zu folgender Anweisung an den Kanzler Fürsten Bülow: „Angesichts dieser Verhältnisse muß aber die elende Marokkoaffaire zum Abschluß gebracht werden, schnell und endgültig! Es ist nichts zu machen, französisch wird es doch! Also mit Anstand aus der Affaire heraus; damit wir endlich aus den Friktionen mit Frankreich herauskommen, wo große Fragen auf dem Spiele stehen.“ Bei diesem Entschluß des Kaisers spielten leise Reminiscenzen von Björkö mit, d. h. der Gedanke, Frankreich von England abzuziehen und mit Deutschland zu versöhnen. Er verlangte auch deshalb einen schnellen Abschluß mit Frankreich, weil nicht der Eindruck entstehen sollte, daß König Eduard, dessen Besuch in Berlin für den 9. Februar 1909 angesagt war, bei dem Umschwung der deutschen Marokkopolitik zugunsten Frankreichs mitgewirkt habe.

Am Tage der Ankunft des englischen Königspaares in Berlin wurde der zwei Tage vorher zustande gekommene Casablancavertrag unterzeichnet und sogleich veröffentlicht.

In dem Abkommen erkannte Deutschland die politische Vorzugsstellung Frankreichs in Marokko ausdrücklich an, wogegen Frankreich seine Anerkennung der Integrität und Unabhängigkeit des scherifischen Reichs und der offenen Tür für alle Nationen wiederholte. Die Algecirasakte blieb formell in Kraft. Ob sich der Vertrag vom 9. Februar 1909 als Aktivum in dem Bülow'schen Nachlaß erweisen werde, hing ganz davon ab, ob sich das französische Vorgehen in Marokko wirklich nach den neu bestätigten Grundsätzen der Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung richten werde (Kap. 179 bis 182).

Schon im Jahre darauf begannen die Unruhen in Marokko und die Reibereien zwischen Berlin und Paris von neuem. Deutsche bestürmten das Auswärtige Amt in Berlin mit Klagen und Beschwerden wegen ungleicher Behandlung bei Vergebung von Staatsaufträgen und Konzessionen. Die Gebrüder Mannesmann verlangten ein Protektorat über das Susgebiet, wo sie Erzläger erworben hatten. Spanische Truppen machten im nördlichen Marokko Vorstöße, in der Nähe von Fes waren französische Posten eingerichtet, die Besetzung von Fes stand bevor, die einen unbestreitbaren Verstoß gegen die Unabhängigkeit des Sultans darstellte, kurz ein Durcheinander, das eine Rückkehr zur Algecirasakte unmöglich machte.

Herr v. Kiderlen, der nach der Versetzung des Frhrn. v. Schön auf den Pariser Botschafterposten Staatssekretär geworden war, schlug in einer Aufzeichnung vom 3. Mai 1911 vor, in Paris anzukündigen, daß wir im Falle der französischen Besetzung von Fes ein Kriegsschiff nach dem Hafen Agadir schicken und ihn so lange als Faustpfand behalten würden, bis Frankreich genügende Kompensationen für den deutschen Verzicht auf die Algecirasakte anböte. Unverbindliche Pariser Andeutungen, auch von Caillaux, hatten Kiderlen zu seinem Plan ermuntert. Der Kanzler stimmte zu und brachte auch den Kaiser, der glaubte, mit dem Abkommen vom 9. Februar 1909 sei die ganze Marokkomisère ausgestanden, dahin, daß er seine grundsätzliche Einwilligung zur Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir gab. Am 21. Mai wurde Fes von den Franzosen besetzt. Der französische Minister Cruppi erklärte, daß Fes alsbald nach der Wiederherstellung der Ordnung wieder geräumt werden solle. Als der französische Botschafter Jules Cambon offiziell zu verstehen gab, daß man in Paris bereit sei, einen Teil von Französisch-Kongo als Kompensation zu leisten, erwiderte Kiderlen: „Es muß aber ein tüchtiger Happen sein.“ Kiderlen erwartete nun, daß Cambon einen bestimmten Vorschlag machen würde. Das geschah aber nicht, Cambon ließ sich nach seiner Rückkehr von Paris, wo er Informationen eingeholt hatte, eine Reihe von Tagen nicht im

Auswärtigen Amt sehen. Kiderlen ging nun an die Ausführung seines Planes. Er fuhr zum Kaiser nach Kiel und erhielt dessen Einverständnis zur Entsendung des kleinen Kreuzers „Panther“, der sich in der Nähe der nordafrikanischen Küste befand, nach Agadir. Das Schiff traf am 1. Juli 1911 an seinem Bestimmungsort ein. Gleichzeitig erging eine deutsche Note an die Großmächte, die den deutschen Standpunkt darlegte und die Absicht einer Besitzergreifung von Agadir in Abrede stellte. Aber immer noch kam Cambon mit der Sprache in Sachen Kompensation nicht klar heraus, erst nach vierzehn Tagen trat er in materielle Besprechungen ein.

Nach mühsamen Verhandlungen kam endlich das Kongoabkommen am 4. November 1911 zustande, darauf wurde noch vor den französischen Kammerdebatten der „Panther“ aus Agadir zurückgezogen. Mittlerweile hatte sich die öffentliche Meinung in Deutschland immer mehr gegen das Abkommen erhitzt. Die alldeutschen Kreise hatten sich ganz und gar auf die Erwerbung des Susgebietes mit seinen Erzvorkommen und angeblich paradiesischen Zuständen versteift. Die phantastische Verwirrung in ihren Köpfen wird am schärfsten dadurch gekennzeichnet, daß der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes schon im Frühjahr 1911 eine Broschüre veröffentlichen wollte, in der nichts weniger gefordert wurde, als daß sich Deutschland außer Marokko auch noch den Rhonedistrikt aneignen sollte. Kiderlen unterdrückte das Erscheinen dieses „Blödsinns“*). Ein Konflikt zwischen ihm und dem Staatssekretär des Kolonialamts v. Lindequist lieferte neuen Zündstoff. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen im Kolonialdienst wünschte der Kolonialsekretär statt der Vergrößerung von Kamerun durch einen Teil des französischen Kongobesitzes eine Erweiterung von Dahome. Er verharrte auf seinem Standpunkt und bat noch vor dem Zusammentritt des Reichstags im November um seinen Abschied.

Der Novembersturm im Reichstag von 1911 gegen das deutsch-französische Kolonialabkommen kam an Heftigkeit dem

*) Siehe Ernst Jäckh, Alfred von Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und der Mensch. Stuttgart 1924. Bd. II, S. 122.

Novembersturm von 1908 gegen den Kaiser fast gleich. Er richtete sich gegen die Regierung besonders wegen ihrer angeblich schwächlichen Verteidigung deutscher Rechte in Marokko. Bei den Debatten vom 10. und 11. November stimmten die Führer der nationalliberalen und der konservativen Partei mehr oder weniger verblümt in das alldeutsche Geschrei: Schande, Olmütz, Jena! ein.

Das meiste zu dieser stürmischen Erregung hatte eine Tischrede von Lloyd George am 21. Juli 1911 beigetragen, die wie eine Drohung und wie die Ankündigung einer englischen Intervention klang. In der Rede hieß es: Großbritannien könne sich unter keinen Umständen gefallen lassen, so behandelt zu werden, als ob es im Rate der Nationen nicht mehr mitzähle. In solchem Falle würde ein Frieden um jeden Preis eine Erniedrigung sein. Diese Warnung oder Drohung an Deutschland war nicht gerechtfertigt, da ja das Foreign Office ebenso wie andre Großmächte durch Zirkularnote von der Entsendung des „Panthers“ und ihrem friedlichen Zweck am 1. Juli unterrichtet worden war. Während der ganzen Zeit bis zur Herbsttagung des Reichstags verlautete in der deutschen Öffentlichkeit nichts von einer amtlichen deutschen Verwahrung gegen die Rede Lloyd Georges, so daß der Eindruck bestehen blieb, die deutsche Regierung hätte eine englische „Ohrfeige“ stillschweigend hingenommen. In Wirklichkeit hatte Kiderlen am 24. Juli den Botschafter Grafen Metternich beauftragt, bei Sir Edward Grey eine scharfe Verwahrung gegen englische Wünsche und Ermahnungen in Tischreden, statt auf dem üblichen diplomatischen Wege, einzulegen. Der Erlaß Kiderlens und der Bericht Metternichs über seine „äußerst lebhafteste“ Unterredung mit Grey waren diplomatische Meisterstücke.

Erich Brandenburg, dessen Urteil in seiner Bearbeitung der Akten des Auswärtigen Amtes: „Von Bismarck zum Weltkrieg“ in der Regel gut abgewogen ist, äußert sich über Kiderlen und seine Tätigkeit als Staatssekretär, namentlich in bezug auf Agadir, recht abfällig. Er spricht von einer schlecht überlegten Politik, von einem leichtsinnigen Husarenstreich und nennt

diesen und jenen Schritt unüberlegt und unklug. Wer Kiderlen nähergestellt hat, wird nicht überall zustimmen. Freilich war er, als er zur Leitung des Auswärtigen Amtes berufen war, nicht mehr der alte aus den Tagen der Angriffe des „Kladderadatsch“ gegen die drei Männer im feurigen Ofen (Holstein, Eulenburg, Kiderlen). Nachdem er als früherer Reisebegleiter des Kaisers auf den Nordlandfahrten wegen sarkastischer Bemerkungen, die man dem allerhöchsten Herrn hinterbracht hatte, in Ungnade gefallen war, ging er in zehnjährige „Verbannung“ auf den damals sehr ruhigen Posten in Bukarest. Die lange Zurücksetzung hatte seinen guten Humor allmählich verbittert. Bei seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt wurden seine ungewöhnlichen Fähigkeiten, namentlich seine Gewandtheit mit der Feder, von beiden Kanzlern hoch angeschlagen. In den diplomatischen Kreisen, auch des Auslandes, stand er durchaus in hohem persönlichen Ansehen; das zeigte sich auch in den Nachrufen großer ausländischer Blätter, wie den „Times“ und des „Figaro“ nach seinem frühen Tode. Volkspsychologie war allerdings nicht seine starke Seite, sonst hätte er es nicht eigensinnig verschmäht, die deutsche Öffentlichkeit über seine Abwehr gegen Lloyd George aufzuklären. Herr v. Bethmann Hollweg, der oft über die Zugeknöpftheit und Eigenwilligkeit Kiderlens stöhnte, bezeichnet seine Eigenart einmal mit den Worten: „Ein sehr unbequemer Kamerad, aber doch ein ganzer Kerl.“

Während die Verhandlungen über Marokko noch schwebten, kündigte Italien den Mächten an, daß es einen Vorstoß gegen das türkische Tripolis unternehmen werde (August 1911). Die Angabe, daß es dort die Ruhe wiederherstellen wolle, war nur ein Vorwand. In Wirklichkeit beeilte es sich, von der Anwartschaft, die ihm das Abkommen mit Frankreich von 1900 und die Zusage Bülows bei Erneuerung des Dreibunds 1902 (s. oben S. 109) eingeräumt hatten, schnellstens Gebrauch zu machen.

Bei dem Entschluß zu der kriegerischen Extratour nach Tripolis durfte man in der Consulta die Erwartung hegen, daß Rußland den Schildhalter für italienische Interessen im Nahen

Orient abgeben werde. Die russische Regierung, bei der nach dem Ende der bosnischen Krisis gegen den Baron Aehrenthal ein scharfer Stachel zurückgeblieben war, bemühte sich energisch, ihren Einfluß in den Balkanstaaten zu verstärken und die Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Italien zu verschärfen. Diesem Zwecke diente die in weitem Bogen um österreichische Gebiete herum zurückgelegte Reise des Zaren zur Begegnung mit dem König von Italien in Racconigi (Herbst 1909). Hier wurde ein Pakt geschlossen, nach dem bei einem etwaigen Zerfall der Türkei nur die Balkanstaaten bedacht werden, die Donaumonarchie also leer ausgehen sollten. Diese Abmachung wurde sogleich in London, Paris und den Balkanstaaten selbst zur Kenntnis gebracht. Der schon erwähnte Fürst Trubetzkoi drückte das mit den Worten aus: „Rußland nahm mit Vergnügen die Möglichkeit wahr, gegen den österreichisch-deutschen Bazillus das italienische Gegengift anzuwenden.“

Für die deutsche Politik war das italienische Unternehmen eine große Verlegenheit, ganz ähnlich der nach der Verkündung des österreichisch-ungarischen Manifestes der Annexion Bosniens und der Herzegowina. In beiden Fällen mußte sie sich eine Gefährdung ihres Einflusses in Konstantinopel zugunsten eines Bundesgenossen gefallen lassen, nur mit dem Unterschiede, daß Italien bei seinem eigennützigem Vorgehen an der afrikanischen Küste keine aktive deutsche Hilfe nötig hatte. In den drei Jahren seit dem Ausbruch der bosnischen Krisis und der Absetzung des Sultans Abdul Hamid hatte es der Botschafter Frhr. v. Marschall fertiggebracht, auf das neue jungtürkische Regiment einen gleichgroßen Einfluß wiederzugewinnen wie unter der Herrschaft Abdul Hamids.

Um die Türkei zur Anerkennung der am 5. November 1911 erklärten Annexion von Tripolis zu zwingen, besetzten die Italiener im Frühling 1912 eine Reihe türkischer Inseln im Ägäischen Meere, darunter Samos und Rhodus, obgleich Aehrenthal vorher gegen die Ausdehnung des Kriegs auf das Ägäische Meer protestiert hatte. Da die Türken die Forcierung des Eintritts in das Marmarameer durch die italienische Flotte

befürchten mußten, trafen sie Vorkehrungen zur Sperre der Dardanellen. Darauf folgte ein merkwürdiges diplomatisches Gefecht. Der russische Botschafter v. Tscharikow erschien auf der Pforte und stellte weitgehende Forderungen für freie Fahrt russischer Schiffe durch die Dardanellen. Die Pforte wandte sich hilfeschend an die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns. Beide ersuchten ihre Regierungen, sie zu sofortigem Einspruch gegen die russische Forderung zu ermächtigen. Marschall fürchtete, daß eine passive Haltung gegenüber der russischen Forderung die Türkei in die Arme des Dreiverbands treiben werde, und drohte mit Rücktritt, wenn Berlin seinen Vorschlag nicht gutheiße. Kiderlen jedoch ließ sich nicht erweichen, er blieb bei seiner Ansicht, daß es nicht klug wäre, das Odium der Ablehnung der russischen Vorschläge dem britischen Kabinett abzunehmen. Tatsächlich wurde infolge englischer Vorstellungen in Petersburg der Botschafter Tscharikow von seiner Regierung verleugnet und bald darauf von Konstantinopel abberufen.

Eine andre Gefahr für den europäischen Frieden ging von Wien aus. Hier hatte sich eine starke Partei gebildet, die unter dem General Conrad v. Hötzendorf eine scharfe Abrechnung mit Italien verlangte. Kaiser Franz Joseph erklärte jedoch, bei seinen Lebzeiten werde ein Krieg nicht geführt, es sei denn, daß Italien angriffe. Im Zusammenhange mit dem auch von Aehrenthal bekämpften Gedanken eines Präventivkrieges erhielt General Conrad am 2. Dezember 1911 seine Entlassung, nahm aber später auf Veranlassung des Thronfolgers seinen alten Platz als Chef des Generalstabes wieder ein. Das Sonderbarste in den Akten ist die Haltung, die der Kaiser in der durch das Tripolisabenteuer verursachten bedenklichen Lage einnahm. Er verfiel wieder auf sein altes Allheilmittel, einen Kontinentalbund mit Frankreich gegen England. Diese vollständige Verkennung des in Frankreich herrschenden Geistes konnte nicht drastisch er widerlegt werden als durch die andre unmittelbare Folge des Agadirstreites: den Sturz des gemäßigten Ministeriums Caillaux, dem man zu große Friedlichkeit gegenüber Deutschland vorwarf,



Bedeutsames vom englischen Besuch

„Was hast du denn da in deiner Tasche, lieber Onkel?“

„Europa, lieber Neffe!“ —

Von G. Brandt. (Aus dem „Kladderadatsch“ vom 7. Februar 1909.)

und durch Berufung des hartnäckigsten Kämpfers für die Revanche Poincaré an die Spitze der neuen Regierung (Februar 1912).

Ein Jahr nach Racconigi kam der Zar auf Einladung des Kaisers nach Potsdam. Auf beiden Seiten beabsichtigte man, die durch die bosnische Krisis stark abgekühlten höfischen und amtlichen Beziehungen freundlicher zu gestalten. Der Minister v. Iswolski war Ende September 1909 durch seinen bisherigen Gehilfen, Sassonow, Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Stolipyn, ersetzt worden. Sassonow war Anhänger der Rechten, also kein panslawistischer Stürmer. In den Unterredungen mit dem Kanzler v. Bethmann Hollweg erklärte er, daß er versuchen werde, sich mit England gut zu stellen, daß er aber sich niemals mit England in feindselige Kombinationen gegen Deutschland einlassen werde. Er regte sogar eine schriftliche Verabredung an. Als es jedoch zur Redaktion des Textes kommen sollte, wich er aus und erklärte sich nur einverstanden damit, daß der Kanzler im Reichstag verkünde, es sei in Potsdam festgestellt worden, daß sich keine der beiden Regierungen in eine Kombination einlassen würde, die eine aggressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte (10. Dezember 1910). Auch bei dem Gegenbesuch, den der Kaiser dem Zaren in Wolfsgarten machte (11. November 1910), kam nicht viel heraus. Abgesehen von einer spätern Vereinbarung zwischen Petersburg und Berlin über beiderseitige Interessen in Persien und über eine Zweigbahn von Bagdad nach Chanekin, hinterließen die Zusammenkünfte der beiden Monarchen keine bemerkenswerten Spuren.

4. Deutschland und England am Scheidewege.

Seit dem Flottengespräch Hardinges mit dem Kaiser in Friedrichshof standen die deutsch-englischen Beziehungen unter dem Bann der Flottenrivalität. Der Kanzler Fürst Bülow und das Auswärtige Amt waren fest überzeugt, daß man England unter keinen Umständen durch einen forcierten Flottenbau erneut reizen

dürfe. Besonders scharf vertrat diese Ansicht der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, der, ohne einen Augenblick von dieser Linie abzuirren, stets erklärte, jeglicher Versuch, zu einer Verständigung zu kommen, hinge einzig und allein von Konzessionen im deutschen Flottenbau ab.

Durch verschiedene Mittelspersonen hatte Fürst Bülow erfahren, daß man in England eine offizielle Erklärung, Deutschland werde nicht über das gesetzlich festgelegte Bauprogramm hinausgehen, als ein deutsches Entgegenkommen und als Basis für weitere Besprechungen betrachten würde. Nach langem Widerstreben der Marinekreise konnte am 10. Dezember 1908 der Kanzler in einer Reichstagsrede folgende gewundene Erklärung über unsre Flottenpläne abgeben: „Auf der einen Seite unsre geographische Lage, nach der für alle Zeit unsre Sicherheit von der Stärke unsres Landheeres abhängig sein wird, auf der andern Seite das Maß unsrer wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte, die durch die Anforderungen für unser Landheer und durch eine allen andern Ländern vorausseilende Sozialpolitik bereits stark belastet sind, schließen es — darin weiß ich mich der Zustimmung unsrer Marinebehörden gewiß — völlig aus, daß wir im Flottenbau über das nach unsrem Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß hinausgehen.“ Um jedoch den Engländern ein noch sichtbarereres Zeichen unsres guten Willens zu geben, versuchte Bülow in einem Schreiben vom 25. Dezember 1908 an Tirpitz eine Verlangsamung der Neubauten unsrer großen Schiffe zugunsten einer intensiveren Befestigung unsrer Küste, der Vergrößerung unsres Bestandes an Seeminen und der Schaffung einer starken Unterseebootflottille zu erreichen. Er nahm hier bis zu einem gewissen Grade den alten Bismarckschen Gedanken, unsre Flotte hauptsächlich als defensive Waffe auszugestalten, wieder auf. Diesen Vorschlag begründete er damit, daß er hiervon eine augenblickliche Entgiftung der allgemeinen Atmosphäre erwarte und hoffe, so um das besonders gefährliche Jahr 1911 glücklich heranzukommen. Er schlug deshalb vor, das Vierertempo der nächsten drei Jahre auf ein Dreiertempo bei den Neubauten zu ermäßigen und das Versäumte durch Einführung

des Dreiertempos in den Jahren, in denen ein Zweiertempo vor gesehen war, einzubringen. Wir sollten also 1909—1914 je drei 1915—1917 je zwei große Schiffe auf Stapel legen, was keine Schwächung des Gesamtergebnisses bedeuten würde. Allein der Staatssekretär des Reichsmarineamts blieb für Bülows Vorstellungen unzugänglich und lehnte sie in einem Schreiben vom 4. Januar 1909 ab. Das Schriftstück ist für die Auffassung des Verfassers charakteristisch. Im Hauptteil hält hier der Leiter eines militärischen Ressorts dem leitenden Staatsmann eine politische Vorlesung. Das in dem Schreiben des Kanzlers angeregte Verfahren würde im In- und Ausland als Zurückweichen vor dem Drohen Englands angesehen und in England würde unserm Nachgeben der Charakter einer Demütigung beigelegt werden. Alle englischen Flotteninteressenten, die das navy scare in Szene gesetzt hätten, würden weiter hetzen. Die Kriegsgefahr würde größer, nicht kleiner werden. Starke Reaktion gegen Zurückweichen vor englischen Drohungen sei sicher. Dann nochmals Demütigung, wenn von vier großen Schiffen auf drei herabgegangen würde. Für diesen Fall bitte er um Abschied.

Entscheidend war bei dieser Haltung des Herrn v. Tirpitz, daß er, geblendet von patriotischem Feuer, die wahre politische Lage nicht zu erkennen und die Motive der englischen Bemühungen, den Schlachtschiffbau beiderseits zu begrenzen, nicht objektiv zu würdigen vermochte. Nicht nur im Vollbesitz der kaiserlichen Gunst, sondern auch im Bewußtsein, daß er auf den größten Teil des konservativ-liberalen Blocks und der Zentrumspar tei zählen konnte, brauchte er einen Konflikt mit dem Kanzler nicht zu scheuen.

Noch in der letzten Zeit seiner Kanzlerschaft suchte Bülow den Kaiser und den Großadmiral v. Tirpitz zu bewegen, in dem Tempo des Baues großer Schlachtschiffe Konzessionen zu machen, die geeignet wären, durch ein Abkommen mit England dem gefährlichen Flottenwettstreit eine Ende zu machen. Der Kaiser jedoch schwor auf die Meinung des Großadmirals, der jede Nachgiebigkeit als eine „Demütigung“ empfand und ansah. Erst in Venedig, wohin Bülow dem Kaiser auf dessen Rück-

reise von Korfu entgegengefahren war (April 1909) glückte es, eine grundsätzliche Zustimmung Wilhelm II. zu einem Flottenabkommen zu erzielen. Gleich darauf wurde der kluge Referent für England v. Stumm, der die englischen Verhältnisse gut kannte — der Botschafter Graf Metternich war auf Urlaub —, in besonderer Mission mit genauen Vorschlägen zu einem Defensivabkommen nach London geschickt. Seine Aufnahme war äußerlich freundlich, namentlich bei Hardinge, in der Sache aber so wenig entgegenkommend, daß er es vorzog, wieder zurückzureisen, ohne seine konkreten Vorschläge zur Sprache gebracht zu haben. Sir Edward Grey erklärte, Europa sei nun einmal in zwei Lager geteilt, und es würde schwer sein, alle Mächte in einem Lager zu vereinigen. Offenbar fürchtete er durch Verhandlungen mit Deutschland die entente cordiale mit Frankreich zu gefährden und die guten Beziehungen zu Rußland zu stören.

Dabei wollte sich aber Fürst Bülow nicht beruhigen. Am 13. April 1909 richtete er an Herrn v. Tirpitz einen Appell, in dem es hieß: „Ich müßte in diesem Fall, wenn nämlich durch die Haltung der Marine eine Verständigung mit England unmöglich gemacht werde, Euer Exzellenz allein die Verantwortung vor Seiner Majestät, dem Lande und der Geschichte überlassen.“ Sodann führte Bülow, da der Appell nichts fruchtete, am 3. Juni 1909 eine Beratung herbei, an der teilnahmen: der Chef des Generalstabs v. Moltke, Herr v. Tirpitz, der Chef des Marinekabinetts v. Müller, die Staatssekretäre v. Schön und v. Bethmann Hollweg und der Botschafter Graf Metternich. Der Großadmiral erklärte, jede Verlangsamung des Bautempos werde das ganze Flottengesetz entwerten, allenfalls könne er sich zu einer Abmachung verstehen, durch die für Neubauten das Verhältnis 3:4 festgesetzt werde. Ganz auf die Seite des Kanzlers stellten sich der Chef des Generalstabs, da Deutschland in einem Seekriege den Engländern nicht gewachsen sei, ferner die beiden Staatssekretäre und Graf Metternich. Dieser trat mit großer Schärfe gegen den Standpunkt des Großadmirals auf; er meinte, der Vorschlag eines Verhältnisses der Großkampff-

schiffe 3:4 sei nur mit einer reservatio mentalis gemacht, da dieses Verhältnis mit der immer wieder geforderten Ausführung des gesetzlichen Bauprogramms bis 1920 unvereinbar wäre; es sei bedauerlich, daß Herr v. Tirpitz über seine Erweiterungspläne nicht volle Klarheit gegeben habe, bevor er selbst, der Botschafter, zu der Erklärung in London ermächtigt worden sei, daß man über den früher gesteckten Rahmen nicht hinauszugehen gedenke. Metternich bat sogar, ihn nicht mehr mit Mitteilungen in London zu beauftragen, die in England Hoffnungen erregen könnten, sich hinterher aber nicht erfüllten.

Noch tiefer als sein Vorgänger war der neue Kanzler von der Notwendigkeit durchdrungen, durch einen Flottenfrieden freundlichere Beziehungen zu England herzustellen. Hierin erblickte er seine Hauptaufgabe im Bereiche der auswärtigen Politik, und zwar diente ihm ein Abkommen über die Flottenbauten fast nur als Mittel zum Zweck, die Hauptsache war ihm eine politische Verständigung mit England. Bestärkt wurde er hierin durch zwei Denkschriften, die ihm der nach dem Ende der bosnischen Krisis wieder auf den Bukarester Gesandtenposten zurückgekehrte Herr v. Kiderlen-Wächter lieferte. Die erste Denkschrift von Ende September 1909 ging von dem Gedanken aus, England könne uns ohne direkt feindliche Handlungen in vielen Fragen zweiter Ordnung zu einer an Schwäche grenzenden Nachgiebigkeit zwingen (Beispiel Faschoda). Eine solche Gefahr zu verringern, müsse der Hauptzweck einer Verständigung mit England sein; ein bloßes Flottenabkommen genüge nicht.

Tatsächlich wurden im Laufe des Jahres 1910 auf deutsche Anregung Verhandlungen über eine politische Abmachung mit anschließendem Flottenabkommen in Gang gebracht, es kam aber nichts weiter heraus, als die Abrede, daß die Marineattachés gegenseitig ihre Nachrichten über die Bautätigkeit bei den Werften austauschen sollten. Dahinter steckte wieder der in England weit verbreitete Argwohn, daß Deutschland heimlich sein offizielles Bautempo beschleunige. Die englischen Staatsmänner behandelten im Gegensatz zu den deutschen ein political

agreement als Nebensache; worauf es ihnen vor allem ankam, war, die Bauten von Schlachtschiffen zu begrenzen.

In den aufgeregten Zeiten des Panthersprunges, der Tischrede Lloyd Georges, der Marokkoverhandlungen im Reichstag mußten die diplomatischen Bemühungen um ein freundlicheres Verhältnis zu England ruhen. Dagegen wurden von der deutschen Flottenpropaganda alle jene Aufregungen benutzt, um die Stimmung im deutschen Volke gegen England und die Abneigung des Kaisers gegen Zugeständnisse in der Flottenfrage zu verstärken. Politik und Marine arbeiteten gegeneinander, mit dem Unterschiede, daß nur die Marine das volle Vertrauen Wilhelms II. besaß. Was der Kanzler hoffte, ein Neutralitätsabkommen nebst Begrenzung der beiderseitigen Marineausgaben, das fürchtete der Großadmiral.

Schon im Sommer 1911 hatte sich der Kaiser mit dem Vorschlage der Admiralität einverstanden erklärt, daß, wenn möglich, noch in der laufenden Legislaturperiode eine neue Flottennovelle eingebracht werde, die den Stand der Flotte um drei große Schiffe über das Flottengesetz hinaus enthalten sollte. Des Kaisers These lautete: Die Verständigung mit England läßt sich nur erreichen durch eine noch stärkere Flotte, vor der die Briten Angst haben.

Nach dem Novembersturm von 1911 über das Kongoabkommen war mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß der schwarz-blaue Block, Zentrum und Konservative, die drei neuen Schiffe glatt bewilligen würde. Mit Mühe und Not konnte der Kanzler vom Kaiser nur die Einwilligung erlangen, das neue Flottengericht bei ruhigerem Feuer zuzubereiten und erst dem neuen Reichstag vorzusetzen. Kiderlen schrieb an den Reisebegleiter des Kaisers während dessen Aufenthalt in Rominten am 26. November 1911, die Entscheidung in der Flottenfrage sei sehr ernst und schicksalsschwer für unsere ganze Zukunft. Im Konzept des Schreibens steht sogar die Bitte an den Kaiser, nicht einseitige Ressortintressen, sondern seine berufenen Berater zu hören. Denn jetzt stehen wir am Scheidewege, der zu ernst ist, um darüber fern von

der Residenz ohne Anhörung der von Sr. M. selbst gewählten Ratgeber zu entscheiden. Der Kanzler war im Grunde derselben Meinung wie der ingrimmige Draufgänger Kiderlen.

Aus einer heftigen Wahlbewegung im Januar 1912 ging ein Reichstag hervor, in dem nach der Zahl der Mandate — die Sozialdemokratie hatte die ihrigen verdoppelt, von 55 auf 110 — eine Mehrheit von Bassermann bis Bebel vorhanden war. Diese Mehrheit war jedoch, gerade in Rüstungsfragen, in sich nicht einig, also auch gegen den schwarz-blauen Block nicht aktionsfähig. Neben der Flottennovelle sollte der neue Reichstag auch mit einer Verstärkung der Armee befaßt werden. Die allgemeine politische Lage, das Ententenetz um Deutschland und die notorischen, unausgesetzten Rüstungen Frankreichs und Rußlands rechtfertigten es vollkommen, daß der Kriegsminister und der Generalstabschef mit ihren Forderungen nicht länger hinter der Marine zurückstehen wollten. Die Thronrede zur Eröffnung des neuen Reichstags kündigte die Wehr- und Deckungsvorlagen, die noch den Bundesrat beschäftigten, nur im allgemeinen, ohne nähere Angaben über ihren Inhalt, an.

Es war nun die höchste Zeit für den Kanzler, um nach wiederholten Sondierungen, die kein klares Ergebnis geliefert hatten, endlich mit England ins Reine zu kommen. Der Gedanke, es mit einer persönlichen Aussprache zu versuchen, ging von Lord Haldane aus. Sir Ernest Cassel, der mit Ballin seit 1908 in enger Fühlung geblieben war, übergab Ende Januar 1912 im Auftrag von Grey, Churchill (Chef der Admiralität) und Lloyd George dem Kaiser ein Memorandum, in dem gegen Anerkennung der englischen Überlegenheit zur See und Verzicht auf Steigerung des deutschen Flottenprogramms eine Förderung der deutschen Kolonialwünsche und gegenseitige Neutralitätserklärungen gegen aggressive Pläne dritter Mächte zugesagt wurden. Die Antwort hierauf in Gestalt einer vertraulichen Note lautete dahin, daß ein Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen in der Flottenfrage möglich sei, wenn Bürgschaften für eine freundliche Orientierung der englischen Politik gegeben würden. Auch

drückte die Note die Hoffnung aus, daß ein englischer Minister zu privatem Meinungs-austausch nach Berlin kommen möge.

Im Auftrage des englischen Kabinetts traf Lord Haldane zu offener Aussprache in Berlin ein. Zum Abschluß bindender Abmachungen war er nicht bevollmächtigt. Am 8. und 10. Februar hatte er Besprechungen mit dem Kanzler, am 9. Februar eine Audienz beim Kaiser, der auch der Großadmiral, nicht aber der Kanzler, beiwohnte. In seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ I S. 54 stellt Herr v. Bethmann Hollweg seine Unterredungen mit Lord Haldane wie folgt dar: „Haldane erkannte mir gegenüber durchaus an, daß wir eine Flottennovelle bringen und das dritte Geschwader haben müßten. Die Aufstellung dieses Geschwaders würde allerdings England nötigen, eine größere Nordseeflotte zu unterhalten; das sei aber für England gleichgültig. Das Hauptgewicht legte er darauf, daß England nicht genötigt würde, deutsche Mehrbauten von Dreadnoughts mit dem Bau der doppelten Zahl zu beantworten. Er erkannte an, daß den englischen Wünschen nach Hinausschiebung des Bautempos für die drei Dreadnoughts, die in der Novelle erscheinen sollten, entgegengekommen würde, wenn die Baujahre 1913, 1916 und 1919 festgesetzt würden. Auf eine Erörterung dieser technischen Fragen ging ich nicht ein und betonte meinerseits, soweit es sich um eine Frage politischer Natur handle, der Umfang des political agreement von bestimmender Bedeutung sei.“

Man kann zweifelhaft sein, ob diese Scheidung in Technik und Politik gegenüber dem englischen Unterhändler glücklich war. Auch fällt es auf, daß in der Audienz beim Kaiser weder der Kanzler, noch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kiderlen zugegen war. Aus den Akten ist nicht zu ersehen, warum Kiderlen bei dieser kapitalen Frage der auswärtigen Politik trotz der vollen Erkenntnis ihrer hohen Bedeutung scheinbar ganz im Hintergrunde geblieben ist. Aber in dem jetzt veröffentlichten Nachlaß Kiderlens findet sich auf die Frage seines Verhaltens in Sachen der Mission Haldane eine Antwort, die Hörner und Klauen hat. Da heißt es: „Stuttgart, Februar 1912. Ich bin ein Gegner von Tirpitz, weil ich fürchte, daß seine



Politisches Tabakskollegium 1911.

(Frei nach einem bekannten Bilde von Adolph Menzel).

Kiderlen-Wächter hat einem guten alten Herrn einen scheußlichen Schrecken mit seinem kleinen zahmen Panther eingejagt.

Von L. Stutz. (Aus dem „Kladderadatsch“ vom 16. Juli 1911.)

Politik uns den Krieg mit England bringen wird. Ich halte Tirpitz“ — folgt ein Ausbruch des Zornes, den man nicht wiedergeben kann. Ferner: „Berlin, Februar 1912. Ich bin wütend, daß man während meines Stuttgarter Urlaubs Haldane in Berlin empfing und mit ihm unterhandelte, ohne mich zu benachrichtigen. Ich sagte dem Reichskanzler gründlich meine Meinung und schrieb heute nacht um 3 Uhr noch an Seine Majestät, den ich um eine Audienz bat, um die Dinge so klarzustellen, wie ich sie sehe. Ich möchte, daß er sich von Tirpitz trennt.“ Weiter geht aus einem Schreiben des Kaisers an Kiderlen vom 24. Februar hervor, daß der Kaiser Grund zu einer Vermahnung Kiderlens zu haben glaubte, weil dieser versucht hatte, in einer Unterredung im Reichsmarineamt dem Staatssekretär v. Tirpitz klarzumachen, daß keine Einigung mit England zustande kommen werde, wenn in der Novelle die geforderten drei Linienschiffe bestehen blieben*).

Warum Kiderlen bei den Besprechungen mit Lord Haldane ferngehalten wurde, ob der Kaiser oder der Kanzler seine Gegenwart, etwa wegen des schroffen Gegensatzes zwischen den beiden Autokraten Tirpitz und Kiderlen, nicht wünschte, das steht dahin. Jedenfalls war es ein kaum begreiflicher Fehler, daß die große diplomatische Geschicklichkeit Kiderlens bei der Mission Haldanes brachliegen mußte.

Lord Haldane nahm ein Exemplar der eben fertiggestellten, noch nicht veröffentlichten Flottennovelle mit nach London. Der Eindruck, den sein Bericht auf das Kabinett machte, schien ziemlich günstig zu sein. Grey äußerte sogar zu Metternich, daß er von Haldanes Mitteilungen über seine Gespräche mit dem Reichskanzler „immensely impressed“ sei und daß er sich nachdrücklich für eine Förderung des Werkes einsetzen wolle. Aber bald stellten sich bei den englischen Ministern allerlei Bedenken ein. Der Kolonialminister machte Vorbehalte gegen die Versprechungen Haldanes und die Admiralität fand bei näherer Prüfung der deutschen Flottennovelle heraus,

*) Ernst Jaeckh „Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und der Mensch“. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924, S. 155 ff.

daß neben den neuen drei Dreadnoughts eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes von 5000 auf 15 000 vorgesehen war, woraus man auf eine viel größere Bereitschaft der ganzen Flotte schließen mußte. Sogleich trat wieder der alte Argwohn hervor, daß Deutschland heimlich über sein Programm hinaus rüste. Vor allem war Grey in der Frage einer Neutralitätsklausel ängstlich bemüht, jede Verstimmung in Paris und Petersburg zu vermeiden. Vom Beginn an hatte er den russischen Botschafter Grafen Benkendorff und den französischen Botschafter Paul Cambon über die Haldanesche Mission auf dem laufenden gehalten und ihnen auch seine eigne Formel, die nur versprach, keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland zu machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland zu enthalten, zur Kenntnis gebracht. Aus den Papieren Iswolskis läßt sich sogar schließen, daß Grey auch die weitergehende deutsche Formel in Paris mitgeteilt hat. Nach einem Bericht Iswolskis äußerte der französische Ministerpräsident Poincaré im März 1912, daß die englische Unterschrift unter ein solches englisch-deutsches Neutralitätsabkommen den derzeitigen französisch-englischen Beziehungen ein Ende bereiten würde.

Zur gleichen Zeit machte der immer noch auf einen günstigen Ausgang hoffende Herr v. Bethmann Hollweg noch einen Versuch, um die ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Ballin wurde noch einmal eilig nach London geschickt. Er kam mit dem Eindruck aus seinen Unterhaltungen mit Metternich, Haldane und Churchill zurück, daß zwar das englische Kabinett und der König den Fortgang der Sache wünschten, das größte Hindernis aber in der großen Verstärkung der Mannschaften lag und daß die Admiralität auch Anstoß an der großen Zahl von Torpedo- und Unterseebooten nahm*). Vom Kaiser erfuhr er, daß von der Novelle nichts mehr abgelassen werden könne. Damit hatte der Großadmiral über den Kanzler gesiegt. Bald darauf wurde Metternich in die Wüste geschickt, der unermüdliche Warner, der in seiner Berichterstattung unentwegt den Standpunkt vertreten hatte, daß ohne

*) Huldermann, S. 265.

Verzicht auf die Novelle weder in der Neutralitätsfrage noch für die deutschen Kolonialwünsche etwas zustande kommen werde. Beinahe wäre auch der Kanzler v. Bethmann Hollweg noch vorher zur Strecke gekommen.

Die Kanzlerkrise entstand auf folgende Weise. Seitdem die Mission Haldanes nichts Bestimmtes ergeben hatte, verlangte der Kaiser, in der Besorgnis, daß die diplomatischen Verhandlungen in London vielleicht doch noch Abstriche an der Flottennovelle nötig machen könnten, immer ungeduldiger, daß die Novelle so schnell als möglich veröffentlicht und im Reichstag durchgepeitscht werden sollte. Umgekehrt hatte der Kanzler das dringende Interesse, den Fortgang der Verhandlungen nicht durch öffentliche Erörterungen von hüten und drüben gestört zu sehen. Des langen Wartens müde, kündigte Wilhelm II. am 5. März 1912 von Wilhelmshaven aus, wo er der Rekrutenvereidigung beiwohnte, dem zaudernden Kanzler telegraphisch an, daß er, wenn die Wehrvorlagen nicht sofort bekanntgemacht würden, Tirpitz und Heeringen (dem Kriegsminister) befehlen werde, sie zu veröffentlichen. Um diese Zeit waren die Wehrvorlagen nebst den Deckungsentwürfen noch nicht einmal dem Bundesrat vorgelegt. Der Kanzler mußte in diesem Befehl eine Sabotierung seiner Bemühungen um ein Einvernehmen mit England und einen groben Verstoß gegen seine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit erblicken und beantwortete den kaiserlichen Befehl mit einem das Verfahren des Allerhöchsten Herrn scharf beleuchtenden Rücktrittsgesuch. Dieses Gesuch vom 6. März ist nicht bei den Akten des Auswärtigen Amtes, hat sich aber in dem Nachlaß Kiderlens vorgefunden*). Der Kaiser hatte das Aufbäumen des Kanzlers nicht erwartet, er berief den Kanzler nach Wilhelmshaven. In der Audienz ließ sich Bethmann Hollweg dadurch beschwichtigen, daß der Kaiser die Absicht, sofort die Vorlage zu veröffentlichen, aufgab. Gleichwohl war die „Kölnische Volkszeitung“ schon am 8. März in der Lage, den Hauptinhalt der Flottennovelle mitzuteilen.

*) Ernst Jaeckh, Alfred v. Kiderlen-Wächter. S. 156.

So war also die von Ballin und Cassel, Bethmann Hollweg und Haldane so hoffnungsvoll begonnene Aktion ausgegangen wie das Hornberger Schießen.

Die von Grey vorgeschlagene Neutralitätsformel sicherte Deutschland nur gegen einen unprovzierten Angriff Englands, nicht aber gegen eine Parteinahme Englands zugunsten des Zweibunds im Falle eines russisch-französischen Angriffs auf Deutschland. Die Verhandlungen scheiterten an der Weigerung Greys, auf den vom Kanzler gewünschten Zusatz einzugehen, daß England wohlwollende Neutralität bewahren werde, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden würde. Obgleich es sich bei solchen Klauseln mehr auf den Geist der Parteien als auf den Wortlaut ankommt und der Geist auf der englischen Seite offenbar schwach war, fragt sich doch, ob es nicht vielleicht besser gewesen wäre, die Verhandlungen nicht an der ungenügenden Greyschen Formel scheitern zu lassen, die immerhin das Versprechen enthielt, keiner Abmachung beizutreten, die einen unprovzierten Angriff bezweckte. Als unbedingt sichere Folge eines vollständigen Mißerfolgs des Versuchs einer englisch-deutschen Entspannung stand eine innerliche Festigung des Dreiverbands bevor.

Das war der zweite große Wendepunkt in den deutsch-englischen Beziehungen: 1901 deutsche Ablehnung einer entente cordiale mit nachfolgender diplomatischer Abkehr Englands von der alten Freundschaft mit Deutschland, 1912 deutsches Versäumen einer Wiederannäherung an England mit nachfolgender riesiger Steigerung des englischen Marineetats und dem Abschluß einer schriftlichen Ehrenverpflichtung zwischen England und Frankreich zu gemeinsamen Maßregeln im Falle eines unprovzierten Angriffs einer dritten Macht. Übertriebener deutscher Seemachtwille stürmte blindlings an dem zweiten Wendepunkt vorbei, der doch eine günstige Perspektive in eine bessere Zukunft des Reichs dargeboten hätte.

* * *

Endlich haben wir noch die Betrachtung eines Werkes von größter wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung nachzuholen, das in den Akten an vielen Stellen in mancherlei Verbindungen mit politischen Fragen hervortritt und deshalb eine zusammenfassende einheitliche Schilderung verdient: eine ganz Vorderasien durchquerende Bahn von Konstantinopel bis zum Persischen Golf. Auch bei der Mission Lord Haldanes befand sich eine Vereinbarung über die Vollendung des Baues der **Bagdadbahn** unter den Gegenständen, durch deren Regelung ein freundlicheres Verhältnis zwischen England und Deutschland erreicht werden sollte.

Bis in die Amtszeit des großen Kanzlers lassen sich die Bemühungen der Deutschen Bank unter Führung ihres genialen Gründers Georg v. Siemens um eine Konzession für den Bau einer kleinasiatischen Eisenbahn verfolgen. Bismarck hatte das Unternehmen, das in seinem Ursprung bereits Stoff für Konflikte mit französischen und englischen Konkurrenten enthielt, gutgeheißen, jedoch nur mit dem Vorbehalt, daß die Türkenpolitik der wichtigeren Russenpolitik untergeordnet bleiben müßte. Später, namentlich nach der bosnischen Krisis, trat an die Stelle Rußlands Österreich-Ungarn. Der großartige Plan, der Türkei durch eine Transversallinie eine engere Verbindung des alten Kernlandes Anatolien mit Syrien, Mesopotamien bis nach Persien, Arabien und Ägypten hin zu verschaffen, und somit eine Wiedererweckung des einst sagenhaft fruchtbaren anatolischen Hochlandes zu erreichen, zeichnete sich vor den französischen und englischen Projekten dadurch aus, daß er ein einheitliches Eisenbahnnetz herzustellen versuchte, während die andern Reiche lediglich innerhalb ihrer Interessensphären kleine Stichbahnen bauten. Helfferich charakterisiert treffend den deutschen Plan als Entwicklungsbahn, die andern Projekte als Ausbeutungsbahnen*).

Am 24. September 1888 gab der Sultan die erste Konzession zum Bau der Bahn von Haidar-Pascha nach Angora. 1892 war

*) Siehe Karl Helfferich, Die deutsche Türkenpolitik. Berlin 1921.

diese 578 Kilometer lange Linie fertiggestellt, bald folgten andre Teilkonzessionen, so die von Eskischehir nach Konia (445 km). Die Verlängerung der Linie über Siwa nach Bagdad war bereits in der ersten Konzession vorgesehen. In schwierigen Verhandlungen, bestens unterstützt durch den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Frhrn. v. Marschall, unter dem Wohlwollen des Kaisers, dessen persönliches Hervortreten jedoch nicht immer im Interesse der Sache gewesen ist, gelang es Siemens, nachdem er im Jahre 1889 die Anatolische Eisenbahngesellschaft im Zusammenwirken dreier deutscher und unter Assistenz verschiedener österreichischer Banken gegründet hatte, das Projekt immer weiter zu fördern. Ungeheure wirtschaftliche Perspektiven schienen sich für die Zukunft der Türkei zu eröffnen und begannen sich auch tatsächlich nach Abschluß des deutsch-türkischen Handelsvertrags im Jahre 1890 zu erfüllen. Stets wurde jedoch gegen Äußerungen überschwenglicher Ideen der Standpunkt vertreten, daß die Anatolische Eisenbahngesellschaft, bei der in geringem Maß englisches Kapital beteiligt war, während sie von französischer und russischer Seite mit Mißtrauen betrachtet wurde, keinerlei politische oder kolonialisatorische Zwecke verfolge. Solange die Politik der andern Mächte in der Richtung der Erhaltung der Türkei ging, schritt das Unternehmen rüstig vorwärts.

Die Finanzierung des in Teilstrecken fortzusetzenden Baues hing großenteils von der großen Politik der Kabinette, den wechselnden Konstellationen der europäischen Mächte, ab. Je nach dem Sinken oder Steigen des politischen Barometers sanken und stiegen auch die Aussichten auf die Verwirklichung des Unternehmens. Natürlich war die Bagdadbahn den Mächten, die auf eine Schwächung der Türkei hinarbeiteten, namentlich Rußland, ein Dorn im Auge. Solange England ein starkes Interesse an der Integrität und dem Wohlergehen der Türkei zeigte, war keine Unterbrechung der Arbeiten zu befürchten. Als dagegen Lord Salisbury 1895 den Plan einer Teilung der „verfaulten“ Türkei erwog und dann noch die armenischen Greuel sich wiederholten, war zunächst auf freundlichen eng-

lischen Beistand nicht zu rechnen. Erst in der Periode der englisch-deutschen Annäherungsversuche besserten sich die Aussichten auf eine Zusammenarbeit mit England.

Im Jahre 1899 kam ein Abkommen zwischen der Deutschen Bank und der französischen Gruppe der Ottomanbank zustande und trat auch in London eine günstigere Stimmung in der Bagdadbahnfrage hervor. Aber zu Beginn des Jahres 1901, also unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen über ein englisches Bündnisangebot an Deutschland, erklärte England, daß es sich gegen den Ausbau bis zu dem projektierten Endpunkt Koweit, dem einzigen brauchbaren Hafen am Nordufer des Persischen Golfs, unbedingt widersetzen werde. Auch teilte die britische Regierung der Pforte mit, daß sie auf Grund von Verträgen mit dem Scheich von Koweit eine Sonderstellung für dessen Gebiet in Anspruch nehme. Neue Versuche, den Endpunkt festzustellen, führten nicht zum Ziel.

Im Jahre 1903, nicht lange vor dem Abschluß der Entente cordiale, gaben Balfour im englischen und Delcassé im französischen Parlament Erklärungen ab, nach denen die Mitwirkung Englands und Frankreichs nur durch einen deutschen Verzicht auf die Führung des Unternehmens zu erlangen sei. Als dann die französische Gruppe der Ottomanbank an ihrer Beteiligung von 1899 festhielt, sperrte die französische Regierung den Handel mit Bagdadwerten. Rußland sekundierte dabei mit Druck auf die französische Regierung und die Pforte.

Erst als mit dem englisch-russischen Abkommen über die Länder in der Nähe des Persischen Golfs das Ententenetz vollendet und die Vorhand Englands in Südpersien gesichert war, konnte man auf einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen Englands und Deutschlands in der Bagdadfrage hoffen. Bei dem Besuch in London (November 1907) erklärte sich der Kaiser bereit, England „das Tor von Indien“, d. h. den Zugang zur Nordküste des Persischen Golfs, zu überlassen und hatte der Staatssekretär v. Schön eingehende Besprechungen mit Sir Edward Grey, allerdings ohne daß es zu einem annehmbaren Vorschlag kam. Im gleichen Jahr hörte endlich die Stockung im Weiterbau der

Bahnlinie auf. Die türkischen Staatsfinanzen hatten sich so gehoben, daß die Pforte einen Zuschuß zum Bahnbau auch ohne Erhöhung der Zölle, zu der die Zustimmung der Großmächte nötig gewesen wäre, leisten konnte. Infolgedessen wurden Verträge über den Weiterbau für eine Strecke von 840 km geschlossen. Nun konnte das Taurus- und Amanus-Gebirge durchquert, der Anschluß an die Stichbahn Mersina—Adana errichtet und somit eine Verbindung mit Alexandrette hergestellt werden.

Allein die jungtürkische Revolution und die darauf folgende engere Anlehnung der Türkei an die Westmächte schien nochmals das ganze Unternehmen zu gefährden. Indessen das in Paris während der Anwesenheit des jungtürkischen Finanzministers Djavid Bey aufgebrachte Witzwort: Londres ne veut pas, Berlin ne peut pas, bewahrheitete sich nicht; die von Djavid Bey betriebene türkische Anleihe wurde zum größten Erstaunen nicht von einem französischen, sondern von einem deutschen Konsortium gewährt und somit der Bau der Bagdadbahn von neuem gesichert.

Im Anschluß an die Potsdamer Begegnung des Zaren mit dem Kaiser kam dann noch 1910 das deutsch-russische Abkommen über die Zweiglinie Bagdad—Chanekin—Teheran zustande, so daß auch von russischer Seite fürderhin keine Schwierigkeiten zu erwarten waren.

Die Verhandlungen über die Endstrecke Bagdad—Basra—Golf zogen sich bis kurz vor Ausbruch des Weltkriegs hin. Am 15. Februar 1914 konnten endlich im Berliner Auswärtigen Amt die Vertragsentwürfe paragrafiert werden. Bei dem Zustandekommen des Entwurfs hatte man auf deutscher Seite den Feinden von morgen große Zugeständnisse zu machen. Die deutsche Bagdadbahngesellschaft verzichtete auf den Bau der Endstrecke Basra—Golf sowie auf den Bau von Häfen in Bagdad, Basra und am Golf. Die Häfen Bagdad und Basra sollte eine türkische Gesellschaft mit 40prozentiger englischer Beteiligung bauen. Auch sollte Deutschland keine Bahnstation am Golf ohne vorherige Verständigung mit England errichten und die



La donna è mobile.

Die fünffach versiegelte, beschworene, beglaubigte und ratifizierte Ehe der schönen Madonna „Irredenta“.

Von G. Brandt. (Aus dem „Kladderadatsch“ vom 7. November 1909.)

Rechte der im Jahre 1913 konzessionierten englischen Gesellschaft für die Schifffahrt auf dem Euphrat und dem Tigris anerkennen. Die Hauptkonzession auf englischer Seite bestand in der Verpflichtung, keine Konkurrenzstrecken gegen die Bagdadbahn zu bauen.

Zu einer förmlichen Unterzeichnung des Vertrages ist es nicht mehr gekommen; der Krieg riß die Partner vom Konferenztisch. Die Bedingungen des Versailler Friedens aber raubten Deutschland endgültig die Möglichkeit, die Früchte jahrelanger organisatorischer, wirtschaftlicher und finanzieller Arbeit zu ernten. Nur die Ehre ist ihm geblieben, in einem Menschenalter ein technisches und kulturelles Werk größten Umfangs für eigene Interessen und zu großem Vorteil für fremde Völkernschaften geschaffen zu haben.

VI. Schlussbetrachtung.

Der Hauptfehler der kaiserlichen Weltpolitik.

Unter einem Monarchen, der sein eigener Kanzler sein wollte und nach Artikel 11 der Bismarckschen Verfassung als allein berufener völkerrechtlicher Vertreter des Reichs die Leitung der internationalen Beziehungen an sich bringen konnte, mußte Deutschlands auswärtige Politik gewisse Eigentümlichkeiten der kaiserlichen Psyche widerspiegeln: den Hang zu lautem Mitspielen, die Abneigung gegen geduldiges Warten und Wägen und, statt schöpferischer Intuition, eine Einbildungskraft, die Wünsche und Wirklichkeiten verwechselte. Aber durch solche Belastung war die kaiserliche Weltpolitik noch keineswegs zum Zusammenbruch verurteilt. Wilhelm II., und Deutschland mit ihm, ist hauptsächlich deshalb gescheitert, weil diese Politik, zum Teil im Zickzackkurs, in falscher Richtung steuerte. Die Irrungen und Wirrungen gehen alle auf ein Grundgebrehen zurück, das sie erst gefährlich machte: es ist die falsche Behandlung der westlichen Flügelmacht Europas. Deutschlands Vereinigung unter den Weltstaaten, die bis zur Vereinigung aller Weltmächte gegen Deutschland führte, wäre unmöglich gewesen, wenn sich der Enkel Wilhelms I. und seine Ratgeber lange Jahre hindurch um England so ernstlich wie um Rußland bemüht hätten.

In der Erbschaft Bismarcks aus seiner Amtszeit war der Fehler einer unterschiedlichen Behandlung Großbritanniens noch nicht enthalten. Selbst eine sehr scharfe Kritik könnte, im Besitz der Erfahrungen aus dem Kriege, kaum feststellen, daß

er für die Weltaufgaben Rußlands Kraft zu hoch, Englands zu niedrig eingeschätzt hätte. Erst recht nicht haben die dem ersten Kanzler zunächstliegenden festländischen Maßstäbe ihn zu einer Unterschätzung Englands im Stil des alldeutschen Kraftbewußtseins verleitet. Lebenswichtige deutsche Interessen gegen England lagen noch nicht in Bismarcks Gesichtskreis. Der Gedanke, für den Bau einer deutschen Schlachtflotte die Beziehungen zu der stärksten Seemacht aufs Spiel zu setzen, würde ihm, als verantwortlichem Reichskanzler, dem schon die Kolonialschwärmerei seiner Landsleute wegen ihrer „tölpelhaften“ Störung der deutsch-englischen Kreise zuwider war, abenteuerlich erschienen sein. Dagegen wissen die Kenner seiner Politik, daß er sich gegen drohende Bewegungen des slawischen Kolosses englische Hilfe zu sichern suchte. Ein Gedanke, unter russischer Deckung durch deutschen Machterwerb über See die Weltstellung Englands zu schmälern oder gar anzuzeindern, ist in Bismarcks politischer Psychologie nicht nachweisbar. Neurungen im europäischen und namentlich im außereuropäischen Auftreten Deutschlands mußten für ihn hinter dem dauernden Bedürfnis zurückstehen, nicht durch Reizungen oder Reibungen deutscher Herkunft England für Annäherungswünsche Frankreichs empfänglich zu machen.

Diese achtungsvolle Vorsicht im Verkehr mit London wuchs in dem Maße, wie, schon unter Bismarck, zwischen Paris und Petersburg deutschfeindliche Strömungen ineinanderflossen. Es war eine gradlinige Weiterführung seiner Politik, daß sein erster Nachfolger, Caprivi, Deutschlands überseeische Bestrebungen und die Entwicklung der Flotte in Verbindung und nicht im Gegensatz mit guten Beziehungen zu England fördern wollte. Die Verschärfung des handelspolitischen und weltwirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den beiden Völkern brauchte an sich nicht zu ihrer politischen Entzweiung zu führen, wenn die Bedürfnisse von Handel und Industrie ihr natürliches Schwerkraft für die Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses bewahrt hätten. Nachdem aber die anfängliche Bereitwilligkeit, nach Bismarcks Vorbild deutsche Überseebestrebungen möglichst in

Führung mit England zu verfolgen, aufgegeben und durch den Eintritt in die großangelegte deutsche Flottenpolitik eine von ruhigem Einvernehmen mit der stärksten Seemacht abführende Bahn beschritten war, trat mehr und mehr die Neigung zu einem gegen Englands Übergewicht wirksamen Zusammenschluß des festländischen Europas, d. h. zu einer Auskreisung Englands hervor. In dem Maße, wie sich ein tiefer deutsch-englischer Gegensatz, der früher nicht bestand, zur europäischen Schicksalsfrage entwickelte, während der englisch-französische und der englisch-russische abgeschwächt und schließlich durch Verständigungen ausgeschaltet wurde, gewann für die Politik des Kaisers der Gedanke des Kontinentalbundes gegen England die Bedeutung einer *carte forcée*. Er mußte ihm als das einzige Mittel erscheinen, um England und den franko-russischen Zweibund wenigstens für Europa getrennt zu halten, nachdem wiederholte Möglichkeiten, dieser Gruppe eine deutsch-englische entgegenzustellen, unbenutzt gelassen waren.

In dem Gefühl, daß sich Deutschland durch fortschreitende Entfremdung von England eine schwer ersetzbare Flanken- deckung verscherze, hat der Kaiser bald die französische, bald die russische Hand zu ergreifen gesucht. Freundliche Wendungen zu dem Nachbar im Westen hin — von den Franzosen als Überraschungen empfunden, wenn nicht als politische Fallen gefürchtet — werden verständlicher auf dem Hintergrund dieses Strebens nach einem gegen England geintem Kontinent. Die deutsch-russische Zwei-Kaiser-Abmachung vom Juli 1905, der sogenannte „Björkövertrag“, enthielt keinen Sprengstoff gegen das franko-russische Bündnis; sie nahm vielmehr den Anschluß Frankreichs an die neue Friedenspolitik der Kaiser in Aussicht, und der Form nach wäre ja mit einer Annäherung zwischen Dreibund und Zweibund der Zusammenschluß der festländischen Großmächte eingeleitet gewesen. Die der Umwerbung Frankreichs durch Wilhelm II. zuwiderlaufenden Schritte der deutschen Politik — wie die Fahrt nach Tanger und der Panthersprung nach Agadir — sind erwiesenermaßen nicht aus kaiserlichen Eingebungen entstanden, sondern von der jeweiligen Leitung

des Berliner Auswärtigen Amts ausgegangen. Für die Idee des kontinentalen Zusammenschlusses ist also bei Wilhelm II. eine sonst in seinen Gedanken nicht anzutreffende Beharrlichkeit festzustellen.

Realpolitisch genommen, war der Festlandsbund ein lebens- unfähiges Gebilde. Dieses Urteil ist nicht erst nachträglich aus den Lehren des Weltkrieges entnommen worden. Der Glaube an eine kontinentale Einigung gegen das Europa vorgelagerte Inselreich beruhte auf Verkennung der Machtziele Frank- reichs, über die man sich niemals einer nachhaltigen Täuschung hingeben durfte. Unbegreiflich ist es, daß Lord Haldane in seinem Buche „Before the War“ das Bestreben der französischen Politik nach Revanche in Zweifel zieht. Seit dem Tode Gambettas, des „großen Europäers“, dessen Ziel eine französisch-deutsche Aussöhnung auf der Grundlage einer freiwilligen Desannexion Elsaß-Lothringens gegen Kompensationen aus französischem Kolonialbesitz war, besonders aber seit den Zeiten Boulangers und Delcassés haben Dutzende von Ministern, Generalen, Abgeordneten und Gelehrten die deutlichsten Anspielungen auf den Revanchekrieg gemacht und die militärische Rückeroberung der 1871 verlorenen Provinzen als die alle Franzosen intellektuell, moralisch und militärisch beherrschende Aufgabe der Zukunft bezeichnet. Ferner fehlt es in der amtlichen Schul- und Militär- literatur Frankreichs nicht an Beweisen, daß hinter der Revanche immer noch die alten Gelüste der Ludwige und Napoleone nach der Pfalz, nach dem Saargebiet und dem linken Rheinufer von Mainz bis Köln standen. Ein aktiver Generalstabsoffizier, Molard, hatte schon zu Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahr- hunderts in einem Buche über die militärische Leistungsfähigkeit der europäischen Staaten geschrieben: „Die französische Politik hat stets nur einen Zweck gehabt: die Zurückeroberung der von der deutschen Rasse usurpierten Gebietsteile des linken Rhein- ufers . . . Auf jeder Seite dieser Grenzbarriere waren seit 2000 Jahren Gallier und Germanen Feinde. Wir waren es, wir sind es, wir werden es bleiben — Erbfeinde!“ Diese ganze, von siegestrunkenen Machthabern unterdrückte Kapitel aus der

Vorgeschichte des Weltkrieges können unparteiische Forscher und aufrichtige Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht beiseiteschieben. Und endlich: Wir begegnen dem Verlangen nach dem linken Rheinufer bei den Geheimverhandlungen Ribots und Poincarés mit Rußland und andern Mächten, wir sehen sogar den Versailler Friedensvertrag durch eine ganze Schule französischer Politiker angefeindet, weil er Frankreichs Wünsche am Rhein unbefriedigt lasse, und wir haben erlebt, daß auch nach dem Friedensschluß die Besetzung von Städten im Maingau unternommen und der Einmarsch ins Ruhrgebiet als Bedrohung deutscher Lande lange Zeit aufrechterhalten worden ist.

Mit solchen überlieferten Zielen, die bis 1914 für gewöhnlich maskiert blieben, mußten die führenden oder treibenden Männer Frankreichs den Einfall, ihr Land solle in einer kontinentalen Mächtegruppe zur Sicherung Deutschlands gegen England mitwirken, als ein lächerliches Ansinnen behandeln, namentlich seitdem es ihren fortgesetzten Bemühungen gelungen war, die große Koalition, die Bismarcks Alldruck blieb, aussichtsvoll vorzubereiten. Deshalb ist es zum mindesten fraglich, ob es für eine auf beiden Rheinufern fest verankerte deutsche Großmacht jemals möglich gewesen wäre, Frankreich zu gewinnen; unzweifelhaft aber wäre es möglich gewesen, England nicht ganz zu verlieren.

Die englische Handelseifersucht für die allmähliche Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen verantwortlich zu machen, geht nicht an. Ohne Zweifel hat sie die Beziehungen wiederholt gestört und die Rückkehr zu einem vertrauensvollen Verhältnis erschwert und zu verhindern geholfen. Wäre sie aber eine treibende Kraft der englischen Politik gewesen, so würden dem deutschen Kaufmann die Türen in allen britischen Besitzungen schwerlich so, wie tatsächlich geschehen, offen geblieben sein. Als bald nach dem durch die Krügerdepesche hervorgerufenen stärksten Ausbruch feindseliger Gefühle gegen den deutschen Wettbewerb folgte eine Periode von freundschaftlichen Verständigungen zwischen London und Berlin, über die portugiesischen Besitzungen, über Samoa, über gemeinsame

Interessen im Fernen Osten, und von englischen Versuchen, zu einer förmlichen Allianz mit Deutschland oder wenigstens zu einem Abkommen über Marokko zu gelangen. Und kam nicht noch kurz vor Kriegsausbruch ein Vertrag auf dem Papier zustande, der dem Deutschen Reiche ein weites Gebiet wirtschaftlicher Betätigung in Kleinasien bis zum Persischen Golf gesichert hätte?

Die Möglichkeit, England nicht ganz zu verlieren, ist also nicht zerstört worden durch den deutschen, den Briten unbequemen wirtschaftlichen Wettbewerb. Zerstört worden ist sie auch nicht sowohl durch eine Vermehrung der deutschen Seestreitkräfte an sich, als vielmehr durch die Bevorzugung des Baues von Schlachtschiffen und durch die entfesselte politische Propaganda, die sich bald nicht mehr einengen ließ von Rücksichten auf die Pflege guter Beziehungen zu England. Mit dem dauernden Bedürfnis des durch Vereinigung der Kräfte Rußlands und Frankreichs in Europa bedrohten Deutschen Reichs hätten die deutschen Kriegsschiffbauten in Einklang gebracht werden müssen, und das wäre ohne Schädigung nationaler Lebensnotwendigkeiten durchführbar gewesen.

Die marinepolitische Propaganda aber konnte oder wollte für die Zukunft Deutschlands nichts anderes gelten lassen als entweder Aufbau einer von England in seinen eignen Gewässern zu fürchtenden Schlachtflotte oder elendes Hinabsinken in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von dem britischen Inselstaat. Für die nüchterne Beobachtung der politischen Tatsachen war durch Englands Verhalten erwiesen, daß es Deutschland seine starke Machtstellung auf dem Festland zugestand und daneben einen vorläufig ausreichenden und mit der Zeit erweiterungsfähigen Anteil an weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Die Möglichkeiten zum deutschen Ausgreifen über See, die dem deutschen Wettbewerber ein rechtzeitiger geschäftlicher Vergleich mit England, wie er zu haben war, belassen, ja noch neue hinzugebracht hätte, wurden, weil für die anti-englische Grundlage der Flottenpropaganda störend, geflissentlich mißachtet. Deutschland seemächtig oder Vasall Englands — ein Drittes,

ein Mittleres, gab es in dieser Aut-aut-Politik nicht. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland ließ es sich gefallen, daß in der Agitation für Schlachtschiffe zu dem „Erbfeind“ Frankreich der „Todfeind“ England hinzukam.

Deshalb ist es wohl zu verstehen, daß die Berufung des Kaisers auf Verpflichtungen gegenüber der deutschen Nation, gegen den Vorschlag Hardinges auf Einschränkung der Seerüstungen in Friedrichshof 1908, dem König Eduard und dem englischen Kabinett die Überzeugung einflößte, England sei bedroht. Daß tatsächlich die Überspannung der deutschen Seemachtsansprüche die deutsch-englische Entfremdung und in weiterer Folge die langersehnte französische Abrechnung mit Deutschland unter den für dieses ungünstigsten Umständen verschuldet hat, wird bewiesen durch den genauen Parallelismus, der zwischen den deutschen Seerüstungen und der zunehmenden politischen und militärischen Vertraulichkeit Englands mit dem Zweibund besteht. Dieser Zusammenhang zeigt sich besonders, wenn man die Zeitfolge der deutschen Flottenvorlagen mit der jeweiligen Haltung Englands gegen Deutschland, namentlich im Verlauf der Marokkokrisen, vergleicht:

1904: Nach Abschluß des Kolonialabkommens über Marokko und Ägypten Reden im Ober- und im Unterhause, in denen gewünscht wird, Verträge gleicher Art mit andern rivalisierenden Ländern, auch Deutschland, zu schließen. Kurz darauf beim Besuche des Königs Eduard in Kiel noch freundliche Trinkgespräche über die friedlichen Zwecke der beiden Flaggen.

1905: Erwachen des britischen Leuen gegen den deutschen Seeadler. Der Seelord Lee sinnt auf plötzlichen Überfall der deutschen Flotte. Dreadnoughtbau. Deutschland verlangt mit unbestreitbarem Recht Sicherung der offenen Tür in Marokko. Englische Stimmungsmache zugunsten des Minister Delcassé, dessen Enthüllung über die Landung von 100 000 Engländern an der schleswigschen oder der französisch-belgischen Küste.

1906: Kurz nach dem Erscheinen einer neuen deutschen Flottenvorlage mit der Forderung von sechs Panzerkreuzern Erklärung Greys, daß England auf der Algeciraskonferenz die

französischen Ansprüche auf jede Gefahr hin unterstütze, und der erste mündliche Geheimbund mit Paul Cambon über fort-dauernde Fühlung unter den beiderseitigen Militär- und Marine-stäben. Mitteilung des britischen Militärattachés Barnadiston an den belgischen Generalstabschef über den Plan, im Kriegsfall ein Landungskorps nach Belgien zu schicken.

1908/09: Deutsche Flottennovelle mit Verjüngung der Kampfschiffe, englisch-russischer Operationsplan für den Nahen Orient. Im Sommer 1908 Lloyd Georges Rede gegen den Zweimächtestandard, erster Versuch eines deutsch-englischen Flottenabkommens in Friedrichshof, nach dessen Scheitern Unterstützung Rußlands in der bosnischen Krisis, acht neue Dreadnoughts.

1911: Im Widerspruch mit der Algecirasakte und dem deutsch-französischen Abkommen von 1909 französische Zug nach Fes, deutscher Anspruch auf eine Gegenleistung für das französische Protektorat in Marokko, dem Grunde nach berechtigt, trotzdem öffentliche Ermunterung Greys zu dem Marsch nach Fes und Drohrede Lloyd Georges gegen Deutschland, vom Kapitän Faber enthüllte englische Kriegsvorbereitungen.

1912: Haldanes Mission nach Berlin, Scheitern des zweiten Versuchs einer Beschränkung des Wettrüstens zur See, darauf Beschluß des englischen Kabinetts, die Ausgaben für die englische Flotte auf 51 Millionen Pfund Sterling zu erhöhen, im September englisch-französische Marinekonvention, sodann nach Abschluß der russisch-französischen Marinekonvention mündliche Erklärung Greys an Sassonow, daß England verpflichtet sei, Frankreich zu Lande wie zu Wasser gegen Deutschland beizustehen (was Sassonow schon kurz vorher in Paris von Poincaré erfahren hatte), und daß es im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit Deutschland „alles daran setzen werde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zu versetzen“ (nach dem Bericht Sassonows an den Zaren), endlich im November 1912 Briefabkommen Greys mit Paul Cambon, englische „Ehrenverpflichtung“ zum Schutze der französischen Küste im Falle eines Krieges mit Deutschland.

Am Beginn des Jahrhunderts versagte sich die deutsche Politik einer engen Verbindung mit England, mit der hätte verwirklicht werden können, was Bismarck 1889 als Ziel und Objekt seiner Politik bezeichnete: der Anschluß Englands an den Dreibund. Mit der wiederholten Ablehnung des englischen Vorschlags, die beiderseitigen Seestreitkräfte, richtiger den Bau von Großkampfschiffen, zu begrenzen, wurde England zum schärfsten und gefährlichsten Gegner gemacht, wieder im Gegensatz zu einer Grundidee Bismarckscher Politik. Denn woher kam sein beständiger *cauchemar* des coalitions? Von der schwer drückenden Tatsache, daß „Millionen Bajonette ihre polare Richtung in der Hauptsache nach dem Zentrum Europas haben, daß wir im Zentrum außerdem infolge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind.“ Mit diesen Worten begründete er 1882 gegen den Vorwurf des Militarismus die Notwendigkeit eines starken Landheeres. Ein ähnlicher Druck lastete auf den Staatsmännern des englischen Inselstaats. Man kann wohl von einem englischen *cauchemar de la flotte allemande* sprechen. Jedenfalls hätte es in der Richtung jener Grundidee Bismarckscher Politik gelegen, diesen *cauchemar* nicht bis zu bitterer Feindschaft sich steigern zu lassen. Die häufige Berufung darauf, daß England in einer jahrhundertelangen Vergangenheit der jeweilig stärksten Macht des europäischen Festlands, erst Spanien, dann Holland, dann dem napoleonischen Frankreich, nach dem Leben getrachtet habe, kann nicht bedeuten, daß es nun der Beruf Deutschlands gewesen sei, den Kontinent an Albion zu rächen. Eingekeilt zwischen zwei starke, auf kriegerische Ziele gestellte Militärmächte, hätte das junge Deutsche Reich aus dem säkularen gewalttätigen Selbsterhaltungstrieb des alten britischen Inselstaates vielmehr die Pflicht gegen sich selbst herleiten müssen, nach dem Beispiel des wohlverstandnen Bismarck zu verhüten, daß der Wettstreit mit England zu einer deutschen Schicksalsfrage wurde.

Für den Verlust der Freundschaft mit England bot die Umwerbung des Zaren durch Wilhelm II. keinen Ersatz. Die Versuche, überlieferte Gefühlswerte zwischen den Häusern

Hohenzollern und Romanow für Deutschlands Sicherheit fruchtbar zu machen, hätten vielleicht gelingen können, wenn auf russischer und auf deutscher Seite eine überragende Herrscherpersönlichkeit am Ruder gewesen wäre, und wenn zwei starke Monarchen ihre persönlichen Sympathien für einander in den Dienst großer gemeinsamer Interessen ihrer Völker stellen konnten. Aus Mangel an solchen Voraussetzungen waren die Anläufe Wilhelms II., eine deutsche Weltpolitik auf der persönlichen, namentlich von 1895 bis 1905 gepflegten Freundschaft mit dem Zaren aufzubauen, von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Der Austausch von Kundgebungen zwischen den Höfen blieb ohne Widerhall bei den Völkern, die ihren eignen, schwer zu vereinbarenden Antrieben folgten. Auch abgesehen von der deutschfeindlichen Beeinflussung der russischen Volksseele durch Frankreich, wurde diese mit ihren slawischen Grundgefühlen, besonders seit dem Erwachen des Neo-Slawismus, dem deutschen Nachbar, der zugleich Nothelfer für den Nationalitätenstaat an der Donau sein mußte, immer tiefer entfremdet. Offener Haß entzündete sich auch an Einzelheiten der deutsch-türkischen Beziehungen, wonach der Kaiser den orthodoxen Massen als militärischer Beschützer des über Konstantinopel und die Meerengen herrschenden Sultans hingestellt werden konnte. Zur Stauung solcher leidenschaftlichen Strömungen hatte die Persönlichkeit des zweiten Nikolaus kein Gewicht. Nach den Wirkungen des verlorenen Kriegs gegen Japan auf die Zustände seines Reichs mußte er beständig davor zittern, daß durch einen neuen Kriegssturm das Zartum selbst auf dem Meere der innern Ruhelosigkeit des großen Russenvolkes untergehen würde.

* * *

Schließlich sei noch eine Frage gestreift, die man häufig, namentlich aus dem Munde von Ausländern, vernimmt, die Frage nämlich: Wie war es möglich, daß sich das deutsche Volk so lange das persönliche Regiment eines Mannes hat gefallen lassen, dessen Handlungen sich als schädlich für Land und Volk erwiesen?

Zunächst darf man nicht übersehen, daß sich das Werk der nationalen Einheit in der Person des Kaisers verkörperte und bis zum Ausbruch des Weltkrieges unerschüttert geblieben war. Trotz der Erbitterung gegen einzelne Akte des persönlichen Regiments wußten die Führer der Arbeitermassen wohl, daß etwaige Versuche, die Verfassung umzustürzen, in Friedenszeiten von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würden, solange die Krone für Ruhe nach außen und für Ordnung im Innern sorgte. Vor allem aber stand der wirtschaftliche Aufschwung und das dadurch erzeugte allgemeine Behagen in Deutschland revolutionären Erfolgen entgegen. Als einmal in der Halle des Reichstags Sendboten der russischen Revolutionäre auf Bebel im Sinne eines baldigen Umsturzes einredeten, erklärte der alte Parteiführer rund heraus: „Es geht unsren Leuten nicht schlecht genug, Revolution macht man nicht ohne Massenelend.“ Ohne die zerrüttenden Wirkungen des Kriegs, der ein ungeheucheltes Massenelend für Deutschland erst neu erschuf, hätten Versuche zur Beseitigung der Monarchie oder des Monarchen mit einem sichern Mißerfolg geendet.

Die Akten bezeugen, daß Wilhelm II. einen natürlichen Widerwillen gegen den Krieg besaß und vor kriegerischen Unternehmungen zurückschreckte. Selbst während des Kriegs Rußlands in Ostasien, als die Gelegenheit für einen Offensivkampf gegen die Revanche herausfordernd günstig war, ist ihm der Gedanke an einen Krieg nicht in den Sinn gekommen. Auch Karl Kautsky, der schärfste Kritiker der berüchtigten Randvermerke, hat eingestehen müssen, daß Deutschland nicht planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet und ihn schließlich zu vermeiden versucht hat. Von allen Rollen, die Wilhelm II. gespielt hat, ist wohl die des Friedenskaisers die echtste. Bis tief in die Arbeitermassen hinein erhielt sich nach wie vor der Kaiserkrise im November 1908 die Zuversicht, daß Wilhelm II. trotz dem Ansehen, das er sich selbst mit seinen vielen dröhnenden Reden verliehen hat, niemals das Volk aus Eroberungssucht oder aus Leichtsinne in einen Krieg stürzen würde.

Nachtrag.

Als meine Bearbeitung der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes in den Druck gehen sollte (Anfang November 1924), erschien im Verlag von Cotta Nachfolger, Stuttgart und Berlin, ein neues Werk von A. v. Tirpitz: „Der Aufbau der deutschen Weltmacht“, das eine große Anzahl von politischen Dokumenten (Briefen, Aufzeichnungen und teils schon bekannten, teils noch unveröffentlichten amtlichen Aktenstücken) enthält.

Auf den reichen Inhalt ausführlich einzugehen, mangelt mir die für das erforderliche Studium nötige Zeit, da mein Buch: „Deutsche Weltpolitik 1890—1912“ noch vor Weihnachten erscheinen soll. Ich muß mich daher auf einige Bemerkungen beschränken.

Was den schroffen Gegensatz zwischen dem Großadmiral und dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter betrifft, so gibt der Schöpfer der deutschen Flotte dem Leiter des Auswärtigen Amtes an Ausdrücken der Geringschätzung nichts nach. Er spricht Kiderlen jede Feinheit und Originalität ab und läßt ihm nur als besondere Eigenart „eine gradezu ungläubliche Frechheit“. Befremdlich ist, daß er sich dabei auf Mitteilungen eines fremden Diplomaten, des rumänischen Gesandten Dr. Beldiman, stützt, der ihm, dem Staatssekretär der Marine, am 13. Januar 1913 vortrug, daß Kiderlen auf seinem eigensten Gebiete, der Balkanpolitik, vollständig versagt und dem Deutschen Reiche eine „furchtbare Niederlage“ bereitet hätte; die Stellung Deutschlands auf dem Balkan wäre unwiderbringlich verloren, Deutschland dürfe sich gegenüber England nicht mehr mucksen und rühren.

In Wirklichkeit war es der Politik Kiderlens noch kurz vor seinem Tode bei dem Balkankriege im Herbst 1912 gelungen, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen London und Berlin herzustellen. Das kann auch Herr v. Tirpitz nicht bestreiten; an einer Stelle des Kapitels: Die deutsch-englische Entspannung (1912—1914) hebt er selbst hervor, daß „sich seit dem Herbst 1912 ein besseres Verhältnis zwischen Berlin und London anbahnte“ (S. 341). Statt dem abfälligen Urteil eines verärgerten ausländischen Diplomaten einen solchen Wert beizumessen, hätte der Großadmiral lieber den Nachruf der Londoner „Times“ für Kiderlen beachten sollen, in dem dies deutschfeindliche Blatt bekannte, daß der Verstorbene bei der Lokalisierung des Balkankrieges alle Fäden des diplomatischen Gewebes in seiner Hand gehalten habe.

Unter Berufung auf Dr. Beldiman erzählt Herr v. Tirpitz auch eine Skandalgeschichte von einer russischen Baronin, mit der Kiderlen in der Zeit der Agadirkrise in Chamounix zusammen gewohnt und der er die geheimsten diplomatischen Vorgänge mitgeteilt haben soll. Seine Briefe an die Baronin wären in französischen Besitz gelangt. Der „Matin“ hätte eine Glanznummer mit Photographien von dem Verkehr Kiderlens mit der Russin vorbereitet und der Botschafter Frhr. v. Schön hätte eine „gewaltige Stange Goldes“ bezahlen müssen, um das Erscheinen zu verhindern. Richtig ist, daß Kiderlen im Sommer 1912 nach seiner Kissinger Kur einen Ausflug nach Chamounix gemacht hat, aber nicht mit der erwähnten Russin, sondern mit seiner Berliner Hausdame. Es mag sein, daß das Paar die Aufmerksamkeit der Franzosen erregt hat und heimlich photographische Aufnahmen von beiden gemacht worden sind. Die Geschichte leidet, wie mir von unterrichteter Seite versichert wird, im übrigen an tendenziöser Übertreibung. Die Briefe, die Kiderlen an die russische Freundin geschrieben hat, sind in deren Besitz geblieben, und die „gewaltige Stange Goldes“, die der Botschafter Frhr. v. Schön zur Unterdrückung der „Glanznummer“ des „Matin“ bezahlt haben soll, existiert nur in der Phantasie.

Ernster zu nehmen als dieser Diplomatenklatsch und wichtiger als die an manchen Stellen hervortretenden persönlichen Animositäten, nicht nur gegen Kiderlen, sondern auch gegen Bethmann Hollweg, Bülow, Metternich und andre Widersacher, ist das, was der Großadmiral über die Mission Haldane aus eigener Kenntnis berichtet:

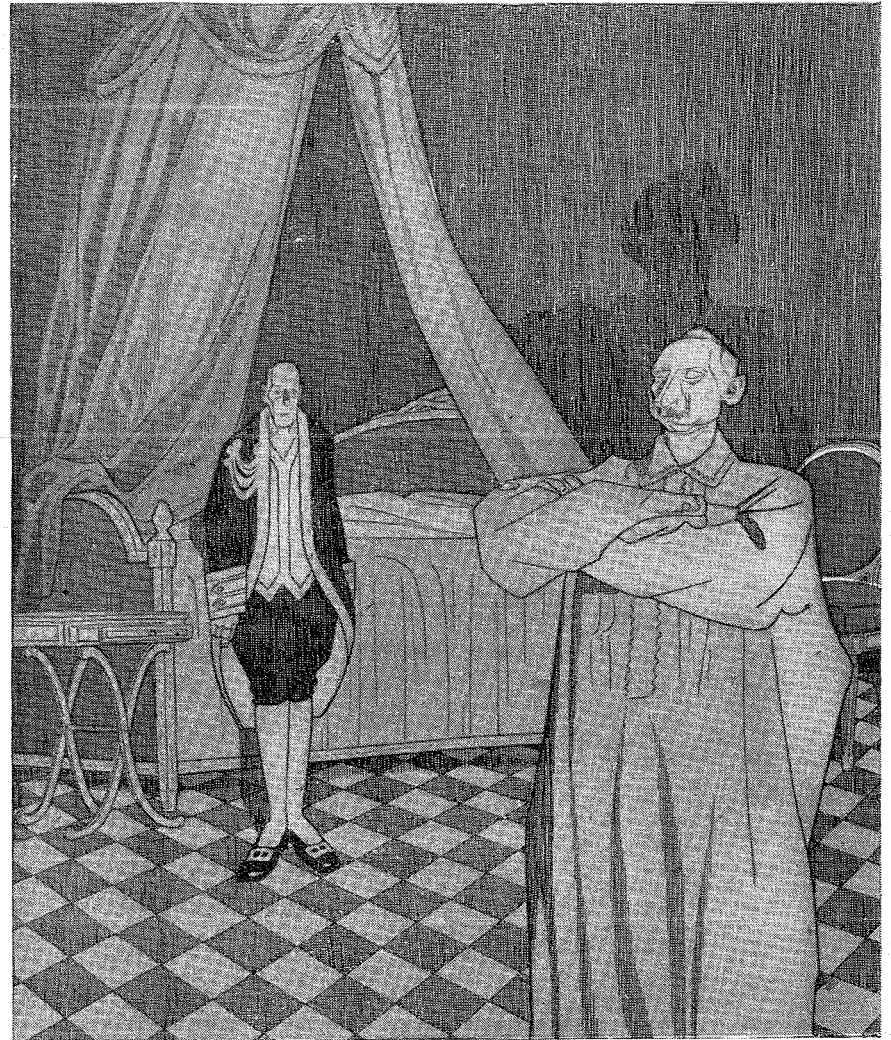
In der Unterredung zwischen Haldane und Bethmann Hollweg vom 8. Februar hatten beide Staatsmänner über ihre „Flottenmenschen“ geklagt, weil sie so viele Schwierigkeiten bereiteten. Tirpitz macht dazu die selbstbewußte Bemerkung: „Hätte man nur die blaue Couleur beiderseits gewähren lassen: ich hege keinen Zweifel, daß wir uns verständigt hätten.“ Seiner Schilderung der Audienz Haldanes beim Kaiser schickt Tirpitz folgenden Satz voraus: „Ich war bei einer realen Gegenleistung (brauchbaren Neutralitätserklärung oder beiderseitigen Flotteneinschränkung) durchaus bereit, auch die Zurücknahme der ganzen Novelle zu empfehlen, und dies war dem Kaiser bekannt. Ich habe also nicht die mögliche Verständigung hintertrieben.“ Ist diese Bereitschaft, die von entscheidender Bedeutung sein konnte, dem Abgesandten des englischen Kabinetts bekanntgegeben worden? Wahrscheinlich nicht; denn in den auf jenen Satz folgenden „Vorbemerkungen“ heißt es u. a.: Da jeder Anhalt dafür gefehlt habe, daß die Engländer tatsächlich die seit Jahren befolgte Politik verlassen und eine vollständige Schwenkung vornehmen wollten, so hätte er von vornherein bei den Besprechungen mit Haldane an dem Prinzip der Novelle festhalten müssen. Der Kaiser hatte ihm vor der Audienz in einem Brief des Kabinettschefs wissen lassen, der Kanzler sei sehr besorgt, daß Tirpitz durch zu starres Festhalten an Zeit und Tempo der Novelle die Sache verschütten könnte. Dem Kanzler hätte Haldane am Tage zuvor gesagt: Ich sehe, wenn es uns beiden überlassen würde, so würden wir bald die ganze Sache befriedigend regeln. Der Kaiser hatte hinzugefügt: „Wenn nur Tirpitz uns keinen Stein in den Weg rollt.“ Wie Tirpitz weiter hervorhebt, malte Lord Haldane in der Audienz ein äquatoriales Kolonialreich durch die Mitte von Afrika für Deutschland aus und behielt für England

nur die Konzession für die Bahn von Ägypten nach Kapstadt vor, über die Cecil Rhodes schon im Jahre 1899 eine Zusage des Kaisers (s. S. 68) erlangt hatte. Aus der Tirpitzschen Schilderung der Audienz sei endlich noch erwähnt, daß Haldane einer Frage des Kaisers über die voraussichtliche Haltung Englands bei einem deutsch-französischen Kriege auszuweichen suchte und sich auf die Versicherung zurückzog, daß keine schriftlichen Verträge mit Frankreich vorlägen.

Auf die Frage, warum Kiderlen von den Besprechungen mit Haldane ferngehalten wurde, bringt das Buch keinen klaren Aufschluß.

Im allgemeinen zeigt sich Herr v. Tirpitz in dem neuen Buche, besonders bei der Behandlung der Flottenkrisen 1908/09 und 1911/12, als der alte unentwegte Pfleger des Machtgedankens. Nur an einer Stelle scheint es, als ob der Machtpolitiker Tirpitz auf dem Wege wäre, ein Realpolitiker zu werden. Am Schlusse des Vorworts steht nämlich der leise wie ein pater peccavi klingende Satz: „Nach dem verlorren Krieg anerkenne ich die vollzognen Tatsachen und verschließe mich der Notwendigkeit nicht, andre Wege, auch England gegenüber, einzuschlagen, als ich sie vor und während der Kriegszeit für richtig hielt.“

O. H.



Beatus ille, qui procul — —

„Schauen Sie mal unter dem Bett nach, ob Tirpitz nicht darunter ist; ich kann nicht an das Glück glauben, daß ich n' paar Wochen keine Kriegstrompete höre“.

Von O. Gulbransson. (Aus dem „Simplizissimus“ vom 15. April 1912.)

Register.

- Abdul Aziz, Sultan von Marokko 139, 199.
Abdul Hamid, Bruder des Vorigen 193.
Aehrenthal, Graf, öst.-ung. Außenminister 168, 169, 170, 178, 180, 181, 183, 184, 186, 199, 200.
Alexander II., Kaiser von Rußland 9, 10, 35.
Alexander III., Kaiser von Rußland 34.
Alexejew, russ. General 87.
Algeciras 146, 147, 224, 225.
Alldeutsche 20, 70, 81, 141.
Alvensleben, Graf, Botschafter 88, 102.
Andrassy, Graf, öst.-ung. Außenminister 10.
Aoki, Vikomte, jap. Staatsmann 40, 78.
Armeniergreuel 47, 49.
Asquith, engl. Premierminister 152, 157.
- Badeni, Graf, österr. Ministerpräsident 116.
Bagdadbahn 133, 213 ff.
Balfour, Arthur, engl. Minister 48, 59, 60, 62, 63, 64, 67, 91, 96, 118, 119, 125, 150, 151, 152, 215.
Ballin, Albert, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie 172, 173, 207, 210, 212.
Barnadiston, engl. Marineattaché 135, 225.
Barrère, franz. Botschafter in Rom 107, 111, 112, 113, 124, 135.
Bassermann, deutscher Parlamentarier 207.
- Bebel, deutscher Parlamentarier 25, 26, 79.
Beldiman, Dr., rumänischer Gesandter in Berlin 229 ff.
Benkendorff, Graf, russ. Botschafter in London 171, 210.
Berchem, Graf, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt 33.
Berchtold, Graf, österr.-ung. Außenminister 180.
Berliner Kongreß 8.
Bethmann Hollweg, v., Reichskanzler 193, 198, 201, 204, 267, 210, 211, 212, 231.
Bihourd, franz. Botschafter in Berlin 133, 147.
Biörkö, Vertrag von 136, 142, 143, 144, 146, 155, 194, 220.
Birilew, russ. Marineminister 143.
Bismarck, Fürst Herbert 13, 21, 88.
Bismarck, Fürst Otto
Gesandter am Bundestage 4.
Über Elsaß-Lothringen 7.
Verhältnis zu Gortschakow 8 ff.
Berliner Kongreß 8.
Bündnis mit Österreich-Ungarn 9, 10.
Verhältnis zu England 11, 12, 13, 58, 90, 219, 226.
Rede von Blut und Eisen 14, 15.
Entlassung 16, 17, 22.
Gedanken über Helgoland 20.
Wiener Reise 21.
Stellung zur Sozialdemokratie 23.
Draht nach Rußland 26.
Rückversicherungsvertrag 32, 33, 35 ff.

- Gedanken zur Weltpolitik 36.
 Koloniale Ausdehnung Frankreichs 37.
 Flottenfrage 54, 177.
 Verhältnis zu Italien 176.
 Bagdadbahn 213.
 Alldruck der Koalitionen 10, 222.
 Rücktrittsgesuch 10.
 Reden vom 11. I. 1887 und 6. 2. 1888 11, 12.
 Blanc, Baron, ital. Außenminister 50.
 Bloch, Iwan, russ. Pazifist 75.
 Bobrinski, Graf, russ. Politiker
 Bodelschwingh, v., Pastor 71.
 Bogitschewitsch, serb. Diplomat 185.
 Bonnal, franz. General 114.
 Bosnien und Herzegowina 28, 178.
 Botha, Burengeneral 118.
 Boulanger, franz. Kriegsminister 221.
 Bourgeois, franz. Ministerpräsident 50.
 Boxeraufstand 76.
 Brandenburg, Erich, Historiker 144, 197.
 Brodrik, Unterstaatssekretär 80.
 Buchanan, Präsident der Vereinigten Staaten 165.
 Buchlau, Zusammenkunft Iswolskis mit Aehrenthal 180.
 Bulgarien 28, 29.
 Bülow, Fürst
 Aufteilung Chinas 46.
 Verhältnis zu England 61, 62, 65.
 Samoafragen 67 ff., 72.
 Alldeutsche 70.
 Russischer Einmischungsversuch 73.
 Burenfrage 74.
 Chinesische Wirren 79.
 Deutsch-englische Verständigungen 81.
 Londoner Kaisergespräche 86.
 Jangtseabkommen 80, 87, 88.
 Gegen das engl. Bündnis 84, 93 ff.
 Granitrede 95 ff.
 Ablehnung eines neuen Ostasiatischen Dreibundes 102, 119.
 Rede vom System der Gegengewichte 103, 107.
 Unterredung mit Tardieu 104.
 Dreibund 108.
 Kaiserbegegnung in Reval 114.
 Politik des Abwartens 120.
 Marokkorede 122.
 Madrider Konvention 132.
 Marokkokonferenz 133.
 Kaiserbriefe an den Zaren 138 ff.
 Biörkö, Rücktrittsgesuch 143, 144.
 Algeciraskonferenz 148 ff.
 Rede vom Druck und Gegendruck 153.
 Abrüstungsfrage 160.
 Ischler Zusammenkunft 179.
 Bosnische Krisis 180, 183.
 Verständigung mit England 189.
 Kaiserkrisis 190, 192.
 Rücktritt 193.
 Flottenfrage 201 ff.
 Buren 51, 60, 69.
 Caillaux, franz. Ministerpräsident 195, 200.
 Cambon, Paul, franz. Botschafter in London 157, 210, 225.
 Cambon, Jules, franz. Botschafter in Berlin 195 ff.
 Campbell-Bannerman, englischer Premierminister 152, 157, 164.
 Caprivi, Graf, Reichskanzler 18, 20 ff., 25 ff., 28 ff., 32, 33 ff., 219.
 Carlyle, englischer Historiker 15.
 Carnot, Sadi, Präsident von Frankreich 34.
 Cassel, Sir Ernest, Freund des Königs Eduard 172, 173, 207, 212.
 Castro, Präsident von Venezuela 118.
 Chamberlain, Joseph, engl. Staatsmann 60 ff., 83 ff., 89 ff., 45, 47, 105, 107, 115, 150.
 Chelius, von, Militärattaché 110 ff.
 Churchill, Lord, engl. Minister 175, 207, 210.
 Coerper, Kapitän z. S. 140.

- Combes, franz. Ministerpräsident 114.
 Conrad v. Hoetzendorff, österr.-ung. Generalstabschef 200.
 Cowes, Schloß auf der Insel Wight 49.
 Cranborne, Lord, engl. Unterstaatssekretär 88, 105.
 Crispi, ital. Ministerpräsident 12, 50, 106 ff., 109, 149.
 Cruppi, franz. Minister 195.
 „Daily Telegraph“, Interview 190, 192.
 D'Amade, franz. General 144.
 Daudet, Léon, franz. Politiker 135.
 Delbrück, Clemens v., Staatssekretär 135.
 Delagoabai 51, 54, 56, 64, 73.
 Delcassé, franz. Minister 69, 72, 83, 103, 107, 109, 112, 113, 118, 124, 127 ff., 138 ff., 146, 149, 215, 221, 224.
 Delaroy, Burengeneral 118.
 Derby, Lord, engl. Staatsmann 160.
 Deutsch-englische Annäherung 59 ff.
 Devonshire, Herzog v. 48.
 Dewett, Burengeneral 118.
 Djavid Bey, jungtürkischer Finanzminister 216.
 Diedrichsen, v., Admiral 45.
 Dikow, russ. Marineminister 168.
 Dillon, E. J., engl. Schriftsteller 155.
 Draht nach Rußland 26.
 Dreibund, Erneuerung 105, 109.
 Dreikaiserbündnis 8.
 Dreyfuß, franz. Major 114.
 Ducarne, belgischer General 135.
 Dupuy, franz. Minister 132.
 Eckardt, Julius v., Generalkonsul 29, 106.
 Eckardstein, Freih. v., Botschaftsrat in London 85, 89, 94, 99, 100.
 Eduard VII., König v. England 74, 125, 140, 154 ff.
 Einem, v., preuß. Kriegsminister 158.
 Elisabeth, Königin v. England 105.
 Engels, Friedrich, Sozialist 23.
 Englisch-Bündnisangebot 84 ff.
 Englisch-japanisches Bündnis 100.
 Englisch-russische Annäherung 153.
 Entente cordiale 120 ff.
 Eugenie, Exkaiserin v. Frankreich 177.
 Eulenburg, Fürst, Botschafter in Wien 198.
 Faber, engl. Kapitänleutnant 225.
 Faschoda 59.
 Faure, Jules, Präsident v. Frankreich 114.
 Fisher, Lord, engl. Admiral 75, 141, 164.
 Fitz-Gerald, engl. Admiral 140.
 Formosa, Insel 38, 41.
 Franklin, Benjamin, Präsident der Vereinigten Staaten 164.
 Franz Ferdinand, österr. Thronfolger 168, 182.
 Franz Joseph I., Kaiser 56, 92, 177 ff.
 Französisch-russisches Militärabkommen 113.
 Fremdenhetze in China 76.
 French, engl. General 170.
 Friedrich der Große 164.
 Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst 4.
 Friedrich Wilhelm, Kronprinz 10.
 Gambetta, franz. Staatsmann 221.
 Georg, Prinz of Wales 147.
 Giers, v., russ. Minister 30 ff., 145.
 Giolitti, ital. Ministerpräsident 108.
 Goethe 23.
 Goetz, Walther, Historiker 62.
 Goltz, v. d., Pascha, Generalfeldmarschall 178.
 Gortschakow, Fürst, russ. Kanzler 6, 8, 9.
 Goluchowski, Graf, österr.-ung. Außenminister 50, 57, 68.
 Grey, Sir, engl. Staatsmann 47, 63, 124, 152, 154 ff., 164, 175, 187, 190, 197, 204, 207, 210, 212, 215, 224 ff.

- Grillparzer, Franz, österr. Dichter 116.
Großer Kurfürst 4.
Grootven, E. v., belgischer Gesandter in London 147.
Haager Friedenskonferenz I. 75, II. 159.
Haldane, Lord, engl. Minister 152, 156 ff., 207 ff., 221, 225, 231.
Haller, Historiker 6, 25.
Hanotaux, franz. Außenminister 69.
Harcourt, Sir, engl. Staatsmann 62.
Hardinge, Sir Charles, engl. Staatsmann 170 ff., 201, 204, 224.
Hatzfeld, Graf, Botschafter in London 13, 18, 19, 45, 47, 54 ff., 61, 64, 67 ff., 71, 85, 87, 90, 92 ff., 105.
Hay, amerikanischer Staatssekretär 72.
Hayaschi, Baron, jap. Botschafter in London 99 ff., 105.
Heeringen, v., preuß. Kriegsminister 211.
Heinrich, Prinz von Preußen 115.
Heine, Wolfgang, Parlamentarier 192.
Helena, Königin von Italien 107.
Helgoland 18 ff.
Hintze, O., Historiker 14, 37.
Hohenlohe, Fürst 6, 24, 25, 27, 28, 42, 44, 45, 50, 52, 54, 55, 79.
Holleben, v., deutscher Botschafter in Washington 72.
Hollmann, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 52.
Holstein, v., Wirkl. Geh. Rat 30 ff., 42, 48, 55, 68, 89 ff., 100, 120, 128, 131 ff., 134, 136, 138, 144, 149 ff., 198.
Huldermann, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie 173.
Humbert I., König von Italien 107.
Hull, Zwischenfhl 137.
Ischl, Besuch König Eduards 177.
Jaechk, Ernst, Schriftsteller 196, 209, 211.
Jalu, chin. Fluß 165.
Jameson, Einfall in Transvaal 51 ff.
Jangtserversvertrag 80, 87.
Jaurès, franz. Sozialist 114, 130, 135 ff.
Iswolski, russ. Minister 158, 167 ff., 180 ff., 201, 210.
Ito, Marquis, japan. Ministerpräsident 98 ff.
Jungtürken 178.
Kaiserkrisis 190.
Kalnoky, Graf, österr.-ung. Außenminister 21.
Kap-Kairo-Bahn 68.
Kardorff, v., Parlamentarier 25.
Karol I., König von Rumänien 30.
Katsura, Vikomte, japan. Marineminister 99.
Ketteler, Freiherr v., Gesandter in Peking 77, 79.
Kiautschau 43, 45 ff.
Kiderlen-Wächter, v., Staatssekretär 48, 180, 195 ff., 205 ff., 229 ff.
Kjellen, R., Historiker 153.
Kimberley, Lord, engl. Staatssekretär 40.
Kitschener, Lord, engl. General 59.
Knorr, Admiral 52.
Kokowzow, russ. Finanzminister 168.
Kolonialabkommen, deutsch-englisches 21.
Komura, Graf, jap. Minister 99.
Kongoabkommen 196.
Kontinentalbund 220.
Korea 98 ff., 39 ff.
Koweit, Hafen am persischen Golf 215.
Kramarsch, Tschechenführer 115.
Kreta 56.
Kronstadt 27.
Krüger, Präsident 51, 60.
Krügerdepesche 51, 222.
Kühlmann, R. v., Legationssekretär 128.
Kuropatkin, russ. General 78, 91.

- Lamsdorff, Graf, russ. Außenminister 102, 114, 119, 139, 167 ff.
Lansdowne, Lord, engl. Minister 48, 84, 86 ff., 99 ff., 105, 110, 125, 129, 137, 140, 151.
Lascelles, Sir Frank, engl. Botschafter in Berlin 94.
Lee, Zivillord, der engl. Admiralität 140, 224.
Leibniz, Philosoph 121.
Lloyd George, engl. Minister 152, 174 ff., 197, 206 ff., 225.
Leyds, Vertreter Transvaals 55.
Liautung, Halbinsel 38.
Liebert, v., Gouverneur von Deutsch-Ostafrika 68.
Lindequist, v., Staatssekretär des Kolonialamts 196.
Lobanow, Fürst, russ. Minister 40.
Loreburne, Lord, engl. Staatsmann 156 ff., 164.
Loubet, Präsident von Frankreich 120, 122, 124.
Lucanus, v., Kabinettschef des Kaisers 71.
Lucius v. Ballhausen, preuß. Minister 13.
Ludwig XIV., König von Frankreich 15.
McKinley, Präsident der Ver. Staaten 67.
Mahdi 59.
Makarow, russ. Admiral 73.
Malet, Sir Edward, engl. Botschafter in Berlin 39.
Malietoa, samoanischer Häuptling 66.
Mandschurei 46.
Mannesmann, Gebrüder 195.
Marchand, franz. Oberst 59, 69.
Maria Christine, Königin von Spanien 126.
Marochetti, ital. Botschafter in Petersburg 34.
Marokkofrage 52, 125, 193 ff., 223 ff.
Marschall, Frhr. v., Staatssekretär 15, 27 ff., 32, 40, 44, 51 ff., 160, 148, 183, 199 ff., 214.
Mataafa, samoanischer Häuptling 66.
Menelik, Kaiser von Abessinien 50, 106.
Merw 11.
Metternich, Graf, Botschafter in London 90, 94 ff., 100, 139 ff., 160, 164, 176 ff., 202, 204 ff., 209 ff., 231.
Milowanewitsch, serb. Minister 185.
Miquel, v., Botschaftssekretär 132.
Moltke, Graf, Generalstabschef 10, 204.
Monod, franz. Historiker 135.
Molard, franz. Gen.-Stabs-Offiz. 221.
Monroo, Präsident der Ver. Staaten 165.
Morley, John, engl. Minister 152.
Mukden 129.
Muley Abdelmalek, marokkanischer Minister 128.
Müller, v., Chef des Marinekabinetts 204.
Mumm v. Schwarzenstein, Botschafter 42, 79.
Münster, Graf, Botschafter in Paris 75.
Murawiew, Graf, russ. Minister 45 ff., 57, 62, 72 ff.
Napoleon I. 121.
Napoleon III. 4, 6f.
Navy scare 140 ff.
Nicolson, engl. Botschafter in Petersburg 186.
Nikolaus II., Zar, 45, 62, 72, 114, 149, 143 ff., 172, 177, 201.
Northcliffe, Lord 189.
Nowibasar 169.
Nyassasee 19.
Oncken, H., Historiker 190.
Ostasiatischer Dreibund 119.
Osten-Sacken, Graf, russ. Botschafter in Berlin 46, 62, 73, 138.

- Palitzyn, russ. Generalstabschef 168.
 Palmerston, Lord, engl. Premierminister 6.
 Paschtsch, serbischer Minister 179.
 Pescadores-Inseln 41.
 Peter Karageorgewitsch, König von Serbien 179.
 Peters, Karl, Kolonialpolitiker 20.
 Petschili, Golf 43, 59, 63.
 Pierce, Franklin, Präsident der Vereinigten Staaten 165.
 Poincaré, R., Präsident von Frankreich 201, 210, 222, 225.
 Poklewski, russ. Diplomat 154.
 Poliwanow, russ. General 168.
 Port Arthur 38, 41, 46, 47, 59, 63, 129, 137.
 Potsdamer Zusammenkunft 201.
 Pourtalés, Graf, Botschafter in Petersburg 182, 184, 186.
 Prinetti, ital. Außenminister 108ff.
 Pokrowski, Professor, Historiker 181, 185.
 Prudhomme, franz. General 176.
 Racconigi, Besuch des Zaren in Italien 199.
 Radolin, Fürst, Botschafter in Paris 123, 132ff., 147.
 Raffel, Dr., Munizipalpräsident von Apia 66.
 Ranke, Historiker 15.
 Raschdau, L., Gesandter 8, 11.
 Renan, franz. Gelehrter 135.
 Reuß, Prinz, Botschafter 21.
 Reventlow, Graf, Abgeordneter 121.
 Rhodes, Cecil, engl. Kolonialpolitiker 51, 68ff., 231.
 Ribot, franz. Finanzminister 222.
 Richter, Eugen, Parlamentarier 25, 59.
 Richthofen, Freiherr v., Staatssekretär 138.
 Roberts, Lord, engl. Generalfeldmarschall 86, 191.
 Rohrbach, Paul, Schriftsteller 190.
 Rolland, Romain, französ. Dichter 136.
 Rosebery, Lord, engl. Premierminister 40, 47, 62.
 Rosen, Baron, russ. Gesandter 57.
 Roosevelt, Präs. der Ver. Staaten 115, 134, 165.
 Roschdeswenski, russischer Admiral 137.
 Rouvier, franz. Ministerpräsident 131ff., 143, 146, 149.
 Rückversicherungsvertrag 26ff.
 Rumelien 29.
 Russel, Lord John, englischer Staatsmann 6.
 Russisch-japanischer Krieg 136ff.
 Saburow, russ. Staatsmann 10.
 Sadowa 6, 7.
 Saletta, ital. Generalstabschef 111.
 Salisbury, Lord, engl. Premierminister 12ff., 19, 47, 49, 54ff., 60ff., 64, 67, 72, 74, 83ff., 89ff., 47, 100, 105, 116.
 Samoafrage 64, 66, 67, 222.
 Sandschak Novibazar 28, 169, 179ff.
 San Giuliano, Marchese, ital. Außenminister 113.
 Sansibar 18ff.
 Sassanow, russ. Minister 158, 201, 225.
 Sattler, Abgeordneter 121.
 Scheele, v., Gouverneur von Deutsch-Ostafrika 53.
 Schiemann, Th., Professor 136.
 Schimonoseki 38, 41, 47, 58.
 Schlieffen, Graf, Generalstabschef 111ff., 138, 187.
 Schön, Baron, Staatssekretär 167, 181, 195, 215, 230.
 Schweinitz, v., Botschafter in Petersburg 30ff., 34.
 Senden, Freiherr, Chef des Marinekabinetts 52ff.
 Seymour, englischer Admiral 77.
 Siebert, v., russischer Diplomat 172.
 Siegel, Kapitän zur See 75.

- Siemens, Georg v. 213ff.
 Silvela, spanischer Ministerpräsident 126.
 Skobelew, russ. General 9.
 Sozialdemokratie 22ff.
 Spender, Harald, engl. Publizist 191.
 Spring, Rice, engl. Diplomat 139.
 Staal, Baron, russ. Botschafter in London 62.
 Stieve, Legationsrat 187.
 Stolypin, russ. Ministerpräsident 168, 182, 201.
 Stumm, v., Geheimrat 204.
 Subastow, russ. Staatsmann 168.
 Suchomlinow, russ. Kriegsminister 158.
 Swiatopolk Mirski, Fürst, russ. Politiker 189.
 Taillandier, Saint Renè, französ. Gesandter 127.
 Taine, Hippolyte, franz. Historiker 104.
 Tanguer 128ff.
 Tardieu, André, französischer Staatsmann 104.
 Thiers, Präsident der franz. Republik 15.
 Thimme, Friedrich, Historiker 52ff.
 Tirpitz, v., Admiral 52ff., 138, 141, 164, 176, 202ff., 207ff., 211, 229ff.
 Tittoni, ital. Außenminister 123.
 Tripolis 198ff.
 Trubetzkoi, Fürst, russ. Staatsmann 57, 148, 180, 199.
 Tscharikow, v., russ. Botschafter in Konstantinopel 200.
 Tschertkow, russ. General 115.
 Tschirky, v., Gesandter 143.
 Tuat, Oase 83.
 Uriasbrief 22.
 Vessel, Konsul in Marokko 128.
 Viktor Emanuel III., König von Italien 107, 110, 123 ff.
 Waddington, franz. Minister 9.
 Waldeck-Rousseau, franz. Ministerpräsident 114.
 Waldersee, Graf, Generalfeldmarschall 24, 53, 77ff.
 Wedel, Graf Botho, Geschäftsträger 99.
 Wedel, Graf Karl, Botschafter 108, 112.
 Weihaiwei, chines. Hafen 44, 47, 59.
 Wiener Kongreß 4.
 Wilhelm II.
 Englische Neigungen 12.
 Bismarcks Entlassung 17.
 Uriasbrief 22.
 Umgebung 24ff.
 Persönliches Regiment 25.
 Rückversicherungsvertrag 32.
 Gelbe Gefahr 40.
 Kiautschou 44ff.
 Begegnung mit Salisbury 49.
 Krügerdepesche 52ff.
 Burenfrage 55, 71.
 Zarenbriefe 62.
 Gegen russische Interventionspläne 73.
 Korrespondenz mit der Königin von England 74.
 Haager Konferenz 75, 159.
 Oberbefehl in China 77ff.
 Reden bei Abreise der Expeditionsarmee 78ff.
 Reise zum Begräbnis der Königin Viktoria 86.
 Englisches Bündnis 89, 94.
 Revaler Zusammenkunft 114.
 Besuch in England 1902 119.
 Vereitelte Begegnung mit Loubet 122 ff.
 Zarenbriefe 138ff., 142.
 Biörkö 143ff.
 Vermeintlicher Kriegsdränger 154.
 Unterredung mit Witte 155.
 Unterredung mit Haldane 156, 231.
 Revaler Zusammenkunft 170.

- | | |
|--|--|
| <p>Unterredung mit Cassel 172ff.
 Bosnische Annexion 183.
 Ansprache an die Generale (1909)
 187.
 Daily Telegraph-Artikel 190ff.
 Marokkokrisis 194.
 Panthersprung 195ff.
 Kiderlen 198.
 Tripolis 200.
 Potsdamer Zusammenkunft 201.
 Flottenfrage 203ff.
 Kanzlerkrisis 211.</p> | <p>Bagdadbahn 114.
 Windsorvertrag 65.
 Witte, Graf, russ. Finanzminister
 43, 46, 57, 145, 154ff.
 Witu 19.
 Wolseley, Lord, engl. Generalfeld-
 marschall 78.
 Wortley, Stuart, engl. General
 191.
 Zanardelli, italienischer Minister 108.
 Zweibund 33ff.</p> |
|--|--|

